

## **Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung**

1. Sitzung vom 2. März 2000 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Rosmarie Buser, Ursula Dürrenberger, Eduard Gysin, Claude Kaspar, Hans Kunz, André Schenker  Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Rudolf Zulauf, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Ursula Dürrenberger, Vizepräsidentin
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier, Aktuarin
<u>Stimmzähler:</u>	Heidi Frei, Odette Gersbach, Ernst Meier
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 22.55 Uhr

---

### **Traktanden**

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 9. Dezember 1999
  2. Kultur- und Sportzentrum (KUSPO), Landverkäufe und Jugendhaus /  
Schlussabrechnungen und Betriebsreglement
  3. Sportanlagen Welschenmatt / Schlussabrechnung
  4. EDV - Neue Softwarelösung 2001
  5. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst die rund 120 Anwesenden zur heutigen Gemeindeversammlung. Er bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen. Ein spezieller Gruss richtet er an die Vertreter der Medien, nämlich Frau Hool vom Wochenblatt, Herrn Aellig von der Basler Zeitung und Herrn Leuthardt von der Basellandschaftlichen Zeitung. Ferner hält der Vorsitzende fest, dass die Einladung mit den Traktanden und Anträgen den Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt wurde und fristgemäss im amtlichen Anzeiger publiziert worden ist.

Die Traktandenliste wird von der Versammlung ohne Wortbegehren genehmigt.

### **Traktandum 1**

#### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 9. Dezember 1999**

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und den Verfassern verdankt.

### **Traktandum 2**

#### **Kultur- und Sportzentrum (KUSPO), Landverkäufe und Jugendhaus / Schlussabrechnungen und Betriebsreglement**

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass dieses Traktandum von drei Mitgliedern des Gemeinderates vertreten wird, nämlich die Schlussabrechnung von Gemeinderat H. Kunz, die Landverkäufe von Gemeinderat C. Kaspar und das Betriebsreglement von Gemeinderätin U. Dürrenberger. Anschliessend wird Dr. Maria Lezzi Lauper über die Prüfung der Rechnungsprüfungskommission berichten.

Gemeinderat H. Kunz erläutert mittels Folien die in der Vorlage aufgeführte Schlussabrechnung. Zur an die Stamm AG bezahlten Teuerung ist es gekommen, weil im Verlaufe der Bauzeit der Wechsel von der Warenumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer vorgenommen wurde. Gemeinderat H. Kunz dankt allen Mitarbeitern der Unternehmer und Architekten. Ebenfalls dankt er der Baukommission, ganz speziell deren Präsidenten Paul Messmer sowie Bauverwalter R. Zulauf und Peter Walder. Die Rechnungsprüfungskommission hat festgestellt, dass anstelle der geforderten 80 Schutzplätze 141 gebaut wurden. Die Gutschrift dafür geriet unters Eis und wurde leider nicht geltend gemacht.

Gemeinderat C. Kaspar nimmt zu Seite 6 der Vorlage Stellung. Seiner Meinung nach hat man mit den Landverkäufen zu spät begonnen. Das Land konnte gut verkauft werden, doch dann gerieten - weil Einsprachen hängig waren und sich einige der Käufer zurückzogen - die Verhandlungen ins Stocken. Gut drei Viertel der zur Verfügung stehenden Flächen wurden verkauft. Da die gemeindeinternen Abläufe nicht richtig funktionierten, fehlte eine Kontrolle über die bereits veräusserten Parzellen. Dadurch kam es zu dem erhöhten Nettoertrag. Dieses Geld ist jedoch nicht verloren, sondern wird die Abschreibungen hinauszögern.

Gemeinderätin U. Dürrenberger: Im März 1994 hat die Gemeindeversammlung beschlossen, dass der Gemeinderat zwei Jahre nach der Inbetriebnahme des Kuspo und des Jugendhauses ein Betriebsreglement mit Gebührenordnung vorlegen soll. Da der Betrieb des Jugendhauses erst im Herbst 1999 aufgenommen wurde, liegt bis jetzt erst eine provisorische Betriebsordnung vor. Sobald man über genügend Erfahrungen verfügt, kann sie definitiv beschlossen werden. Gemeinderätin U. Dürrenberger äussert sich zum Betriebsreglement (Vorlage Seite 7).

Gemeindepräsident W. Banga macht darauf aufmerksam, dass die Vorlage während eines gedrängten Programms erstellt wurde. Nebst dem Gemeinderat war auch die Rechnungsprüfungskommission in die Vorarbeiten eingebunden. Weil sie in dieser Jahreszeit jedoch auch die Gemeinderechnung prüfen muss, war es ihr aus zeitlichen Gründen nicht möglich, einen schriftlichen Bericht abzugeben.

Dr. Maria Lezzi Lauper: Die Rechnungsprüfungskommission hat die Rechnung geprüft und für in Ordnung befunden. Allerdings hat sie einen Fehlbetrag von rund Fr. 43'000.-- (Abgeltung von Schutzplätzen) festgestellt.

Bei den Landverkäufen fehlen bis heute noch vier Kaufverträge. Die Rückstellungen im Konto Spezialfinanzierungen sind sowohl rechnerisch als auch buchhalterisch korrekt. Im Vergleich zur Vorlage besteht eine Differenz von Fr. 967.50.

Die Rechnungsprüfungskommission stellt fest, dass der Gemeinderat seine Finanzkompetenzen überschritten hat. Er wurde ermächtigt, Landverkäufe bis zu einem Betrag von 10 Millionen Franken zu tätigen. Der Nettoertrag beläuft sich jedoch auf Fr. 12'180'770.95 und liegt somit eindeutig über der Finanzlimite. Die Rechnungsprüfungskommission hat keine Anhaltspunkte gefunden, dass ein aktives Controlling stattgefunden hätte. Dies muss sie beanstanden. Trotzdem beantragt sie, den Bericht zu genehmigen.

://: Eintreten ist unbestritten.

Willy Maeder: Die Gemeindekommission hat sich sowohl über die Präsentation als auch über den Inhalt der Schlussabrechnung gefreut. Das Kuspo ist eine gute Sache. Die Gemeindekommission schliesst sich dem Dank des Gemeinderates an die Baukommission an.

Mehr Diskussionen in der Kommission haben die Landverkäufe gegeben. Kritische Votanten haben das labile Verhalten des Gemeinderates kritisiert, so dass es zu einer getrennten Abstimmung gekommen ist. Die Gemeindekommission beantragt, die Schlussabrechnung über den Bau des Kultur- und Sportzentrums zu genehmigen, den Nettomehrertrag von rund 2,18 Millionen gegenüber dem Ziel von ca. 10 Millionen Franken gutzuheissen, die Schlussabrechnung über den Erwerb des Jugendhauses zu genehmigen und das Betriebsreglement zu beschliessen.

Heinrich Müller: Die FDP empfiehlt, allen vier Anträgen zuzustimmen. Das Kuspo wird rege benützt. Eine gute Auslastung heisst auch, dass mit den Benützungsgeldern Geld eingenommen werden kann. Persönlich hält H. Müller fest, dass zur Kultur auch eine gute Architektur gehört. Leider hat man es vor sechs Jahren verpasst, einen Markstein zu setzen. Eine Kopie bleibt leider eine Kopie.

Walter Gross: Die SP hat dieses Geschäft besonders geprüft. Sie ist überzeugt, dass die Realisierung des Kuspos und auch das Kopieren des Pratteler Gebäudes eine gute Entscheidung

war. Ein grosses Lob gebührt der Baukommission, die mit dem Generalunternehmer Stamm in bestem Einvernehmen gearbeitet hat. Die baulichen Änderungen gegenüber dem Pratteler Kuspo haben sich als gut erwiesen. Es war auch möglich, Einsparungen vorzunehmen. Die SP stimmt der Schlussabrechnung zu.

Gemeindepräsident W. Banga teilt zu den Landverkäufen mit, dass Dr. Maria Lezzi erwähnt hat, dass die Kontrolle fehlte. In diesem Zusammenhang ist auch an den markanten Personalentscheid, den der Gemeinderat getroffen hat, zu denken.

Heinrich Müller: Der Gemeinderat hatte seine Kontroll- und Aufsichtsaufgabe nicht im Griff und hat sich dadurch einen „weissen Tolggen“ im Reinheft eingehandelt. Immerhin konnte die Gemeinde Geld einnehmen und einigen Familien Wohneigentum verschaffen. Das Geld kann helfen, die desolote Finanzlage etwas abzuwenden.

Walter Gross: Zuerst musste ein politischer Kompromiss gefunden und ausgehandelt werden. Der Kompromiss hiess, gemeindeeigenes Land zu verkaufen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die SP gegen Landverkäufe ist. Der Gemeinderat hat Land im Mehrwert von rund 2,8 Millionen Franken verkauft. Auch der SP ist klar, dass ein solches Geschäft nicht auf den Franken genau abgewickelt werden kann. Folgende Fragen sind zu stellen: Wurde seriös gearbeitet und war ein Controlling vorhanden? Wofür soll nun das Geld verwendet werden? Werden zusätzliche Abschreibungen vorgenommen? Die SP möchte nur zwei Millionen für zusätzliche Abschreibungen einsetzen. Zur Verwendung des restlichen Betrages werden anschliessend noch Anträge gestellt. Die SP stimmt den Anträgen des Gemeinderates - mit Ausnahme von Antrag 2 - zu. Im weiteren teilt Walter Gross mit, dass er im Rahmen des Unterhaltungsabends des Satus Turnvereins mit den Abwarten und Mitgliedern der Baukommission zusammenarbeiten durfte. Diese Zusammenarbeit war stets gut, wofür er bestens dankt.

Hanni Huggel: Am 23. Januar 2000 fand im Jugendhaus ein Tag der offenen Tür statt. Die Jugendlichen haben einen Brunch vorbereitet und die Geladenen durchs Haus geführt. Dabei teilten sie mit, dass der obere Stock nicht recht genutzt werden kann. Viele andere Kinder und Jugendliche kommen in den Genuss des Kuspos und viele Vereine profitieren von ihm. Es wäre deshalb angebracht, dass die Jugendlichen ihr Haus auch etwas besser nutzen können. Die SP stellt deshalb folgenden Antrag:

*„Vom Nettoertrag der Landverkäufe zur teilweisen Finanzierung des KUSPO, der um Fr. 2'180'000.-- höher ist, als das Ziel von 10 Mio. Franken, werden Fr. 180'000.-- für Investitionen im Jugendhaus Tramstation verwendet. Es geht um die Erfüllung der feuerpolizeilichen Vorschriften, damit der erste Stock im Jugendhaus auch sinngemäss genutzt werden kann. Die Investitionen sollen im Laufe dieses Jahres gemacht werden.“*

Dr. Arnold Amacher: Die SP hat einen Antrag formuliert. Ob es 180'000 oder 200'000 Franken sein sollen, ist verhandelbar. Auch die Grünen sind der Meinung, dass bei den Landverkäufen einige Fehler passiert sind. Das Land in der Bündten war in der ursprünglichen Vorlage nicht enthalten. Die Grünen haben dies in der Gemeindegemeinschaft eingebracht.

Heute Abend sollte kein Blankokredit gesprochen werden. Das Geld muss aus Sicht der Grünen zur Seite gelegt und zukünftige Projekte müssen im Rahmen der Gemeindeversammlung besprochen werden. Dr. A. Amacher beantragt, 200'000 Franken mittels einer Sondervorlage dem Jugendhaus zuzusprechen.

Peter Graser stellt fest, dass es wieder einmal - die alte Melodie - ums Geld geht. Das Wunschkonzert der Grünen und der SP geht munter weiter. Dem Gemeinderat wird unsorgfältiges Umgehen vorgeworfen und zehn Minuten später sind wir mit unsorgfältigen Ausgaben konfrontiert. Die FDP hat dem Jugendhaus ohne Wenn und Aber zugestimmt. Peter Graser verliert die Anträge aus der Vorlage von 1994. Die vorliegende Schlussabrechnung ist korrekt. Das Kuspo muss jedes Jahr um 10 % amortisiert werden. Irgendwann werden wir froh sein, dass diese Amortisationen aus den zweckgebundenen Mitteln getätigt werden können. Peter Graser bittet, auf den Antrag nicht einzugehen.

Freddy Koch beschäftigt sich mit Immobilien. Wenn bei einem Bau eine Überschreitung von 20 % vorkommt, so ist dies ein Skandal. Bei Immobilienverkäufen ist dies anders. Freddy Koch kann sich gut vorstellen, dass so etwas bei Bauverhandlungen, Einsprachen etc. passieren kann. Er bittet, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen und die Anträge von Hanni Huggel und Dr. Arnold Amacher abzulehnen. Die Antragsteller sollen ihre Begehren beim nächsten Budget einbringen.

Paul Messmer fühlt sich verpflichtet, daran zu erinnern, wie der Bau des Kuspo zustande kam. Man wusste, dass es schwierig sein wird, einen Kredit von 16 Millionen Franken durchzubringen. Deshalb beschloss man, den Kuspo-Entscheid mit den Landverkäufen zu koppeln. Auf diese Art kam der Beschluss mit grossem Mehr zustande. Mit der gleichen Vorlage wurde ein Kreditbegehren in der Höhe von Fr. 700'000.-- für einen Jugendpavillon bewilligt. Aus diesem Grunde kann man eine Verbindung herstellen und sagen, dem Jugendhaus stehe ebenfalls ein Anteil aus den Landverkäufen zu. Der Gedanke von Hanni Huggel ist im Grundsatz richtig. Die Idee von Dr. Arnold Amacher ist aber rechtlich eher durchführbar, so dass der Antrag, Fr. 200'000.-- mittels Sondervorlage dem Jugendhaus zur Verfügung zu stellen, unterstützt werden kann. Beim Kuspo sind die Ausgaben bereits getätigt. Paul Messmer bittet Hanni Huggel, ihren Antrag zugunsten des Antrags von Dr. Arnold Amacher zurückzuziehen.

Helen Wegmüller: An der letzten Einwohnergemeindeversammlung wurde trotz Schulden gegen eine Steuererhöhung gestimmt. Auf der anderen Seite tut eine Verschonungpause gut. Kaum zeigt sich nun ein Überschuss, bestehen schon wieder Begehrlichkeiten. Helen Wegmüller bittet, beiden Anträgen nicht stattzugeben.

://: Hanni Huggel zieht ihren Antrag zugunsten des Antrags von Dr. Arnold Amacher zurück.

Gemeinderat C. Kaspar teilt mit, dass der Antrag der Grünen und der SP aber auch derjenige der FDP und der SVP bereits überholt ist, weil das Geld aus den Landverkäufen ausschliesslich für das Kuspo und das Jugendhaus verwendet wird. Eine Sondervorlage, so wie sie Dr. Arnold Amacher wünscht, ist bereits in Arbeit. Das Geld ist zweckgebunden und wird ausschliesslich für Abschreibungen Kuspo und Jugendhaus eingesetzt. Gemeinderat C. Kaspar erklärt an einem Rechenbeispiel die verschiedenen Anteile.

Die Verkaufsverhandlungen bei den Landverkäufen wurden seriös begleitet. Sowohl Bauverwalter R. Zulauf als auch der damalige Gemeindeverwalter waren dabei. Hingegen müssen die Vorwürfe wegen des fehlenden Controllings entgegengenommen werden. Dieser Fehler ist leider passiert. Gemeinderat C. Kaspar schlägt vor, die Anträge der Gemeindekommission mit „zweckgebunden“ zu ergänzen. Bis die 12 Millionen Franken aufgebraucht sind, wird sich an der laufenden Rechnung nichts ändern. Die 10 % für Abschreibungen gelten nicht nur für das Kuspo sondern auch für das Jugendhaus. Die Anträge erübrigen sich somit.

Bauverwalter R. Zulauf kann bestätigen, dass man der Gemeindeversammlung im Rahmen des Gesamtnutzungskonzepts des Jugendhauses ca. Ende Jahr eine Vorlage unterbreiten wird. Den Jugendlichen geht es so wie allen: man kauft das Haus und möchte am liebsten sofort einziehen. Dafür, dass das nicht möglich ist, muss R. Zulauf um Verständnis bitten, denn einer der Grundsätze der Bauverwaltung ist, erst mit einem Bau zu beginnen, wenn alles sauber geplant ist.

Jacques Pidoux: Nachdem die Anwohner sich mit den Verkäufen abgefunden hatten, mussten sie feststellen, dass die letzte Parzelle, die sogar unter ihrem Preis veräussert wurde, gar nicht hätte verkauft werden müssen. Die Anwohnerschaft hat sich bis zuletzt gewehrt und ist dann mit acht Stimmen unterlegen. Jacques Pidoux beantragt deshalb, einen Teil des Überschusses für die Forderungen der Liegenschaftsbesitzer zu reservieren.

Gemeinderat C. Kaspar stellt richtig, dass weder „unter Preis“ noch „hätte nicht verkauft werden müssen“ richtig ist. Gegen diese Aussage wehrt er sich mit Händen und Füßen. Dass dem Gemeinderat unterstellt wird, er hätte das Land verschleudert, kann Gemeinderat C. Kaspar nicht akzeptieren.

Dr. Maria Lezzi Lauper bestätigt, dass die Aussage von Jacques Pidoux nicht stimmt. Das Land wurde wertkonform verkauft und es wurden verschiedene Offerten eingeholt. Ob man es hätte verkaufen müssen oder nicht, kann sie hingegen nicht sagen.

Jean-Pierre Doggé hat verschiedene Meinungen gehört. Den Antrag von Dr. Arnold Amacher fand er sehr gut. Aber das, was Gemeinderat Kaspar gesagt hat, ist ebenfalls richtig. Das Geld ist zweckgebunden für das Kuspo und das Jugendhaus eingesetzt. Deshalb ist die Meinung, der Antrag von Dr. Arnold Amacher solle nicht unterstützt werden.

://: Jacques Pidoux zieht seinen Antrag zurück.

## Gebührenordnung

Dominique Lüthy ergreift das Wort im Namen der Münchensteiner Vereine, insbesondere des Damenturnvereins Münchenstein-Neue Welt. Sie erklärt Sinn und Zweck der Vereine, die zu einem grossen Teil das kulturelle und soziale Leben in der Gemeinde mitbestimmen. Aus diesem Grunde muss man Sorge zu ihnen tragen. Das Kuspo sollte für Vereine günstig zu haben sein. Unlängst wurde dem Turnverein für einen Anlass die Erhebung einer hundertprozentigen Gebühr in Aussicht gestellt. Eine Umfrage bei acht Gemeinden mit ähnlicher Grösse wie Münchenstein, hat gezeigt, dass Münchenstein - im Vergleich - zu hohe Gebühren erhebt. Dominique Lüthy beantragt deshalb zu Ziffer 1.6 des Betriebsreglementes, dass ortsansässige Vereine das Kuspo für einen Anlass pro Jahr unentgeltlich benützen können. Ferner beantragt sie, die Betriebskommission durch Vertreter der Vereine zu ergänzen.

Patrice Baumann hat ebenfalls die umliegenden Gemeinden konsultiert. In Reinach sind die Sporthallen in die Primarschule integriert, in Pratteln wird die Benutzung des Kuspo - das ebenfalls über einen Betriebsrat verfügt - ähnlich gehandhabt wie bei uns. Im Gegensatz zu Münchenstein haben Pratteln und Reinach Aufwandüberschüsse.

Jean-Pierre Doggé: Die Idee, das Kuspo einmal jährlich gratis zu benützen, kam am IGOM-Abend, als es feuchtfröhlich zuging, zustande. Dort waren viele Vereinspräsidenten anwesend, die über den Vorschlag natürlich in Jubel ausbrachen. Sparen liegt jedoch nicht nur in der Verantwortung jedes einzelnen Steuerzahlers, sondern auch in derjenigen der Vereine. Noch kein Verein ist verlumpt, weil er einen Anlass durchgeführt hat. Im übrigen funktioniert der Betriebsrat bestens. Je mehr Leute in einem solchen Gremium sind, desto schlechter funktioniert es.

Peter Zwick ist dankbar für die Erwähnung des Betriebsrates. So hat er nämlich Gelegenheit, die Mitglieder - sechs Personen, die intensiv arbeiten - vorzustellen. Es sind dies Hans-Jörg Haas (Vertreter Sport), Peter Walder (Aktuar), Sylvia Lüthi (Marketing/Reservierungen), Felix Bangerter (Finanzen), Roland Stohler (Betriebswart) und er selber, Peter Zwick (Wirtschaft). Zu den Gebühren ist festzuhalten, dass es sich beim Anlass von Dominique Lüthy um eine kantonale Delegiertenversammlung gehandelt hat. Man stellte für alles ein Vertrag aus, der in der Folge retourniert wurde. Dominique Lüthy hätte nun gerne einen Erlass der Gebühren in der Höhe von Fr. 620.--. Ortsvereine erhalten einen Abzug von einem Drittel, bezahlen also nur 66 % der ordentlichen Gebühr.

Jürg Zumbrunnen war am IGOM-Abend ebenfalls anwesend und hat den spontanen Antrag miterlebt. Es ging zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht feuchtfröhlich zu. Er befürchtet, dass die Vereine das Kuspo nicht mehr benützen, weil die Fixkosten zu wenig bescheiden sind. Man muss sich wirklich fragen, ob man nicht den Ortsvereinen etwas mehr entgegenkommen könnte.

Dominique Lüthy weist darauf hin, dass sie den Betriebsrat nicht erweitern, dafür aber anders zusammensetzen möchte. Ausserdem handelte es sich nicht nur um einen Antrag um Erlass, sondern es ging auch um eine Ermässigung. Auch andere Organisatoren liessen verlauten, sie gingen irgendwo anders hin, weil sie sich das Kuspo nicht mehr leisten können.

Paul Messmer: Ursprünglich bestand die Idee, dass man das Kuspo nicht verwalten - und zwar im negativen Sinne verwalten - wollte. Gleichzeitig wusste man jedoch, dass es nicht nur einfach mit Abwarten betrieben werden kann, sondern dass man aktiv etwas unternehmen muss. Aus diesem Grunde wurde der Betriebsrat sehr selektiv ausgewählt. Paul Messmer warnt davor, nun auch noch Vereinsvertreter in den Betriebsrat zu delegieren, zumal nicht klar ist, was sie überhaupt vertreten sollen. Seinerzeit hatte man im Betriebsrat die grösste Mühe zu definieren, was überhaupt ein Münchensteiner Verein ist (Statuten auswärts, Mitglieder auswärts etc.). Der Betriebsrat muss eine gesunde Mischung finden, dass auf der einen Seite für möglichst viele Münchensteinerinnen und Münchensteiner etwas Interessantes stattfindet, auf der anderen Seite muss er hin und wieder finanziell interessante Anlässe zugunsten der Münchensteiner Vereine absagen etc. Der Betriebsrat ist also nicht zu beneiden. Paul Messmer ist der Meinung, dass man sich davor hüten muss, einfach eine globale Formulierung im Reglement aufzunehmen.

Paula Pakery Keller weist darauf hin, dass es nicht nur Vereine, sondern auch andere Gruppierungen gibt, die etwas auf die Beine stellen.

Philippe Peter ist der Meinung, man sollte bei dem bleiben, was man hat. Seiner Ansicht nach sind die Gebühren ebenfalls zu hoch. Allerdings zeigt der Betriebsrat Entgegenkommen, wenn man alle Fakten klar offenlegt. Und Philippe Peter weiss, wovon er spricht. Trotzdem hegt er die

gleichen Befürchtungen wie Jürg Zumbrunnen. Er erklärt dies anhand von Beispielen. Eine Leiterausstellung kommt - Miete und Entschädigungen eingerechnet - auf gut Fr. 1'200.-- zu stehen. Aus diesem Grund beantragt Philippe Peter, die Gebührenordnung im Sportbereich zu überarbeiten und je nach Betriebsrechnung zugunsten der Sportvereine anzupassen.

Dominique Lüthy: Wenn zehn Vereine das Kuspo einmal jährlich gratis benützen können, fallen insgesamt 8'000 Franken pro Jahr weg. Das steht in keinem Verhältnis zum Defizit. Offenbar hat die Gemeinde etwas gegen die Vereine, obwohl sie gute Dinge auf die Beine stellen.

Eva Gross Zahnd stellt einen Antrag zu Ziffer 3.1 des Betriebsreglementes: Nicht die Rechnungsprüfungskommission soll die Betriebsrechnung prüfen, sondern Revisoren.

Hans-Jörg Haas ist in der Betriebskommission in erster Linie für den Bereich Sport zuständig. In Münchenstein ist eine neue Situation entstanden. Nun müssen die Vereine lernen, mit dieser Situation umzugehen. Das Kuspo ist nicht für alle Vereine, die vorher auch nicht hier waren, gebaut worden. Ohne vorherige Kostenrechnung geht man davon aus, einen Anlass im Kuspo durchzuführen, obwohl es in der Alten Gmeini billiger wäre. Hans-Jörg Haas bittet alle Vereine die Interesse haben das Kuspo zu mieten, sich vorher vom Betriebsrat beraten zu lassen. Schon bei der Planung des Kuspos sagte man immer wieder, dass die Vereine es ganz klar mittragen müssen. Hans-Jörg Haas empfiehlt, beide Anträge abzulehnen.

Gemeinderätin U. Dürrenberger teilt mit, dass alle Anlagen für den Trainingsbetrieb gratis zur Verfügung stehen. Die Pavillons im Dillacker und die „Alte Gmeini“ können ebenfalls gratis benützt werden. Ebenso übernimmt die Gemeinde die Kosten, wenn auf den Joggeli-Sportplatz ausgewichen werden muss. Gemäss Betriebsrechnung der Sportanlagen Au/Welschenmatt trägt dort die Gemeinde Kosten in der Höhe von Fr. 296'674.30. Für die Turnhallen entstünden Einnahmen von Fr. 89'000.--, wenn man die 119 Jahresstunden verrechnen würde. Unter der Woche stehen alle Turnhallen gratis zur Verfügung. Also kann man sicherlich nicht behaupten, die Gemeinde hätte etwas gegen ihre Vereine.

Gemeindepräsident W. Banga bittet Eva Gross Zahnd, die Formulierung in Ziffer 3.1 des Betriebsreglementes zu lassen, wie sie ist. Wie dann letztlich geprüft wird, ist Sache der Rechnungsprüfungskommission.

://: Eva Gross Zahnd zieht ihren Antrag zurück.

#### 1. Schlussabrechnung Kuspo

://: Die Schlussabrechnung über den Bau des Kultur- und Sportzentrums wird einstimmig genehmigt.

#### 2. Landverkäufe

://: Vom Bericht über die Landverkäufe wird Kenntnis genommen. Der Nettomehrertrag von rund Fr. 2'180'000.-- gegenüber dem Ziel von ca. 10 Millionen Franken wird mit grossem Mehr gegen eine Stimme gutgeheissen und ebenfalls den zweckgebundenen Rückstellungen für das Kuspo und das Jugendhaus zugewiesen.

://: Der Antrag von Dr. Arnold Amacher, Fr. 200'000.-- mittels Sondervorlage dem Jugendhaus zur Verfügung zu stellen, wird mit 63 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

#### 3. Schlussabrechnung Erwerb Jugendhaus

://: Die Schlussabrechnung über den Erwerb des Jugendhauses wird genehmigt.

#### 4. Betriebsreglement Kuspo

://: Der Antrag von Philippe Peter, die Gebührenordnung im Sportbereich zu überarbeiten und je nach Betriebsrechnung zugunsten der Sportvereine anzupassen, wird mit grossem Mehr gegen einzelne Stimmen abgelehnt.

://: Der Antrag von Dominique Lüthy, den Betriebsrat mit Vertretern der Vereine anders zusammensetzen, wird mit grossem Mehr gegen einzelne Gegenstimmen abgelehnt.

://: Der Antrag von Dominique Lüthy, ortsansässigen Vereinen das Kuspo für einen Anlass pro Jahr unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, wird mit grossem Mehr gegen einzelne Gegenstimmen abgelehnt.

://: Das vorliegende Betriebsreglement für das Kultur- und Sportzentrum wird mit grossem Mehr gegen 1 Gegenstimme beschlossen.

#### 5. Referendum

://: Die vorstehenden Beschlüsse unterstehen getrennt dem fakultativen Referendum

Gemeindepräsident W. Banga dankt allen, die sich besonders für das Kuspo engagiert haben, insbesondere Paul Messmer, Hans Kunz, Rudolf Zulauf und Peter Walder.

### **Traktandum 3**

#### **Ausbau Sportanlagen Welschenmatt / Schlussabrechnung und Kreditbegehren Fr. 25'352.45 zur Erhöhung des Gemeindebeitrages**

Gemeinderat H. Kunz fasst das in der Vorlage auf Seite 8 enthaltene Geschäft kurz zusammen.

://: Eintreten ist unbestritten.

Fritz Hiestand empfiehlt im Namen der Gemeindekommission die Vorlage zu akzeptieren. Die CVP empfiehlt ebenfalls Unterstützung. Ein weiterer Schritt zu einem attraktiven Münchenstein ist getan.

- ://: 1. Von der vorliegenden Schlussabrechnung wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Der bereits beschlossene Gemeindebeitrag (Fr. 330'000.--) wird um Fr. 25'352.45 erhöht.
3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

### **Traktandum 4**

#### **EDV - Neue Softwarelösung 2001**

Gemeinderat C. Kaspar rekapituliert die in der Vorlage enthaltenen Ausführungen.

://: Eintreten ist unbestritten.

Peter Graser teilt mit, dass die Gemeindekommission dieses Traktandum intensiv diskutiert hat. Das Geschäft war gut vorbereitet. Wer sich schon einmal mit EDV befasst hat, der weiss, dass etwas, kaum angeschafft, bereits wieder veraltet ist. Es handelt sich um eine saubere und wegweisende Vorlage. Die Gemeindekommission hat einstimmig beschlossen, deren Annahme zu empfehlen.

- ://: 1. Vom vorliegenden Bericht wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Dem Investitionskredit von Fr. 330'000.-- wird zugestimmt.
3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

### **Traktandum 5**

#### **Verschiedenes**

Thomas Imboden reicht im Namen der SP Münchenstein drei Anträge gemäss § 68 des Gemeindegesetzes ein und teilt in diesem Zusammenhang mit, dass heute die Petition zur Buslinie 63 mit 2'294 Stimmen der Landeskanzlei übergeben wurde. Die Anträge haben folgenden Wortlaut.

### **„Gedekte Veloständer beim Einkaufszentrum Gartenstadt**

Die SP bittet den Gemeinderat mit COOP Basel in Verbindung zu treten. Beim Einkaufszentrum Gartenstadt sind die Veloständer auf der Südseite zu überdachen. Dazu sollte ein überdachtes Einkaufswägeli-Depot errichtet werden.

So wird es möglich sein, die Leute davon abzuhalten, ihre Velos zwischen Post und Tramhaltestelle hinzustellen. Obwohl der Gemeinderat schon früher Verhandlungen betreffend Überdachung der Veloständer geführt hatte, war dies wegen dem alten Baugesetz nicht möglich. Nach dem neuen Baugesetz vom 1.1.99 können die Veloständer überdacht werden. Dies verstehen wir als einen Beitrag zugunsten der umweltbewussten Einkäufer und Einkäuferinnen.

Der Gemeinderat führt Verhandlungen mit COOP Basel, allenfalls mit der Post, für die Überdachung der Veloständer und der Schaffung eines Einkaufswägeli-Depot am gleichen Ort.“

### **„Überdachung von mehr Veloständer beim Kuspo**

Für einen gewöhnlichen Trainingsbetrieb genügen die überdachten Veloständer. Bei mittleren und grösseren Anlässen jedoch ist viel zu wenig Platz vorhanden. Die Velos werden daher „wild“ parkiert, zum Teil auch auf der vorbeiführenden Dammstrasse.

Ungezählte „Tips“, Gespräche und Anregungen aus der Bevölkerung zeigen, dass der Wunsch und das Bedürfnis nach mehr überdachten Veloständer vorhanden ist. Ein grösseres Angebot an gedeckten Veloständer sollte zur Verfügung stehen.

Der Gemeinderat setzt sich ein für mehr überdachte Veloständer beim Kuspo.“

### **„Beleuchtung der Velowege**

Wir bitten den Gemeinderat, mit dem Kanton Baselland Kontakt aufzunehmen und vorstellig zu werden, dass das Velowegnetz in der Region punkto Beleuchtung überprüft wird.

die Mühlemattstrasse z.B. ist im westlicheren Teil für Autos befahrbar und auch beleuchtet, die Fortsetzung vom Teufelsgrabenbächli bis zur Bananenbrücke weist einerseits eine absolut unübersichtliche Kurve auf und ist andererseits stockdunkel.

Der Veloweg nach Reinach oberhalb der Au ist auch nicht beleuchtet. dort fahren recht viele Schüler mit dem Velo. Im Winter ist es ab 17.00 Uhr dunkel.

Auch der Veloweg über Land (z.B. Muttenz-Pratteln, Pratteln-Frenkendorf) ist nur teilweise beleuchtet.

Viele velofahrende Frauen wagen sich nachts oft nicht, die Velowege zu benützen, weil die meisten unbeleuchtet sind.

Zugleich bitten wir, dass die Ampelsteuerung für Velofahrer auf den Kantonsstrassen überprüft wird. So trifft es oft zu, dass Velos nicht in die Lichtschranke kommen (z.B. Lichtsignalanlage Baselstrasse bei der Hofmatt). Deswegen muss man auf Autos warten, damit die Ampel auf grün schaltet.

Der Gemeinderat wird bei der Baselbieter Regierung vorstellig, die Velowege bezüglich Beleuchtung zu überprüfen.“

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass der Gemeinderat die drei Anträge entgegennimmt, allerdings die vom Gesetz vorgegebene halbjährige Frist für eine Beantwortung zu kurz ist.

Thomas Imboden ist damit einverstanden, diese Frist zu verlängern.

### **Grab der Einsamen**

Paula Pakery Keller macht den Gemeinderat darauf aufmerksam, dass die Anlage schon lange stillgelegt ist, jedoch mit Wasser betrieben werden sollte. Sie bittet den Gemeinderat, dies als Antrag gemäss § 68 entgegenzunehmen.

Gemeinderat W. Banga teilt mit, dass der Gemeinderat den Antrag entgegennimmt.

### **Billettsteuer**

Martin Eichrodt: In der Basler Zeitung wurde ein Bericht über die Swiss Indoors veröffentlicht. Regierungsrat Fünfschilling äusserte sich, dass er der Gemeinde einen Brief schreiben wolle. Ist dieser Brief geheim? Wie geht es nun weiter?

Gemeinderat C. Kaspar bestätigt, dass der Regierungsrat die Sachlage schriftlich dargelegt hat. Der Gemeinderat hat in seinem Antwortschreiben darauf hingewiesen, welche Leistungen die



Gemeinde Münchenstein für die Stadt Basel erbringt und welche finanziellen Auswirkungen das hat. Gleichzeitig hat der Gemeinderat um eine Audienz bei Regierungsrat Fünfschilling ersucht. Die Besprechung hat im Januar stattgefunden und anschliessend traf der Vernehmlassungsentwurf bei der Gemeinde ein. In seiner Vernehmlassung wird der Gemeinderat ganz deutlich darlegen, was die Abschaffung der Billettsteuer für Münchenstein bedeutet und auch die Münchener Landratsmitglieder entsprechend informieren.

Martin Eichrodt erkundigt sich, ob die Gemeinde das alles kampfflos hinnehmen will. Es handelt sich immerhin um ein bis zwei Prozent der Gemeindesteuern. Martin Eichrodt reicht deshalb folgende Resolution ein:

*„Die Gemeindeversammlung Münchenstein vom 2. März 2000 ersucht den Gemeinderat, alles zu unternehmen, um für Münchenstein die Billettsteuer zu erhalten.  
Im Besonderen bittet sie, Regierungsrat Dr. Hans Fünfschilling zu einer Informations- und Orientierungsversammlung einzuladen, bevor weitere Schritte der Regierung unternommen werden.“*

Gemeindepräsident W. Banga ergänzt, dass der Gemeindeverband heute Nachmittag telefonisch zugesichert hat, er wolle die Gemeinde Münchenstein unterstützen.

://: Die Resolution von Martin Eichrodt wird einstimmig angenommen.

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass im Anschluss an die Versammlung im Foyer wiederum ein Apéro serviert wird und die Restaurants - sofern die Wirtinnen und Wirte damit einverstanden sind - heute länger geöffnet bleiben dürfen.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier

## **Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung**

2. Sitzung vom 19. Juni 2000 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Rosmarie Buser, Ursula Dürrenberger, Eduard Gysin, Claude Kaspar, Hans Kunz, André Schenker  Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Rudolf Zulauf, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Ursula Dürrenberger, Vizepräsidentin
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier, Aktuarin
<u>Stimmzähler:</u>	Esther Scholer-Boss, Beatrice Tschamber
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 22.15 Uhr

---

### **Traktanden**

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 2. März 2000
  2. Jahresrechnungen 1999 der Einwohnergemeinde
  3. Gemeinschaftsantennenanlage / Teilprivatisierung
  4. Amtsbericht des Gemeinderates für das Jahr 1999
  5. Liberalisierung der Feuerungskontrolle / Antrag gemäss § 68
  6. Optimierung der Buslinien 63/64 / Antrag gemäss § 68
  7. Gemeinschaftsantennenanlage, Ausbau auf 450 bzw. 600 MHz / Schlussabrechnung
  8. Aufhebung Submissionsreglement
  9. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst die rund 100 Anwesenden zur heutigen Gemeindeversammlung. Ein spezieller Gruss gilt den Vertretern der Elektra Birseck, Dr. H. Büttiker und P. Kern, sowie der Vertreterin und den Vertretern der Medien, U. Hool, M. Brodbeck und H. Leuthardt. Die Herren A. Blattner, Dr. A. Amacher und H. Hartung haben sich für heute Abend entschuldigt.

Gemeindepräsident W. Banga bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen. Ferner hält er fest, dass die Einladung mit den Traktanden und Anträgen den Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt wurde und fristgemäss im amtlichen Anzeigen publiziert worden ist.

### **Traktandum 1**

#### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 2. März 2000**

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und der Verfasserin verdankt.

### **Traktandum 2**

#### **Jahresrechnungen 1999 der Einwohnergemeinde**

Gemeinderat C. Kaspar teilt mit, dass die Ausgaben im Rahmen des Budgets gehalten werden konnten. Veränderungen gab es hingegen bei den Einnahmen, insbesondere bei den Steuer-

einnahmen der juristischen Personen und den Grundstückgewinnsteuern. Die juristischen Personen werden jährlich veranlagt und können nicht genau vorhergesagt werden. Auch bei den Grundstückgewinnsteuern sind genaue Vorhersagen nicht möglich. Gemeinderat C. Kaspar bittet die Anwesenden, auf die Rechnungen einzutreten.

#### Regiekassen

Gemeinderat A. Schenker stellt fest, dass es allen drei Regiekassen „gut geht“ und bittet, auf die Rechnung einzutreten.

#### Fürsorgekasse

Gemeinderat E. Gysin erläutert, dass der Aufwand das Budget um Fr. 122'000.-- übersteigt und die Unterstützungen gemäss Fürsorgegesetz um Fr. 188'778.80 höher sind als budgetiert. Er bittet, auf die Rechnung einzutreten.

Doris Würsch: Die Fürsorgebehörde möchte nicht abwartend hoffen, dass sich der wirtschaftliche Aufschwung auch auf die Fürsorge niederschlägt. Ein grosser Posten bei den Unterstützungen bilden die Alleinerziehenden und die Erwerbslosen. Die Fürsorgebehörde möchte die Betroffenen motivieren - zum Beispiel mit Kursbesuchen - damit sie wieder in den Arbeitsprozess eintreten können. Sie ist zuversichtlich, dass dieses Vorhaben gelingen wird, zumal auch die Sozialberatung nun personell wieder komplett ist.

Willy Maeder: Die Gemeindekommission war bei der Beratung der Rechnungen angenehm überrascht. Sie dankt dem Gemeinderat für diesen verbesserten Abschluss. Hätte man die Billettsteuer bereits abgeschafft, so wäre das Defizit um gut 300'000 Franken höher gewesen. Die Gemeindekommission hat die Rechnung 1999 einstimmig angenommen und empfiehlt der Gemeindeversammlung ebenfalls die Annahme.

Maria Lezzi Lauper: Die Rechnungsprüfungskommission hat die Rechnung geprüft und beantragt Eintreten und Annahme der Rechnung.

Bruno Krähenbühl beantragt im Namen der SP Zustimmung zur Rechnung. Es ist schon bald zu einem Ritual geworden, dass die Rechnungen besser sind als budgetiert. Genau diese Routine birgt jedoch Gefahren, weil sie einschläfernd wirken kann. B. Krähenbühl präsentiert mittels Folien einige Kennzahlen:

- Schulden und Eigenkapital pro Einwohnerin/Einwohner (Gegenüberstellung Gemeinde Münchenstein vs. Bezirk Arlesheim; die Schulden liegen in Münchenstein um Fr. 960.-- höher, das Eigenkapital liegt um Fr. 255.-- tiefer als im Bezirk)
- Aufwand pro Einwohnerin/Einwohner Münchenstein vs. Bezirk Arlesheim (der Personalaufwand beträgt in Münchenstein Fr. 151.-- und die Passivzinsen Fr. 71.-- mehr, der Sachaufwand Fr. 31.-- und die Abschreibungen Fr. 91.-- weniger als im Bezirk)
- Aufwand nach Funktion pro Einwohnerin/Einwohner (der Totalaufwand ist um Fr. 150.--, die Kosten der Allgemeinen Verwaltung um Fr. 1.--, Bildung Fr. 52.--, Soziale Wohlfahrt Fr. 58.--, Verkehr Fr. 31.-- und Übrige Fr. 49.-- höher als im Bezirk, die Kosten für die öffentliche Sicherheit betragen Fr. 13.--, diejenigen für Kultur Fr. 26.-- weniger als im Bezirk)
- Ertrag pro Einwohnerin/Einwohner (bei den Steuern total ist eine Differenz von minus Fr. 278.--, bei den Steuern der natürlichen Personen von minus Fr. 411.-- und bei den Beträgen mit Zweckbindung von minus Fr. 1.-- gegenüber dem Bezirk Arlesheim festzustellen)
- Die Selbstfinanzierung ist im öffentlichen Haushalt die eigentliche Schlüsselgrösse. Die Entwicklung in Münchenstein der letzten paar Jahre zeigt folgendes Bild:

<u>Jahr</u>	<u>Nettoinvestition</u>	<u>Selbstfinanzierung</u>	<u>Finanzsaldo</u>
1995	10'096	2'788	- 7'308
1996	7'335	1'798	- 5'537
1997	6'978	4'247	- 2'731
1998	7'431	2'111	- 5'320

Als mögliche Ursache für den höheren Aufwand bei der Bildung und der sozialen Wohlfahrt sowie im Verkehr und beim Übrigen und für den Abfall bei den Steuern bezeichnet B. Krähenbühl die Differenz in der Altersstruktur zwischen der Münchenssteiner Bevölkerung und der Bevölke-

zung im Bezirk Arlesheim. In Münchenstein werden 6 % mehr Jugendliche und 27 % mehr über 65-Jährige gezählt, wogegen bei den 15- bis 64-Jährigen 33 % weniger als im Bezirk zu verzeichnen sind. Dies hat sicherlich einen Einfluss auf die sozialen Kosten und die Bildungskosten.

Als künftige Bedrohung des Haushaltes sieht Bruno Krähenbühl den Wegfall der Billettsteuern ohne Kompensation sowie den Wegfall des Gemeindeanteils der Erbschafts- und Schenkungssteuern. Hinsichtlich des Wegfalls der Billettsteuern werden sich die Münchensteiner Mitglieder des Landrates noch zur Wehr setzen. Doch wer wird die Kennzahlen hinterfragen? Wer die Analyse vornehmen und allenfalls Massnahmen vorschlagen?

Werner Maier: Die FDP hat die Rechnungen geprüft und beantragt Eintreten und Genehmigung. Im Weiteren regt W. Maier an, eine allfällige Steuererhöhung, die ja eine politische Frage ist, im Rahmen einer Rechnungsgenehmigung vor die Gemeindeversammlung zu bringen und nicht dann, wenn ein schlechtes Budget behandelt werden soll.

Peter Zwick: Die CVP hat die Rechnungen ebenfalls geprüft und für gut befunden. Sie bittet um Zustimmung. Im Übrigen muss man den Gemeinderat in Schutz nehmen, denn er hat sicher ein gutes Budget verfasst. Wie Bruno Krähenbühl bereits angetönt hat, wird der Landrat um die Erhaltung der Billettsteuern kämpfen und auch im Zusammenhang mit den Erbschafts- und Schenkungssteuern sind politische Gespräche im Gange. Peter Zwick bittet um Zustimmung zu den Gemeinderechnungen.

Helen Wegmüller: Die SVP hat die Rechnungen geprüft und bittet um Eintreten.

Die Jahresrechnung wird seitenweise abgerufen.

://: Die Jahresrechnung 1999 der Einwohner- und der Fürsorgekasse sowie der Regiekassen (Wasser, Kanalisation, Gemeinschaftsantenne) werden einstimmig genehmigt.

Gemeindepräsident W. Banga dankt allen, die an der Rechnung 1999 mitgearbeitet haben. Die vorgebrachten Anregungen nimmt der Gemeinderat gerne entgegen und lässt sie einfließen.

Gemeinderat C. Kaspar teilt mit, dass alle sogenannten Regiekassen als Spezialfinanzierungen in die Einwohnerkasse einfließen werden und dankt Bruno Krähenbühl für die Unterstützung. Er hofft, dass die Worte von B. Krähenbühl ernster genommen werden, als seine eigenen. Die Billettsteuer fällt erst ab 2001 weg, wird also dieses Jahr noch berücksichtigt. Nach wie vor gefährdet ist die Grundstückgewinnsteuer, die ebenfalls entfallen könnte.

### **Traktandum 3**

#### **Gemeinschaftsantennenanlage / Teilprivatisierung**

Gemeinderat A. Schenker erläutert die Vorlage anhand von Folien und teilt mit, dass die beiden Vertreter der EBM, Dr. H. Büttiker und P. Kern, ebenfalls für Fragen zur Verfügung stehen.

Das GAA-Netz wurde auf einen guten technischen Standard ausgebaut (600 MHz) und verfügt derzeit über 48 Sender. Es handelt sich um ein so genanntes Einwegnetz mit Kopfstation in Muttenz. Durch die rasante Entwicklung im Technologiebereich und das Angebot an interaktiven Diensten muss die Anlage neu mit Glasfasertechnik ausgerüstet werden. Dazu sind Investitionen, Knowhow sowie die Sicherstellung des Betriebs und des Unterhalts notwendig.

Der Gemeinderat hat sich bereits vor einem Jahr mit der Gemeindekommission besprochen und sich einstimmig darauf geeinigt, von den vorgeschlagenen Varianten diejenige der Teilprivatisierung weiterzuverfolgen. In der darauf folgenden Ausschreibung reichte die EBM das günstigste Angebot ein. Gemeinderat A. Schenker geht auf die in der Vorlage erwähnten finanziellen Aspekte ein. Die EBM ist bereit, das bestehende Kabelnetz zu einem Preis von Fr. 800'000.-- zu übernehmen. Die von den Abonnenten zu leistende monatliche Gebühr bleibt unverändert, hingegen werden für den Internetanschluss separate Gebühren erhoben, die im Detail jedoch noch nicht festgelegt sind. Es wird sich aber um marktgängige Preise handeln. Das Grundangebot bleibt gleich, Ansprechpartnerin wird weiterhin die Gemeinde sein. Alle zusätzlichen Dienste können bei der EBM „eingekauft“ werden. Dazu wird es separate Vereinbarungen geben.

Dr. H. Büttiker: Durch die Liberalisierung ist es der EBM jetzt möglich, im Telecom Bereich tätig zu werden. Bei den Verhandlungen für die Teilprivatisierung der GAA waren unter anderem folgende Kriterien massgebend: Für den Empfang von TV und Radiosignalen darf kein Nachteil

entstehen und die Leistungen und der Preis für diese Angebote dürfen nicht ändern. Binnen Jahresfrist soll Internet angeboten werden können. Bei der Berechnung der monatlichen Gebühren kommt es darauf an, ob man zum Beispiel ein Modem kauft oder eines mietet. Für die Privatbenützer wird es ein Angebot „light“ geben, das auf rund Fr. 15.-- monatlich zu stehen kommt. Die EBM steht hinter dieser Teilprivatisierung und würde sich freuen, wenn die Gemeindeversammlung zustimmt.

Friedrich Hiestand: Es handelt sich um eine Vorlage, die vom Gemeinderat vorbildlich ausgearbeitet und vorbereitet wurde. Der Gemeinderat wollte das Geschäft der Gemeindekommission rechtzeitig unterbreiten. So wurde es denn am 7. Juni 1999 zum ersten Mal gemeinsam besprochen. Auch an der letzten Sitzung der Gemeindekommission, am 5. Juni 2000, wurde die Vorlage ausführlich präsentiert und behandelt. Nachdem alle Fragen kompetent beantwortet wurden, beschloss die Gemeindekommission, die Anträge des Gemeinderates zu genehmigen:

- die Gemeindekommission ist der Meinung, die EBM sei eine gute und seriöse Vertragspartnerin
- die Gemeindekommission ist überzeugt, dass die EBM ein grosses Interesse am Wohl der Gemeinde im Auge hat und
- die Gemeindekommission hat zur Kenntnis genommen, dass das Angebot in gleichem Umfang und zum gleichen Preis weitergeführt wird, wie bisher.

Aus all diesen Gründen empfiehlt die Gemeindekommission, den Anträgen des Gemeinderates sei zuzustimmen.

Gemeinderat A. Schenker präsentiert den Vertrag und ruft ihn seitenweise ab.

Seite 6, Ziffer 6, 3. Absatz

Neu: Die Haftung der EBM Telecom AG für Betriebsunterbrüche .... („Telecom AG“ noch einfügen)

Seite 20, 5. Absatz

Lienhard Meyer: „Soweit es technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist ...“: Dieses „wirtschaftlich zumutbar“ ist ein Gummibegriff.

Gemeinderat A. Schenker: Der heutige Zustand der Gemeinschaftsantennenanlage ist etwas „Gewachsenes“. In Bezug auf die Sender gab es Zugänge und Abgänge. Man geht davon aus, dass es sich um ein ausgewogenes Angebot handelt. Um zu so einem Angebot zu gelangen, sind Verhandlungen und Gespräche nötig. Wenn nun eine Anfrage zur Aufschaltung eines neuen Senders kommt, so kann grundsätzlich die Gemeindeversammlung entscheiden. Die Gemeinde nimmt Rücksprache mit der EBM und klärt die voraussichtlichen Kosten ab und die Gemeindeversammlung entscheidet dann, entweder im Rahmen des Budgets oder im Rahmen einer Vorlage.

Dr. H. Büttiker: Sehr oft ist es kein einfacher Entscheid, was aufgeschaltet werden soll und was nicht. Dr. Büttiker ist nicht unglücklich, dass die EBM dies nicht alleine entscheiden muss. Zurzeit steht man kurz vor der Einführung der digitalen Fernsehtechnologie. In der Schweiz wird es wahrscheinlich maximal zwei Anbieter geben. Daher steht auch hinter dem Preis noch ein grosses Fragezeichen und es ist noch offen, was zum Grundangebot und was zu den zusätzlichen Dienstleistungen geschlagen wird. Damit die EBM keine Verluste einfährt, ist es wichtig, dass die Gemeinde für das Grundangebot aufkommt. Im übrigen ist die im Vertrag enthaltene Formulierung mit allen Beteiligten abgesprochen.

Zu Ziffer 10 auf Seite 9 ist festzuhalten, dass, sofern die Gemeindeversammlung die Aufschaltung eines Senders ablehnen sollte, die EBM den Interessierten gegen ein entsprechendes Entgelt den Sender trotzdem aufschalten könnte. Allerdings müsste das Programm entsprechend codiert sein und es wäre Sache des Bezügers, direkt mit der EBM zu verhandeln.

Seite 10, Ziffer 11, 4. Absatz, 2. Zeile

Gemeinderat A. Schenker teilt mit, dass es anstelle von „CHF 800.--“, richtig „CHF 1'500.--“, heissen muss.

Seite 11, Ziffer 13

Alfred Peter scheint eine Vertragsdauer von 25 Jahren sehr lang.

Gemeinderat A. Schenker: Es handelt sich um eine vernünftige Vertragsdauer, die im Interesse beider Partner richtig ist.

Dr. H. Büttiker: Die EBM ist einem Wunsch des Gemeinderates entgegengekommen.

Werner Maier: Die FDP beantragt Zustimmung. Die technische Notwendigkeit eines bidirektionalen Datenverkehrs ist sicher unbestritten. Die vorliegende Mischform für den Betrieb ist geradezu ideal. Ein Verteilnetz verlangt ein grosses technisches Fachwissen. Die EBM gilt als modern und innovativ und hat ausserdem das beste Angebot auf die Ausschreibung eingebracht.

Franco Faccioli: Die SP hat ebenfalls beschlossen, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Marco Frei erkundigt sich nach den Plänen der EBM hinsichtlich der Bezügerinnen und Bezüger.

Dr. H. Büttiker: Das Grundangebot ist besprochen, für das „permanente“ Internet (24 Stunden täglich) wurde die EBM verpflichtet. Das Vorgehen soll ähnlich sein, wie bei der Balcab oder der GGA Reinach und Umgebung. Ausserdem wird damit gerechnet, innert Jahresfrist digitales Fernsehen anbieten zu können

- ://: 1. Dem Verkauf des elektrotechnischen Teils der Gemeinschaftsantennen-Anlage an die EBM Telecom AG wird einstimmig zugestimmt.  
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, den entsprechenden Vertrag abzuschliessen.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

## **Traktandum 4**

### **Amtsbericht des Gemeinderates für das Jahr 1999**

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass der vorliegende Amtsbericht im Laufe des Jahres als Handbuch benützt werden kann, da er sehr viele Informationen über die Verwaltung enthält.

Urs Gerber dankt dem Gemeinderat im Namen der Gemeindegemeinschaft ganz herzlich für den vorliegenden Amtsbericht. Die Gemeindegemeinschaft empfiehlt, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Hanni Huggel: Auch die SP dankt für den Amtsbericht. Der Gemeinderat leistet diese Arbeit freiwillig. Hanni Huggel teilt kurz mit, weshalb die SP ihren Antrag vom 5. April 1993 betreffend Ausarbeitung eines Baurechtsreglementes zurückgezogen hat. Vor einigen Jahren war das Baurecht ein grosses Thema. Im Moment verfügt die Gemeinde nur noch über ein Landstück, das im Baurecht abgegeben ist. Der Abschluss eines Baurechtsvertrags ist *eine* Sache, die Anpassung der Baurechtszinsen eine andere. Die SP musste eingestehen, dass es sich um eine komplexe und komplizierte Materie handelt und sie auch nicht unbedingt in der Lage ist, eine Regelung auszuarbeiten.

- ://: 1. Vom Amtsbericht des Gemeinderates für das Jahr 1999 wird zustimmend Kenntnis genommen.  
2. Der Antrag der SP betreffend Ausarbeitung eines Baurechtsreglementes vom 5. April 1993 wird abgeschrieben.

## **Traktandum 5**

### **Liberalisierung der Feuerungskontrolle / Antrag gemäss § 68 Erlass eines neuen Reglements**

Gemeinderätin U. Dürrenberger rekapituliert die in der Vorlage enthaltenen Ausführungen. Bereits im Jahr 1998 hat Paula Pakery Keller einen Antrag zur Liberalisierung der Feuerungskontrolle eingereicht. Weil der Kanton diese Aufgabe den Gemeinden überbunden hatte, war jedoch damals eine Liberalisierung nicht möglich. Im Jahre 1999 hat der Kanton die Vorschriften geändert. In der Folge hat sich der Gemeinderat - nach eingehender Prüfung diverser Möglich-

keiten - für die Einführung eines Vignettensystems entschieden, was vom Kanton im Sinne eines Pilotversuchs akzeptiert wurde. Wenn die Gemeindeversammlung heute dem vorliegenden Reglement zustimmt, so kann der Antrag von Paula Pakery Keller als erledigt abgeschrieben werden. Die im Anhang aufgeführte Ordnung über die Durchführung der Feuerungskontrollen wurde geändert, weil sie bereits seit 1995 unverändert besteht.

#### Eintretensdebatte

Willy Maeder: Der Gemeinderat hat dieses Geschäft gut vorbereitet. In der Gemeindekommission wurden keine Änderungsvorschläge vorgebracht, so dass die Kommission den Anträgen des Gemeinderates einstimmig entsprochen hat. Die Gemeindekommission beantragt Zustimmung.

Das Reglement wird seitenweise abgerufen.

://: Keine Wortbegehren.

Gemeinderätin U. Dürrenberger teilt mit, dass eine Vernehmlassung durchgeführt worden ist. Alle eingegangenen Bemerkungen betreffen nicht das Reglement und nur das Reglement muss von der Gemeindeversammlung beschlossen werden.

://: 1. Das vorliegende Reglement über die Öl- und Gasfeuerungskontrolle wird einstimmig beschlossen.  
2. Der Antrag von Paula Pakery Keller wird als erledigt abgeschrieben.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

#### Gebührenordnung

Alfred Peter teilt zur Gebührenordnung mit, dass schon bei der Einführung gesagt wurde, es gäbe Doppelspurigkeiten. Heute, nach vierzehn Jahren, ist es nun offenbar möglich, ein Reglement zu erstellen. Wenn eine Servicefirma eine Vignette aufklebt, so kostet das 45 Franken. Bis jetzt musste man für einen Service alle zwei Jahre 70 Franken bezahlen. Bedeutet dies nun, dass die Feuerungskontrollen mehr kosten?

Gemeinderätin U. Dürrenberger weist darauf hin, dass es sich offensichtlich um ein Missverständnis handelt. Die Kontrollen finden nach wie vor in einem Zweijahresturnus statt. Demgemäss muss auch die Vignette nur alle zwei Jahre angebracht werden. Anstelle von Fr. 75.-- kostet dies neu nur noch Fr. 45.--.

Paula Pakery Keller: Wie sieht es bei einer neuinstallierten Heizung aus? Ist der Betrag für die Vignetten kostendeckend?

Gemeinderätin U. Dürrenberger: Bei einer Neuinstallation nimmt die Lieferfirma die Kontrolle vor und die weiteren Prüfungen werden anschliessend wiederum in einem Zweijahresrhythmus durchgeführt. Ob die Einnahmen kostendeckend sind, kann noch nicht genau gesagt werden. Sollten sie jedoch zu hoch sein, wird eine Anpassung erfolgen.

Bauverwalter R. Zulauf: Die Finanzfachleute wissen, dass ein Inkasso mehr als fünf Franken kostet. Darum muss man unterscheiden, ob vier Firmen je hundert Vignetten bestellen, oder hundert Firmen je vier.

Gottfried Ramseier: Bis heute kam der Kaminfeger und prüfte die Anlage für Fr. 70.--. Heute kostet es alles in allem mehr, weil noch ein Service dazukommt.

Gemeinderätin U. Dürrenberger: Man kann auch eine amtliche Kontrolle für Fr. 75.-- bestellen, bei der dann nur eine Überprüfung vorgenommen wird. Nur die Servicefirma nimmt gleichzeitig einen Service vor.

### **Traktandum 6**

#### **Optimierung der Buslinien 63/64 / Antrag gemäss § 68**

Gemeinderätin R. Buser teilt mit, dass die SP am 9. Dezember 1999 einen Antrag eingereicht hat, mit welchem die Gemeinde verpflichtet werden soll, bei allen Instanzen, die sich mit der

Buslinie 63 befassen, mit Nachdruck den Standpunkt zu vertreten, dass für die Feinerschliessung Münchensteins eine Buslinie notwendig ist. Der Regierungsrat hat die Variante einer Buslinie 60/63 aufgenommen, mit welcher die Linie 60 als Direktverbindung Schweizerhalle-Muttenz-Tunnel Lange Heid-Bottmingen verkehren, die Linie 63 als Feinerschliessung Muttenz Bahnhof-Lutzert-Unterwart-Neue Welt-Hofmatt-Loogstrasse-Motorfahrzeugprüfstation-Bruderholzspital dienen wird. Ein definitiver Entscheid liegt beim Gemeinderat.

Hanni Huggel: Die Gemeindekommission hat wohlwollend festgestellt, dass der Gemeinderat seine Hausaufgaben rasch gemacht hat. Sie bittet um Zustimmung.

Jean-Pierre Doggé: Der Anteil der zu erwartenden Mehrkosten beträgt für Münchenstein Fr. 80'000.--. Die vorliegende Variante bringt keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung. Mit dieser Variante wird Münchenstein nur noch tangential berührt. Für eine Feinerschliessung wäre eine andere Linienführung nötig. Trotzdem ist die CVP mit dem gemeinderätlichen Vorschlag einverstanden.

Hanni Huggel: Der ursprüngliche Vorschlag des Gemeinderates war eine Beibehaltung des Bisherigen. Bei den Verhandlungen hat sich dann herausgestellt, dass dem Landrat eine Linie 60 und eine Linie 63 vorgeschlagen wird. Hanni Huggel dankt im Namen der SP allen Beteiligten. Der Einsatz hat sich gelohnt. Nicht erreicht werden konnten ein direkter Anschluss zum Hallenbad Muttenz und ein Einviertelstundentakt. Hingegen konnte man eine Feinerschliessung und einen Halbstundentakt erwirken sowie später einmal eventuell eine Schnelllinie. Wünschbar wäre ausserdem, wenn auf das Umsteigen bei der Unterwart abgestimmt sowie ein Abendbetrieb eingeführt respektive aufrechterhalten werden könnte.

Urs Gerber: Die FDP hat den Anträgen des Gemeinderates ebenfalls zugestimmt, allerdings mit gewissen Vorbehalten, ob die Verbindung nach Bottmingen auch wirklich benützt wird.

- ://: 1. Von den Ausführungen des Gemeinderates wird im Sinne eines Zwischenberichtes zustimmend Kenntnis genommen.  
2. Der Antrag der Sozialdemokratischen Partei bleibt bis auf weiteres bestehen.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

## **Traktandum 7**

### **Gemeinschaftsantennenanlage, Ausbau auf 450 bzw. 600 MHz / Schlussabrechnung**

Gemeinderat A. Schenker nimmt zur Schlussabrechnung Stellung. Insgesamt wurden Kredite in der Höhe von Fr. 2'875'000.-- bewilligt, der effektive Aufwand betrug Fr. 2'671'122.30, so dass sich eine Kreditunterschreitung von Fr. 203'877.70 ergibt.

Die Rechnungsprüfungskommission hat die Abwicklung dieses Geschäfts in finanzieller Hinsicht geprüft und als in Ordnung befunden.

Peter Zwick: Die Gemeindekommission hat ein sehr gut vorbereitetes Geschäft vorgefunden. Sie beantragt, die Schlussabrechnung zu genehmigen.

://: Die Schlussabrechnung wird einstimmig genehmigt.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

## **Traktandum 8**

### **Aufhebung des kommunalen Submissionsreglements und Ersatz durch die kantonalen Vorschriften**

Gemeinderat Hans Kunz fasst das Geschäft kurz zusammen. Die SIA-Norm 117 wurde im Jahre 1974 als verbindliches kommunales Submissionsreglement übernommen. Am 26. September 1999 nahm das Volk ein vom Kanton erlassenes Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen an, das auch für die Gemeinden verbindlich ist. Dadurch ist die SIA-Norm 117



überholt und wurde in der Zwischenzeit vom SIA ersatzlos aufgehoben. Die kantonalen Vorschriften sind sehr umfassend und regeln sämtliche Aspekte des Beschaffungswesens, auch dasjenige der Gemeinden. Es ist deshalb nicht mehr erforderlich, dass die Gemeinde über ein eigenes Submissionsreglement verfügt.

Hanni Huggel: Die Gemeindekommission hat das Geschäft geprüft. Sehr hilfreich bei den Beratungen war Anhang 6 der Gemeindeversammlungsvorlage. Die Gemeindekommission beantragt, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Jiri Oplatek teilt mit, dass in anderen Kantonen nicht nur positive Erfahrungen mit dem neuen Submissionsgesetz gemacht wurden. Das Reglement stellt grosse Anforderungen an die vergebende Behörde. Er zeigt dies anhand eines Beispiels aus Sissach auf und empfiehlt, dass man sich vor der im Gesetz enthaltenen Rekursmöglichkeit und einem allfälligen Rekurs nicht abschrecken lässt. Jiri Oplatek spricht sich gegen die Aufhebung der SIA-Norm 117 aus.

://: Die SIA-Norm 117 wird als kommunales Submissionsreglement mit grossen Mehr gegen zwei Gegenstimmen ersatzlos aufgehoben.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

## **Traktandum 9**

### **Verschiedenes**

#### **Arbeitsgruppe Verkehrsberuhigung**

Paula Pakery Keller: Die Arbeitsgruppe Verkehrsberuhigung würde sich freuen, wenn Gemeinderätin R. Buser weiterhin die Leitung übernehmen könnte. Sie dankt R. Buser für ihr Engagement.

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat nimmt diesen Wunsch zur Kenntnis.

#### **Verkehrsbeschilderung Wasserhaus**

Susan Wermuth: Entlang des kleinen Weges fahren immer wieder Velos durch das Fahrverbot. Leider sieht man nirgends, dass ein solches Fahrverbot besteht. Sie bittet den Gemeinderat, sich der Sache anzunehmen.

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat und die Verwaltung nehmen diese Anregung entgegen.

#### **Verabschiedung von Rosmarie Buser und Edi Gysin**

Patrice Baumann dankt dem Gemeinderat in corpore für die geleisteten Dienste in der vergangenen Amtsperiode. Ein spezieller Dank gilt den scheidenden Gemeinderatsmitgliedern Rosmarie Buser und Edi Gysin. Weil die grosse Hitze für Blumen nicht so gut ist, wird Gemeinderätin R. Buser ihren Strauss zu einem späteren Zeitpunkt erhalten. Das gleiche gilt für den Wein von Gemeinderat E. Gysin.

Gemeindepräsident W. Banga: Bei einer Gemeinderatswahl trifft es den einen oder die andere mit etwas mehr oder etwas weniger Glück. Leider müssen heute Gemeinderätin Rosmarie Buser und Gemeinderat Edi Gysin verabschiedet werden.

Rosmarie Buser hat sich sehr rasch in ihr Departement eingearbeitet. Man hatte den Eindruck, dass ihr das viel Freude gemacht hat. Sicher kam ihr dabei auch ihre langjährige Arbeit in der Fürsorgebehörde zu Hilfe. Sie war eine hartnäckige und ernsthafte Verhandlungspartnerin. Doch neben der Härte konnte Rosmarie Buser auch Menschlichkeit zeigen, was vor allem bei personellen Verhandlungen zum tragen kam. Leider ist ihre Zeit im Gemeinderat nun zu Ende. Gemeindepräsident W. Banga dankt Rosmarie Buser ganz herzlich für ihre wertvolle Arbeit.

Edi Gysin ist seit 1994 Mitglied des Gemeinderates. Anfangs sind sich E. Gysin und W. Banga eher kritisch begegnet, doch schon bald hat sich ein gutes Verhältnis entwickelt. Warum, weiss Gemeindepräsident W. Banga nicht genau, doch möglicherweise liegt es daran, dass sowohl er als auch Edi Gysin waschechte Baselbieter und ehemalige Bauernbuben sind. Edi Gysin stand

- besonders in für den Gemeinderat schwierigen Zeiten - da wie ein Baum. Er war eine gute Stütze des Gemeinderates. Gemeindepräsident W. Banga dankt ihm ebenfalls ganz herzlich für seine gute Arbeit.

Rosmarie Buser und Edi Gysin haben ihr Wort, sie seien bis zum Ablauf ihrer Amtsperiode noch voll im Einsatz, bis heute gehalten. Der Gemeinderat hat bereits eine Verabschiedung vorgenommen und beiden auch ein Präsent überreicht. Gemeindepräsident W. Banga dankt im Namen des Gemeinderates für die geleisteten Dienste an der Öffentlichkeit und wünscht für die Zukunft alles Gute.

Gemeindepräsident W. Banga: Die nächste Gemeindeversammlung findet am Mittwoch, 13. September 2000, statt. Im Anschluss an die heutige Versammlung wird im Foyer wiederum ein Apéro serviert und die Restaurants dürfen heute - sofern die Wirtinnen und Wirte damit einverstanden sind - länger geöffnet bleiben.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier

## **Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung**

3. Sitzung vom 13. September 2000 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Ursula Dürrenberger, Claude Kaspar, Hans Kunz, Lukas Lauper, André Schenker, Helen Wegmüller Rudolf Zulauf, Bauverwalter
<u>Entschuldigt:</u>	Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Dr. A. Amacher, M. Eichrodt, D. Würsch, Dr. F. Zweifel
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Ursula Dürrenberger, Vizepräsidentin
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier, Aktuarin
<u>Stimmzähler:</u>	Karl Mesmer, René Ramel
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 21.00 Uhr

### **Traktanden**

6. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2000
7. Pavillons Loog, Auslagerung Abteilung Steuerwesen, Kreditbegehren
8. Antrag gemäss § 68 von Paula Pakery Keller, Skulptur Friedhof
9. Antrag gemäss § 68 der SP Münchenstein, Gedeckte Veloständer beim EKZ Gartenstadt
10. Antrag gemäss § 68 der SP Münchenstein, Überdachung einer grösseren Anzahl von Veloständern beim Kuspo
11. Verschiedenes

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst die 85 Anwesenden zur heutigen Gemeindeversammlung. Ein spezieller Gruss gilt den Vertretern der Medien, Frau U. Hool, Wochenblatt für das Birseck und Dorneck, sowie die Herren Nüssler und Leuthardt von der Basler Zeitung und der Basellandschaftlichen Zeitung.

Ferner stellt Gemeindepräsident W. Banga die beiden neuen Gemeinderatsmitglieder, Helen Wegmüller und Lukas Lauper, vor. Eine Liste mit der neuen Departementsverteilung liegt beim Eingang auf.

Gemeindepräsident W. Banga bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen. Weiter hält er fest, dass die Einladung mit den Traktanden und Anträgen den Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt wurde und fristgemäss im amtlichen Anzeiger publiziert worden ist.

### **Traktandum 1**

#### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2000**

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

## Traktandum 2

### **Pavillons Loog, Auslagerung Abteilung Steuerwesen, Kreditbegehren**

Gemeinderat C. Kaspar: Auf Seite 3 des Ratschlags, Ziffer 1, 3. Absatz, ist erwähnt, dass die Gemeinde per Ende 1995 beschlossen habe, die Steuerveranlagung der Unselbständigerwerbenden zu übernehmen. Dies trifft nicht zu. Die Übernahme der Steuerveranlagung der Unselbständigerwerbenden erfolgte bereits im Jahre 1980. Ferner ist im 4. Absatz, von „... *Übernahme der Taxation auch der Selbständigerwerbenden* ...“ die Rede. Richtig ist, dass die Selbständigerwerbenden weiterhin in Liestal veranlagt werden und die Zahl der Mitarbeitenden durch die Einführung der jährlichen Veranlagung erhöht werden muss. Gemeinderat C. Kaspar bittet, diese beiden Fehler in der Vorlage zu entschuldigen.

Gemeinderat H. Kunz fasst die Vorlage kurz zusammen. Seit vielen Jahren leidet das Personal der Steuerverwaltung unter Platznot. Eine Folge davon sind Diskretionsprobleme, wenn Steuerpflichtige persönlich vorsprechen. Glücklicherweise befindet sich in unmittelbarer Nähe, in den Pavillons Loog, genügend Raum, um die gesamte Abteilung Steuern unterzubringen. Für die Anpassung der Räumlichkeiten wird ein Kredit in der Höhe von Fr. 450'000.-- benötigt. Gemeinderat H. Kunz zeigt auf Folien die Gesamtsituation, die vorgesehene Verbindung Verwaltungsgebäude/Pavillons sowie die Ansicht der geplanten Büros. Es sollen zwei Büros mit je zwei und zwei Büros mit je einem Arbeitsplatz eingerichtet werden.

Urs Abt: Die Gemeindekommission hat das Geschäft geprüft und hinterfragt. Sie kam einstimmig zur Auffassung, der Gemeindeversammlung Zustimmung zu beantragen.

Im Weiteren spricht sich Urs Abt auch im Namen der SVP Münchenstein für die Gutheissung des Kreditbegehrens aus.

Peter Zwick: Die CVP hat die Vorlage eingehend beraten. Seit dem Jahre 1957, dem Bezug des Gebäudes, bis heute ist sicher ein Wandel eingetreten, so dass auch der Platzbedarf vorhanden ist. Die CVP stimmt daher der Kreditvorlage zu.

Gleichzeitig stellt die CVP Münchenstein den Antrag: Der Gemeinderat soll innert zwei Jahren ein Konzept erstellen und den Platzbedarf der Gemeindeverwaltung inklusive Kosten auflisten.

Paula Pakery Keller erkundigt sich nach dem Zustand der Heizung und der Isolation der Pavillons.

Urs Gerber: Die FDP hat die Traktanden eingehend diskutiert. In der Vorlage sind die Gründe für die Notwendigkeit der Auslagerung klar dargelegt. Die FDP empfiehlt, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Franco Faccioli: Die SP hat das Geschäft eingehend beraten. Es handelt sich um eine gute Lösung, die im wahrsten Sinne des Wortes naheliegend ist. Die SP beantragt, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Bauverwalter R. Zulauf: Der Zustand der Isolation ist nicht gerade edel, doch auch nicht unverantwortbar. Die Radiatoren der Heizung sind in Ordnung, hingegen wurde der Heizkessel abgesprochen. Es ist vorgesehen, die Pavillons an das Fernheizwerk anzuschliessen. Dazu ist die Einwilligung des Kantons erforderlich, die im Moment noch aussteht.

- ://:
1. Für die Auslagerung der Abteilung Steuerwesen in die Pavillons Loog wird ein Kredit von Fr. 450'000.-- bewilligt. (Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.)
  2. Der Antrag der CVP Münchenstein wird grossmehrheitlich gegen eine Stimme entgegengenommen.

## Traktandum 3

### **Antrag gemäss § 68 von Paula Pakery Keller, Skulptur Friedhof**

Gemeinderat H. Kunz gibt einen kurzen Überblick über dieses Traktandum. An der Gemeindeversammlung vom 2. März 2000 hat Paula Pakery Keller bemängelt, dass die vom Künstler Ludwig Stocker geschaffene Skulptur im Innenhof der Dienstgebäude des neuen Friedhofteils nicht, wie es Grundlage des Kunstwerks sei, mit Wasser betrieben werde. Sie stellte den Antrag

gemäss § 68 des Gemeindegesetzes, das Wasser sei wieder in Betrieb zu nehmen. Gemeinderat H. Kunz erläutert, weshalb der Gemeinderat zur Ansicht gelangt ist, die Wasserquelle nicht mehr in Betrieb zu nehmen und ergänzt, dass die Kommission für die Renovation gemeindeeigener Liegenschaften das Anliegen aufgenommen hat. Die Kommission ist daran, ein Konzept für den Friedhof zu entwickeln. Die Skulptur von Ludwig Stocker wird Teil dieses Programms sein, allerdings nicht erste Priorität geniessen.

Friedrich Hiestand: Die Gemeindekommission hat die Vorlage beraten. Gemeinderat H. Kunz hat bereits bei diesen Beratungen mitgeteilt, dass sich die Kommission für die Renovation gemeindeeigener Liegenschaften mit der Skulptur befassen wird. Die Gemeindekommission beantragt daher, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Paula Pakery Keller hat sich grundsätzlich zu den Brunnen Gedanken gemacht und nimmt wie folgt Stellung:

*„In der Umgebung von Münchenstein stehen auf ca. 1'000 Einwohner ein bis drei Brunnen. Münchenstein zählt ca. 11'000 Einwohner. Sieben Brunnen sind heute noch in Betrieb. Einst waren es über zwanzig. Um an der unteren Grenze anzukommen, kann die Gemeinde mit gutem Willen wieder vier reaktivieren. Wasser gehört doch zu uns als natürliches Grundlebenselement. Kosten fallen nur während der frostlosen Jahreszeit an.*

*Nachdem ich mich über die Pflege von ähnlichen Skulpturen und mit Wasser gefüllten Brunnen erkundige, zeigt sich unter anderem*

- *MuttENZ reinigt einmal im Vierteljahr mit einem sanft eingestellten Hochdruckreiniger eine ähnliche Skulptur von Ludwig Stocker*
- *Reinach verwendet seit diesem Jahr für seine 37 Brunnen nur Wasser und Bürste und einmal im Jahr den Hochdruckreiniger*
- *Die IWB pflegen gegen 200 auf Stadtgebiet liegende Brunnen unter anderem auch Ludwig Stockers. Es werden keinerlei Zusätze zur Reinhaltung des Wassers eingesetzt. Alle 14 Tage wird von Hand eine hochverdünnte Javellauge eingepinselt und danach abgebürstet. Wo das Wasser ins Grundwasser versickert, wird diese Lauge abgesogen. Falls der Algenbefall stark ist, werden die befallenen Flächen einen halben Tag wasserfrei der Sonne ausgesetzt und die Algen verschwinden von selbst. Eine Reinigung beansprucht ca. zehn Minuten bis maximal zwei Stunden.*

*Nach Schilderung des Problems in Münchenstein gaben die IWB mir die Telefonnummer 421 16 51 von der Firma Müller-Paracchini, Inhaber Schnell, in Binningen als Adresse, die auch die IWB in schwer lösbaren Fällen selbst beiziehen. Bildhauer Ludwig Stocker bestätigt mir deren Fachkompetenz.*

*Auf meine Idee, die bestehende Skulptur mit dem Quellwasser weiterhin zu speisen unter Berücksichtigung einer optimierten Anordnung von Quelle und Rücklauf, aber nicht mehr als sprudelnder Quell, sondern mittels eines Wasserbeckens rund um die Skulptur mit ruhigem leisen Ein- und Ausfliessen des Wassers, macht mir Schnell folgenden Lösungsvorschlag:*

*Die Skulptur wird abgedichtet bei der bestehenden Lagerfuge, ein Betonfundament und -becken für das Wasser wird erstellt - Wasserstand ca. zehn bis zwölf Zentimeter - Verkleidung mit Porphyplatten. Diese Platten werden bereits in der näheren Umgebung verwendet. Die Skulptur wird dort, wo sie im Wasser steht mit einem durchsichtigen Material mit einem Zweikomponentenlack oder ähnlichem gegen Verschmutzung/Veralgung geschützt. Die Reinigung kann dann schadlos mittels Hochdruckreiniger wie in MuttENZ gehandhabt werden. Und weil die Wassermenge grösser, wird die Veralgung wegen der beschriebenen Erwärmung weniger stark sein.*

*Das Finanzielle für die Umgestaltung, das ich von mir aus aber ganz unverbindlich und nicht zum Behaften auf ca. maximal Fr. 10'000.-- schätze, kann sicherlich aus dem Kulturbudget bestritten werden.*

*Als Variante könnte auch Leitungswasser im Kreislaufsystem dazu benutzt werden, eventuell mit Zeituhr, damit zum Beispiel nachts abgestellt werden kann. Schnell ist gerne bereit, auf Anfrage einen Kostenvoranschlag zu unterbreiten.*

*Zweiter Vorschlag: Die Skulptur auf der Wiese neben der Friedhofskirche zu platzieren - publikumsträchtiger! Dies wäre sicher teurer, müsste die Skulptur abgebrochen und neu gesetzt werden.*

*Zum Philosophischen: Offenbar beinhaltet der Friedhof als Kultstätte für Münchenstein keine eigentliche Wertvorstellung, stirbt der Mensch doch nur einmal und einzig - unsere Kultur zu pflegen ist offensichtlich unrentabel.*

*Ludwig Stockers Skulptur ist ein Teil unserer Kultur: die Skulptur ist nach oben offen und versinnbildlicht die Verschmelzung mit dem Ewigen. Das fliessende Wasser verkörpert einfach und direkt das Element des ewig Lebendigen: am Ort des Todes - dem Friedhof. Ludwig Stocker*

würde sich inniglich freuen, wenn eine Lösung unter Einbezug des Wassers gefunden werden kann. Er würde auch gerne mit dabei sein.

*Ich persönlich hoffe, dass nicht ganz Münchenstein so verbetoniert ist, wie der Brunnen beim Schlossfelsen. Diesen hätte man zum Beispiel mit Wasserpflanzen schmücken oder verkaufen können, anstatt ihm die Meinung voll ausbetoniert beizubringen. Im übrigen soll vor dem Kuspo angeblich ein ganz neuer Brunnen installiert sein ...“*

://: Mit grossem Mehr gegen drei Stimmen wird der Antrag von Paula Pakery Keller als nicht erheblich erklärt.

Gemeinderat H. Kunz dankt Paula Pakery Keller für ihre Ausführungen. Insbesondere die Verlagerung des Brunnens wird durch die Kommission für die Renovation gemeindeeigener Liegenschaften auch ins Auge gefasst.

## **Traktandum 4**

### **Antrag gemäss § 68 der SP Münchenstein, Gedeckte Veloständer beim EKZ Gartenstadt**

Gemeinderat L. Lauper fasst die Vorlage zusammen. Zum Verfahren ist anzumerken, dass eine Änderung des Quartierplans erforderlich wäre, wenn die Coop etwas umgestalten würde. Eine Quartierplanänderung beinhaltet ein Mitwirkungsrecht, was bedeutet, dass die ganze Bevölkerung Stellung nehmen kann.

Susanne Haas: Die Gemeindekommission ist einstimmig der Meinung, dass man beiden Anträgen des Gemeinderates folgen kann. Sie empfiehlt Zustimmung.

Thomas Imboden dankt dem Gemeinderat im Namen der SP Münchenstein dafür, dass er sich eingesetzt und mit der Post Kontakt aufgenommen hat. Die SP unterstützt die Anträge ebenfalls.

- ://: 1. Der Antrag wird einstimmig als erheblich erklärt.  
2. Materiell wird dazu definitiv Stellung genommen, wenn die vorgesehene Quartierplanänderung der Gemeindeversammlung zur Beschlussfassung vorliegt.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

## **Traktandum 5**

### **Antrag gemäss § 68 der SP Münchenstein, Überdachung einer grösseren Anzahl Veloständer beim Kuspo**

Gemeinderat L. Lauper referiert zu diesem Traktandum. Der Gemeinderat hat mit dem Betriebsrat Kuspo Rücksprache gehalten und erachtet eine Ausrichtung auf den Spitzenbedarf als nicht sinnvoll.

Ursula Gallandre: Die Gemeindekommission hat dieses Geschäft diskutiert. Sie empfiehlt, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Paula Pakery Keller ist aufgefallen, dass die Veloständer immer leer sind und die Velos stattdessen am Eingang zur Sporthalle abgestellt sind.

Peter Zwick: Veloständer befinden sich immer am falschen Ort. Die Schülerinnen und Schüler benutzen den kürzesten Weg zur Tür und stellen ihre Velos dort ab. Wollte man zusätzliche Veloparkplätze schaffen, so müsste man sie hinter dem Kuspo anlegen. Dort würden sie dann überhaupt nicht mehr benutzt. Hin und wieder, wenn das Chaos gar zu gross wird, sucht man dann mit Lehrern und Schülern das Gespräch.

Thomas Imboden: Die SP Münchenstein hat diesen Antrag eingebracht. Thomas Imboden kann die Argumentation zwar etwas verstehen, doch im Grossen und Ganzen ist sie doch zu wenig stichhaltig. Das Label Energiestadt, das von der Gemeinde beantragt wird, beinhaltet auch den Veloverkehr! Und gerade beim Kuspo, das als Vorzeigebau gilt, müssten die Veloparkplätze

attraktiver sein. Thomas Imboden hofft, dass der Betriebsrat Kuspo die Veloparksituation im Auge behält, so dass deren Attraktivität erhöht werden kann.

://: Der Antrag der SP Münchenstein wird einstimmig als nicht erheblich erklärt.

## **Traktandum 6**

### **Verschiedenes**

#### **Antrag gemäss § 68 von Paula Pakery Keller, Ausschöpfung/Prüfung neuer möglicher Steuereinnahmen für die Gemeinde Münchenstein gemäss § 86 des Steuer- und Finanzgesetzes**

Paula Pakery Keller reicht im Zusammenhang mit der Abschaffung der Billettsteuer folgenden Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes ein:

*„Antrag nach § 68 an die Gemeindeversammlung vom 13. September 2000 auf Ausschöpfung/Prüfung neuer möglicher Steuereinnahmen für die Gemeinde Münchenstein gemäss § 86 des Steuerrechts des Kantons Basel-Landschaft infolge zu vielen unverhältnismässigen Ausnahmen zulasten unserer Gemeinde im Sinne der Gleichbehandlung öffentliche/private Hand (z.B. Firmenpensionskassen) um entsprechende Massnahmen ergreifen zu können.*

*Begründung: Mit Blick auf die Anliegergemeinden und deren neuen Gewerbebezonen als gute Steuereinnahmen (Arlesheim im Gwiden/Reinach im Kägen) und zurück auf unsere eigene Gemeinde, haben wir stattdessen grosse Flächen als zentrale Dienstleistungen zur Verfügung gestellt ohne steuerlichen Ertrag wegen Befreiung von Grundstücksteuern gemäss Steuerrecht § 15 für Immobilien bei z.B. Stiftungen wie*

- Christoph Merian Stiftung Gebiet Dreispitz
- die ganze Brüglinger Ebene
- Abkommen mit Basel-Stadt
- Sozialversicherung/Gebäudeversicherung/Pensionskassen/Beamtenversicherungen
- BLK/Liegenschaftsbeteiligungen wie z.B. Raurica-Immobilien Sourcag AG
- diverse Dienstleistungsbetriebe

*§ 86 sagt klar: Die Gemeinden sind befugt auf den Grundstücken der gemäss § 16 von der Staats- und Gemeindesteuer befreiten juristischen Personen, Personalfürsorgestiftungen, Sozialversicherungs- und Ausgleichskassen und konzessionierten Transportunternehmungen jährlich eine Grundstücksteuer zu erheben. Diese wird von der Gemeinde festgesetzt. Sie ist als Einheitssteuersatz festzulegen und darf 2 ‰ des Steuerwertes nicht übersteigen.*

*Anhang:*

*1. Gemäss Steuerrecht § 15 sind von der Steuerpflicht befreit*

- Bund, Kanton Baselland mit seinen Anstalten, Basellandschaftliche Kantonalbanken
- Basellandschaftliche Einwohnergemeinden und ihre Anstalten sowie basellandschaftliche Bürgergemeinden mit Ausnahme der Betriebe, die im wesentlichen Umfang Erwerbszwecken dienen
- die übrigen basellandschaftlichen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Stiftungen für Fürsorge, Kultus- und Unterrichtszwecken dienende Einkommen und Vermögen
- Kantonalbanken

*2. Wenn nun die Billettsteuer hinfällig wird, wäre es weiter interessant aufzuzeigen, wie viele Steuergelder uns infolge vieler zentraler Dienstleistungen/Stiftungen verloren gehen und wie viele an kulturelle Einrichtungen und andere soziale Dienstleistungen so erbracht werden.*

*3. Mit dem Fall der Billettsteuer wäre es wünschenswert, dass Zuwendungen an z.B. den Botanischen Garten mit Fr. 50'000.-- und andere kulturelle Institutionen von Basel-Stadt kompensatorisch gestrichen werden.“*

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass der Gemeinderat den Antrag entgegennimmt.

#### **Antrag gemäss § 68 von Alfred J. Albert, Einführung einer Nachtparkiergebühr für Dauerparkierer**

Alfred J. Albert reicht mit Schreiben vom 11. September 2000 folgenden Antrag nach § 68 des Gemeindegesetzes ein:

„Nach § 68 des Gemeindereglementes stelle ich den Antrag an die Gemeindeversammlung vom 13. September, in Münchenstein eine Nachparkiergebühr (so genannte Laternenparkgarage-Gebühr) für Dauerparkierer zu erheben. Besucher sind davon ausgeschlossen, sofern sie nicht Dauergäste sind. In einem einfachen Parkierreglement sind Organisation, Kontrolle und Gebührenerhebung festzuhalten.

Nachdem ich verschiedentlich bei unserer Gemeindeverwaltung betreffend Einführung einer Nachparkgarage-Gebühr bis heute erfolglos vorstellig geworden bin, beantrage ich heute auf diesem Wege, eine Nachparkgarage-Gebühr einzuführen.

Begründung: Immer mehr wird die Strasse, die für den privaten Verkehr, für Fussgänger und Anwohner gebaut ist, als Gratis-Dauerabstellplatz genutzt. Von Gesetzes wegen vorgeschriebene Garagen und Abstellplätze werden teilweise zweckentfremdet. Dadurch werden diejenigen, die sich an die gesetzlichen Vorschriften halten, finanziell benachteiligt - jede erstellte Garage hat nämlich ihren Preis. Einstellgaragen und Abstellplätze können zum Teil kaum vermietet werden, solange die öffentliche Allmend kostenlos genutzt werden kann. Zudem werden Autos oft sicht- und ausfahrtenbehinderlich parkiert - sei es bei Garagen Ein- und Ausfahrten oder bei einbiegenden Strassen. In diesem Zusammenhang sei nochmals auf das Strassenverkehrsgesetz verwiesen.

Velofahrer - und vor allem Kinder - müssen zum Teil die entgegenkommende Fahrbahn benutzen oder die Autos kommen gefährlich auf der Gegenfahrbahn entgegen, da die auf öffentlichem Grund parkierten Autos keine andere Möglichkeit offen lassen. Das Tempo lässt dabei oft zu wünschen übrig."

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass der Gemeinderat den Antrag entgegennimmt.

### **Fahrräder/Induktionsschlaufen**

Hanni Huggel: Die SP Münchenstein hat alles rund ums Velo betrachtet. So wurde auch festgestellt, dass man bei gewissen Lichtsignalen manchmal nicht richtig auf die Induktionsschlaufen fährt, was zur Folge hat, dass die Ampel nicht auf Grün schaltet. Eine entsprechende Anfrage der SP an die Bauverwaltung wurde von dieser an den Kanton weitergeleitet. Der Kanton hat geantwortet und einen detaillierten Plan, auf dem der richtige Anfahrtsweg zu den Lichtsignalen aufgezeichnet ist, beigelegt. Hanni Huggel bittet die Bauverwaltung, den Hinweis zu publizieren.

### **Billettsteuer**

Peter Zwick: Der Vorschlag der landrätlichen Finanzkommission, statt der Billettsteuer eine Anhebung des Anteils an der Quellensteuer zu favorisieren, stammt aus den Diskussionen und Gesprächen mit den Münchenseiner Landratsmitgliedern.

Gemeindepräsident W. Banga dankt für das Engagement der Münchenseiner Mitglieder des Landrates und teilt mit, dass auch immer wieder Zusammenkünfte zwischen ihnen und dem Gemeinderat stattgefunden haben.

### **UMTS-Lizenzen**

Alain Ecker erkundigt sich, wie die Vergabe der UMTS-Lizenzen in der Gemeinde Münchenstein gehandhabt wird.

Gemeinderat A. Schenker: Die Antennen stehen in Industriegebieten. Die Lizenzversteigerungen haben eben erst begonnen, doch einzelne Bewilligungen wurden in der Gemeinde bereits erteilt.

Bauverwalter R. Zulauf ergänzt, dass die Lizenzen ein normales Baubewilligungsverfahren via Bauinspektorat durchlaufen müssen. Die Gemeinde kann nur Stellung nehmen oder eine Einsprache erheben. Es wird allerdings darauf geachtet, dass die Antennen nur in Industriegebieten aufgestellt werden. Leider war dies in der Lange Heid nicht möglich. Das Verwaltungsgericht hat unlängst eine Beschwerde gutgeheissen, weil die Gewerbefreiheit offensichtlich sehr hoch gewertet wird. Die Sicherheit wird auf die Bundesnormen abgestimmt.

Gemeindepräsident W. Banga: Die nächste Gemeindeversammlung findet am Dienstag, 5. Dezember 2000, statt. Im Anschluss an die heutige Versammlung wird im Foyer wiederum



ein Apéro serviert und die Restaurants dürfen - sofern die Wirtinnen und Wirte damit einverstanden sind - bis 01.00 Uhr geöffnet bleiben.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier

## Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

4. Sitzung vom 5. Dezember 2000 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Ursula Dürrenberger, Claude Kaspar, Hans Kunz, Lukas Lauper, André Schenker, Helen Wegmüller  Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Rudolf Zulauf, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Ursula Dürrenberger, Vizepräsidentin
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier, Aktuarin
<u>Stimmzähler:</u>	Werner Gerber, Gerhard Götz, Esther Plattner
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 22.10 Uhr

---

### Traktanden

12. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 13. September 2000
  13. Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Juli 1999 bis 30. Juni 2000
  14. Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2001
  15. Finanzplan 2000 bis 2005 der Einwohnerkasse
  16. Finanzpläne Spezialfinanzierungen
  17. Zonenvorschriften Landschaft, Teilgebiet Au-Welschenmatt und damit verbundene Mutationen des Zonenplans Siedlung
  18. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst die rund 180 Anwesenden zur heutigen Budgetgemeindeversammlung. Seitens Medien nehmen Frau U. Hool, Wochenblatt für das Birseck und Dorn-eck, sowie die Herren Nüssler und Leuthardt von der Basler Zeitung und der Basellandschaftlichen Zeitung an der heutigen Versammlung teil. Entschuldigt haben sich Peter Zwick, Doris Würsch und Elfi Hiss.

Gemeindepräsident W. Banga bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen. Weiter hält er fest, dass die Einladung mit den Traktanden und Anträgen den Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt wurde und fristgemäss im amtlichen Anzeiger publiziert worden ist.

://: Die Traktandenliste wird ohne Wortbegehren genehmigt.

### Traktandum 1

#### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 13. September 2000**

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

## Traktandum 2

### **Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Juli 1999 bis 30. Juni 2000**

Hanni Huggel: Der genaue Wortlaut des Tätigkeitsberichtes konnte der Gemeindeversammlungsvorlage entnommen werden. Dem Gemeinderat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie den Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsprüfungskommission spricht Hanni Huggel ihren Dank aus. Die Zusammenarbeit des Gemeinderats und der Verwaltung mit der GPK ist sehr gut. Hanni Huggel bittet, vom Bericht zustimmend Kenntnis zu nehmen.

://: Vom Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission für die Periode vom 1. Juli 1999 bis 30. Juni 2000 wird zustimmend Kenntnis genommen.

## Traktandum 3

### **Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2001**

Gemeinderat C. Kaspar: Das Budget 2001 wird nach dem neuen Rechnungsmodell präsentiert. Die Regiekassen sind als Spezialfinanzierungen in der laufenden Rechnung integriert. Etwas Mühe beim Budgetieren machte die Einführung der einjährigen Steuerveranlagung, also der Gegenwartsbesteuerung, indem die Wirtschaftslage der vergangenen zwei Jahre nicht berücksichtigt werden konnte. Ausserdem hat man mit einem einprozentigen Teuerungszuschlag bei den Löhnen gerechnet. Nachdem der Regierungsrat dem Landrat eine anderthalbprozentige Teuerungserhöhung beantragt hat, könnte es - sofern der Landrat dem Antrag zustimmt - hier zu einer Abweichung kommen, da die Gemeinde die Kantonsregelung übernimmt. Gemeinderat C. Kaspar bittet um Eintreten.

Eva Gross: Auf Seite 72 des Budgets sind Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission enthalten. Daraus ist ersichtlich, dass die RPK das Budget geprüft und für gut befunden hat. Sie beantragt, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Urs Gerber: Die Gemeindekommission hat sich eingehend mit dem Budget befasst. Neu bilden die Einkommen des Jahres 2001 die Basis für die Steuern 2001. Die Gemeindekommission hat dem Antrag des Gemeinderates, den Voranschlag der laufenden Rechnung der Einwohnerkasse für das Jahr 2001 zu genehmigen, mit 10 gegen 1 Stimme bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Dem Antrag des Gemeinderates betreffend die Investitionsrechnung wurde mit 9 gegen 4 Stimmen bei 1 Enthaltung, und der Belassung des Gemeindesteuersatzes bei 50 % einstimmig zugestimmt. Die Gemeindekommission bittet, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

://: Eintreten ist unbestritten.

Marco Frei: Im Finanzplan hat sich eine Nettoschuld entwickelt, was bedenklich erscheint. Per Ende 1995 betragen die verzinslichen Schulden 21,8 Millionen Franken. Per Ende Dezember 2000 machte dieser Betrag 31,2 Millionen Franken aus. Es erfolgte also eine Zunahme um 43 %. Im Vergleich mit den Steuereinnahmen in dieser Periode zeigt sich ein krasses Missverhältnis. Per Ende 1995 betragen die Steuereinnahmen 20,3 Millionen Franken, per Ende 1999 (2000 ähnlich) 21,2 Millionen, was einer Zunahme von 4,4 % entspricht. Auch beim Budget hat die Inflation massiv zugeschlagen. Marco Frei präsentiert mit Hilfe einer Folie einen Vergleich aller Kontengruppen zwischen dem Budget 2000 und dem Budget 2001. Er beantragt dem Gemeinderat, das Budget nachzubessern: *„Der Gemeinderat erhält den Auftrag, selbständig und in seiner Verantwortung das Budget 2001 zu überarbeiten und den Fehlbetrag auf Fr. 840'000.-- zu halbieren. Kürzungen sind in folgenden Bereichen vorzunehmen: Allgemeine Verwaltung, Kultur und Freizeit, Umwelt und Raumplanung, Verkehr.“*

Das Budget wird seitenweise abgerufen.

Kontengruppe 0, Allgemeine Verwaltung, und Kontengruppe 1, Öffentliche Sicherheit

Keine Bemerkungen.

### Kontengruppe 2. Bildung, Konto 292, Erwachsenenbildung

Claudia Isenschmid, Kursverantwortliche für die Nähkurse, stellt den Antrag, die freiwilligen Nähkurse weiterzuführen. Nachfrage und Bedürfnis nach diesen Nähkursen ist sehr gross. Claudia Isenschmid übergibt das Wort an Jacqueline Burri.

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass Jacqueline Burri nicht in Münchenstein stimmbe-rechtigt ist und somit das Wort an der Versammlung nicht ergreifen darf.

Claudia Isenschmid: Die Gemeinde will ab 2001 die freiwilligen Nähkurse nicht mehr subventio-nieren, so dass die Kursverantwortlichen nach Lösungen gesucht und eine Kostenanalyse er-stellt haben. Zur Begründung, weshalb die Nähkurse weiterhin angeboten werden müssen, kann folgendes geltend gemacht werden:

- An vielen Schulen wird dem Fach Handarbeit nur eine untergeordnete Rolle zuteil. Hand-arbeitskurse werden durch PC- oder andere Kurse ersetzt.
- Wenn die Gemeinde die Nähkurse nicht mehr subventioniert, fallen auch die BIGA-Sub-ventionen weg.
- Die Nähkurse ermöglichen das Erfüllen des Lehrplanes für hauswirtschaftliche Weiterbil-dung etc.

Durch das Heraufsetzen des Kursgeldes haben die Nähkursverantwortlichen einen ersten Schritt in Richtung Kostenreduktion unternommen. Claudia Isenschmid erläutert die Kosten-analyse. Mit der neuen Einteilung ergäben sich Einsparungen von 33 %. Sie beantragt, die Nähkurse, zumindest in reduziertem Rahmen, weiterhin zu subventionieren.

Gemeinderätin U. Dürrenberger hat festgestellt, dass die Kursteilnehmerinnen heute sehr zahl-reich erschienen sind, was auf grosses Interesse schliessen lässt. Die Nähkurse wurden vor dreissig Jahren ins Leben gerufen, einer Zeit, in der die Frauen die Kleider aus Stoffresten sel-ber nähen mussten. Im Jahre 1993 hat die Rechnungsprüfungskommission gefordert, die Kos-ten für die Nähkurse massiv zu senken oder aber sie ins Kursangebot der AGFF zu übertragen. Aufgrund dieser Forderung hat der Gemeinderat mit C. Isenschmid und weiteren Personen das Gespräch gesucht. Man gelangte damals zum Schluss, dass die Kurse bis zur Pensionierung von G. von Gunten weitergeführt werden sollen. Weil diese Pensionierung im 2001 erfolgt, be-schloss man im Rahmen der Budgetdebatten, die Kurse nun aufzuheben. Der Gemeinderat muss das ganze Kursangebot übergeordnet betrachten und darf nicht einen einzelnen Kurs be-vorzugen. Bisher hat jeder Kursteilnehmer 500 Franken pro Jahr geschenkt bekommen. Auch mit dem neuen Vorschlag der Nähkursverantwortlichen, also den reduzierten Subventionen, wären es immer noch 365 Franken. Gemeinderätin U. Dürrenberger weist darauf hin, dass zum Beispiel auch die Möglichkeit besteht, einen Verein mit Mitgliederbeiträgen zu gründen. Sie hat Bedenken, dass - wenn die Subventionen weiterhin entrichtet werden - andere Begehrlichkeiten auf die Gemeinde zukommen und bittet daher, dem Antrag des Gemeinderates Folge zu lei-sten.

Rösli Hof: Es geht um eine wichtige Sache. Bereits vor 48 Jahren existierte ein so genanntes Weissnähen. Danach kamen Nähkurse für Anfängerinnen und Schnittmusterkurse. Man konnte lernen, aus Altem viel Neues, von Knabenhosen bis zum Ball- und Hochzeitskleid, selber her-zustellen. Heute werden Billigkleider von Kindern in Drittweltländern fabriziert. Es wäre traurig, wenn die Nähkurse - für die viele Frauen ehrenamtliche Arbeit leisten - nicht mehr durchgeführt würden, zumal heutzutage viele nicht einmal mehr einen Knopf annähen können. R. Hof bittet daher, die Nähkurse beizubehalten und die Kostenminderung nicht auf dem Buckel der Frauen auszutragen.

Eva Gross: Die Diskussion wurde, wie Gemeinderätin U. Dürrenberger schon sagte, durch die Rechnungsprüfungskommission ausgelöst. Man muss sehen, dass die Kurse für 40 Frauen mehr Geld erhalten, als alle übrigen Kurse der AGFF. Ausserdem stellt sich die Frage, weshalb die Leiterinnen der Erwachsenenbildung mehr erhalten sollen, als die Jugendarbeiter. Niemand hat etwas gegen das Nähen, aber man muss schon die Verhältnismässigkeit berücksichtigen.

Gemeinderat C. Kaspar stellt nebenbei richtig, dass er sehr wohl in der Lage ist, einen Knopf anzunähen. Er weist darauf hin, dass auch sehr viele Auswärtige die Kurse besuchen und da-her von den Subventionen der Gemeinde profitieren.

Martin Eichrodt: Es trifft zu, dass man die Verhältnismässigkeit nicht ausser Acht lassen darf. Für den Sport gibt die Gemeinde jährlich über zwei Millionen Franken aus! Bei den Diskussio-nen um die Aufhebung der Billettsteuern wurde argumentiert, dass man quasi den Geldhahn

nicht auf einmal, sondern eher in Etappen abdrehen sollte. Könnte man die Subventionierung der Nähkurse nicht auch sukzessive kürzen?

Gemeinderat C. Kaspar: Sicher - man kann bis ins Jahr 2050 Reduktionen vornehmen ... Gemeinderat C. Kaspar könnte sich vorstellen, die Vollkosten auf die Auswärtigen zu überwälzen und die Subventionen für die Einheimischen bis zum Beispiel ins Jahr 2003 weiterzuführen. Dieser Vorschlag ist allerdings noch nicht ausgereift und nicht abgesprochen.

://: Mit 94 gegen 92 Stimmen wird dem Antrag des Gemeinderates (Konto 292.302.00, Löhne Lehrkräfte), den Nähkurs für Erwachsene ab Schuljahr 2001/2002 neu zu regeln, zugestimmt.

Kontengruppen 3 bis 9, Kultur- und Freizeit, Gesundheit, Soziale Wohlfahrt, Verkehr, Umwelt- und Raumplanung, Volkswirtschaft sowie Finanzen und Steuern

Keine Bemerkungen.

Investitionsrechnung

Seite 44, 020.506.04, EDV-Anlage, Erweiterung 2001

Patrice Baumann beantragt, den Betrag von Fr. 50'000.--, E-Mail Server für die Verwaltung, Konto 020.506.04, EDV-Anlage, Erweiterung 2001, zu streichen, da die Gemeinde erst kürzlich eine Migration vorgenommen hat.

Gemeinderat C. Kaspar: In absehbarer Zeit werden Steuer- und andere Daten mit E-Mail übermittelt. Die Sicherheit dieser Daten ist dem Gemeinderat 50'000 Franken wert. Der heutige Antrag des Gemeinderates wird schon in wenigen Jahren positive Auswirkungen für alle Münchensteinerinnen und Münchensteiner zeigen, indem zum Beispiel die Steuererklärungen und persönliche Anfragen mit E-Mail übermittelt werden können. Da heutzutage niemand mehr von Hackern gefeit ist, lohnt es sich, die Sicherheitsfragen genau zu betrachten.

Patrice Baumann: In Bezug auf die Sicherheit ist festzustellen, dass das Rechenzentrum der Gemeinde bei einer Privatfirma in Schlieren ausgelagert ist. Patrice Baumann bittet die Anwesenden, sich nicht durch Schlagworte wie Sicherheit, ins Bockshorn jagen zu lassen.

://: Dem Antrag von Patrice Baumann, den Betrag in Konto 020.506.04 (EDV-Anlage, Erweiterung 2001) um Fr. 50'000.-- zu reduzieren, wird mit 114 gegen 50 Stimmen entsprochen. Die Anschaffung des E-Mail Servers wird abgelehnt.

Seite 53, 740.503.01, Sanierung und Erweiterung altes Betriebsgebäude Friedhof

Urs Gerber: Die FDP ist der Meinung, dass der budgetierte Betrag für die Sanierung des Betriebsgebäudes zu hoch ist. Sie beantragt daher, dass dieser Budgetposten gestrichen wird und der Gemeinderat eine Vorlage mit einem separaten Antrag unterbreitet.

Gemeinderat H. Kunz: Das Projekt wurde im letzten Wochenblatt vorgestellt. Beim Betriebsgebäude handelt es sich um einen sehr bescheidenen Zweckbau aus den 60er Jahren. Mittlerweile gibt es mehr Friedhofpersonal. Ausserdem musste der Friedhofgärtner - weil die Gemeinde kein eigenes Zivilstandsamt mehr besitzt - zusätzliche Aufgaben im Zusammenhang mit dem Bestattungswesen übernehmen. Das bedeutet, dass häufig Besprechungen mit Hinterbliebenen stattfinden. Die Kosten für eine Sanierung und Erweiterung sind tatsächlich hoch, denn das Gebäude befindet sich in einer Hanglage, es muss aufgestockt werden und es benötigt eine neue Heizung und zusätzliche Sanitäranlagen. Man hat sich auch überlegt, ob ein Anbau billiger käme, was jedoch nicht der Fall ist. Gemeinderat H. Kunz zeigt und erklärt auf Folien die Situation im Untergeschoss, im Hauptteil und im Obergeschoss. Er bittet, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Hanni Huggel: Die SP hat das Projekt ebenfalls diskutiert und zusätzliche Informationen verlangt. Man war erstaunt, dass die FDP eine separate Vorlage wünscht. Durch die Auslagerung des Zivilstandsamtes gehen gut 25 % der Arbeiten im Bestattungswesen an den Friedhofgärtner. Dies führt zu wesentlich mehr Besprechungen. Hanni Huggel hat die Situation vor Ort betrachtet und festgestellt, dass das Büro des Friedhofgärtners mehr als bescheiden ist. Sie möchte beliebt machen, den Betrag im Budget zu belassen und nicht noch in einer Sondervorlage darüber abzustimmen.

Heinrich Müller: Vor einigen Jahren hat man im Zusammenhang mit dem Ausbau der Gemeindeverwaltung über einen Betrag von drei Millionen Franken diskutiert. Später dann konnte der Gemeinderat die notwendigen Investitionen mit ein paar hunderttausend Franken realisieren. Heinrich Müller schlägt vor, auch das Projekt Friedhof der Kreativität des Gemeinderates zu überlassen.

Rösli Hof: Es ist beschämend, wenn man bei einem Trauerfall auf dem Friedhof empfangen wird.

Gemeinderat H. Kunz: Es geht um die Renovation eines bestehenden Gebäudes. Vor einem Jahr, beim Dillacker, wurde ebenfalls keine separate Vorlage verlangt.

://: Mit 86 gegen 81 Stimmen wird der Antrag der FDP abgewiesen.

://: Der vorliegende Voranschlag der Laufenden Rechnung der Einwohnerkasse für das Jahr 2001 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1'680'400 wird genehmigt.

://: Zu Lasten der Investitionsrechnung werden folgende neue Kredite bewilligt:

020.503.02	Verwaltung, universelle Gebäudeverkabelung	Fr.	430'000
020.506.04	EDV-Anlage, Erweiterung 2001	Fr.	183'800
100.581.00	Erneuerung Vermessungswerk, Etappe 2001	Fr.	200'000
140.506.00	Atemschutzfahrzeug und Mannschaftstransporter	Fr.	250'000
210.503.00	Schulhaus Lange Heid, Verschiedene Sanierungen	Fr.	85'000
310.566.01	Beiträge an Renovationen im Dorfkern, 2001	Fr.	38'000
320.501.03	Netzausbau GAA, Erweiterung 2001	Fr.	70'000
350.503.02	Jugend- und Kulturhaus Tramstation, OG und Nottreppe	Fr.	300'000
620.501.06	Strassenbeleuchtung, Verschiedene Arbeiten	Fr.	50'000
651.561.00	Beiträge an BLT Linie 10, Ausbau Neuwelt	Fr.	172'000
651.561.01	Beiträge an BLT Linie 11, Ausbau Haltestelle	Fr.	56'700
700.501.03	Wasserleitungen, Sanierung Etappe 2001	Fr.	1'500'000
710.501.02	Sanierungsarbeiten am Kanalisationsnetz, 11. Etappe	Fr.	1'000'000
720.506.00	Wertstoff-Sammelstellen, Sammelbehälter	Fr.	42'000
740.503.01	Sanierung/Erweiterung altes Betriebsgebäude Friedhof	Fr.	560'000
780.589.00	Label Energiestadt	Fr.	57'000

Die Kreditbeschlüsse unterstehen einzeln dem fakultativen Referendum.

://: Für das Jahr 2001 werden die öffentlichen Abgaben wie folgt festgesetzt:

**Gemeindesteuersätze** (§ 2 I Steuerreglement)

Natürliche Personen

Einkommens- und Vermögenssteuer (§ 19 StG): 50 % des Staatssteuerbetrages (wie bisher)

Juristische Personen

Ertragssteuer (§ 5 III StG): 4,5 % des steuerbaren Ertrages (wie bisher)

Kapitalsteuer (§ 62 I StG): 5 ‰ des steuerbaren Kapitals (wie bisher)

**Feuerwehropflichtersatz** (§ 6 III Feuerwehrrreglement)

8 % des Gemeindesteuerbetrages, max. Fr. 1'000.-- (wie bisher)

**Wassertarif** (§ 13 II Wasserreglement)

Grundtaxe: 0,1 ‰ des Brandlagerschätzungswertes gemäss Baukostenindex vom 1.1.2001 (wie bisher)

Wasserzins: Fr. 1.15 pro m<sup>3</sup> Wasserverbrauch (wie bisher)

Bauwasserzins: 40 Rappen pro m<sup>3</sup> Rauminhalt der Bauten (wie bisher)

alle Beträge zuzüglich MwSt

**Abwassergebühr** (§ 28 neues Kanalisationsreglement)

Fr. 1.30 pro m<sup>3</sup> Wasserverbrauch (wie bisher)

nach Basel kanalisiertes Dreispitz-Areal: Fr. 1.10 pro m<sup>3</sup> Wasserverbrauch (wie bisher)

alle Beträge zuzüglich MwSt

**GAA-Beiträge und Gebühren (§ 17 GAA-Reglement)**Anschlussbeiträge (wie bisher)

Fr. 1'500.-- Grundbeitrag pro Gebäude (Ein- oder Mehrfamilienhaus oder Gewerbegebäude)

Fr. 300.-- zusätzlich pro Wohnung in Ein- oder Mehrfamilienhaus

Fr. 250.-- im Minimum zusätzlich pro Gewerbebetrieb

Benützungsgebühr (wie bisher)

Fr. 13.-- pro Wohnung und Monat

alle Beträge zuzüglich MwSt

**Fürsorgesteuer**

15 % des Gemeindesteuerbetrages (wie bisher)

Gemeinderat C. Kaspar nimmt zum Antrag von Marco Frei Stellung. Das Defizit hat nichts mit den Investitionen zu tun. Nun einfach die Einnahmen heraufzuschrauben, damit sich das Defizit verringert, ist nicht seriös. Der Gemeinderat ist seit Jahren darum bemüht, die Ausgaben möglichst tief zu halten. Der Gemeinderat nimmt den Antrag von Marco Frei zwar entgegen, bittet aber dennoch, dem Budget zuzustimmen.

Eva Gross: Die fünfköpfige Rechnungsprüfungskommission setzt sich aus zwei Mitgliedern der FDP, zwei der SP und einem der CVP zusammen. Die Kommission beschäftigt sich mit dem Budget genau gleich, wie mit der Rechnung. Eva Gross weiss daher, dass es für den Gemeinderat eine riesige Arbeit wäre, wenn er den Antrag von Marco Frei erfüllen müsste. Sie bittet die Anwesenden, auf den Antrag nicht einzutreten.

Marco Frei hat seinen Antrag bewusst vor der Detailberatung des Budgets eingereicht. Er sah ihn eher als Vorschlag im Sinne eines Globalbudgets.

Gemeindepräsident W. Banga weist darauf hin, dass die Einführung eines Globalbudgets eine Änderung der Gemeindeordnung bedingen würde. Vielleicht kommt die Gemeinde irgendwann einmal so weit.

Die Budgetdebatten sind immer eine harte Knochenarbeit. Wie Gemeinderat C. Kaspar bereits erwähnt hat, sind die düsteren Prognosen in den letzten Jahren nie eingetroffen. Auf der anderen Seite ist Gemeindepräsident W. Banga auch der Ansicht, dass es nicht verwerflich ist, wenn der Gemeinderat vorsichtig budgetiert. Der Sparwille beim Gemeinderat ist jedenfalls vorhanden. Er bittet, dies bei der Abstimmung zu berücksichtigen und lässt über den Antrag von Marco Frei: *„Der Gemeinderat erhält den Auftrag, selbständig und in seiner Verantwortung das Budget 2001 zu überarbeiten und den Fehlbetrag auf Fr. 840'000.-- zu halbieren. Kürzungen sind in folgenden Bereichen vorzunehmen: Allgemeine Verwaltung, Kultur und Freizeit, Umwelt und Raumplanung, Verkehr“* abstimmen.

://: Mit grossem Mehr und wenigen Gegenstimmen wird der Antrag von Marco Frei abgelehnt.

Um 21.35 Uhr verlässt rund die Hälfte der Anwesenden den Saal.

**Traktandum 4****Finanzplan 2000 bis 2005 der Einwohnerkasse**

Gemeinderat C. Kaspar: Der Tabelle kann entnommen werden, dass sich die finanzielle Situation der Gemeinde in den kommenden Jahren nicht unbedingt verbessert. Im Jahre 2005 wäre ein Defizit von rund 4,9 Millionen Franken zu erwarten. Mit dem Finanzplan, der von der Gemeindeversammlung nur zur Kenntnis genommen werden kann, kann man hier Gegensteuer geben.

Eva Gross: Finanzpläne sind für diejenigen, die sich intensiv mit Budget und Rechnung befassen, interessant. Sie dankt für alle vorliegenden Finanzpläne. Es handelt sich um eine brauchbare und spannende Arbeit. Eva Gross bittet um wohlwollende Kenntnisnahme.

Thomas Imboden: Die Gemeindekommission betrachtet die Finanzpläne als gutes Führungsinstrument für die Gemeinde. Durch den Wechsel von der Vergangenheits- zur Gegenwarts-

besteuerung sind die Zahlen unsicher und können sich noch ändern. Die Gemeindekommission bittet, die Finanzpläne zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

://: Vom Finanzplan 2000 bis 2005 der Einwohnerkasse wird zustimmend Kenntnis genommen.

## Traktandum 5

### **Finanzpläne Spezialfinanzierungen**

Gemeinderat C. Kaspar: Die Kassen für die Gemeinschaftsantennenanlage und die Abwasserbeseitigung müssen selbsttragend sein. Mit dem neuen Rechnungsmodell werden die Abfallbeseitigung und die Abfallbewirtschaftung streng getrennt. Daher besteht ein Aufwandüberschuss, der jährlich mit 50'000 Franken abgeschrieben werden soll. Gemeinderat C. Kaspar bittet, die Finanzpläne der Spezialfinanzierungen zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Peter Graser macht darauf aufmerksam, dass sich in der dritten Kolonne ein Fehler eingeschlichen hat. Der Ertrag (930) abzüglich Aufwand (923) ergibt nicht 8, sondern 7. Dies sollte korrigiert werden, weil der Fehler bei der Fortschreibung sonst immer wieder auftaucht.

://: Von den Finanzplänen Spezialfinanzierungen wird zustimmend Kenntnis genommen.

## Traktandum 6

### **Zonenvorschriften Landschaft, Teilgebiet Au-Welschenmatt und damit verbundene Mutationen des Zonenplans Siedlung**

Gemeindepräsident W. Banga macht vorab darauf aufmerksam, dass sich in Antrag 2 eine Änderung ergeben hat. Richtig heisst es „(Mutationsplan Nr. 4.143 vom 7. November 2000, 1:1'000)“.

Gemeinderat L. Lauper erläutert das Traktandum. Den meisten ist bekannt, was eine Bauzone, respektive der Zonenplan Siedlung, ist und wie sie genutzt werden können. Die Zonenvorschriften Au wurden nach den Richtlinien des neuen Raumplanungs- und Baugesetzes, das auch ein Mitwirkungsrecht der Bevölkerung enthält, durchgeführt. Der Gemeinderat hat der Bevölkerung die Entwürfe der Planung in zwei Schritten vorgestellt. In der dritten Phase befindet man sich jetzt. Gemeinderat L. Lauper erklärt das Projekt mittels Folien.

Bauverwalter R. Zulauf: Da die kantonalen und eidgenössischen Gesetzesgrundlagen in der Zwischenzeit geändert wurden, muss das Reglement wie folgt angepasst werden:

- 6. Landwirtschaftszone  
6.3: „Bauten und Anlagen dürfen nur gestützt auf Art. 22 RPG und ~~Art. 16 RPV~~ errichtet oder geändert werden.“ (neu ohne Hinweis auf Art. 16 RPV).
- 19. Ausnahmen für die Errichtung oder Änderung von zonenfremden Bauten und Anlagen  
Ausnahmen für die Errichtung oder Änderung von zonenfremden Bauten und Anlagen regelt die ~~kantonale Verordnung über das Bauen ausserhalb der Bauzone~~ kantonale Gesetzgebung.

Im Weiteren macht die genaue Koordination des Mutationsplanes mit dem Zonenplan Siedlung folgende Ergänzung in der Legende von Plan 4.143 erforderlich:

- bisher: Landwirtschaftszone/Aufforstungszone
- neu: Zone für öffentliche Werke und Anlagen (Altersheim)

Urs Abt: Die Gemeindekommission hat die Vorlage geprüft und beschlossen, die Anträge des Gemeinderates zu unterstützen.

://: Die vorliegenden Zonenvorschriften Landschaft, Teilgebiet Au-Welschenmatt, bestehend aus dem Zonenplan, Plan Nr. 4.138 der Bauverwaltung vom 21. September 2000 und dem zugehörigen Zonenreglement mit den Anhängen 1 bis 5 werden beschlossen.



Die Mutationen zum Zonenplan Siedlung

- Zonenplan Siedlung Mutation Umzonung Welschenmatt (Parzellen 39/668/2001/2021) (Mutationsplan Nr. 4.143 vom 7. November 2000, 1:1'000)
- Zonenplan Siedlung Mutation Umzonung Welschenmatt (Teilgebiet D) (Mutationsplan Nr. 4.144 vom 21. Februar 1999, 1:3'000)
- Zonenplan Siedlung Mutation Umzonung Kanalstrasse/Weidenstrasse (Mutationsplan Nr. 4.145 vom 29. Januar 1999, 1:3'000)
- Zonenplan Siedlung Parzellen 670/697 Hofmatt Mutation Umzonung und Zuweisung Lärmempfindlichkeitsstufe (Mutation Lärmempfindlichkeitsstufenplan) (Mutationsplan Nr. 4.148 vom 8. August 2000, 1:1'000)

werden beschlossen.

Die Pläne und Vorschriften werden nicht publiziert, sie können bei der Bauverwaltung eingesehen werden.

Für die Realisierung der Schutzmassnahmen wird ein Kredit von Fr. 20'000.-- bewilligt.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

## **Traktandum 7**

### **Verschiedenes**

Gemeindepräsident W. Banga gibt die Daten der Gemeindeversammlungen des Jahres 2001 bekannt:

- Mittwoch, 14. März 2001
- Montag, 18. Juni 2001
- Dienstag, 18. September 2001
- Montag, 3. Dezember 2001

### **Antrag gemäss § 68 von Giorgio Lüthi, Durchführung der Feuerungskontrolle**

Giorgio Lüthi reicht einen Antrag nach § 68 des Gemeindegesetzes betreffend die Durchführung der Feuerungskontrolle ein.

Am 8. September 1992 hat der Kanton die Gemeinden mittels Verordnung ermächtigt, die Feuerungskontrollen zu liberalisieren. Nachdem die Gemeindeversammlung am 19. Juni 2000 das von der Gemeinde ausgearbeitete Reglement über die Öl- und Gasfeuerungskontrollen angenommen hatte, wurde die dazugehörige Ordnung über die Durchführung der Feuerungskontrolle vom Regierungsrat am 15. September 2000 genehmigt. Die Reglementierung hat die Reduktion von Abgasen und Russpartikeln in der Abluft und optimal funktionierende Öl- und Gasheizungen zum Ziel.

Der Ist-Zustand sieht so aus, dass die Gemeinden unabhängig voneinander die unterschiedlichsten Abläufe dieser Kontrollen beschlossen haben:

- einige akzeptieren die offiziellen Feuerungsformulare von Servicefirmen - die gemäss Vorgaben des BUWAL und PROCAL erstellt wurden - ohne Änderungen
- andere zwingen die Servicefirmen dazu, die ermittelten Daten von Hand auf ein internes Formular umzuschreiben

Bei einem Vergleich zwischen den beiden Baselbieter Gemeinden Itingen und Münchenstein ergibt sich folgendes Bild:

<b>Feuerungskontrolle</b>	<b>Münchenstein</b>	<b>Itingen</b>
<u>Reglement</u>	19. Juni 2000 (RG 15. September 2000)	12. Oktober 2000 (RG 25. November 2000)
<u>Vignette</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Ja, muss beim Feuerungskontrolleur abgeholt werden</li> <li>– Abgabe nur zu bestimmten Zeiten</li> <li>– Vignetten sind sofort zu bezahlen (Vorfinanzierung)</li> </ul>	Nein
<u>Kosten in Franken</u>	45.--	39.--

<u>Nachregulierung Fr.</u>	90.--	Keine
<u>Protokolle</u>	Müssen umgeschrieben werden (Vignette und Meldekarte)	Akzeptiert Einsendung genügt
<u>Nachkontrolle</u>	Ja, ca. 5 % der Anlagen	Nein

Ein Vergleich mit der Abgaskontrolle beim Auto zeigt:

- die Vignette wird vorbezo-gen (entweder persönlich oder durch den Garagisten gegen Barzahlung)
- Der Protokollstreifen wird nicht mehr akzeptiert und muss auf ein neues Formular (individuell pro Gemeinde) umgeschrieben werden
- das Messprotokoll muss der Motorfahrzeugkontrolle zugestellt werden. Stichprobenweise Nachmessungen werden durch diese veranlasst und durch Unabhängige (z.B. die Polizei) durchgeführt

Giorgio Lüthi beantragt daher dem Gemeinderat:

1. *Die Ordnung über die Durchführung der Feuerungskontrolle vom 19. Juni 2000 muss im Sinne einer Vereinfachung der administrativen Abläufe in den Punkten 4 und 5 überarbeitet werden.*
2. *Gemäss Vorgaben von BUWAL und PROCAL konzipierte Messprotokolle von Servicefirmen sind telquel zu akzeptieren.*
3. *Der Gemeinderat Münchenstein soll innerhalb des Kantons eine Vereinheitlichung der Gas- und Feuerungskontrolle anstreben bzw. beantragen.*

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass der Gemeinderat den Antrag entgegennimmt und schliesst die heutige Versammlung. Er wünscht allen für die bevorstehende Weihnachtszeit alles Gute. Wie üblich sind die Anwesenden wiederum zu einem Apéro eingeladen und die Wirte werden ermächtigt, die Restaurants bis 01.00 Uhr offen zu behalten. Gemeindepräsident W. Banga wünscht einen guten Abschied vom 2000 und einen guten Eintritt ins 2001.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier

## **Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung**

1. Sitzung vom 14. März 2001 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Ursula Dürrenberger, Claude Kaspar, Hans Kunz, Lukas Lauper, André Schenker, Helen Wegmüller Rudolf Zulauf, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Ursula Dürrenberger, Vizepräsidentin
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier, Aktuarin
<u>Entschuldigt:</u>	Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin, Thomas Imboden, Daniel Mürger und Giorgio Lüthi
<u>Stimmzähler:</u>	Peter Schultheiss, Silvia Ecker
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 21.05 Uhr

---

### **Traktanden**

19. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 5. Dezember 2000
  20. Erneuerung der Steuerzentrale der Wasserversorgung / Schlussabrechnung
  21. Änderung Steuerreglement
  22. Antrag gemäss § 68 von Paula Pakery Keller, Ausschöpfung/Prüfung neuer möglicher Steuereinnahmen für die Gemeinde Münchenstein gemäss § 86 StFG
  23. Antrag gemäss § 68 von Alfred J. Albert, Einführung einer Nachtparkiergebühr für Dauerparkierer
  24. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst die rund 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der heutigen Gemeindeversammlung. Einen speziellen Gruss richtet er an die Akteurinnen des Dokumentartheaters, über das im Verlaufe des Sommers noch zu hören sein wird. Von den Medien sind Frau U. Hool, Wochenblatt für das Birseck und Dorneck, sowie die Herren Nüssler und Leuthardt von der Basler Zeitung und der Basellandschaftlichen Zeitung anwesend.

Gemeindepräsident W. Banga bittet die Anwesenden, bei Wortmeldungen das Mikrofon zu benutzen und den Namen zu nennen. Er bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen. Weiter hält er fest, dass die Einladung mit den Traktanden und Anträgen den Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt wurde und fristgerecht im amtlichen Anzeiger publiziert worden ist.

://: Die Traktandenliste wird ohne Wortbegehren genehmigt.

### **Traktandum 1**

#### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 5. Dezember 2000**

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und der Verfasserin verdankt.

## Traktandum 2

### **Erneuerung der Steuerungszentrale der Wasserversorgung / Schlussabrechnung**

Gemeinderat A. Schenker erläutert das Traktandum. Gegenüber dem von der Gemeindeversammlung am 19. Juni 1991 bewilligten Kredit liegt theoretisch eine Überschreitung von Fr. 6'689.20 vor. Angesichts der Sensibilität der Anlage hat der Gemeinderat am 16. März 1993 zusätzliche Sicherheitsmassnahmen beschlossen. Da diese nicht im Kreditbegehren enthalten waren, hat er gestützt auf seine Finanzkompetenz dafür einen Kredit von Fr. 17'000.-- bewilligt, der ebenfalls über das Investitionskonto abgewickelt wurde. Bei Berücksichtigung dieses Umstands schliesst die Rechnung mit einer Kreditunterschreitung von Fr. 10'310.80 ab. Die Kosten für das inzwischen eingerichtete Programm wurden - zusammen mit weiteren Aufwendungen - über die laufende Rechnung beglichen. Die Schlussabrechnung wurde in finanzieller Hinsicht von der Rechnungsprüfungskommission geprüft und in Ordnung befunden. Gemeinderat A. Schenker bittet, die Schlussabrechnung zu genehmigen.

Danuta Janiak: Die Gemeindekommission hat das Geschäft am 19. Februar 2001 beraten und beschlossen, die Schlussabrechnung zur Genehmigung zu empfehlen.

://: Die Schlussabrechnung für die Erneuerung der Steuerungszentrale der Wasserversorgung wird einstimmig genehmigt.

## Traktandum 3

### **Änderung Steuerreglement**

Gemeinderat C. Kaspar: Durch die Umstellung auf die einjährige Steuerveranlagung und die Abschaffung der Billettsteuer ab 2001 wurde eine Anpassung des Steuerreglements notwendig.

Friedrich Hiestand: Das Geschäft wurde an der letzten Gemeindekommissionssitzung ohne grosse Diskussion behandelt. Die Gemeindekommission empfiehlt Annahme der Änderungen.

- ://: 1. Den Änderungen von § 1 lit. e, § 4 Abs. 2, § 5 Abs. 4, § 6 Abs. 1 und § 9 des Gemeindesteuerreglementes vom 16. September 1993 wird einstimmig zugestimmt.
2. Die Änderungen treten nach der Genehmigung durch die Finanz- und Kirchendirektion rückwirkend auf den 1. Januar 2001 in Kraft.

Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

## Traktandum 4

### **Antrag gemäss § 68 von Paula Pakery Keller, Ausschöpfung/Prüfung neuer möglicher Steuereinnahmen für die Gemeinde Münchenstein gemäss § 86 StFG / Erheblicherklärung**

Gemeinderat C. Kaspar: Am 13. September 2000 hat Paula Pakery Keller einen Antrag um Prüfung neuer möglicher Steuereinnahmen für die Gemeinde Münchenstein eingereicht und darauf hingewiesen, dass die Gemeinden befugt seien, auf den Grundstücken der gemäss § 16 von der Staats- und Gemeindesteuer befreiten juristischen Personen etc. jährlich eine Grundstücksteuer zu erheben. Mit Blick auf die Anliegergemeinden und deren neue Gewerbezone habe die Gemeinde Münchenstein als zentrale Dienstleistungen grosse Flächen ohne steuerlichen Ertrag zur Verfügung gestellt. Gemeinderat C. Kaspar weist darauf hin, dass der Antrag von Paula Pakery Keller im Grunde genommen überflüssig ist, weil bereits Grundstücksteuern erhoben werden. Zur Grundstücksteuer ist noch anzumerken, dass das Bundesgericht vor einigen Jahren einen Entscheid (Kanton Aargau) hinsichtlich eines Wegfalls der Grundstücksteuern gefällt hat. Die kantonale Steuerverwaltung wurde orientiert, dass die Steuern möglicherweise irgendwann einmal entfallen. Bis heute hat man jedoch nichts mehr gehört.

Hanni Huggel überbringt die Empfehlung der Gemeindekommission in Versform:

*„Vor 10 Dääg sait zu mir e Journalischt  
es wäri wirgglig gar kai Mischt,  
wenn me d'Adrääg könnt in Värstform formuliere,  
me wurdi derbi d'Närve weniger strapaziere.  
Kai Adraag tuen ich do vortrage  
numme d'Mainig vo dr Gmeinskommission sage:  
Mir sinn yyverstande mit em Gmeiniroot -  
kurz und bündig; e so wirts nit spoot.“*

Die von Hanni Huggel im Namen der Gemeindekommission beantragte Zustimmung wird mit Applaus zur Kenntnis genommen.

Danuta Janiak: Die SP hat ebenfalls einstimmig beschlossen, den Antrag als nicht erheblich zu erklären. Als störend wurde empfunden, dass Paula Pakery Keller wegen des Wegfalls der Billettsteuern Beiträge an kulturelle Institutionen des Kantons Basel-Stadt streichen möchte. Diese Tendenz ist ungut.

://: Der Antrag von Paula Pakery Keller wird einstimmig als nicht erheblich erklärt.

## **Traktandum 5**

### **Antrag gemäss § 68 von Alfred J. Albert, Einführung einer Nachtparkiergebühr für Dauerparkierer**

Gemeindepräsident W. Banga: Ein wesentlicher Teil der von Alfred J. Albert vorgebrachten Argumente bezieht sich auf die Verkehrssicherheit. Bei der Beurteilung und Prüfung des Antrages hat der Gemeinderat festgestellt, dass die Verkehrssicherheit nicht mit einer Nachtparkiergebühr verbessert werden kann.

Gemeinderat L. Lauper ergänzt, dass man im Zusammenhang mit dem Begehren um eine Nachtparkiergebühr auch das Verkehrsaufkommen in den Quartieren Gartenstadt und Lange Heid überprüft hat. Die Verkehrszählungen wurden einmal während der Nacht, einmal am Vormittag und einmal am Nachmittag durchgeführt. Dabei konnte festgestellt werden, dass in der Gartenstadt immer genügend Parkplätze und wenig Fremdparkierer vorhanden waren. Auch im Lange Heid Quartier waren Parkplätze verfügbar, allerdings nicht immer gerade vor der eigenen Haustüre. Bei den tagsüber registrierten Fahrzeugen waren einmal 89 Fremdparkierer (von insgesamt 234 Fahrzeugen) und einmal 85 Fremdparkierer (von insgesamt 200 Fahrzeugen) anzutreffen. Nachts war die Zahl der parkierten Fahrzeuge in etwa gleich, allerdings handelte es sich ausschliesslich um Anwohnerinnen und Anwohner. Das Einrichten von Blauen Zonen würde nichts ändern, weil sie nur während des Tages gelten.

Jeanne Locher: Nach einigen Diskussionen ist die Gemeindekommission einstimmig zum Schluss gekommen, den Antrag als nicht erheblich zu erklären.

Willy Müller teilt mit, dass er das Problem während seiner achtjährigen Mitgliedschaft bei der Gemeindekommission immer wieder vorgebracht hat. Auch andere Kommissionsmitglieder waren der Meinung, es müsse etwas gemacht werden. A. Scherrer teilte damals mit, es werde etwas unternommen, ähnlich wie in Basel-Stadt. Der Ball wurde jedoch immer wieder hin und her geschoben. Erst nach Vorsprachen bei den kantonalen Stellen in Liestal wurden Parkfelder markiert, die jedoch bei weitem nicht genügen. W. Müller hat in der Binneringerstrasse, Lange Heidstrasse, Therwilerstrasse, Allschwilerstrasse und Ettingerstrasse eigene Messungen vorgenommen und kam auf folgende Zahlen (Messzeit: 09.00 Uhr):

Elsass:	14 Fahrzeuge
Basel-Stadt:	20 Fahrzeuge
Solothurn:	4 Fahrzeuge
Bern:	2 Fahrzeuge
Aargau:	1 Fahrzeug
Deutschland:	2 Fahrzeuge
Basel-Landschaft:	Rest

Insbesondere für die Lastwagen ist die Durchfahrt sehr schlimm, weil sie manchmal stecken bleiben. Das wenigste, das man tun könnte, wäre, entsprechende Hinweistafeln aufzustellen. Im

Weiteren hat W. Müller sich nach freien Einstellhallenplätzen erkundigt und sowohl in der Zollweiden als auch in der Grabenackerstrasse freie Plätze gefunden. Es trifft nicht zu, dass im Lange Heid Quartier freie Parkplätze vorhanden sind; in der Allschwilerstrasse werden sogar teilweise die Hydranten verstellt. Viele andere Gemeinden besitzen eine Nachtparkiergebühr und sind mit ihr zufrieden. Es ist unverständlich, weshalb in Münchenstein nichts unternommen wird.

Alfred Albert: Ursprünglich dachte A. Albert, dass das Geschäft erledigt ist und sein Antrag an der heutigen Versammlung als nicht erheblich erklärt wird. Doch nach dem Votum von Willy Müller möchte er nun doch noch einmal das Wort ergreifen. Der Gemeinderat zeigte viele Argumente gegen und nur wenige für eine Nachtparkiergebühr auf. Massgebend ist jedoch die Gewichtung.

- Der administrative Aufwand ist sicher gegeben, aber unter dem Strich wird es auch zu rechten Einnahmen kommen.
- Parzellengrenzen sollten kein Hemmnis sein; wie man das Handhaben will, ist eine reine Frage der Organisation.
- Es geht nicht um die Fremdparkierer, sondern um die Dauer- und Nachtparkierer.
- Welche Firma hat die Kontrollen durchgeführt?
- In Birsfelden bezahlen pro Nacht etwa 1'000 Fahrzeuge eine Nachtparkiergebühr.
- Es trifft zu, dass die Nachtparkiergebühr bei den Betroffenen zu Unmut führen wird. Doch man muss auch sehen, dass Wohnungen ohne Parkplätze wesentlich billiger sind.
- Die Erfahrungen aus anderen Gemeinden sind gut. Muttenz konnte einen Fonds äufnen, aus dem zweckgebunden vieles erledigt werden kann.

A. Albert zeigt mit Folien, weshalb eine Gebühr für nächtlicher Dauerparkierer eingeführt werden sollte, welchen Nutzen sie hätte und wie das Vorgehen bei der Erhebung sein könnte:

„Warum eine Gebühr für nächtliche Dauerparkierer?“

1. Zunahme der Autodichte

*Die Autodichte wird künftig weiterhin zunehmen. Das dem so ist, beweist der Weiterausbau des Strassennetzes.*

2. Folge

*Zunehmende Autodichte steigert somit weiterhin den Gemeinbedarf sowohl von Strassen wie von Parkplätzen. Gemäss Gesetz können hierfür Gebühren erhoben werden. Verschiedene Gemeinden erheben bereits Gebühren, das heisst, regelmässiges Parkieren auf öffentlichen Strassen und Plätzen der Gemeinde und des Kantons ist bewilligungspflichtig.*

3. Kostenwahrheit

*Mit einem gebührenpflichtigen Parkiersystem ist die Kontrolle über die Kostenwahrheit sichergestellt.*

4. Gesetzliche Grundlagen

- Kantonales Baugesetz, § 79
- Strassenverkehrsgesetz (SVG) vom 19. Dezember 1958, Art. 20 Abs. 2
- Kantonale Vollziehungsverordnung vom 4. April 1986

5. Rechtsgleichheit schaffen (Treu und Glauben)

*Das Rechtsgleichheitsgebot (Art. 8 der BV) gebietet, ‚Gleiches nach Massgabe seiner Gleichheit gleich, Ungleiches nach Massgabe seiner Ungleichheit ungleich‘ zu behandeln.*

6. Kampf der Verwahrlosung

*Trotz polizeilichen Massnahmen nimmt die Verwahrlosung auch im Parkierbereich zu.*

25. Im Interesse der Gemeinde

*Die Einführung einer Nachtparkiergebühr spricht für eine fortschrittliche und dynamische Gemeindepolitik. (Zur Information: Nur Benutzer, die regelmässig öffentlichen Grund und Boden zum Parkieren benützen, zahlen eine entsprechende Gebühr.)*

Was bringt die Einführung einer Nachtparkiergebühr?

1. Rechtsgleichheit schaffen

*Sie bringt gleiche Rechte für alle, das heisst, die heutige Rechtsungleichheit zwischen kostenloser Beanspruchung und Nichtbeanspruchung öffentlichen Grundes - und auch von ‚Privatstrassen‘ - wird ausgeschaltet. Dem Grundsatz der Gleichbehandlung wird demzufolge nachgelebt.*

2. Nutzen der Nachtparkiergebühr

*Die vorgesehene Massnahme bezweckt, Gebühren für Dienstleistungen der öffentlichen Hand bzw. für Sondernutzung des öffentlichen Grundes zu erheben. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Strasse primär dem rollenden Verkehr zur Verfügung stehen soll und zusätzliche Nutzungen zu bezahlen sind (gesteigerter Gemeingebrauch!).*

### 3. Nachtparkiergebühr - die einträgliche und einfache Parkraumbewirtschaftung

Sie bringt einer Gemeinde zusätzliche finanzielle Mittel, die sie nach dem Verursacherprinzip zweckgebunden für die Deckung z.B. von Parking- und Verkehrsbaukosten einsetzt. Die Gebührenhöhe muss massvoll sein. Sie birgt zudem gewissen Schutz gegen Ausnützung.

### 4. Schafft mehr Sicherheit und Ordnung

Sie bringt allgemein mehr Sicherheit für alle (z.B. bei einbiegenden Strassen, Kreuzungen, Ausfahrten etc.) und schafft Ordnung.

#### Vorgehen für die Erhebung einer Gebühr für Dauerparkierer

##### 1. Einmalige Vorarbeiten

Sorgfältige Planungsgrundlagen schaffen und erstellen eines umfassenden Administrationskonzeptes.

##### 2. Erstellen eines Reglementes

8 oder 9 einfache, klare Paragraphen enthalten Grundsätze und Vorschriften, wie zum Beispiel:

- Das regelmässige Parkieren über Nacht auf öffentlichen Strassen und Plätzen der Gemeinde/des Kantons sind bewilligungspflichtig.
- Die Bewilligung gibt keinen Anspruch auf einen bestimmten Platz; sie berechtigt den Besitzer oder die Besitzerin lediglich, das Fahrzeug im Rahmen der jeweils geltenden Vorschriften zu parkieren, ohne jegliche Haftung der Gemeinde.
- Ausnahmen von der Gebührenpflicht:
  - Fahrzeughalter und Fahrzeughalterinnen, die sich über ein Recht ausgewiesen haben, ihre Fahrzeuge während der Nacht regelmässig auf privatem Grund abzustellen, sind von der Gebührenpflicht befreit.
  - Sie sind verpflichtet, den privaten Parkplatz stets zu benützen.
  - Für Fahrzeuge, die von der Gebührenpflicht befreit sind, ist die Gebühr trotzdem zu entrichten, wenn sie regelmässig auf öffentlichem Areal abgestellt werden.

##### 3. Organisation

Aufbau einer internen, einfachen effizienten Organisation mit einem einmaligen Investitionsaufwand.

##### 4. Personelles

Mit einem zusätzlichen, höchstens halben Personenjahr ist der Gesamtaufwand - für die Gebührenerhebung und Administration - zu bewältigen. Zu überlegen wäre die Auslagerung der Überwachungsaufgaben, um die internen Verwaltungsabteilungen nicht zusätzlich zu belasten.“

Alfred Albert stellt die Frage, weshalb man in Münchenstein nicht realisieren soll, was in anderen Gemeinden bestens funktioniert. Er beantragt, den Antrag des Gemeinderates abzulehnen und mindestens ein Reglement ausarbeiten zu lassen.

Paula Pakery Keller stellt folgende Anträge:

1. Im Sinne der Rechtsgleichheit sollen Autobesitzer, die auf privatem Grund einen Parkplatz und dadurch eine Entwertung ihres Hauses haben, steuerlich entlastet werden.
2. In vom Verkehr stark belasteten Quartieren sollen Zubringerdienste angeordnet werden, damit die Hausbesitzer eine rechtliche Möglichkeit haben, die Dauerparkierer zu ahnden.

Theo Lieberherr erklärt den Anwesenden, weshalb er ein Befürworter der Nachtparkiergebühr ist. Er wohnt im Steinenmüller und hat feststellen müssen, dass man - wenn man nachts heimkommt - Schlangenlinie fahren muss. Er kennt Anwohner, die einen Einstellhallenplatz besitzen, ihr Auto aber trotzdem vor dem Haus abstellen, weil sie zu faul sind, ein paar Schritte zu gehen. Auch in der Emil Frey-Strasse sieht es nicht anders aus. Ausserdem ist nicht klar, weshalb der Veloweg nicht durchgehend verläuft. Würde er das nämlich tun, so wäre automatisch ein Parkverbot eingerichtet worden.

Martin Eichrodt findet zwei Dinge störend: Einerseits ist die Rechtsungleichheit stossend. Es gibt Einwohnerinnen und Einwohner, die auf ihrem Privatgrundstück Parkplätze bauen. Für diese Mehrkosten könnte man 24 Jahre lang eine Nachtparkiergebühr entrichten. Ferner gibt es Personen, die ihr Fahrzeug ganz gerne auf der Strasse parkieren, weil dadurch das Tempo reduziert wird. M. Eichrodt schlägt vor, dass der Gemeinderat beim nächsten Antrag von Alfred Albert positive Gegenvorschläge unterbreitet. Es wäre schön, wenn diejenigen, die alles selber bezahlen müssen (Carpport, Abstellplatz etc. in den eigenen Gärten) für die Angleichungsarbeiten - zum Beispiel das Versenken der Randsteine oder ähnliches - eine Entschädigung erhielten. Das gäbe eine Ermunterung, das Auto von der Strasse wegzunehmen. Die Polizei sollte die engen Strässchen betrachten und eventuell auf einer Seite ein Parkverbot einrichten.

Willy Müller zum Stellenmehraufwand: Die Gemeinde besitzt zwei Polizisten und nur einer darf in den Aussendienst. Warum wird der zweite nicht entsprechend ausgebildet? Beim Gymnasium ist eine Parkuhr installiert. Wie hoch ist deren jährlicher Ertrag? Gestern war W. Müller beim Friedhof, wo alle Parkplätze mit Fahrzeugen aus dem Elsass, Basel-Stadt, Solothurn etc. belegt waren. Hätte eine Beerdigung stattgefunden, so hätte es für diese Fahrzeuge keinen Platz gehabt. W. Müller schlägt vor, beim Friedhof und an anderen exponierten Stellen Parkuhren aufzustellen. So hätte man auch eine zusätzliche Einnahmequelle.

Jean-Pierre Doggé hat Verständnis für die Probleme. Diese Probleme können jedoch mit einer Nachtparkiergebühr nicht gelöst werden. Der Aufwand ist im Vergleich zu den Einnahmen zu gering. Die Parkplatznot kann mit einer Nachtparkiergebühr nicht gelöst werden. Münchenstein ist eine attraktive Gemeinde und das soll auch so bleiben.

Bauverwalter R. Zulauf: Im Verlaufe der Diskussion wurden mehrmals andere Gemeinden erwähnt. R. Zulauf wohnt seit 1968 in Füllinsdorf und konnte dort alles im Zusammenhang mit der Nachtparkiergebühr mitverfolgen. Im Jahre 1972 wurde der Antrag gestellt, eine Nachtparkiergebühr einzuführen. Die Gemeinde war damals gerade knapp mit ihren finanziellen Mitteln und hat diesem Antrag entsprochen. In der Folge verschwanden denn auch tatsächlich einige Fahrzeuge von den Strassen und zwar hauptsächlich aus den beiden folgenden Gründen:

- es wurden Vorgärten umgebaut
- Gewerbetreibende vermieteten ihre Parkplätze, die nachts nicht benötigt wurden, etwas billiger als die Nachtparkiergebühr

Die Konsequenz der Füllinsdörfer Nachtparkiergebühr ist, dass wilder und frecher parkiert wird. Heute ist es so, dass die Anständigen ohne zu murren bezahlen, die anderen alle möglichen Ausreden und Bescheinigungen vorbringen, um nicht zahlen zu müssen. Von Rechtsgleichheit kann hier also nicht gesprochen werden. Ausserdem ist der Kontrollaufwand für den Nachweis des regelmässigen Nachtparkierens viel zu gross.

Gemeindepräsident W. Banga erklärt die personelle Besetzung der Gemeindepolizei. Ein uniformierter Polizist mit Polizeiausbildung ist für den Aussendienst zuständig, der andere, nicht-uniformierte, ist im Innendienst mit administrativen Arbeiten beschäftigt. Hinsichtlich Parkuhr beim Gymnasium ist festzuhalten, dass dieser Parkplatz dem Kanton gehört und demzufolge auch die Einnahmen in die Staatskasse fliessen.

Gemeinderat L. Lauper: Die Rechtsgleichheit kann man aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten, je nach der Besiedelung des Quartiers. Aus dem Lange Heid Quartier würden bestimmt Klagen laut, denn es hat - ob mit oder ohne Nachtparkiergebühr - nicht mehr und nicht weniger Parkplätze. Es liegt nicht im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde, genügend Strassen zu bauen, nur damit ausreichend Parkplätze vorhanden sind. Bezüglich Beerdigungen ist festzuhalten, dass im Moment eine Arbeitsgruppe daran ist, die Parkplatzsituation im Dorf abzuklären. Zur Aussage von Th. Lieberherr bezüglich Zickzack-Fahren im Quartier ist zu bemerken, dass es sich dabei meist um Anwohner handelt. Die Aussage hinsichtlich Velowege trifft zu. Ferner muss man sich fragen, wer einen Zubringerdienst kontrollieren würde.

Gemeindepräsident W. Banga: Die Fahrzeugerhebungen wurden vom vereidigten Gemeindepolizisten und der Abteilungsleiterin Allgemeine Dienste durchgeführt und anschliessend vom Amt für Raumplanung bestätigt.

Dr. Arnold Amacher bitter die Anwesenden, dem Antrag von Alfred J. Albert zuzustimmen, damit das Geschäft auf einer sauberen Grundlage beurteilt werden kann. Schlaumeier, die versuchen, eine Gebühr zu umgehen, gibt es überall in der Schweiz.

- ://: Mit grossem Mehr gegen einzelne Gegenstimmen wird der Antrag von Alfred J. Albert als nicht erheblich erklärt.
- ://: Der Antrag von Paula Pakery Keller, Autobesitzer, die auf privatem Grund einen Parkplatz erstellen, steuerlich zu entlasten, wird mit grossem Mehr gegen einzelne Gegenstimmen abgelehnt.
- ://: Der Antrag von Paula Pakery Keller, in stark belasteten Quartieren Zubringerdienste anzuordnen, wird mit grossem Mehr gegen wenige Gegenstimmen abgelehnt.



## Traktandum 6

### **Verschiedenes**

Kein Wortbegehren.

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass die nächste Gemeindeversammlung am 18. Juni 2001 stattfindet. Die heutige Versammlung wurde - trotz wenigen Traktanden - durchgeführt, damit die „Rechnungs-Versammlung“ nicht überladen wird. W. Banga dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme. Auch heute wird im Foyer wieder ein Apéro serviert und die Wirtschaften dürfen - sofern die Wirtinnen und Wirte einverstanden sind - bis um 01.00 Uhr geöffnet bleiben.

### Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier

## Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

2. Sitzung vom 18. Juni 2001 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Ursula Dürrenberger, Claude Kaspar, Hans Kunz, Lukas Lauper, André Schenker, Helen Wegmüller  Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Rudolf Zulauf, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Ursula Dürrenberger, Vizepräsidentin
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier, Aktuarin
<u>Entschuldigt:</u>	Martin Eichrodt, Ursula Gallandre, Eva Gross, Friedrich Hiestand, Thomas Hofer, Hans-Peter Stebler
<u>Stimmzähler:</u>	Ruth Bruderer, Kurt Lanz
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 22.00 Uhr

---

### Traktanden

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. März 2001
  2. Jahresbericht 2000
  3. Jahresrechnung 2000
  4. Bahnhof SBB, Neue Fussgängerunterführung / Kreditbegehren Fr. 350'000.-- für einen Aufgang auf der Westseite
  5. Jugend- und Kulturhaus Tramstation, Betriebsreglement
  6. Teilrevision des Reglementes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 15. September 1998
  7. Antrag gemäss § 68 von Giorgio Lüthi, Änderung der Ordnung über die Durchführung der Feuerungskontrolle
  8. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst die rund 95 Anwesenden zur heutigen Gemeindeversammlung. Von den Medien nehmen Frau Forter, Basler Zeitung, sowie die Herren Brügger, Wochenblatt für das Birseck und Dorneck, und Leuthardt, Basellandschaftlichen Zeitung, an der Versammlung teil.

Gemeindepräsident W. Banga bittet die Anwesenden, bei Wortmeldungen das Mikrofon zu benutzen und den Namen zu nennen. Er bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen. Weiter hält er fest, dass die Einladung mit den Traktanden und Anträgen den Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt wurde und fristgerecht im amtlichen Anzeiger publiziert worden ist. Der Ratschlag zu den Gemeindeversammlungen und das Protokoll können im Abonnement bezogen werden. Bestellungen sind an die Gemeindeverwaltung zu richten.

://: Die Traktandenliste wird ohne Wortbegehren genehmigt.

### Traktandum 1

#### Protokoll der Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2001

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

## Traktandum 2

### **Jahresbericht 2000**

Gemeindepräsident W. Banga: Unter der Leitung von Gemeindeverwalterin B. Grieder hat eine Arbeitsgruppe den Jahresbericht neu gestaltet. Unter anderem wurde darauf geachtet, dass die Änderungen keine zu hohen Kosten verursachen. Der Bericht wurde mit Grafiken und Fotos aufgelockert. Dabei sind einzelne Grafiken bei der vorberatenden Kommission teilweise auf Kritik gestossen. Der Gemeinderat nimmt diese Kritik entgegen und wird versuchen, die nächste Ausgabe des Jahresberichts in diesem Sinne zu verbessern.

Thomas Imboden: Die Gemeindekommission hat den Jahresbericht geprüft und als gut, übersichtlich und verständlich befunden. Er wirkt frisch, nicht mehr so amtlich, und es handelt sich um ein gutes Nachschlagewerk. Die Gemeindekommission folgt den Anträgen des Gemeinderates und bittet, den Jahresbericht entgegenzunehmen.

Martin Burckhardt dankt im Namen der SP allen für die geleistete Arbeit und spricht ein Kompliment aus. Der Jahresbericht ist eine Fundgrube für diejenigen, die sich für die Geschehnisse in der Gemeinde interessieren. Gerade weil der Jahresbericht so interessant ist, liest man ihn mehrmals und dann stellen sich einem plötzlich Fragen, wie zum Beispiel zu:

Seite 11, 5.1, Personal/Organisation:

Diesem Abschnitt ist zu entnehmen, dass einige Verträge noch nicht ausgestellt waren. Offensichtlich wurde dies jedoch inzwischen erledigt.

Seite 22, Anpassung von Baurechtszinsen

Was ist denn so schwierig an diesen Anpassungen, dass sie noch immer nicht erledigt werden konnten?

Seite 32, Sanierung BLT-Linie 10, Lehenrain bis Grenze Arlesheim

Die SP spricht sich für einen Ausbau aus, jedoch sollte er in einem vernünftigen und tragbaren Rahmen sein. Die SP ist der Meinung, der Gemeinderat täte gut daran, wenn er hart bliebe.

Gemeindepräsident W. Banga: Die Arbeitsverträge gehören in das Departement Sicherheit/Verwaltung. Er erteilt das Wort Gemeindeverwalterin B. Grieder.

Gemeindeverwalterin B. Grieder: Die Verträge wurden letztes Jahr verschickt. Einige kamen mit Einwänden im formellen Bereich wieder zurück. Diese wurden den Betroffenen erneut in der alten Form zugestellt und treffen nun nach und nach wieder in der Verwaltung ein. Noch ausstehend sind die Verträge der Logopädie und der Jugendmusikschule.

Gemeinderat C. Kaspar: Die Baurechtszinsen betreffen die partnerschaftlichen Baurechtsverträge die in der Umgangssprache auch „Lämpen“-Verträge genannt werden. Seinerzeit dachte man, partnerschaftliche Verträge seien eine gute Idee, heute sieht man das ein bisschen anders. Der Gemeinderat versucht - im Rahmen der Vertragsmöglichkeiten - das Beste für die Gemeinde herauszuholen und die Baurechtsnehmer versuchen natürlich das gleiche für sich. In der Vergangenheit waren einzelne Stellen der Verwaltung ja bekanntlich verwaist, so dass sich der Gemeinderat mit den operationellen Arbeiten befassen musste, was nicht immer einfach war. Die Anpassungen sollten im Laufe dieses Jahres erledigt werden können. Aus Gründen des Datenschutzes kann dazu leider nicht mehr gesagt werden.

Gemeinderat L. Lauper: Letzte Woche fand eine Anhörung mit dem Bundesamt für Verkehr statt. Persönlich denkt L. Lauper, dass die gewichtigste Einsprache das Nichteinhalten des Waldgesetzes betrifft. Ferner wurden die Münchensteiner Mitglieder des Landrates einbezogen. Nach einer Vorsprache bei Regierungsrätin Elisabeth Schneider speisen sie das Geschäft nun im Landrat ein. Es gibt viele Gründe, weshalb man eine Neubeurteilung vornehmen kann (Wegfall der Aluminium, Wendeschlaufe etc.). Die Gemeinde muss jetzt vorerst abwarten.

Hanni Huggel dankt im Namen der Geschäftsprüfungskommission für den Jahresbericht. Gewisse Themen, die in den Berichten der Vorjahre an verschiedenen Stellen platziert waren, findet man nun in einem Paket (Soziales und Bildung/Erziehung/Kultur). Der Jahresbericht ist eines der wichtigsten Instrumente für die Arbeit der Geschäftsprüfungskommission. Daher ist die neue Anordnung sehr hilfreich.

Thomas Imboden zum Antrag der SP betreffend Optimierung der Buslinie 63/64: Er dankt dem Gemeinderat für das Eintreten und das Engagement für die Beibehaltung. Der Einsatz hat sich - trotz gewisser Abstriche - gelohnt.

Dr. Arnold Amacher: Irgendwann sollte der Gemeinderat mitteilen, ob die jetzige Verkehrsberuhigung an der Hauptstrasse der Weisheit letzter Schluss ist. Was jetzt besteht, kann ja nicht alles sein.

Gemeinderat L. Lauper: Wahrscheinlich wird sich im Zusammenhang mit der Parkierungssituation im Dorf noch etwas ändern. Im Moment kann jedoch noch nicht mehr dazu gesagt werden.

- ://: 1. Vom Jahresbericht des Gemeinderates für das Jahr 2000 wird Kenntnis genommen.  
 2. Die Anträge
- Dr. Arnold Amacher betreffend Alternative zum Projekt Verkehrsberuhigungsmassnahmen Hauptstrasse vom 16. Juni 1993
  - SP Münchenstein betreffend Optimierung der Buslinien 63/64 vom 9. Dezember 1999
- werden abgeschrieben.

### **Traktandum 3**

#### **Jahresrechnung 2000**

Gemeinderat C. Kaspar: Die Ausgaben wurden im Rahmen des Budgets eingehalten. Bei den Einnahmen waren aus den Grundstück- und Handänderungssteuern grosse Beträge zu verzeichnen. Ein weiterer erfreulicher Aspekt ist, dass es bei den juristischen Personen zu rund 700'000 Franken Mehreinnahmen gekommen ist. Deshalb schliesst die Jahresrechnung 2000 mit einem Plus von gut 800'000 Franken ab.

Karl Mesmer: Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) hat pflichtgemäss sämtliche Sparten der Rechnung 2000 geprüft und festgestellt, dass es dem Gemeinderat gelungen ist, die Ausgaben fest im Griff zu haben. Auch die Spitex und die Soziale Wohlfahrt sind auf dem besten Weg, sich zu verbessern. Der Entscheid, die Fürsorgesteuern zu erhöhen, war absolut goldrichtig. Die Rechnungsprüfungskommission beantragt, auch die beiden Spezialfinanzierungen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, deren Prüfung bei der Drucklegung der Jahresrechnung noch nicht abgeschlossen war, zu genehmigen. Es bestehen also keine Vorbehalte mehr. Einige Probleme bestehen noch mit nicht abgerechneten Etappen aus früheren Jahren, insbesondere bei den Kanalisationen. K. Mesmer bittet die Anwesenden, auf die Jahresrechnung 2000 einzutreten.

Peter Graser: Die Gemeindegemeinschaft hat die Jahresrechnung 2000 behandelt und - obwohl es sich um einen guten Abschluss handelt - zwei bis drei Hinweise angebracht. Bemerkenswert sind die Bemerkungen auf den Seiten 86 und 87 der Jahresrechnung. Ausserdem konnten Schulden in der Höhe von 5,5 Millionen Franken abgebaut werden. Die Gemeindegemeinschaft empfiehlt einstimmig, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Auch die FDP hat sich intensiv mit der Rechnung befasst und empfiehlt ebenfalls, auf die Rechnung einzutreten und den Anträgen zu entsprechen.

Allerdings darf man sich von guten Abschlüssen nicht verführen und zu Begehrlichkeiten verleiten lassen. Ein solcher Geldsegen wird sich wahrscheinlich nicht so rasch wiederholen.

Peter Zwick teilt im Namen der CVP mit, dass sie die Rechnung ebenfalls geprüft hat, ihr zustimmt und um Eintreten bittet. Die CVP möchte dem Gemeinderat und der Rechnungsprüfungskommission mitgeben, dass die Investitionsrechnung generell überprüft wird. In der Investitionsrechnung sind ca. 30 Millionen Franken bewilligt. Die Kredite gehen bis ins Jahr 1981 zurück. Bevor man ein Defizit budgetiert, sollte man prüfen, was abgeschrieben werden kann. P. Zwick dankt dem Gemeinderat und speziell Claude Kaspar für die Arbeit.

Thomas Imboden: Die SP Münchenstein ist sehr erfreut über die überraschend guten Zahlen. Insbesondere die unerwarteten Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer haben dazu beigetragen. Da das Budget ziemlich genau eingehalten wurde, sieht man, dass der Gemeinderat mit den Ausgaben sorgfältig und haushälterisch umgegangen ist. Die SP bittet, die Jahresrechnung 2000 anzunehmen.

://: Eintreten ist unbestritten.

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass die erläuternden Bemerkungen zu einzelnen Konten ab Seite 88 aufgeführt sind. Die Jahresrechnung wird seitenweise nach Kontenkreis abgerufen.

#### Seite 84 bis 87

Karl Mesmer: Es wurde bereits angesprochen, dass die Investitionskredite sich schon über einige Jahre hinziehen. Die Rechnungsprüfungskommission hat nun mit der Wasser- und Kanalisationskasse begonnen, diese Kredite zu überprüfen. Die Wasserkasse konnte bis ins Jahr 1997 nachvollzogen werden. Wie in der Zukunft verfahren werden soll, wird mit dem Gemeinderat noch verhandelt.

Im Jahre 1998, nach Vorliegen der Bauabrechnung, war es erstmals möglich, den Ablauf von 1991 nachzuvollziehen. Seit 1993 erfolgten keine weiteren Abschlüsse mehr. Ende 2000 lagen die Abrechnungen für die Jahre 1993 bis 1996 vor. Dies entspricht einem Total von 12 Mio Franken. Die Rechnungsprüfungskommission hat sich bemüht, Zahlenmaterial zusammenzutragen. Die Vorlagen sprengen jedoch ihre Kapazität. Das Ineinandergreifen der verschiedenen Ingenieurbüros machte eine Transparenz unmöglich, so dass für die Prüfung ein externes Büro beigezogen werden muss. Eine solche externe Prüfstelle kostet jedoch allerhand. Es liegt eine Offerte vor, mit einem Preis von zwischen Fr. 27'000.-- und Fr. 31'000.--. Dazu kommt dann noch die Mehrwertsteuer. Auch die Jahre 1997 bis 2000 sind noch offen, auch da müssen Abschlüsse vorgelegt werden. Der Zustand ist nicht mehr haltbar. Die RPK wird zu gegebener Zeit wieder informieren.

Gemeindepräsident W. Banga: Die Rechnungsprüfungskommission hat beantragt, die Kanalrechnung extern prüfen zu lassen. Sie verfügt über die Kompetenz, externe Spezialisten beizuziehen.

Gemeinderat A. Schenker: Da sich die Wasser- und Kanalisationskasse in seinem Departement befindet, ist es nur rechtens, dass er sich ebenfalls dazu äussert. Das Sanierungsprogramm für die Kanalisationen und Wasserleitungen wurde vor Jahren durch die Einwohnergemeindeversammlung bewilligt. Es handelt sich eigentlich um Rahmen- oder Globalkredite. Im Idealfall - wenn alles ohne Probleme verläuft - werden pro Tranche ca. zwei Jahre benötigt. In der Praxis sieht es jedoch ein bisschen anders aus, indem man zum Beispiel notfallmässig dringend andere Leitungen reparieren muss, oder man aber, wenn ein Drittwerk etwas macht, Verschiebungen vornehmen muss. Daher kann es vorkommen, dass etwas zurückgeschoben wird. Die Wasser- und Kanalisationskasse verfügen über nicht unerhebliche Eigenmittel. Die Kredite sind zwar bewilligt, doch es wird durch die Verschiebungen für Dritte schwer, sie nachzuvollziehen. Daher ist der Schritt der Rechnungsprüfungskommission begrüssenswert. In Zukunft muss es anders laufen. Es ist beabsichtigt, inskünftig quasi ein Verfalldatum aufzuerlegen, das heisst, innerhalb eines bestimmten Zeitraums muss eine Etappe abgeschlossen werden. Insofern ist also der Fingerzeig der Rechnungsprüfungskommission ganz wichtig.

://: Die Jahresrechnung 2000 der Einwohnergemeinde wird - unter Ausschluss der Sonderrechnung Abwasserbeseitigung - einstimmig genehmigt.

## **Traktandum 4**

### **Bahnhof SBB, Neue Fussgängerunterführung / Kreditbegehren Fr. 350'000.-- für einen Aufgang auf der Westseite**

Gemeinderat A. Schenker: Die SBB möchten neue und breitere Perrons bauen, weil sie die Automatisierung vorantreiben und die Betriebssicherheit verbessern wollen. Im Projekt ist nur ein Zugang vorgesehen. Aus Sicht der Gemeinde sollte man die Möglichkeit, einen Zugang und eine durchgehende Fussgängerunterführung zu realisieren, nutzen. So könnte auch die viel-erwähnte „Zerschneidung“ der Gemeinde vermindert werden. In der Gemeindegemeinschaft wurden Fragen aufgeworfen, die auch hier zur Sprache kommen sollen:

- Wegrecht: Die EBM hat ein Wegrecht zugesichert. Wenn die Gemeindeversammlung dem Kreditbegehren zustimmt, wird ein Vertrag gemacht und das Wegrecht im Grundbuch eingetragen.
- Hochbau: Die EBM hat zugesichert, einen allfälligen Neubau im Ostteil zu realisieren.

- Parkplätze: Die Parkplätze der EBM sind vermietet. Sollten einzelne Fahrzeuge am Samstag und/oder Sonntag dort abgestellt werden, so ergeben sich daraus keine Probleme.

Die Fussgängerunterführung schafft eine durchgehende Passage und vermindert die Zerschneidung der Gemeinde. Ein Plan befindet sich in Anhang 1 des Ratschlages. Gemeinderat A. Schenker bittet um Eintreten.

Jeanne Locher: Die Gemeindekommission hat einstimmig beschlossen, das Projekt zur Annahme zu empfehlen.

Freddy Koch: Dieses Traktandum hat bei der FDP am meisten zu reden gegeben. Der Entscheid war nicht einstimmig, eine Mehrheit empfiehlt jedoch Zustimmung.

Argumente, die für das Projekt sprechen: Der Bau durch die SBB bedeutet, dass der Bahnhof Münchenstein weiterhin bedient wird und wichtig ist. Positiv zu werten ist, dass die bauliche Infrastruktur bereits vorhanden ist und sich die Gemeinde nur noch „anhängen“ muss.

Argumente, die gegen das Projekt sprechen: Es entstehen Kosten in der Höhe von 350'000 Franken. Nutzniesser sind in erster Linie die Beschäftigten der EBM. Auch die Beiersdorf kann profitieren, obwohl man hervorheben muss, dass beide gute Steuerzahlerinnen sind. Die Frage, ob eine Bedarfsabklärung erfolgt ist, wurde verneint. Ob wirklich eine Verbindung zwischen beiden Seiten entsteht, ist fraglich.

Freddy Koch bittet, sowohl persönlich als auch im Namen der FDP, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Jean-Pierre Doggé: Die CVP hat dem Antrag ebenfalls zugestimmt. Die Verbindung zwischen Münchenstein ist unterbrochen. Die Unterführung schafft ein bisschen Abhilfe dagegen. Mit der Einführung des Halbstundentaktes ergibt sich eine Steigerung der Attraktivität, wodurch wahrscheinlich vermehrt mit dem Öffentlichen Verkehrsmittel zur Arbeit gefahren wird. Nicht zuletzt kann auch die Unterführung zu einer vermehrten Nutzung des ÖV's beitragen. Da sie ohnehin gebaut wird, ist es sinnvoll, wenn die Gemeinde sich beteiligt. Die Kosten belaufen sich auf rund Fr. 32.-- pro Einwohner. Jean-Pierre Doggé bittet - auch im Namen der CVP - den Anträgen des Gemeinderates zu entsprechen.

Alfred Peter: Es handelt sich um eine Angelegenheit, bei der man verschiedener Meinung sein kann. Alfred Peter dankt dem Gemeinderat, dass er das Geschäft vor die Gemeindeversammlung gebracht hat, so dass man auch darüber diskutieren kann. Aus seiner Sicht ist die Unterführung ein Luxus. Ist sie für die Fussgänger wirklich nötig, jetzt wo eine neue Brücke gebaut worden ist? Bei der Beratung der Jahresrechnung 2000 waren alle der Meinung, dass deren guter Abschluss nicht zu neuen Begehrlichkeiten verführen dürfe. Möglicherweise handelt es sich bei dieser Unterführung um eine derartige Begehrlichkeit. Alfred Peter ist der Meinung, man solle auf sie verzichten.

Walter Hofer: Die SVP ist zwar nicht einer Meinung, aber doch mehrheitlich für die Unterführung. Einiges scheint ihr zu wenig erhärtet zu sein. Die Fragen hinsichtlich Wegrecht wurden von Gemeinderat A. Schenker präzisiert. Durch die Unterführung ist die Gemeinde Münchenstein nach Meinung der SVP nicht besser verbunden. Und wenn man sagt, mit der Brücke seien sieben Meter Höhendifferenz zu überwinden, so muss man festhalten, dass man dies auch bei der Unterführung muss. Die SVP schlägt daher eine Rückweisung und eine Überprüfung der noch offenen Fragen, insbesondere auch der Einrichtung eines Park + Ride, vor.

Peter Graser: Hinsichtlich Wegrecht ist festzuhalten, dass sich die fragliche Parzelle derart nahe an der Böschung befindet, dass ohnehin keine Gebäude erstellt werden können. Ein Park + Ride würde wahrscheinlich von der Bevölkerung gar nicht genutzt. Im Übrigen ist die Unterführung sicher nicht offensichtlich verbindend für die „zerschnittene“ Gemeinde, doch immerhin kann man sie als Zeichen sehen.

Danuta Janiak möchte nicht alle bereits erwähnten Argumente für die Zustimmung wiederholen. Hingegen möchte sie festhalten, dass sie im Heiligholzquartier wohnt und einige Leute kennt, die täglich zum Bahnhof müssen. Die vorgesehene Unterführung ist wirklich attraktivitätssteigernd.

Bauverwalter R. Zulauf: Es gilt zwei Punkte zu beachten: Es geht nicht nur um die Frage, ob Unterführung oder Brücke. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Aesch müssen zum Beispiel zuerst durch eine Unterführung und anschliessend über eine Brücke, um zum Bahnhof zu gelangen. Dort summiert sich die Höhendifferenz. Zur Bedürfnisabklärung: Hätte man die Benutzerinnen und Benutzer gezählt, so wäre man auf 100 bis 150 gekommen. Diese Zahl entspricht jedoch nicht der zukünftigen Situation. Alle Bestrebungen laufen dahin, die

Attraktivität des öffentlichen Verkehrsmittels zu fördern. Es ist nicht möglich, alles zu prognostizieren und daher ist auch ein Bedürfnisnachweis nicht möglich.

://: Mit grossem Mehr gegen einzelne Stimmen wird Eintreten beschlossen.

Dr. Arnold Amacher: Warum wird eine Unter- und nicht eine Überführung gebaut? Unterführungen bringen häufig nachts Probleme.

Gemeinderat A. Schenker: Überführungen sind mit einer relativ grossen Höhendifferenz verbunden. Unterführungen werden heutzutage übersichtlich und durchschaubar gebaut. Aus dieser Sicht ist eine Unterführung besser geeignet. Ausserdem bietet sich für die Gemeinde mit dem vorliegenden Projekt eine Gelegenheit, bei der sie zugreifen muss. Ferner wird eine attraktive Bahnhofssituation und eine Verbesserung der Erschliessung geschaffen.

Bauverwalter R. Zulauf: Eine Überführung müsste nicht gebaut werden, da die Brücke bereits vorhanden ist. Ziel der SBB war auch, über eine Rampe zu verfügen. Mit der Überführung und dem Einbezug der Brücke wäre die Rampe zu steil geworden.

Gemeinderat H. Kunz: In der Gemeinde Aesch wird momentan mit erheblichen Kosten eine Unterführung gebaut. Die Zahl derjenigen, die die Brücke benützen, darf nicht überschätzt werden. Etwa 20 % werden sie benützen. Im Übrigen ist die Unterführung ganz sicher für diejenigen, die gar nie zum Bahnhof gehen, ein Luxus.

- ://: 1. Mit grossem Mehr gegen wenige Gegenstimmen wird dem Projekt eines westlichen Zugangs zur geplanten Perronunterführung SBB zugestimmt.
2. Mit grossem Mehr gegen wenige Gegenstimmen wird für dessen Realisierung ein Kredit von Fr. 350'000.-- bewilligt.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

## **Traktandum 5**

### **Jugend- und Kulturhaus Tramstation, Betriebsreglement**

Gemeinderätin U. Dürrenberger erläutert die Vorlage.

Urs Abt. Die Vorlage war in der Gemeindekommission so unumstritten, dass sie gar nicht diskutiert, sondern nur seitenweise abgerufen wurde. Die Gemeindekommission empfiehlt Genehmigung.

://: Eintreten ist unbestritten.

Susanne Haas: Die SP hat die Vorlage geprüft und ist damit einverstanden. Als Mitglied der Betriebskommission Jugendhaus kann sie mitteilen, dass sich die provisorische Regelung in der Praxis bewährt hat. Sie empfiehlt Zustimmung.

://: Das Betriebsreglement für das Jugend- und Kulturhaus Tramstation (Betriebsreglement Tramstation) wird einstimmig beschlossen.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

## **Traktandum 6**

### **Teilrevision des Reglementes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 15. September 1998**

Gemeinderätin H. Wegmüller erläutert die Vorlage. Das Reglement wurde von einer Arbeitsgruppe der Verwaltung überarbeitet, der Entwurf wurde von der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion vorgeprüft. Neu eingefügt ist § 12. Gemeinderätin H. Wegmüller bittet um Zustimmung.

Doris Würsch: Das Geschäft war in der Gemeindegemeinschaftskommission unbestritten. Das gleiche gilt auch für die FDP, und auch als Präsidentin der Fürsorgebehörde empfiehlt Doris Würsch Zustimmung.

Hanni Huggel: Die SP hat das Reglement ebenfalls geprüft. Es handelt sich um eine für Laien schwierige und komplizierte Angelegenheit. Daher dankt die SP für die gute Darstellung und bittet um Zustimmung.

Das Reglement wird paragraphenweise abgerufen.

- ://: 1. Den Änderungen von § 1 Abs. 2, § 2, § 4 Abs. 2 und 3, § 5, § 6, § 7, § 8, § 10, § 11, § 13 und § 14 des geltenden Mietzinsreglementes wird einstimmig zugestimmt.
2. Die Änderungen treten nach der Genehmigung durch die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion in Kraft.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

## **Traktandum 7**

### **Antrag gemäss § 68 von Giorgio Lüthi, Änderung der Ordnung über die Durchführung der Feuerungskontrolle**

Gemeinderat L. Lauper: Auf Seite 7 der Vorlage sind die Aufgaben der Gemeinde aufgeführt. Der Gemeinde steht es frei, die Feuerungskontrollen zu liberalisieren. Mit den vorgenommenen Neuerungen gab es nun Anfangsschwierigkeiten, die von Giorgio Lüthi auch angesprochen wurden. Die von ihm kritisierten Vorgänge sind mit der revidierten Ordnung behoben. Gemeinderat L. Lauper bittet, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Urs Gerber: Die Gemeindegemeinschaftskommission hat von den Änderungen diskussionslos Kenntnis genommen. Sie beantragt mit grossem Mehr und einzelnen Enthaltungen den Anträgen des Gemeinderates zu entsprechen.

Giorgio Lüthi hat in positivem Sinne zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat rasch gearbeitet hat. Einzig, dass die Statistik auf Angaben der Besitzer beruht und daher nicht verifiziert werden kann, ist nicht ganz korrekt.

- ://: 1. Von den vorgesehenen Änderungen in der Administration privater Heizungskontrollen wird Kenntnis genommen.
2. Der Antrag Giorgio Lüthi wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

## **Traktandum 8**

### **Verschiedenes**

#### **Antrag gemäss § 68 Gemeindegesetz der SP Münchenstein, Beleuchtung der Grossen Allee vom Gartenbad St. Jakob bis zum Dino**

Hanni Huggel reicht im Namen der SP Münchenstein einen Antrag mit folgendem Wortlaut ein:

*„Die SP bittet den Gemeinderat, eine Beleuchtung der Grossen Allee zu realisieren. Mit der Eröffnung des St. Jakobparks wird das Stück Grosse Allee vom Dino bis zum Gartenbad St. Jakob wieder vermehrt begangen und mit Velos befahren werden. Die Grosse Allee wird auch jetzt schon als Arbeitsweg benutzt und deshalb auch bei Dunkelheit befahren und begangen. Vor allem ist der Weg in Richtung Nord-Süd auch wegen der Bäume stockdunkel. Bevor man dann zur Dinokurve fährt, blendet die eine Weglampe dort so stark, dass man die Weggabel kurz vorher kaum sieht und im Kies landet. Für Fussgänger und Velofahrer ist dieser Weg bei Nacht sehr gefährlich, insbesondere nach einem Match. Eine Beleuchtung wäre notwendig, um Unfälle zu vermeiden.“*



Am 2. März hat die SP Münchenstein zwei Velo-Anträge eingereicht, die der Gemeinderat zum Teil bereits beantwortet hat. Weil die Beleuchtung auf dem so genannten Kilometerwägli so schlecht ist, erfolgt dieser Antrag noch zusätzlich.

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass der Gemeinderat den Antrag entgegennimmt.

://: Der Antrag wird entgegengenommen.

### **Bestand der Gemeindepolizei, Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Zürich, Verkehrssituation im Lange Heid-Quartier**

Willy Müller: Andere Gemeinden verfügen über vier bis fünf uniformierte Gemeindepolizisten. Jens Schindelholz, als einziger Uniformierter, hat mitgeteilt, er könne nicht überall sein.

In der Basler Zeitung ist ein Artikel über die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Zürich erschienen. Warum wurde diese Zusammenarbeit nicht mit der Polizei Basel-Landschaft abgesprochen?

Heute über Mittag fand sich keine Möglichkeit, das Auto in der Binningerstrasse abzustellen. Die neuen Parkplätze ziehen mehr Autos an. Weshalb mussten Parkplätze gestrichen werden? Vor einigen Tagen hat sich wieder ein 40-Tonnen-Lastwagen in die Quartierstrasse verirrt und ist steckengeblieben. Weshalb kann man nicht endlich beim Spengler eine Signalisation anbringen? Wenn im Lange Heid-Quartier hinsichtlich Verkehr nicht endlich etwas passiert, wird W. Müller die Initiative ergreifen und Unterschriften sammeln. Er bittet den Gemeinderat, endlich etwas zu unternehmen.

Gemeindepräsident W. Banga teilt zum Bestand der Gemeindepolizei Folgendes mit: Die Dotierung der Gemeindepolizei ist ein ursprünglicher Entscheid des amtierenden Gemeinderates. Dieser Entscheid kann sicher von Zeit zu Zeit auf seine Richtigkeit hin überprüft werden.

Zur Kompetenzüberschreitung und Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Zürich: Gemeindepräsident W. Banga kann versichern, dass keine Kompetenzüberschreitung vorliegt. Der Gemeinderat hat diese Zusammenarbeit gutgeheissen. Der Kanton Zürich war bisher der einzige, der solche Tafeln eingeführt hat. Dies kann auch im Zeitungsartikel von M. Brodbeck nachgelesen werden, der im Übrigen vollumfänglich der Wahrheit entspricht.

Gemeinderat L. Lauper: Vor nicht allzu langer Zeit wurde die Verkehrssituation im Lange Heid-Quartier - im Zusammenhang mit dem Nachtparking - hier besprochen. Es steht Willy Müller frei, Massnahmen zu ergreifen. Wenn Liestal mit einer Superlösung aufwarten kann, ist der Gemeinderat noch so froh. Bezüglich Lastwagen ist festzuhalten, dass auch in der Ruchfeldstrasse permanent Schwierigkeiten auftreten. Es besteht ein Abbiegeverbot, dass ständig übersehen wird. Man ist daran, diese Probleme zu lösen.

### **Rücktritt von Eva Gross aus der Rechnungsprüfungskommission**

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass Eva Gross Zahnd per 30. Juni 2001 aus der Rechnungsprüfungskommission zurücktritt. Die Gemeindekommission hat am 31. Mai 2001 Yvette Berger-Harder als Nachfolgerin gewählt.

### **Rücktritt von Dominique Lüthy aus der Gemeindekommission**

Gemeindepräsident W. Banga: Per 30. Juni 2001 tritt Dominique Lüthy aus der Gemeindekommission zurück. Die Erstharrückende, Sabina Wälchli, hat mitgeteilt, dass sie das Mandat annimmt.

Gemeindepräsident W. Banga: Die nächste Gemeindeversammlung findet am 18. September 2001 statt. Wie immer wird heute im Foyer ein Apéro serviert und die Wirtinnen und Wirte der Gemeinde dürfen eine Freinacht durchführen.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier

## Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

3. Sitzung vom 18. September 2001 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Ursula Dürrenberger, Claude Kaspar, Hans Kunz, Lukas Lauper, André Schenker, Helen Wegmüller Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Rudolf Zulauf, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Ursula Dürrenberger, Vizepräsidentin
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier
<u>Entschuldigt:</u>	Friedrich Hiestand, Thomas Imboden, Ursula Gallandre, Ruedi Zulauf
<u>Stimmzähler:</u>	Willy Moser, Eva Manicolo-Dinten
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 22.20 Uhr

---

### Traktanden

9. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2001
  10. Kreditbegehren Fr. 1'644'000.-- für die letzte Etappe der baulichen Erneuerung des Verwaltungsgebäudes
  11. Orientierung über das Standortmarketing
  12. Orientierung über das Areal Heiligholz
  13. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst die rund 100 Anwesenden zur heutigen Gemeindeversammlung. Von den Medien nehmen die Herren Leuthardt, Basellandschaftliche Zeitung, und Brodbeck, Basler Zeitung, sowie Frau Ulrike Hool, Wochenblatt für das Birseck und Dorneck, an der Versammlung teil. Ein spezieller Gruss geht an die Herren Plattner, Schulz und Hefti, PSP und BSS.

Heute vor einer Woche wurde die Welt von den Ereignissen in den USA erschüttert. Auch auf Gemeindeebene soll an die Opfer und deren Angehörigen gedacht werden. Gemeindepräsident W. Banga hofft, dass es nicht zu Folgeerscheinungen kommen und das Ruder umgerissen wird. Derartige Ereignisse dürfen nicht zur Tagesordnung werden.

An der heutigen Gemeindeversammlung ist nur zu einem Traktandum ein Beschluss zu fassen. Der Gemeinderat hat daher beschlossen, heute über wichtige Themen aus seiner aktuellen Arbeit zu orientieren.

Gemeindepräsident W. Banga bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen. Bei Wortmeldungen ist das Mikrofon zu benutzen und der Name zu nennen. Die Rednerliste wird durch die Vizepräsidentin des Gemeinderates, Ursula Dürrenberger, geführt. Die Einladung mit den Traktanden und Anträgen wurde rechtzeitig zugestellt und im amtlichen Anzeiger publiziert. Der Ratschlag zu den Gemeindeversammlungen und das Protokoll können im Abonnement bezogen werden. Bestellungen sind an die Gemeindeverwaltung zu richten.

://: Die Traktandenliste wird ohne Wortbegehren genehmigt.

## Traktandum 1

### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2001**

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

## Traktandum 2

### **Kreditbegehren Fr. 1'644'000.-- für die letzte Etappe der baulichen Erneuerung des Verwaltungsgebäudes**

Gemeinderat H. Kunz erläutert die Vorlage. Seit einigen Jahren beschäftigt sich der Gemeinderat mit Platzproblemen auf der Verwaltung. Zum Teil sind die Büros mit drei Personen belegt und es hat zu wenig Sitzungszimmer. Das 44-jährige Gebäude besitzt den Charme der 50er Jahre. Einzelne Renovationen wurden in den vergangenen Jahren in Teilschritten bereits durchgeführt, so zum Beispiel im Jahre 1987 auch eine Erneuerung der Fassade. Ursprünglich wollte man die gesamte Renovation vor die Gemeindeversammlung bringen, doch mit dem Erwerb der Liegenschaft Loogstrasse 19 entstand eine neue Situation, indem in diesem Haus der Abwart einquartiert werden konnte. Die nun freigewordene Abwartwohnung an der Schulackerstrasse soll in den Verwaltungsbereich integriert werden. Diese Räume werden als Sitzungszimmer, zwei Büros, Maschinenraum und Mobiliarlager genutzt. Im Weiteren sollen der Konferenzsaal und das Gemeinderatszimmer sowie der Publikumsbereich der Schalterhalle erneuert werden. Ferner wird die 2. Etappe für den weiteren Ausbau des Archivs und den Ausbau der Büros der Sozialen Dienste in Angriff genommen. Die veralteten Schliessanlagen werden ausgetauscht und die Zutrittskontrolle verbessert. Es werden neue, informative Beschriftungen angebracht, die Grünanlagen erneuert und die Anzahl Parkplätze erhöht. Eine Kostenschätzung kann nie auf den Franken genau gemacht werden. Es liegt jedoch für jede auszuführende Arbeit eine Offerte vor und es besteht die Möglichkeit, dass die Kosten eventuell sogar etwas tiefer sein werden. Gemeinderat H. Kunz bittet, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Urs Abt. Das Kreditbegehren war bei der Gemeindekommission nicht umstritten. Es wurden jedoch einige kritische Fragen zur Kostenschätzung gestellt. Die Gemeindekommission hat dem Antrag mit 14 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Aus persönlicher Sicht kann Urs Abt mitteilen, dass er in seiner beruflichen Funktion mit diversen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung zu tun hat. Er konnte feststellen, dass sowohl im Parterre als auch im ersten Stock gute Arbeit geleistet wird. Dem Personal sollte daher die Möglichkeit gegeben werden, diese gute Arbeit auch weiterhin zu verrichten. Urs Abt bittet, dem Antrag des Gemeinderates zu entsprechen.

://: Eintreten ist unbestritten.

Peter Tobler: Die SP hat dieses Traktandum am 22. August eingehend diskutiert. Sie ist grundsätzlich einstimmig der Meinung, dass die Erneuerungen sinnvoll und notwendig sind. Es hat sich jedoch die Frage gestellt, ob es nicht vernünftiger wäre, mindestens den Empfang mit einem Diskretschalter zu versehen. Gemäss Auskunft von R. Desvoignes müsste man dafür mit Mehrkosten von etwa Fr. 30'000.-- rechnen. Die SP bittet, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Lienhard Meyer: Auch die FDP hat dieses Geschäft besprochen. Sie beantragt ebenfalls, den Kredit zu bewilligen. Die positiven Argumente überwiegen eindeutig. Bei umfassenden Renovationen muss man immer zwischen Kosten, die auch im baulichen Unterhalt entstünden (hier: Fr. 600'000.-- über 18 Monate), unterscheiden. Die eigentlichen Zusatzkosten für die Renovation betragen demnach rund eine Million Franken. Im Weiteren ändern sich die Ansprüche an das Gebäude - auch von der Kundschaft her. Die angegebenen 15 % für Unvorhergesehenes scheinen auf dieser Stufe in Ordnung zu sein. Im Anhang der Vorlage sind Fr. 450'000.-- ausgewiesen, die sowieso aufzuwenden wären. Aus all diesen Gründen beantragt die FDP, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Peter Zwick ist erstaunt, dass die Vorredner, die in ihrer Wahlpropaganda immer von gesunden Finanzen gesprochen haben, beide Augen zudrücken. Die CVP ist nicht gegen eine neue respektive renovierte Gemeindeverwaltung. Doch sie findet die Taktik, die angewandt wird

- nämlich, einen Kredit zu erwirken, bevor bekannt ist, wie die Finanzen im kommenden Jahr aussehen - nicht in Ordnung. P. Zwick hat eine Hochrechnung zum Budget 2002 gemacht und schätzt das Defizit auf rund 2,5 Millionen Franken. Wäre es daher nicht sinnvoller, die Kreditvorlage erst an der Gemeindeversammlung vom 3. Dezember, wenn auch die Budgetzahlen bekannt sind, zu beraten? Man kann selber ausrechnen, wie viele Steuerprozente die Renovation kostet. Die CVP beantragt, die Vorlage heute nur zur Kenntnis zu nehmen und erst am 3. Dezember 2001 zu entscheiden.

Gemeindepräsident W. Banga hat die Frage nach dem Eintreten gestellt und betrachtet daher den Antrag der CVP als Rückweisungsantrag.

://: Mit 66 gegen 31 Stimmen beschliesst die Versammlung, die Beschlüsse heute zu fassen.

://: Mit 85 gegen 6 Stimmen bei einigen Enthaltungen wird für die letzte Etappe der baulichen Erneuerung des Verwaltungsgebäudes ein Kredit von Fr. 1'644'000.-- bewilligt.

Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Gemeindepräsident W. Banga dankt den Anwesenden für die Zustimmung und allen, die sich mit der Vorlage befasst haben, für ihre Arbeit. Ein ganz spezieller Dank gilt Roger Desvoignes, der an der heutigen Versammlung - wenn auch nur auf den Zuschauerplätzen - teilnimmt. Es ist jetzt einfach nötig, dass die Umgebung für die Arbeit besser gestaltet wird, denn der äussere Rahmen ist auch wichtig.

### **Traktandum 3**

#### **Orientierung über das Standortmarketing**

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat befasst sich mit Tagesgeschäften, hat aber gleichzeitig den Auftrag, strategische Aufgaben zu lösen. Verschiedene Themen müssen in einem grossen Rahmen betrachtet werden. Beim Standortmarketing hat der Gemeinderat festgestellt, dass es schwierig ist, diese Aufgabe ohne die Hilfe von Experten zu lösen. Daher wurde das Büro PSP und BSS beauftragt, die Fragen gemeinsam mit dem Gemeinderat und den Chefbeamten der Verwaltung in Angriff zu nehmen. Heute nun ist man in der Lage, Bericht zu erstatten.

Gemeinderat L. Lauper: Der Gemeinderat möchte einen Einblick in die „Werkstatt“ geben und zeigen, was dort gearbeitet wird. Das Standortmarketing richtet sich an die Bedürfnisse künftiger Einwohnerinnen und Einwohner sowie an Gewerbe und Unternehmer. Der Gemeinderat ist kein „Profi-Gremium“, daher wurden die Aufträge extern vergeben. Die Studie liegt nun vor. Es handelt sich um eine Analyse mit Empfehlungen an den Gemeinderat.

Rolf Plattner erläutert anhand von Folien, wo die Gemeinde Münchenstein zurzeit steht (*Kopien der Folien befinden sich im Anhang und sind Bestandteil dieses Protokolls*). Es werden die Aspekte Bevölkerungsentwicklung, Wohnen, Wirtschaft, Steuern, Dienstleistungsangebot, Infrastruktur und Verkehr sowie Freizeit/Erholung angeschnitten. Zum Dienstleistungsangebot hält R. Plattner fest, dass der St. Jakobs-Park eine zunehmende Bedrohung für die Gemeinde Münchenstein darstellt, weil in den nächsten Jahren einige tausend Quadratmeter Ladenfläche eingerichtet werden. Zur Infrastruktur und zum Verkehr ist festzustellen, dass es ab Autobahn bis zum Industriegebiet keine vernünftigen Anfahrtswege gibt. Das ist eine Schwäche und nicht attraktiv. Auf den nächsten Folien werden die Chancen, Risiken und Folgerungen aufgezeigt.

Die Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer danken Rolf Plattner mit Applaus.

Gemeindepräsident W. Banga: Mit dieser Studie über das Standortmarketing ist eine geballte Ladung, zuerst auf den Gemeinderat und nun auf Sie alle, zugekommen. Zweck der Studie war, den Standort Münchenstein einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

://: Kein Wortbegehren.

## Traktandum 4

### **Orientierung über das Areal Heiligholz**

Gemeindepräsident W. Banga: Bei diesem Traktandum handelt es sich um ein sehr komplexes Thema. Der Gemeinderat möchte diese Information deshalb zu Archivierungszwecken auf Tonband aufnehmen.

Gemeinderat L. Lauper erläutert die Vorlage. 1984 hat die Gemeindeversammlung eine geplante Überbauung abgelehnt, das ganze Gebiet (Fläche rund 178'000 m<sup>2</sup>) dem Baugebiet zweiter Etappe zugewiesen und bezüglich der zulässigen Nutzung die Vorschriften einer Landwirtschaftszone als verbindlich erklärt. Dieser Beschluss ist gültig bis zum 6. Mai 2003. Sofern die Gemeinde keine anderslautende Zonenordnung erlässt, fällt das Areal mit diesem Datum automatisch in die zweigeschossige Wohnzone W2a. Würde dies eintreffen, hätte die Gemeinde nur noch wenig planerischen Handlungsspielraum. Aufgrund der kantonalen und insbesondere der eidgenössischen Gesetzgebung (Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz) wäre die Gemeinde verpflichtet innert angemessener Frist die Groberschliessung zu erstellen, während die Eigentümer berechtigt wären, die Feinerschliessung vorzunehmen und das Areal im Rahmen der Zonenvorschriften W2a zu überbauen. Das Heiligholz stellt die letzte Baulandreserve unserer Gemeinde dar. Der Gemeinderat ist deshalb der Meinung, dass rechtzeitig vor Ablauf der heutigen Etappierung für die Zeit danach eine neue, konkrete Zonenordnung geschaffen werden muss. Er hat umfangreiche Abklärungen über die verschiedenen Möglichkeiten, deren Konsequenzen, sowie deren Vor- und Nachteile getätigt. Es soll darüber und über das weitere Vorgehen informiert werden. Beschlüsse sind keine zu fassen.

Auch diese Information ist gewissermassen ein Werkstattbericht des Gemeinderates. Daher sind auch hier keine Beschlüsse zu fassen. Der Gemeinderat hat zwei externe Studien in Auftrag gegeben. Aus dem Rechtsgutachten des Advokaturbüros Gerwig/Miescher ergibt sich, dass eine Zonenänderung für die Gemeinde ohne Kostenfolge sein wird. Diese Aussage ist jedoch im Gemeinderat nicht ganz unbestritten. Die Ergebnisse in Bezug auf das Heiligholz aus der Studie Standortmarketing werden nun von den Experten selbst präsentiert. Im Anschluss an diese Präsentation wird der Gemeinderat seine Sicht über das weitere Vorgehen erörtern.

Rolf Plattner: Der Auftrag lautete, im Zusammenhang mit der allgemeinen Gemeindeentwicklung und der Entwicklung im Heiligholz für den Zeitraum 2000 bis 2020 drei Fragen abzuklären

- Auswechslungsprozess zwischen zwei Bewohnergenerationen im Gebiet Gartenstadt
- Demographische und finanzielle Folgen einer Überbauung im Heiligholz und die daraus sich ergebenden Empfehlungen zuhanden des Gemeinderates
- Einen Quervergleich zu den Erfahrungen anderer Gemeinden, die eine ähnliche demographische Entwicklung wie Münchenstein durchlaufen (Allschwil, Binningen, Reinach, Birsfelden und Muttenz)

Andere Gemeinden fanden, die Zusammenarbeit sollte vertieft und gestärkt und es müsste versucht werden, die Kosten zu senken. Eine sprunghafte Entwicklung ist zu vermeiden, weil sie ungünstige Auswirkungen hat. R. Plattner berichtet mittels Folien über die Studie. (*Kopien der Folien befinden sich im Anhang und sind Bestandteil dieses Protokolls*). Es sind vier Gedankenmodelle möglich:

- Szenario I (langsam/ohne)
- Szenario II (langsam/halb)
- Szenario III (forciert/ohne)
- Szenario IV (forciert/voll)

Herr Dr. Hans-Rudolf Schulz hat das Alter durchgerechnet und Herr Chr. Hefti die Auswirkungen auf die Steuern betrachtet.

Dr. Hans-Rudolf Schulz: In Neubauten ziehen meist Leute ein, die bereits in der Gemeinde wohnhaft waren. In die leerwerdenden Wohnungen ziehen wohl andere Personen ein, aber nicht unbedingt die, die man sich erhoffte. Beispiel Gartenstadt: Leider liegen die Ergebnisse der letzten Volkszählung noch nicht vor. Deshalb wurde mit Stichproben gearbeitet. Man hat die Bewohnerinnen und Bewohner von jedem vierten Einfamilienhaus bei der Einwohnerkontrolle überprüft und dann geklärt, wie viele dort wohnen und wie sie sich zusammensetzen. So wurden rund 220 Einfamilienhäuser ausgewertet, an das Statistische Amt geschickt und gefragt, wie dort die Situation vor zehn Jahren war. Alle Ergebnisse konnten aufgrund des Jahrgangs der Bewohnerinnen und Bewohner erzielt werden. Bei der Zusammensetzung der Altersklassen ist aufgefallen, dass in der Zeit von 1990 bis 2001 die Kategorien Kinder (0 bis 15 Jahre) und

die Erwachsenen (31 bis 45 Jahre) zugenommen, die Kategorie 46 bis 75 Jahre hingegen abgenommen hat. Wenn man die Altersverteilung in der Gartenstadt mit Gesamt-Münchenstein vergleicht, sieht man, dass sich im Jahre 2001 die Alterszusammensetzung eher etwas annähert hat. Es gab zwar eine gewisse Auswechslung, aber nicht so, wie man es sich vorgestellt hat. Auf der Folie „Verteilung der Haushalte in Einfamilienhäusern“ sieht man, dass die Zweipersonenhaushalte zugenommen haben und die Drei- und Vierpersonenhaushalte zurückgegangen sind. Diese Situation kam durch Überalterung und Unterbelegung zustande. Rechts der Birs hat sich diese Entwicklung verzögert, weil die Bewohner dort jünger sind.

Kommt Szenario I zum Zuge, so nimmt die Gesamtbevölkerung nach Siedlungsgebieten um ca. 11 % ab, die Zahl der Kinder um 20 %, während die Zahl der Pensionierten sich knapp hält. Bei Szenario II werden es knapp so viele Einwohnerinnen und Einwohner sein, wie wir heute haben, das Durchschnittsalter steigt um rund ein Jahr. In Szenario III kann die Bevölkerung ebenfalls knapp gehalten werden, das Durchschnittsalter ist etwa gleich gross wie heute. Mit Szenario IV kommt man auf deutlich mehr Einwohnerinnen und Einwohner und das Durchschnittsalter ist mit 39,5 Jahren gleich gross wie im Jahre 1990.

Chr. Hefti: Wir sind wie folgt vorgegangen: Die Rechnung 2000 der Gemeinde Münchenstein wurde leicht modifiziert, um den veränderten Rahmenbedingungen im Jahr 2020 Rechnung zu tragen und damit für die Szenarien sinnvolle Resultate berechnen zu können.

Die Kosten wurden aufgrund der unterschiedlichen Einwohnerzahlen und deren altersmässige Verteilung in den Szenarien berechnet. Sie können sich wie folgt entwickeln: proportional zur Gesamtbevölkerung, unterproportional zur Gesamtbevölkerung, proportional zur älteren Bevölkerungsgruppe, proportional zur Gruppe der Kinder, sprungfix aufgrund einer Überlastung bestehender Kapazitäten oder konstant, das heisst, die absoluten Werte bleiben fix.

Bei einem Vergleich mit den Pro-Kopf-Zahlen sieht man, dass die Szenarien I bis IV praktisch keinen Unterschied machen. Der Vergleich zeigt die Richtung an und vor allem, dass es am Schluss wieder auf das Gleiche hinausläuft. Wir können also folgende Schlussfolgerung ziehen:

- die finanzielle Belastung ist in allen vier Szenarien etwa gleich hoch
- die dynamischen Prozesse sind zu berücksichtigen

Rolf Plattner zeigt die vier Szenarien noch einmal einzeln. Die Szenarien sind sehr nahe beieinander, so dass sich die Frage stellt, was man tun soll, respektive, was am wenigsten „nicht gut“ ist. BSS/PSP hat vorgeschlagen, den weiteren Überlegungen Szenario III zugrunde zu legen. Dieses Szenario wäre anzustreben und das Heiligholz sollte in naher Zukunft nicht überbaut werden. Es sind genügend sonstige Baureserven vorhanden. Gleichzeitig muss man genau beobachten und alle zwei bis vier Jahre eine Standortbestimmung vornehmen. So besteht die Möglichkeit, notfalls noch „umzusteigen“ und das Heiligholz langsam von Nord nach Süd zu überbauen. Es sollte also Zurückhaltung geübt, nicht überbaut, immer wieder eine Standortbestimmung gemacht und ein Sprungwachstum vermieden werden. Das Heiligholz ist die grösste Baugebietsreserve im unteren Baselbiet. Ähnlich grosse Areale wie das Heiligholz sind zum Beispiel der Augarten in Rheinfelden und die Liebrüti in Kaiseraugst. Daran kann man die Grösse der Siedlung erkennen und auch deren Vor- und Nachteile. Ob dieser Vorschlag jedoch politisch tragbar ist, ist ein Entscheid der Bevölkerung.

Gemeindepräsident W. Banga: Gemeinderat L. Lauper wird den ersten Schritt, den der Gemeinderat machen will, vorstellen.

Gemeinderat L. Lauper: Die vorliegende Studie hat zu intensiven und heftigen Diskussionen im Gemeinderat geführt. Der Gemeinderat hat vor, im Laufe des nächsten Jahres der Gemeindeversammlung zu beantragen, das Areal Heiligholz der „Zone, deren Nutzung noch nicht bestimmt ist oder in der eine Nutzung erst später zugelassen wird“, zuzuteilen. Das dazu vorgeschriebene Mitwirkungsverfahren soll voraussichtlich im November 2001 eingeleitet werden. Die Grundeigentümer wurden heute schriftlich über die Absichten des Gemeinderates orientiert. Der Gemeinderat möchte diese Gesamtentwicklung mit allen Beteiligten entwickeln und genehmigen lassen. Die Gemeindeversammlung wurde so früh informiert, damit alle zurückgehen können und in den Familien, Parteien und Verbänden intensive Diskussionen über das Heiligholz geführt werden können. Im November wird man Weiteres hören. Dann besteht Gelegenheit, am Mitwirkungsverfahren teilzunehmen.

Paul Messmer möchte vorweg nehmen, dass er die Herren Plattner und Schulz schon lange kennt und weiss, dass sie kompetent sind. P. Messmer hat als junger Gemeinderat erlebt, dass mit der gleichen Überzeugung wie heute dargelegt wurde, 25'000 Einwohner seien das richtige. Auch für die Gemeinde Reinach war das damals so. Reinach erlebte ein Wachstum, Münchenstein stagnierte. Das soll nun nicht heissen, dass dieses Wachstum und auch die Überbauung

in Reinach erstrebenswert wären. P. Messmer will zeigen, dass das, was seriös und gewissenhaft dargestellt ist, nicht unbedingt standhält. Das heute Dargelegte behauptet sich nur, wenn man sich nicht anders verhält. Es ist störend, dass wir uns so verhalten, als ob uns das restliche Baugebiet gehören würde und wir machen könnten, was wir wollen. Im Hinblick auf die Eigentumsverhältnisse ist dieses Verhalten als sehr störend zu betrachten. In Münchenstein musste schon viel gekämpft werden, zum Beispiel für den Erhalt der G80, die Gartenstadt, das Kuspo, das Gymnasium und so weiter. Die Gemeinde bestimmt, wie die Entwicklung verläuft, obwohl wir kein Land haben. Der Heiligholzbeschluss hat schon vor zwanzig Jahren Geld gekostet. Ob ein neuer Etappierungsentscheid nicht wieder viel kostet, weiss man nicht. Die Juristen verdienen damals eine halbe Million Franken. Es liegt auf der Hand, dass sie auch weiterhin verdienen wollen. Weshalb spricht man nicht mit den Grundeigentümern? Kann das Sprungwachstum nicht in Zusammenarbeit mit ihnen verhindert werden? Mit Gesprächen gäbe es weniger Kosten und Ärger und der Ruf der Gemeinde Münchenstein könnte verbessert werden. Münchenstein geniesst nämlich das Image einer „Bremsergemeinde“. Die beiden Landeskirchen (Kanton und Schweiz) zeigen, wohin es führt, wenn man nur verwaltet. P. Messmer hält sich viel in den USA auf und erlebt dort, wie es immer wieder gelingt, die Leute, die die höchste Fachkompetenz besitzen, zu motivieren. Man sollte nun versuchen, in der Gemeinde einige Personen, die über eine hohe Fachkompetenz verfügen, zu aktivieren. Diese sollten sich dann für Gespräche zur Verfügung stellen und versuchen, Entscheidungsgrundlagen auszuarbeiten. Dies wäre ein schnellerer, billigerer und fairerer Weg. P. Messmer erinnert daran, dass der letzte Prozess nicht etwa entschieden, sondern mit einem Vergleich gelöst wurde. Bevor man wieder grossherrlich diktiert und auf Konfrontation geht, müsste man das Gespräch suchen. P. Messmer ist bereit, sich für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen und überzeugt, dass man dazu noch fünf weitere Personen findet. Er ist sicher, dass bis in einem halben Jahr eine Lösung vorliegen würde. P. Messmer möchte dem Gemeinderat dringend mitgeben, nicht im November einen Entscheid vorzulegen.

Lienhard Meyer erkundigt sich, ob er eine Kopie des Rechtsgutachtens erhalten könnte.

Fritz Dennler wohnt seit zwei Jahren in Münchenstein. Er ist von Basel-Stadt zugezogen und hatte den Eindruck, die Gemeinde sei verzettelt. Der Vortrag von R. Plattner hat Eindruck gemacht. Bevor man ein solches Projekt wie das Heiligholz in Angriff nimmt, sollte man die Hausaufgaben und ein Standortmarketing machen. Hinsichtlich des Finanziellen bittet F. Dennler den Gemeinderat, Transparenz zu schaffen, über die Bücher zu gehen und festzustellen, wo man überhaupt steht. Man sollte alles noch einmal durchleuchten und - bevor man den Hebel ansetzt - schauen, wo genau man steht.

Gemeinderat L. Lauper sagte nicht vergeblich, dass die Gemeinde auch die letzte Landreserve fundiert planen sollte. Eine Zonenänderung wird deshalb ins Auge gefasst, weil eine solche Planung nicht so schnell geht. Der Gemeinderat ist sich einig, dass er keine Zone W2a will. Wenn bis ins Jahr 2003 nichts geschieht, so fällt das Heiligholz heim. Deshalb soll es in eine „weisse Zone“ gelegt werden. Über die möglichen Szenarien ist sich der Gemeinderat noch nicht abschliessend einig. Diese Überlegungen gehören in eine gesamtheitliche Planung. Gemeinderat L. Lauper hofft, dass diese Diskussionen „zu Hause“ weitergehen.

Gemeindepräsident W. Banga dankt den Referenten für ihre Anwesenheit und die Präsentation.

## **Traktandum 5**

### **Verschiedenes**

#### **Übung Albatros**

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass das Amt für Bevölkerungsschutz auf den 24. September 2001 eine grossangelegte Übung geplant hat. In dieser Übung wäre ein Flugzeugabsturz simuliert worden. Die Vorarbeiten waren bereits seit längerem im Gange. Durch die Ereignisse in den USA wurde diese Übung aus Pietätsgründen abgesagt respektive verschoben.

#### **Verabschiedung Gemeinderat Claude Kaspar**

Gemeindepräsident W. Banga: Den Medien konnte bereits entnommen werden, dass Gemeinderat Claude Kaspar auf den 30. September 2001 aus dem Gemeinderat zurücktritt. Claude



Kaspar wurde 1992 in den Gemeinderat gewählt. Vorher arbeitete er im Wahlbüro, in der Fürsorgebehörde und in der Schulpflege mit. Bei seinem Amtsantritt übernahm Claude Kaspar das Departement Tiefbau und nach dem Rücktritt von Gemeinderat Steiner wechselte er in die Finanzen. Claude Kaspar hat sich in seinem Departement aber auch in den übrigen Bereichen auf der ganzen Linie stark engagiert. Er zeichnete sich durch gute Analysen aus und bewies Sozialkompetenz, was sich auch in seinem engen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern zeigte. Claude Kaspar war aber auch ein Mahner und zeigte immer wieder auf, wohin die Gemeinde in Bezug auf die Finanzen steuerte. Der Gemeinderat hat den Rücktritt von Claude Kaspar nicht so plötzlich erwartet. Ein Grund dafür liegt auch in dessen beruflicher Situation. Der Gemeinderat wünscht Claude Kaspar nur das Beste für die kommende Zeit und dankt für die geleistete Arbeit und das Engagement. Ein Dank gilt auch seiner Familie, die ihn bei seiner Arbeit getragen hat. Der anschliessende Apéro ist Claude Kaspar gewidmet.

Gemeinderat C. Kaspar dankt allen für die Zusammenarbeit. Er dankt auch dem Personal für die Unterstützung. Nicht zuletzt gebührt den Münchensteinerinnen und Münchensteinern Dank. Claude Kaspar hofft, dass die Finanzlage nicht zu stark so eintrifft, wie er es leider immer noch sieht.

Gemeindepräsident W. Banga: Für Claude Kaspar rückt Ursina Lanz in den Gemeinderat nach. Ursina Lanz hat das Mandat angenommen. Die Departementsverteilung findet an der Gemeinderatssitzung vom 25. September 2001 statt.

Die nächste Gemeindeversammlung wird am 3. Dezember 2001 durchgeführt. Im Anschluss an die heutige Versammlung offeriert die Gemeinde wiederum einen Apéro im Foyer. Wem das nicht genügt, der kann sich in eines der Münchensteiner Restaurants begeben, die - sofern die Wirtinnen und Wirte es möchten - heute Freinacht haben.

#### Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier



## Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

4. Sitzung vom 3. Dezember 2001 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Ursula Dürrenberger, Hans Kunz, Ursina Lanz, Lukas Lauper, André Schenker, Helen Wegmüller Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Rudolf Zulauf, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Ursula Dürrenberger, Vizepräsidentin
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier
<u>Stimmenzähler:</u>	Robert Furrer, Elfi Hiss, Lienhard Meyer, Gerhard Sidler
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 22.10 Uhr

---

### Traktanden

14. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 18. September 2001
  15. Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Juli 2000 bis 30. Juni 2001
  16. Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2002
  17. Finanzplan 2001 bis 2006 der Einwohnerkasse
  18. Finanzpläne 2001 bis 2006 der Spezialfinanzierungen
  19. Reglement für die Kommission für Jugendfragen
  20. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst die rund 150 Anwesenden zur letzten Gemeindeversammlung dieses Jahres. Von den Medien nehmen Frau Hool, Wochenblatt für das Birseck und Dorneck, Frau Thürlemann, Basler Zeitung, und Herr Leuthardt, Basellandschaftliche Zeitung und Regionaljournal, an der Versammlung teil. Speziell begrüsst W. Banga Gemeinderätin Ursina Lanz, die seit dem 1. Oktober das Departement Finanzen/Wirtschaft betreut und an ihrer ersten Gemeindeversammlung schon für das Budget eintreten muss. Auch Peter Vogt, Finanzverwalter, nimmt heute Abend teil und steht für allfällige Fragen als Experte zur Verfügung.

Gemeindepräsident W. Banga bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen. Bei Wortmeldungen ist das Mikrofon zu benützen und der Name zu nennen. Die Rednerliste wird durch die Vizepräsidentin des Gemeinderates, Ursula Dürrenberger, geführt. Die Einladung mit den Traktanden und Anträgen wurde rechtzeitig zugestellt und im amtlichen Anzeiger publiziert. Der Ratschlag zu den Gemeindeversammlungen und das Protokoll können im Abonnement bezogen werden. Bestellungen sind an die Gemeindeverwaltung zu richten.

://: Die Traktandenliste wird ohne Wortbegehren genehmigt.

### Traktandum 1

#### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 18. September 2001**

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

## Traktandum 2

### **Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Juli 2000 bis 30. Juni 2001**

Hanni Huggel nimmt an, dass alle den Bericht gelesen und festgestellt haben, dass die Geschäftsprüfungskommission im Berichtsjahr einiges gearbeitet hat. Im Ratschlag sind nur kleine Textabschnitte enthalten, wogegen die einzelnen Berichte an den Gemeinderat zwischen zwei bis zwanzig Seiten umfassen. Hanni Huggel dankt allen Angestellten der Verwaltung und der Aussendienstleistungen für die erteilten Auskünfte. Ebenso dankt sie ihren Kolleginnen und Kollegen der GPK und bittet, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

://: Vom Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission für die Periode vom 1. Juli 2000 bis 30. Juni 2001 wird zustimmend Kenntnis genommen.

## Traktandum 3

### **Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2002**

Gemeinderätin U. Lanz gibt einige Vorbemerkungen zum Budget und zum Gemeindesteuersatz ab. Das Budget ist nicht so erfreulich. Der Aufwand in der laufenden Rechnung beträgt rund 50 Millionen Franken. Es besteht ein Defizit von knapp drei Millionen. Bei einem grossen Teil handelt es sich beim Aufwand um gebundene Ausgaben, auf die die Gemeinde keinen Einfluss hat. Es geht dabei insbesondere um erhöhte Ausgaben im Bildungsbereich, bei der Gesundheit, speziell bei der Spitex (als Folge von Qualitätssicherungsmaßnahmen und Besoldungen) und bei den Beiträgen an den öffentlichen Verkehr. Auf der anderen Seite fallen Steuereinnahmen weg (die bundesrechtswidrige Grundstücksteuer und die Erbschafts- und Schenkungssteuer). Für den Teuerungsausgleich wurde mit 1 % gerechnet. Der Regierungsrat hat inzwischen den Satz auf 0,6 % festgesetzt, so dass diesbezüglich eine leichte Verbesserung eintritt. Die Änderung im Gemeindesteuersatz ist keine Steuererhöhung sondern nur eine Anpassung durch die Integration der Fürsorgesteuern. Auch bei den Steuern der juristischen Personen handelt es sich nur um eine Umlagerung. Diese Änderung hat auch Auswirkungen auf den Feuerwehrpflichtersatz. Für dessen Berechnung nimmt man den Gemeindesteuersatz (ohne Berücksichtigung der Fürsorgesteuern) als Grundlage. Weil dieser erhöht wurde, müsste man mit einer achtprozentigen Abgabe zu viel bezahlen. Wichtig ist einfach zu wissen, dass es sich bei den neuen Steuersätzen nicht um Erhöhungen sondern um Anpassungen handelt. Gemeinderätin U. Lanz bittet, auf das Budget einzutreten.

Hans-Peter Stebler: Bevor er auf das Budget eingeht, möchte er einige Einblicke in die Tätigkeit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) geben. Die RPK prüft das gesamte Rechnungswesen der Gemeinde und übt ihre Arbeit nach anerkannten Revisionsgrundsätzen aus. Gemäss den §§ 36 und 37 der Gemeindefinanzordnung fungiert die Rechnungsprüfungskommission als Kontrollorgan der Gemeinden mit folgenden Aufgaben: Prüfung des Budgets, Budget- und Rechnungsabschluss, Kontrolle Vermögenswerte, Eventualverpflichtungen und Guthaben, Einhaltung der Vorschriften etc. Die RPK erhält jeweils einen ersten Entwurf des Budgets. Allfällige Fragen werden dann in gemeinsamen Gesprächen mit dem Gemeinderat besprochen. Beim Budget 2002 kann man sich nun fragen, weshalb es zu einem Defizit von drei Millionen Franken gekommen ist. Ursachen sind die stagnierenden Steuereinnahmen, der Wegfall der Grundstücksteuern und der Erbschafts- und Schenkungssteuern, Abschaffung der Billettsteuern und Erhöhung der Kantonsbeiträge an Bildung und öffentlichen Verkehr. So verursachen Beiträge an IV-Sonderschulen und Heime, Kosten für die Gesundheit, die Spitex, die Tagesansätze in den Alters- und Pflegeheimen bei den Gemeinden einen höheren Aufwand. Die RPK hofft, dass der budgetierte Aufwandüberschuss sich nicht so negativ manifestiert, wie befürchtet. Die RPK stellt sich hinter den Antrag des Gemeinderates und bittet um Zustimmung.

Peter Graser: Die Gemeindekommission hat sich mit dem Budget auseinandergesetzt. Es wäre übertrieben, zu sagen, alle hätten jubiliert und applaudiert. Immerhin umfasst das Protokoll vier Seiten Diskussion. Dabei zog sich - wie ein roter Faden - ein Gedanke durch die meisten Voten der Gemeindekommissionsmitglieder: Das Volk stimmt an der Urne über ein Bundesgesetz ab, der Bund leitet es an den Kanton weiter, das Volk stimmt über ein kantonales Gesetz ab und das wird dann den Gemeinden zum Vollzug überlassen. Und leider gibt es kaum ein Gesetz,

das sich nicht finanziell auswirkt. Dieser Mechanismus war denn auch das Hauptargument, das Budget zur Genehmigung zu empfehlen. Die Gemeindefinanzkommission beantragt daher, auf das Budget einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zu folgen.

Walter Hofer: Die SVP Münchenstein hat die Unterlagen studiert und ist erstaunt, dass man mit einem so grossen Defizit in das neue Jahr geht. Wenn das so weitergeht, dann wird die Gemeinde bald 22 Millionen Franken Schulden aufweisen, was umgelegt einen Pro-Kopf-Betrag von Fr. 1'900.-- ausmacht. Obwohl die SVP weiss, dass fast 80 % der Ausgaben gebunden sind, muss mit dem Rest haushälterisch umgegangen werden. Deshalb beantragt die SVP Rückweisung des Budgets mit der Auflage, eine Million Franken einzusparen.

Willy Maeder: Auch bei der SP ist ein bitterer Nachgeschmack entstanden. Es sieht fast so aus, als würde der Kanton die Regeln festsetzen und die Folgen dann grosszügig auf die Gemeinden umlegen und auf der anderen Seite nehmen die Steuereinnahmen ab. Auf diese Art werden Budgetdefizite generiert. Es handelt sich um eine unliebsame Situation, denn 85 % der Ausgaben sind vom Kanton vorgegeben. Die Sparmöglichkeiten im Budget sind bereits ausgeschöpft. Wenn noch mehr gespart wird, dann sind diejenigen, die ohnehin nicht auf Rosen gebettet sind, die Leidtragenden. Damit hat die SP Mühe. Auch besteht keine Hoffnung, dass die Rechnung 2002 besser abschliessen wird, als das Budget. Wie schon Churchill sagte: „Steuern sind der Preis der Zivilisation - im Urwald gibt es keine!“. Die SP wäre zu einem späteren Zeitpunkt bereit, eine Steuererhöhung zu diskutieren. Vorerst beantragt sie jedoch, auf das Budget einzutreten und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Roger Günthert: Die Schweizer Demokraten haben festgestellt, dass die Spesenentschädigungen der Kommissionen zugenommen haben. Die meisten Kommissionen können dort Einsparungen machen, wenn sie sich an der Nase nehmen. Speziell aufgefallen ist dabei die Betriebskommission des Jugendhauses. Dass nach dem Erwerb der Tramstation mehr Arbeit angefallen ist, ist in Ordnung. Doch jetzt ist der Betrag noch höher als im Vorjahr. Weshalb? Auch die Schweizer Demokraten beantragen, das Budget zurückzuweisen.

Friedrich Hiestand: Auch die CVP hat das Budget ausgiebig behandelt. Zum Glück hatte sie mit dem Präsidenten der RPK einen guten Referenten, der die Details erläutert hat. Das Resultat gefällt nicht, deshalb ist auch keine Einigkeit entstanden. Nicht einverstanden ist man seit Jahren mit den Investitionen. F. Hiestand gibt eine persönliche Bemerkung zu den Sitzungsgeldern ab: Bei einem Budget im Ausmass von demjenigen der Gemeinde Münchenstein, mit einem Defizit von drei Millionen Franken, ist es ein totaler Verhältnissblödsinn, wenn man über die Sitzungsgelder diskutiert. Die CVP beantragt, auf das Budget einzutreten.

://: Mit grossem Mehr wird gegen wenige Stimmen beschlossen, auf das Budget einzutreten.

Das Budget 2002 wird seitenweise abgerufen.

Seite 47, 020.506.05, EDV-Anlage, Erweiterung 2002

Patrice Baumann erklärt den Anwesenden, worum es sich bei einem so genannten Mail-Server handelt. Die Verteilung der elektronischen Post könnte auf zwei Arten vor sich gehen: zum Beispiel via Kanton und anschliessender Feinverteilung in der Gemeinde, oder der „Briefkasten“ befindet sich in der Gemeinde und die Verteilung wird auch dort vorgenommen. Aufgrund der derzeitigen finanziellen Situation der Gemeinde muss man zwischen dem Machbaren und dem Wünschbaren unterscheiden. Vor einem Jahr wurden 50'000 Franken für ein eigenes System abgelehnt. Was man damals nicht wusste, war, dass die Gemeinde trotzdem bereits seit Juli 2000 E-Mail einsetzt. Die FDP beantragt, die budgetierten Fr. 98'300.-- zu streichen.

Gemeinderätin U. Lanz bittet, auf diesen Antrag nicht einzutreten und den Betrag im Budget zu belassen. Patrice Baumann hat davon gesprochen, den ganzen Betrag zu streichen. Es geht bei diesen 98'300 Franken aber nicht nur um den Server - der kostet nur 40'000 Franken - sondern auch um die Anschaffung von Hard- und Software für die Bauverwaltung, die Zentralen Dienste und vor allem auch die Fürsorgebehörde. Es trifft zu, dass der Mail-Server letztes Jahr überraschend gestrichen wurde. Der Informatikbeauftragte hat sich beim Kanton erkundigt und folgende Auskünfte erteilt:

- Die Gemeinde Münchenstein ist im Moment mit sechs Benutzerinnen und Benutzern am Mail-System des Kantons angehängt;
- Der Kanton empfiehlt, dass man sich nicht an seinem System anschliesst;
- Unter Umständen würde es der Kanton sogar ablehnen, die Betreuung von 40 Mailboxen zu übernehmen;

- Der Kanton empfiehlt, dass die Gemeinde Münchenstein - so wie die Gemeinden Oberwil, Binningen, Aesch und Muttenz - eine eigene E-Mail Verwaltung besitzen.

Gemeinderätin U. Lanz bittet im Namen des Gemeinderates, den budgetierten Betrag stehen zu lassen, nicht zuletzt auch, weil es sich dabei um einen Teil der strategischen Informatikplanung handelt. Es ist falsch, wenn man nun wegen des Defizits an diesem einen Punkt herummäkelt. Ausserdem kann man auf einen einmal getroffenen Entscheid auch zurückkommen, wenn sich neue Erkenntnisse ergeben.

Patrice Baumann hält als Privatperson fest, dass - wenn man zu wenig Geld besitzt - man zum Beispiel lieber ein kleines Auto kauft statt einen Kredit für ein grosses aufzunehmen. Der Kanton stellt 20 Briefkästen zur Verfügung. Wenn man direkt bei ihm anfragt, erhält man andere Antworten. Patrice Baumann hält deshalb an seinem Antrag fest.

://: Mit grossem Mehr gegen wenig Stimmen wird der Antrag der FDP abgelehnt.

#### Seiten 54/55, 620.501.18, 620.501.21 und 620.501.22, Gemeindestrassen, Tempo 30-Zonen

Roger Günthert beantragt, die fraglichen Strassen vorerst nur zu beschildern und noch keine Schikanen aufzubauen. Wenn man merkt, dass die Beschilderung nicht genügt, kann man mit den zusätzlichen Massnahmen weiterfahren. Es handelt sich um budgetierte Beträge von 60'000, 100'000 und 180'000 Franken.

Gemeinderat L. Lauper weist darauf hin, dass es beim Konto 501.18 (Fr. 60'000.--) erst um die Planung und noch nicht um die Ausführung geht. Die beiden anderen Beträge sind ausführungsfähig, werden jedoch vorher der Gemeindeversammlung noch vorgelegt. Dort kann dann ein Beschluss gefasst werden. Gemeinderat L. Lauper bittet deshalb, die Beträge im Budget zu lassen.

Bauverwalter R. Zulauf: Bei den Tempo 30-Zonen handelt es sich um einen politischen Entscheid und eine Ermessensfrage. Die vorliegenden Projekte wurden bereits „abgespeckt“. Genehmigungsinstanz ist der Regierungsrat und das Aufstellen von Tafeln ohne entsprechende Schikanen wird er nicht bewilligen. Es wird mit Subventionen in der Höhe von 30 bis 40 % gerechnet, so dass die Projekte entsprechend günstiger werden.

://: Mit grossem Mehr wird der Antrag der Schweizer Demokraten abgelehnt.

://: Mit grossem Mehr gegen einzelne Stimmen wird der Voranschlag der Laufenden Rechnung der Einwohnerkasse für das Jahr 2002 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'994'700 genehmigt.

://: Mit grossem Mehr gegen einzelne Stimmen wird der Anpassung der Gemeindesteuersätze und Ersatzabgabe durch die Integration der Fürsorgesteuer wie folgt zugestimmt:

– Gemeindesteuersätze

Natürliche Personen

Einkommens- und Vermögenssteuern 57,5 % (bisher 50 %)

Juristische Personen

Ertragssteuer 5 % (bisher 4,5 %) des steuerbaren Ertrags

Kapitalsteuer 5,5 ‰ (bisher 5 ‰) des steuerbaren Kapitals

– Feuerwehrpflichtersatz (§ 6 III Feuerwehreglement)

7 % des Gemeindesteuerbetrages, max. Fr. 1'000.-- (bisher 8 %)

://: Die Gebühren- und Beitragssätze für das Jahr 2002 werden einstimmig in der bisherigen Höhe belassen.

Gemeindepräsident W. Banga dankt für die Mitarbeit und hofft, dass die Rechnung besser sein wird, als das Budget.

## **Traktandum 4**

### **Finanzplan 2001 bis 2006 der Einwohnerkasse**

Gemeinderätin U. Lanz weist darauf hin, dass es sich beim Finanzplan um ein Planungs- und Führungsinstrument handelt. Beim Betrachten dürfte allen klar sein, dass etwas passieren

muss. Auch kann man eine Prognose nicht einfach so hinnehmen, sondern man muss das ganze überwachen und die nötigen Massnahmen treffen.

Thomas Imboden: Wie Gemeinderätin U. Lanz schon erklärt hat, zeigt der Finanzplan die möglichen finanziellen Entwicklungen. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, und es ist klar, dass die Prognosen so nicht eintreten dürfen. Daher sind alle gefordert, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Die Gemeindekommission bittet, den Finanzplan zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Daniel Münger: Es ist fast unmöglich, eine Prognose über die finanzielle Entwicklung anzustellen. Die Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer konnten vorhin hören, dass die Beiträge an den Kanton ein immer grösseres Loch in die Kasse reissen. Auch bei der sozialen Wohlfahrt sind die Ausgaben heute grösser als früher und der Wegfall von Einnahmen wurde ebenfalls bereits erwähnt. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen sind hingegen stabil, ebenso wie diejenigen der natürlichen Personen. Somit bleibt - um die Einnahmen zu erhöhen - als mögliche Lösung kurz- bis mittelfristig einzig eine Anpassung des Steuerfusses. Doch der Finanzplan ist wie gesagt ein Arbeitsinstrument. Die SP Münchenstein nimmt ihn daher zustimmend zur Kenntnis.

Peter Zwick weist darauf hin, dass er allgemein als Freund von Finanzplänen bekannt ist und dankt dem Gemeinderat für seine Arbeit. An dieser Stelle ist festzuhalten, dass die Münchensteiner Landratsmitglieder beim Kanton einen Teilerfolg erzielten, indem der Gemeindeanteil der Quellensteuer erhöht wurde. Bevor es zur vorhin erwähnten Steuererhöhung kommt, stellt P. Zwick den Antrag, dass der Gemeinderat und die Rechnungsprüfungskommission bis zur nächsten Gemeindeversammlung in einer Liste aufzeigen, welche Möglichkeiten vorhanden sind, um das Defizit nicht so hoch werden zu lassen. Im Weiteren erkundigt sich P. Zwick nach dem Stand der Arbeiten bei der Sanierung des Verwaltungsgebäudes.

Bauverwalter R. Zulauf: Die einzelnen Etappen ergeben sich automatisch. In zwei bis drei Monaten wird mit der letzten Jahr bewilligten universellen Gebäudeverkabelung begonnen. In einer zweiten Phase folgt dann der Umbau der Abwartwohnung. Es bestand nie die Meinung, dass die Sanierung in vorgegebenen Etappen erfolgt.

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass der Gemeinderat den Wunsch, eine Liste zu erstellen, entgegennimmt.

Peter Zwick dankt, dass der Gemeinderat seinen Antrag zu einem Wunsch gemacht hat und ihn entgegennimmt.

://: Vom Finanzplan 2001 bis 2006 der Einwohnerkasse wird zustimmend Kenntnis genommen.

## **Traktandum 5**

### **Finanzpläne 2001 bis 2006 der Spezialfinanzierungen**

Gemeinderat A. Schenker: Die Finanzlage in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung kann weiterhin als gut bezeichnet werden. Bei der Gemeinschaftsantennenanlage und der Abfallbeseitigung geht die Schuldentilgung im vorgesehenen Rahmen vor sich. Gemeinderat A. Schenker bittet, von den Finanzplänen der Spezialfinanzierungen zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Thomas Imboden: Die Gemeindekommission folgt dem Antrag des Gemeinderates und bittet, von den Finanzplänen der Spezialfinanzierungen zustimmend Kenntnis zu nehmen.

://: Von den Finanzplänen 2001 bis 2006 der Spezialfinanzierungen wird zustimmend Kenntnis genommen.

## **Traktandum 6**

### **Reglement für die Kommission für Jugendfragen**

Gemeindepräsident W. Banga weist einleitend drauf hin, dass Rosmarie Schindler nicht mehr Mitglied der Kommission für Jugendfragen ist. Als ihr Nachfolger wurde Sacha Wegmüller gewählt.

Gemeinderätin U. Dürrenberger: Ebenfalls nicht aufgeführt sind Markus Thüning und Robert Trummer (Vertreter der Reformierten Kirchgemeinde). U. Dürrenberger fasst den Inhalt des Reglements kurz zusammen und bittet, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und das Reglement zu beschliessen.

Doris Würsch stellt den Antrag, Ziffer 3 von § 2 zu ergänzen und folgenden Zusatz aufzunehmen: „eine Vertretung der Sozialhilfebehörde“. Zur Begründung wird auf die Prävention, die materielle Existenzsicherung und die Integration hingewiesen. Bei der Prävention und der Integration will die Sozialhilfebehörde aktiver werden. Das geht jedoch nur, wenn sie näher am Ort des Geschehens ist und einen Sitz in der Kommission für Jugendfragen erhält. Die Gemeindekommission hat den Antrag knapp angenommen. Im Übrigen macht die Gemeindekommission beliebt, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Das gleiche gilt auch für die FDP.

://: Eintreten ist unbestritten.

Das Reglement (Anhang 3 der Vorlage) wird paragraphenweise durchgegangen.

://: Mit 66 gegen 53 Stimmen wird dem Antrag von Doris Würsch um Ergänzung von § 2 zugestimmt.

://: Das Reglement für die Kommission für Jugendfragen wird einstimmig beschlossen.

## **Traktandum 7**

### **Verschiedenes**

Gemeindepräsident W. Banga: Die nächste Gemeindeversammlung findet am 21. März 2002 statt. Weitere Daten sind der 17. Juni, 17. September und 2. Dezember 2002.

### **Anfrage gemäss § 69 des Gemeindegesetzes, Kosten EDV in Münchenstein**

Patrice Baumann: Jedes Jahr tauchen in der Budgetdiskussion Fragen zur EDV und Informatik auf. Da es nicht immer einfach ist, aus Budget und Rechnung Antworten darauf zu finden, bitte ich den Gemeinderat um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie hoch sind die jährlichen Informatikausgaben?
- Wie werden sich diese Ausgaben in den nächsten Jahren entwickeln?
- Wo sieht der Gemeinderat Einsparungsmöglichkeiten?
- Wie weit sind Kredite zu Anpassungen der EDV-Anlagen für vergangene Jahre in der Investitionsrechnung ausgeschöpft?

### **Brüglinger Ebene, Gesamtkonzept**

Patrice Baumann erkundigt sich, wer an der letzten Sitzung teilgenommen hat, wer in der Projektgruppe „Gesamtkonzept Brüglinger Ebene“ vertreten ist und ob davon ausgegangen werden könne, dass auch Bauverwalter R. Zulauf an den Sitzungen anwesend sei.

Gemeinderat L. Lauper entgegnet, dass er persönlich Mitglied der Projektgruppe ist. Im Gemeinderat haben zu diesem Thema intensive Diskussionen stattgefunden und werden auch weiterhin stattfinden.

Gemeindepräsident W. Banga: Bauverwalter R. Zulauf konnte wegen einer familiären Angelegenheit an der letzten Sitzung nicht teilnehmen. In Zukunft wird er jedoch anwesend sein.



### **Nichtformulierte Initiative für eine separate Trägerschaft für die Abwasser- und Abfallanlagen / Rückzug durch den Gemeinderat**

Gemeinderat A. Schenker: Im Rahmen der Gemeindeinitiative wurde eine nichtformulierte Initiative für eine separate Trägerschaft für die Abwasser- und Abfallanlagen eingereicht. Nach dem unerwartet deutlichen Negativ-Entscheid des Landrates zur IBBL-Vorlage erachtete der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) die Initiative als obsolet und bat die betroffenen Gemeinden um ihre Zustimmung für den Rückzug der Initiative. Der Gemeinderat hat am 11. September 2001 vom ihm durch die Gemeindeversammlung am 21. Juni 1995 eingeräumten Rückzugsrecht Gebrauch gemacht.

### **Antrag von Jürg Berger gemäss § 68 Gemeindegesetz für die rasche Einführung von Blockzeiten in den Schulen Münchensteins**

Jürg Berger reicht folgenden Antrag ein: „*Letzte Woche habe ich meinen Sohn um 09.00 Uhr verabschiedet. Wie schon oft, habe ich mich dann gefragt, was ich in den knapp zwei Stunden Sinnvolles anfangen kann, bis meine Tochter um 11.00 Uhr von der Schule heimkommt. Einmal mehr habe ich mich dabei über die Schulzeiten geärgert, die jeden Tag ändern. Als ich dann im Wochenblatt las, dass die Schulpflege die Einführung von Blockzeiten aus finanziellen und Platzgründen auf die lange Bank geschoben hat, war der Ärger komplett.*

*Meines Erachtens ist hier das Argument der Kosten als entscheidendes Kriterium ungeeignet. Wir müssen auch die andere Seite berücksichtigen, was wir mit der Einführung von Blockzeiten gewinnen können. Ich will es Ihnen kurz aufzeigen. Weitere Informationen finden sich in einem sehr guten Positionspapier der FDP, das sich mit der Familienpolitik in der heutigen Gesellschaft befasst, sowie in einer Studie des Wirtschaftsverbandes Economie Suisse. Auch die Tatsache, dass bereits zahlreiche Gemeinden zur vollen Zufriedenheit ihrer Einwohner die Blockzeiten realisiert haben, spricht für sich. Doch nun im Einzelnen:*

*Als erstes muss gesagt werden, dass das traditionelle Familienbild - der Vater arbeitet, die Mutter ist zu Hause und schaut für die Kinder - nur noch für einen kleinen Teil der Familien zutrifft. Ein Grossteil der Kinder hat alleinerziehende Eltern oder Eltern, die voll- oder teilzeitlich arbeiten. Einerseits aus wirtschaftlicher Notwendigkeit, andererseits um ihre berufliche Qualifikation zu erhalten. Die heutigen Schulzeiten verunmöglichen oder erschweren jedoch in hohem Masse die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit.*

1. *Wären die Kinder jedoch während festen Zeiten betreut, würden wohl viele Frauen zumindest eine teilzeitliche Erwerbstätigkeit aufnehmen.*
2. *Teilzeit Arbeitende, wie ich, könnten mehr arbeiten, was zu einem erhöhten Steueraufkommen führt.*
3. *Diejenigen Personen, die während zehn Jahren ihre Kinder zu Hause betreuen, haben es schwer, später eine qualifizierte Stelle zu finden, da ihr Wissen veraltet ist. Jemand, der nie ganz aus dem Berufsleben ausgestiegen ist, hat es leichter, sich im ursprünglichen Beruf neu zu positionieren und erreicht damit rasch einen höheren Lohn.*
4. *Allein Erziehende und geschiedene Personen mit Betreuungspflichten sind mit den heutigen Schulzeiten nur schwer in der Lage, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Darum müssen sie oft durch die Fürsorgekasse unterstützt werden. Besser wäre es, wenn diese Personen selber für ihren Lebensaufwand aufkommen könnten und ihnen dies nicht wegen fehlender Blockzeiten verunmöglicht wird. Die Aufnahme einer Arbeitstätigkeit würde nicht nur die Fürsorgekasse entlasten sondern meist auch das Selbstwertgefühl der betroffenen Personen stärken.*
5. *Schlussendlich haben Umfragen gezeigt, dass auch viele Frauen gerne mehr Kinder hätten, wenn ihnen eine bessere Infrastruktur für die Betreuung der Kinder zur Verfügung stehen würde.*

*Das dabei erzeugte höhere Steueraufkommen wird wohl die Kosten der Einführung er Blockzeiten bei Weitem übersteigen. Daneben würden wir auch mit dem volkswirtschaftlichen Unsinn aufhören, Frauen gut auszubilden, um diese Ausbildung wieder während der Kinderpause brachliegen zu lassen.*

*Um die Grundlagen zu schaffen, dass unsere Kinder während klar definierten Zeiten ausser Haus betreut sind, gibt es in der Schweiz und den Nachbarländern verschiedene Ansätze: Bekannt sind die Tagesschulen oder die Schulen mit betreuten Mittagstischen. Der Aufbau dieser Einrichtungen kostet jedoch einiges an Geld und Zeit. Wir in Münchenstein wollen froh sein,*

wenn wir wenigstens von Blockzeiten profitieren können. Dies ist sicher der kostengünstigste und schnellste Ansatz, vielen Eltern das Leben zu erleichtern.

Aus diesem Grund stelle ich im Rahmen des § 68 des Gemeindegesetzes den folgenden Antrag:

*Der Gemeinderat soll in Zusammenarbeit mit der Schulpflege Varianten aufzeigen, um in Münchenstein Blockzeiten in den Schulen und Kindergärten einzuführen. Dabei ist auch ein stufenweises Vorgehen während maximal fünf Jahren möglich. Als Zielvorgabe soll dabei gelten, dass ab Sommer 2002 möglichst viele Klassen in den Genuss der Blockzeiten kommen. Der Zeitplan scheint kurz, jedoch hat die Schulpflege für den heutigen Entscheid bereits alle wichtigen Fakten auf dem Tisch, um Einführungsvarianten aufzuzeigen.“*

://: Der Gemeinderat nimmt den Antrag entgegen.

### **Verabschiedung von Gemeinderätin Ursula Dürrenberger**

Gemeindepräsident W. Banga: Heute muss mit Uschi Dürrenberger schon wieder ein Mitglied des Gemeinderats verabschiedet werden. U. Dürrenberger hat nach einer ehrenvollen Wahl ihr Amt am 1. Juli 1992 angetreten und die Bereiche Schule, Sanität und Feuerwehr übernommen. Ab 1. Juli 2000 wurde ihr Departement in Bildung/Kultur/Gesundheit umbenannt. Am 18. Oktober 1994 wurde sie als Vizepräsidentin des Gemeinderats gewählt. Das Departement von Uschi Dürrenberger ist reich beladen: so gehört die Mitgliedschaft in der Schulpflege und in unzähligen anderen Kommissionen dazu. Eigentlich heisst Uschi ja Ursula, aber aus allen Ecken der Gemeinde hört man immer nur „Uschi“ rufen. Uschi Dürrenberger ist eine Kämpferin und hat sich im Laufe der Jahre grosses Sachwissen angeeignet. Sie hat während den Krisenzeiten in der Verwaltung grossen Einsatz geleistet und auch persönlich gewisse Aufgaben erledigt. Sie konnte gut zuhören und hat sich, wenn sie von etwas überzeugt war, voll hinter eine Sache gestellt. Heute will sich Uschi anderen Aufgaben zuwenden. Die Kinder sind erwachsen und selbständig, so dass es sie nach neuen Herausforderungen drängt, die sie jetzt auch gefunden hat: Die Gemeinde Aesch hat sie auf Anhieb als Schulsekretärin eingestellt. Selbstverständlich wird Uschi vom Gemeinderat noch gebührend verabschiedet. Gemeindepräsident W. Banga wünscht Uschi Dürrenberger - auch im Namen des Gemeinderates - alles Gute. Die Zusammenarbeit war stets erfreulich, alle Diskussionen und Kämpfe fanden im Anstand statt. W. Banga dankt U. Dürrenberger unter Applaus ganz herzlich.

Hanni Huggel verweist auf die Lust und den Frust als Gemeinderätin im Departement „Gemischtwarenladen“. 1988, vier Jahre vor ihrer Wahl, kandidierte Uschi Dürrenberger zum ersten Mal. Sie brachte den Mut auf, sich direkt auf die Gemeinderatsliste setzen zu lassen. Mit viel Engagement, Power und Herzblut hat sie sich eingesetzt. Alle haben das gemerkt und auch geschätzt. 1992 hat es dann geklappt. Einzelne Ansprechpersonen in der Gemeinde haben ihr bei der Arbeit sehr geholfen, denn in einem Gemischtwarenladen bleibt so einiges hängen. Hanni Huggel hofft, dass in der Gemeinde bald eine zuständige Abteilung geschaffen wird, denn Uschi Dürrenberger musste alles selber erledigen. Hanni Huggel überreicht Uschi Dürrenberger einige symbolische Präsente, die sie an den Frust während ihrer Amtszeit erinnern sollen: Ein kleines Feuerwehrauto im Gedanken an den damals verlorenen Kampf um eine neue Feuerwehrdrehleiter, ein Papierbündel als Erinnerung an die Zeit, als es hiess, den Kindern sei eine Teilnahme an Papiersammlungen nicht zuzumuten und eine Bettflasche, weil Uschi hin und wieder im Regen gestanden ist und kalte Füsse bekommen hat. Im Zusammenhang mit der Schule und der Jugendmusikschule gibt es nicht viel über Frust zu berichten. Uschi Dürrenberger hat ihre Projekte von Anfang an durchgekämpft, also kann es nicht so schlimm gewesen sein. Uschi hat in allen Departementen und Arbeitsgruppen Spuren hinterlassen. Und weil diese Spuren stets auch rote Farbtupfer enthielten, überreicht Daniel Mürger Uschi Dürrenberger im Namen der SP ebenfalls einige rote Farbtupfer, nämlich einen Blumenstraus mit roten Rosen.

Gemeinderätin U. Dürrenberger dankt allen ganz herzlich: Walti Banga für seine Worte, Hanni Huggel für die Zusammenfassung und Dani Mürger für die Blumen. Es stimmt, sie ist eine Kämpferin. Als sie vor neuneinhalb Jahren das „unbekannte Buch Gemeinderat“ mit seinen vielen Kapiteln zur Kenntnis bekam, öffnete sie den Deckel und kämpfte sich durch. Sicher gab es einige Kapitel, die weniger Freude bereiteten. Es gab aber auch ungefreute Gemeindeversammlungen, wie zum Beispiel die „Hundeversammlung“, in deren Anschluss U. Dürrenberger in ihrem Briefkasten ein Päckli fand. Allerdings enthielt es keinen Gruss eines Hundes, sondern Schokolade von jemandem, der es bedauerte, dass die Versammlung so schlecht lief. Uschi Dürrenberger erlebte in ihrer Amtszeit glückliche und traurige Momente. Auch in den Kommis-

sionen gab es „strube“ Zeiten. Die vergangenen neuneinhalb Jahre bescherten U. Dürrenberger eine Lebenserfahrung, die ihr niemand wieder wegnehmen kann. Ihr Wunsch an die Teilnehmenden der Gemeindeversammlungen: faire Diskussionen führen und die Achtung - auch vor anders Denkenden - wahren. Dem ganzen Gemeinderat wünscht Uschi Dürrenberger, weise zu denken, und ihrem Nachfolger Geduld, Offenheit, Durchhaltevermögen und eine verständige Lebenspartnerin. Uschi Dürrenberger dankt auch ihrer - heute zwar nicht anwesenden - Familie für die stets gewährte Unterstützung. Sie wünscht allen eine schöne Adventszeit, geruhsame Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Gemeindepräsident W. Banga dankt, auch im Namen des Gesamtgemeinderats, U. Dürrenberger für ihre Worte. Er hofft, dass der persönliche Kontakt nicht abreißt. Anstelle von U. Dürrenberger rückt Thomas Imboden in den Gemeinderat nach. Er hat das Departement Bildung/Kultur/Gesundheit übernommen. Zum Vizepräsidenten wurde Gemeinderat Lukas Lauer gewählt. Gemeindepräsident W. Banga wünscht allen viel Erfolg und Spass bei ihrer Arbeit im Gemeinderat.

Im Weiteren dankt er allen Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern für ihr Kommen, lädt zu einem Apéro, der heute Uschi Dürrenberger gewidmet ist, ein, und wünscht allen eine schöne Weihnacht und viel Glück im kommenden Jahr.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier

## Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

1. Sitzung vom 17. Juni 2002 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Thomas Imboden, Hans Kunz, Ursina Lanz, Lukas Lauper, André Schenker, Helen Wegmüller  Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Rudolf Zulauf, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Lukas Lauper, Vizepräsident
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier
<u>Stimmzähler:</u>	Jürg Berger und Hans Gysin-Zwicky
<u>Entschuldigt:</u>	U. Gallandre, O. und G. Gerspach, K. Mesmer
<u>Dauer der Sitzung:</u>	19.30 Uhr bis 23.15 Uhr

---

### Traktanden

21. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 3. Dezember 2001
  22. Jahresbericht 2001
  23. Rechnung 2001
  24. Areal Heiligholz, Festlegung des zukünftigen zonenrechtlichen Status
  25. Änderung des Gemeindesteuerreglements
  26. Änderung des Personalreglements
  27. Kreditbegehren Fr. 145'000.-- als Gemeindebeitrag an die Erstellung eines Skateparks
  28. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst die rund 410 Anwesenden zur heutigen Gemeindeversammlung. Seitens Medien nehmen Frau Hool, Wochenblatt für das Birseck und Dorneck, Frau Thürlemann und Herr Brodbeck, Basler Zeitung, Herr Leuthardt, Basellandschaftliche Zeitung, und Herr Giger, Radio DRS, an der Versammlung teil. Herr Gass möchte gerne einige Fotos machen. Gemäss § 53 Abs. 2 des Gemeindegesetzes bedürfen Bild- und Tonaufnahmen der Zustimmung der Gemeindeversammlung, so dass Gemeindepräsident W. Banga über diesen Wunsch abstimmen lässt.

://: Herr Gass wird einstimmig die Erlaubnis erteilt, an der heutigen Gemeindeversammlung Fotoaufnahmen zu machen.

Gemeindepräsident W. Banga bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen; es ist sehr wichtig, dass diese Regelung eingehalten wird. Bei Wortmeldungen ist das Mikrofon zu benützen und der Name zu nennen. Die Rednerliste wird durch den Vizepräsidenten des Gemeinderates, Lukas Lauper, geführt. Bei Bedarf amtiert heute Gemeinderat Hans Kunz als sein Stellvertreter.

Die Einladung mit den Traktanden und Anträgen wurde rechtzeitig zugestellt und im amtlichen Anzeiger publiziert. Der Ratschlag zu den Gemeindeversammlungen und das Protokoll können im Abonnement bezogen werden. Bestellungen sind an die Gemeindeverwaltung zu richten.

://: Die Traktandenliste wird ohne Wortbegehren genehmigt.

## Traktandum 1

### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 3. Dezember 2001**

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und der Verfasserin, Kathrin Cottier, verdankt.

## Traktandum 2

### **Jahresbericht 2001**

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat und die Verwaltung haben wiederum einen Jahresbericht erstellt. Diese Aufgabe ist zwar freiwillig, dennoch sind die Verantwortlichen der Meinung, es handle sich um ein wichtiges und nützliches Nachschlagewerk.

Friedrich Hiestand: Die Gemeindekommission hat den Jahresbericht behandelt. Er bietet einen guten Überblick über alle wesentlichen Arbeiten der Gemeinde und Aufschluss über die Kommissionen und deren Zusammensetzung. Die Gemeindekommission ist der Meinung, es lohne sich, den Jahresbericht anzufordern und ihn zu lesen. In der Beratung kam die Kommission zum Schluss, dass der Jahresbericht zu viele Bilder zum gleichen Thema beinhaltet. Ausserdem fand sie einen kleinen Fehler bei der Schulpflege (Finanzen/Abrechnungen/Revisorat werden von Patrice Baumann und nicht von Heidi Tschopp betreut). Im Übrigen empfiehlt die Gemeindekommission, vom Jahresbericht 2001 zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Fritz Hänni: Die SP Münchenstein hat den Jahresbericht 2001 studiert. Er enthält kurze und prägnante Texte und eignet sich gut als Nachschlagewerk. Es ist schade, dass keine bessere Aufmachung gefunden werden konnte. Die Fotos gefallen nicht sonderlich und die Grafiken sollten einheitlich beschriftet werden. F. Hänni dankt der Gemeinde für die geleistete Arbeit.

Gemeindepräsident W. Banga: Gemeinderat und Verwaltung werden sich bemühen, die Anregungen zu berücksichtigen.

://: Vom Jahresbericht des Gemeinderates für das Jahr 2001 wird zustimmend Kenntnis genommen.

## Traktandum 3

### **Rechnung 2001**

Gemeinderätin U. Lanz: Der Grossaufmarsch an der heutigen Gemeindeversammlung ist sicher nicht auf die Jahresrechnung zurückzuführen. Leider ist nun das eingetroffen, was seit Jahren befürchtet wurde: ein Defizit von 1,3 Millionen Franken. Nur dank dem Landverkauf an der Gladiolenstrasse wurde das budgetierte Defizit von 1,6 Millionen Franken nicht überschritten. Es sind im Wesentlichen drei Punkte, die den Finanzhaushalt der Gemeinde stark belasten:

- der Bildungsbereich (Lohnsystem und Kleinklassenschaffung)
- der um 64 % (rund Fr. 300'000.--) höhere Gemeindebeitrag an das Alters- und Pflegeheim Hofmatt (Wechsel in eine höhere = teurere Pflegestufe, immer weniger Selbstzahler)
- der Kostenschub in der Sozialen Wohlfahrt

In all diesen Bereichen hat die Gemeinde kaum Einflussmöglichkeiten und Spielraum, was denn dem Gemeinderat auch am meisten Sorgen bereitet. Die mittel- und langfristigen Schulden haben sich um 7,4 auf 38,1 Millionen Franken erhöht. Auch die Höhe der offenen Kredite gab im Vorfeld der Rechnung 2001 zu reden. Der Gemeinderat ist - zusammen mit der Verwaltung - daran, zu prüfen, welche Restkredite geschlossen werden können. Er ist sich seiner Verantwortung bewusst und wird sich in den nächsten Wochen intensiv mit dem Budget 2003 befassen. Ausserdem sind weitere Themen, wie zum Beispiel Schuldenbremsen und anderes, zu besprechen. Gemeinderätin U. Lanz bittet, auf die Jahresrechnung 2001 einzutreten.

Hans-Peter Stebler: Es ist nun mehr oder weniger so gekommen, wie es schon seit längerem prognostiziert wurde. Bei einer genaueren Betrachtung der Rechnung sieht man, dass der Gemeinderat mit dem Verkauf der Parzelle an der Gladiolenstrasse einen Reingewinn ausweisen konnte. Die Jahresrechnung 2000 konnte noch mit einem Ertragsüberschuss von rund

800'000 Franken abschliessen. Setzt man diesen Betrag in Relation mit der Rechnung 2001, so beträgt das Defizit eigentlich 2,1 Millionen Franken. Das ist genau die Summe, die letztes Jahr durch Grundstückgewinne hereingeholt werden konnte. Die Rechnungsprüfungskommission hat - als Kontrollorgan der Gemeinde - sämtliche Sparten geprüft. Es stellen sich immer wieder kleinere Fragen, die dann mit dem Gemeinderat direkt besprochen werden. Ein Beispiel ist die Erhöhung des Beitrages an das Alters- und Pflegeheim. Die Rechnungsprüfungskommission ist sich bewusst, dass so etwas nicht unbedingt leicht zu budgetieren ist, doch eine Steigerung von 64 % dürfte nicht vorkommen. Immerhin ist erfreulich, dass das Alters- und Pflegeheim schwarze Zahlen schreiben kann. Die Rechnungsausweise für die Rechnung 2001 der Gemeinde sind vorhanden, die Buchhaltung ist ordentlich geführt. Die Rechnungsprüfungskommission bittet daher, auf die Rechnung 2001 einzutreten und den Aufwandüberschuss zu genehmigen.

Peter Graser: Es wäre übertrieben, zu sagen, die Gemeindekommission sei von der Jahresrechnung 2001 begeistert gewesen. Sie kam zu den gleichen Ergebnissen, wie die Rechnungsprüfungskommission. Ein weiterer Diskussionspunkt in der Gemeindekommission war die Erhöhung der Beiträge an den öffentlichen Verkehr (Steigerung von 10 %). Peter Zwick hat im Landrat eine Motion betreffend den Verteilschlüssel eingereicht. Ferner gilt es zu beachten, dass in den letzten zwanzig Jahren auf kantonaler Ebene kein einziges Gesetz, das nicht Auswirkungen auf die Gemeinden hatte, angenommen wurde. Wir alle sind deshalb mitschuldig, dass der Gemeinde immer höhere Beiträge überwältzt werden. Die Gemeindekommission empfiehlt, die Rechnung 2001 zu genehmigen.

Peter Zwick: Die fetten Jahre sind vorbei, die Rechnung 2001 ist eine Tatsache. Wenn man das Defizit von 1,3 Millionen Franken ausgleichen will, müssten die Steuern um 4 % erhöht werden. Wenn man mit den Ausgaben in der bisherigen Art und Weise weiterfährt, müssten die Steuern für das Jahr 2003 gar um 9 % erhöht werden. Die Gemeinde hat Schulden in der Höhe von 38,1 Millionen und Investitionskredite von 11,8 Millionen Franken. Der Gemeinderat hätte schon länger Gelegenheit gehabt, einzugreifen. An der letzten Gemeindeversammlung (Anm. 3. Dezember 2001) wurde beantragt, der Gemeinderat solle zusammen mit der Rechnungsprüfungskommission in einer Liste aufzeigen, welche Möglichkeiten vorhanden sind, um das Defizit nicht so hoch werden zu lassen. Im Weiteren wurde vom Gemeinderat vor anderthalb Jahren eine Liste mit den zu streichenden Investitionskrediten verlangt. Für beide Forderungen liegen noch keine Antworten vor. Der „Runde Tisch“<sup>1)</sup> nach den Sommerferien ist sicher eine gute Sache. Vielmehr wäre jetzt jedoch der Zeitpunkt gekommen, eine Finanzkommission mit Fachleuten einzusetzen. Die CVP beantragt, auf die Rechnung einzutreten und ihr zuzustimmen.

Freddy Koch: Die FDP beantragt, die Rechnung zu genehmigen. Die Vorredner haben vieles bereits gesagt, so dass es nicht nötig ist, weitere Erläuterungen anzubringen. Erfreulich ist, dass - trotz dem Aufwandüberschuss - das Budgetdefizit unterschritten wurde. Auch die Steuereinnahmen der natürlichen und juristischen Personen präsentieren sich wie budgetiert.

://: Eintreten ist unbestritten.

Die Rechnung wird seitenweise abgerufen.

Seite 27, 140-437.00, Bussen, und Seite 57, 902-400.00, Quellensteuer

Daniel Münger: Weshalb kam bei den Bussen zu dieser Erhöhung? Die Einnahmen aus den Quellensteuern wurden - trotz Versprechungen des damaligen Regierungsrates Fünfschilling - nicht erhöht. Weshalb?

Gemeindepräsident W. Banga: Bei der Gemeindepolizei bestand ein personeller Engpass, der zum Teil mithilfe der Gemeindepolizei Muttenz und der Elcapol AG aufgefangen werden konnte.

Gemeinderätin U. Lanz kann die Frage betreffend Quellensteuer im Moment leider nicht beantworten. Daniel Münger entgegnet, dass er sich via Landrat direkt an Regierungsrat A. Ballmer wenden wird.

<sup>1)</sup> Anmerkung: Im Zusammenhang mit dem Budget 2003 hat der Gemeinderat beschlossen, sich mit einer erweiterten Gruppe von politischen Verantwortungsträgern zu einem round table Gespräch zu treffen, um auf der Basis des noch unvereinigten Budgetentwurfs frühzeitig Einsparungsmöglichkeiten zu diskutieren.

://: Die Jahresrechnung 2001 der Einwohnergemeinde Münchenstein wird mit einer Gegenstimme genehmigt.

### **Sonderrechnung Abwasserbeseitigung 1993 bis 1996**

Hans-Peter Stebler: Am 18. Juni 2001 hat K. Mesmer auf Probleme mit nicht abgerechneten Etappen bei den Abwasserrechnungen hingewiesen. Aus diesem Grund wurde die Rechnung unter Ausschluss der Sonderrechnung Abwasserbeseitigung genehmigt.

Im Kanalisationswesen läuft ein mehrjähriges Investitionsprogramm. Die Rechnungsprüfungskommission wollte letztes Jahr die Abrechnungen prüfen und stellte bald einmal fest, dass sie nicht zum Ziel kommen wird. Aufgrund ihrer Kompetenz zog sie eine externe Fachstelle, die BDO Visura, bei. Ende Oktober 2001 erstattete die BDO Visura erstmals schriftlich Bericht. Auch sie hatte Probleme, weil die Oberbauleitung beim Abrechnen von Objekten zu den so genannten Haltungen wechselte und dadurch keine Transparenz mehr vorhanden war. Ein an die BDO Visura erteilter Folgeauftrag führte dann Ende Februar 2002 zur Entwarnung. Die Zahlen konnten ausfindig gemacht und den Haltungen zugeordnet werden. Anschliessend drängte die RPK auf die Abrechnungen der Jahre 1997 bis 1999. Sie erhielt von der Bauverwaltung sämtliche Unterlagen und kann nun bestätigen, dass alle Abrechnungen in Ordnung sind. Noch nicht geklärt ist, wie die Abrechnungen in Zukunft gehandhabt werden sollen: Rahmen- oder Objektkredite, in welchem Zeitrahmen die Erledigung erfolgen soll und wann sie an die RPK gehen. Spätestens bei der Behandlung des Budgets 2003 wird sich die RPK dazu wieder zu Wort melden. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Sonderrechnungen Abwasserbeseitigung 1993 bis 1996 und 1997 bis 1999 korrekt sind. Die Rechnungsprüfungskommission bittet, dem Gemeinderat und der Verwaltung Decharge zu erteilen und die Rechnungen zu genehmigen.

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat beantragt, die Sonderrechnung Abwasserbeseitigung 1993 bis 1996 zu genehmigen.

://: Die Sonderrechnung Abwasserbeseitigung 1993 bis 1996 wird mit grossem Mehr ohne Gegenstimme genehmigt.

## **Traktandum 4**

### **Areal Heiligholz, Festlegung des zukünftigen zonenrechtlichen Status**

(Anm.: Beginn Votenprotokoll)

Gemeindepräsident W. Banga: Das Traktandum Heiligholz hat in allen Bereichen, sowohl bei den Parteien als auch bei Privaten, zu grossen Diskussionen geführt. Der Departementschef Planung, Gemeinderat Lukas Lauper, wird in der Eintretensdebatte das Wort ergreifen. Der Gemeinderat möchte die Verhandlung zu diesem Traktandum auf Band aufnehmen lassen. Dies bedarf wiederum der Zustimmung der Gemeindeversammlung.

://: Den Tonbandaufnahmen wird zugestimmt.

Gemeinderat L. Lauper legt Folien auf: Wo stehen wir im Heiligholz zonenrechtlich heute? Heute ist das Heiligholz ein Baugebiet zweiter Etappe. Die Etappierung wurde 1984 von der Gemeindeversammlung beschlossen, wurde im Jahr 1987 rechtskräftig und läuft am 6. Mai 2003 aus. Im Moment befindet sich das Gebiet in einer Wohnzone W2A. W2A bedeutet: Erdgeschoss, erster Stock, ausgebautes Dachgeschoss. Das Gebiet ist nicht erschlossen, aber gut erreichbar. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Erschlossen bzw. baureif ist ein Gebiet erst

- wenn Wasseranschlüsse vorhanden sind (im vorliegenden Fall wäre dazu ein neues Reservoir nötig)
- wenn Anschlüsse für Abwasser, Elektrizität und auch Strassen im Gebiet vorhanden bzw. mindestens geplant sind
- wenn ein Gebiet bebaubar parzelliert, also eine Baulandumlegung erfolgt ist
- und wenn beide Bedingungen erfüllt sind

Weshalb nun diese Ausführungen gerade am Anfang? Solange ein Gebiet nicht erschlossen ist, besteht kein Anspruch auf Überbauung und Entschädigung, also auch nicht für das Heiligholzareal.

Was sagt das Bundesgesetz über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG) dazu? Bund, Kantone und Gemeinden sorgen dafür, dass der Boden haushälterisch genutzt wird. Heute würde man vielleicht anstatt „haushälterisch“ eher den Begriff „nachhaltig“ verwenden. Das heisst, nachhaltig im sozialen, ökologischen und ökonomischen Bereich. Das heisst aber auch, nicht neues, nicht erschlossenes Land nutzen, bevor andere baureife Grundstücke genutzt bzw. besser genutzt sind. Das Gemeindegesetz bestimmt, dass es Aufgabe der Gemeinde ist, für die allgemeine Wohlfahrt zu sorgen. Öffentliche Interessen sind nicht zwingend auch private Interessen. Beim Heiligholz ist es offensichtlich: die Eigentümer wollen bauen, was aus ihrer Sicht verständlich ist, und dabei auch Geld verdienen. Der Gemeinderat hingegen findet den jetzigen Zeitpunkt für den Beginn einer Überbauung bzw. den Beginn der Planung einer Überbauung für das Wohl der Gemeinde nicht richtig.

Man hört immer wieder Gerüchte wegen Entschädigungsforderungen. Drei Grundeigentümer reichten je eine Klage wegen materieller Enteignung mit einer Klagesumme von insgesamt 100 Millionen Franken gegen die Gemeinde ein. Alle diese drei Klagen wurden mit Urteil des Verwaltungsgerichts vom 17. Januar 1991 abgewiesen. Diese Urteile sind rechtskräftig geworden. Eine Grundeigentümerin reichte eine weitere Klage gegen die Gemeinde über eine Klagesumme von 80 Millionen Franken ein. Die Begründung lautete, die Gemeinde habe die mit einem Vertrag von 1970 abgegebene Zusicherung hinsichtlich des Zustandekommens eines Quartierplans Heiligholz verletzt. Die Klage wurde bis vor Bundesgericht gezogen und dort mit einem Vergleich per Saldo aller Ansprüche abgeschlossen. Der Vergleich kostete die Gemeinde 1,1 Millionen Franken, obwohl anfänglich 80 Millionen gefordert wurden. Heute geht es also um ein neues Zonenplanverfahren - dasjenige aus dem Jahre 1984 ist abgeschlossen - in einem unerschlossenen Gebiet. Es geht heute nicht um die Beurteilung eines Baugesuchs in einem Baugebiet, sondern um Planung, und darum, ob man in einem unerschlossenen Gebiet eine Planung beginnen soll. Und die Planungshoheit liegt bei der Gemeinde.

Der Gemeinderat kennt natürlich den Termin 2003 und ist folgendermassen vorgegangen:

- es kam ein Kontakt mit den Grundeigentümern zustande
  - es wurde eine Studie an die Firma Plattner, Schulz und Partner in Auftrag gegeben
  - darauf hat der Gemeinderat einen ersten Entscheid gefällt und ihn mit allen Begründungen und Unterlagen einem öffentlichen Mitwirkungsverfahren unterzogen, zu dem auch die Grundeigentümer eingeladen wurden
  - anschliessend hat der Gemeinderat einen Bericht zum Mitwirkungsverfahren verfasst, den alle Interessierten beziehen konnten; den Personen, die sich am Mitwirkungsverfahren beteiligten, wurde der Bericht zugestellt
  - in der Folge wurde die Gemeindeversammlungsvorlage erstellt, die nun allen vorliegt
- Zur Studie Plattner, Schulz und Partner: Die Fragestellungen des Gemeinderates lauteten:
- demografische Entwicklung mit und ohne Heiligholz
  - finanzielle Entwicklung mit und ohne Heiligholz
  - Erfahrungen anderer Gemeinden mit zu Ende gehenden Baulandreserven und dem Erschliessen grosser Landstücke
  - Entwicklung in den schon überbauten Gebieten

Das Ergebnis der Studie zeigt, dass die beschleunigte Nutzung der baureifen Grundstücke und brachliegender Liegenschaften (zum Beispiel das Areal der Aluminium Münchenstein) sowie ein massvoller Ausbau bei bestehenden Gebäuden (nicht nur Wohnbauten) für die Gemeinde kostengünstiger ist, als eine Neuerschliessung des Heiligholzes. Und sie entspricht dem gesetzlichen Auftrag des haushälterischen respektive nachhaltigen Umgangs mit dem Boden. Eine gute Wohnqualität und eine konstante Einwohnerzahl bei ausreichender finanzieller Leistungsfähigkeit der Gemeinde ist auf diese Weise möglich. Selbst wenn die Überbauung des Heiligholzareals für die Gemeinde kostenneutral wäre, wäre sie kein ausreichender Grund, das so genannte „Tafelsilber“ der Gemeinde zu verbauen. Diese Überlegungen gehen von den Bedürfnissen der Gemeinde aus. Es ist klar, dass sich Wohnungen und Häuser im Heiligholz leicht verkaufen bzw. vermieten liessen, eine Nachfrage ist sicherlich vorhanden. Die Aufgabe des Gemeinderates ist jetzt aber, zu klären, was für das Wohl der Gemeinde am dienlichsten ist.

Im Weiteren geht es auch darum, festzustellen, was - ausser dem Heiligholz - in Münchenstein sonst noch in Angriff genommen werden muss. Da wäre zum Beispiel die Parklandschaft St. Jakob (Brüglinger Ebene), die allerdings für die heutige Diskussion weniger relevant ist. Dennoch handelt es sich um ein grosses Thema, das sehr viel mit Standortmarketing und Attraktivität der Gemeinde zu tun hat. Ferner die Industrieareale, wobei es sich nicht nur um die



Aluminium handelt. Es gibt auch andere unüberbaute oder unternutzte Gebiete, beispielsweise die Elektra oder den Bauhof der Stamm AG. Auch im Gebiet Dreispitz, von dem ein rechter Teil zur Gemeinde Münchenstein gehört, gibt es einiges zu tun. Die Studie Standortmarketing und die gestellten Fragen zum Gebiet Heiligholz dienen dem Gemeinderat als Basis für seine weitere Arbeit.

Was ist eigentlich eine „weisse Zone“? Im Raumplanungsgesetz des Bundes und im Raumplanungs- und Baugesetz des Kantons Basel-Landschaft ist praktisch die gleiche Formulierung enthalten. Es gibt Zonen, deren Nutzung noch nicht bestimmt ist oder bei denen eine Nutzung erst später zugelassen wird. Nun muss man wissen, dass der Begriff „weisse Zone“ ein Begriff ist, der nur vom Kanton Basel-Landschaft genutzt wird. In anderen Kantonen, namentlich im Kanton Zürich, ist die weisse Zone gleichbedeutend mit einer Bauentwicklungszone, einer Bauzone zweiter Etappe oder einer Reservezone. Sie ist weder eine Grünzone noch eine Landwirtschaftszone. Auf der weissen Zone ist allerdings nur landwirtschaftliche Nutzung respektive Brache zugelassen. Der weissen Zone zugewiesen werden darf Land, das aus heutiger Sicht in den nächsten 15 Jahren (Planungshorizont des RPG) voraussichtlich nicht benötigt und erschlossen wird. Das heisst allerdings nicht, dass man in diesem Zeitraum nicht planen darf. Soll irgendwann einmal etwas gebaut werden, ist durch die Gemeindeversammlung eine Zuweisung in eine Bauzone - inklusive Bauzone mit Quartierplanpflicht - nötig.

Im Mitwirkungsverfahren sind rund 170 Stellungnahmen eingegangen. Davon haben sich 79 % für die weisse Zone ausgesprochen. Viele Einzelpersonen haben - fast einen Schritt vorgreifend - Ideen entwickelt, wie das Heiligholz gestaltet werden könnte, falls es doch überbaut werden sollte. Gleichzeitig sprachen sie sich jedoch für eine „weisse Zone“ aus. Dass die Grundeigentümer bauen wollen, ist aus ihrer Sicht logisch. Das haben sie im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens auch so dargelegt. Jedoch sind auch sie einen Schritt weitergegangen - beinahe einen Schritt zu weit -, indem sie bereits weit gediehene Baupläne eingeben haben. Heute geht es, wie erwähnt, jedoch nicht um ein Baubewilligungsverfahren, sondern es geht um die Frage, ob mit der Erschliessung des Gebiets Heiligholz jetzt oder erst später begonnen werden soll. Interessant ist, dass sämtliche politischen Parteien im Mitwirkungsverfahren die Zuweisung des Gebiets Heiligholz in die weisse Zone befürwortet haben. Verschiedene Gruppierungen - von Naturschutz über Alterswohnungen und Nachbarn im Quartier Reinacherhof - haben Eingaben gemacht. Sie regten, je nach Aufgabe, Naturkorridore, Einkaufsmöglichkeiten, Alterswohnungen und anderes mehr, an. Auch das kantonale Amt für Raumplanung (ARP) hat Stellung genommen. Hier wird verschiedentlich ein künstlicher Gegensatz heraufbeschworen, denn der Gemeinderat und das ARP sind eigentlich gleicher Meinung: Irgendwann einmal wird das Heiligholz überbaut werden, aber über den Zeitpunkt der Planungsaufnahme bestehen verschiedene Ansichten. Im Weiteren wartet die Gemeinde auch auf einen Tatbeweis des Kantons, dass im ländlichen Raum ausgezont wird, wenn er gegen die Zersiedelung ist und in der Agglomeration gebaut werden soll, dass also die Zonen redimensioniert werden. Das ist bis jetzt nicht passiert. Weil dort ein gewisser Widerspruch besteht, kam der Gemeinderat zum Schluss, dass der Kanton zuerst zeigen soll, wie ernst es ihm ist, bevor die Gemeinde einfach ihr Land „verscherbelt“. Die Gemeinde Reinach erhofft sich, dass sie im Falle einer Überbauung ihre planerischen „Defizite“ im Reinacherhof mildern könnte. Das Mitwirkungsverfahren führte - was auch sein Sinn ist - dazu, dass der Gemeinderat den von ihm vorgelegten Vorschlag noch einmal kritisch durcharbeitete und dabei auch den ursprünglich vorgesehenen Planungskredit Heiligholz strich. Diese Ausführungen zeigen, dass gewisse Widersprüche durchaus vorhanden sind.

Der Gemeinderat hat folgende Schlussfolgerungen gezogen: Eine Überbauung des Areals Heiligholz ist zurzeit für die Entwicklung der Gemeinde Münchenstein nicht notwendig. Die „weisse Zone“ ist die konsequente Zonenzuweisung. Genau so konsequent ist die Empfehlung des Gemeinderats, eine Fachkommission für die Raumbewertung (Monitoring) zu schaffen. Sie soll untersuchen, was wo und wie passiert, damit die gesteckten Ziele erreicht werden können, oder aber - falls diese Ziele unerreichbar sind - handeln können. Aktivierung von bestehenden Reserven heisst ganz klar „nicht schlafen“ und nicht „Nichtstun“ seitens Gemeinderat. Die Aktivierung von bestehenden Reserven bedeutet aktives Planen und Handeln durch den Gemeinderat und Genehmigung der entstehenden Projekte durch die Gemeindeversammlung.

Der Gemeinderat stellt zusammenfassend folgende Anträge an die Gemeindeversammlung (der genaue Wortlaut findet sich in der ausführlichen Fassung des Ratschlags und in der Einladung):

1. Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung zu beschliessen, das Areal Heiligholz einer Zone, deren Nutzung noch nicht bestimmt ist bzw. erst später zugelassen wird (weisse Zone), zuzuweisen.
2. Gewährung eines Kredits von Fr. 50'000.-- für die Raumbewertung.
3. Erteilung der Kompetenz, eine Fachkommission für die Raumbewertung einzusetzen.

Gemeinderat L. Lauper bittet die Anwesenden, auf das Geschäft Heiligholz einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zu folgen.

Gemeindepräsident W. Banga: Nach diesen Erläuterungen des Departementschefs Planung wird die Sprecherin der Gemeindekommission, Susanne Haas, das Wort ergreifen.

Susanne Haas: Die Gemeindekommission hat sich ausführlich mit dem Thema Heiligholz auseinandergesetzt. Dem Ratschlag für die heutige Gemeindeversammlung konnte entnommen werden, dass im Mitwirkungsverfahren alle Parteien die Einweisung in die so genannte „weisse Zone“ bevorzugt haben. An der Sitzung der Gemeindekommission wurde festgestellt, dass sich die Meinungsbildung weiterentwickelt hat. Es haben sich zwei Gruppen - zwei Meinungsgruppen - gebildet. Die eine möchte den Anträgen und Argumenten des Gemeinderats folgen, also langfristig denken, keine Zwänge schaffen, für das Wohl der ganzen Gemeinde sorgen, nichts überstürzen und sorgfältig planen. Die andere Gruppe zeigt Verständnis für die Anliegen der Landbesitzer, die man nicht mehr länger hinhalten könne. Sie befürchtet - falls es zu gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen der Gemeinde und den Grundeigentümern kommen würde - finanzielle Risiken und verspricht sich Aufschwung für Münchenstein, wenn das Heiligholz überbaut würde. Nach längerer Diskussion war die Mehrheit der Gemeindekommission der Meinung, dass eine kurzfristige Planung für Münchenstein nicht nötig und auch nicht wünschenswert ist, dass also für das einmalige Gelände im Heiligholz genügend Planungszeit ohne Zeitzwänge eingeräumt werden müsste. Dies wiederum ist nur mit der Einweisung in die „weisse Zone“ gewährleistet. Das kurzfristige Angebot im Verlaufe der Gemeindekommissionssitzung, die Landeigentümer noch anzuhören, konnte aus terminlichen Gründen nicht mehr wahrgenommen werden. Die Gemeindekommission hat mit 9 zu 4 Stimmen, bei einer Enthaltung, beschlossen, den Anträgen des Gemeinderates zu folgen, das heisst, das Heiligholz in eine so genannte „weisse Zone“ einzuweisen, einen Kredit von 50'000 Franken für die Beobachtung der räumlichen Entwicklung zu bewilligen und damit eine Fachkommission als beratendes Organ für den Gemeinderat einzusetzen. Die Gemeindekommission empfiehlt ebenfalls, diesen Anträgen zu folgen.

Gemeindepräsident W. Banga stellt fest, dass das Eintreten auf Traktandum 4, Areal Heiligholz, nicht bestritten wird.

://: Eintreten ist unbestritten.

Giorgio Lüthi: Nachdem ich gemäss meiner Vorrednerin, Susanne Haas, zu denen gehöre, die nicht langfristig denken, möchte ich mich kurz fassen und vor allem die zu Wort kommen lassen, die langfristig denken. Einer von ihnen ist Daniel Münger, der im Wochenblatt korrekt erwähnt hat, dass ein breit angelegtes Mitwirkungsverfahren durchgeführt wurde, dass das eindeutige Verdikt eine „weisse Zone“ gewesen sei, alle zum gleichen Schluss gekommen seien und die Diskussion eigentlich beendet schien. Das ist von Daniel Münger korrekt wiedergegeben. Daniel Münger geht noch einen Schritt weiter und sagt, dass - wenn man eine Quartierplanung, so wie wir sie beantragen, macht oder machen würde - zu einem späteren Zeitpunkt die gleiche Situation geschaffen würde, wie im Jahre 1984. Die Quartierplanung könnte dann nämlich vom Souverän abgelehnt werden. Das ist korrekt. Daniel Münger erwähnt auch, dass Münchenstein in diesem Fall gegenüber den Grundeigentümern noch einmal entschädigungspflichtig würde. Und das wird von uns bestritten. Wenn man den Ablauf betrachtet, sieht man, dass ein Beschluss der Gemeindeversammlung nötig ist, der dann publiziert wird. Dann hat man eine Beschwerdemöglichkeit an den Regierungsrat mit Weiterzug an das Verwaltungsgericht und - wie Gemeinderat Lauper mitteilte - schlussendlich an das Bundesgericht. § 37 des Raumplanungs- und Baugesetzes - dieser Paragraph wurde bisher noch nie erwähnt - bezweckt Folgendes:

- eine haushälterische Nutzung
- eine architektonisch und erschliessungsmässig gute,
- der Umgebung angepasste,
- auf die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtete Überbauung

In § 39 wird die Form eines solchen Quartierplans geregelt. Er besteht aus einem Plan oder mehreren Plänen, aus dem - und das ist wichtig - Reglement und einem Begleitbericht, in dem das Ziel, die Schritte zur Realisierung und natürlich auch die Folgekosten enthalten sind. Wenn man den zeitlichen Ablauf betrachtet, sieht man, dass die Erstellung eines solchen Quartierplans etwa zwei bis drei Jahre erfordert. Und dann wird er dem Souverän vorgelegt. Er muss also dem Reglement zustimmen und den Plänen zustimmen. Eine Quartierplanung, auch be-

kannt unter dem Namen „Sondernutzungsplanung“, verhindert eine Überbauung à la Reinacherhof, weil Sie alle zustimmen müssen. Sie alle sagen, wie es weitergeht. Ich habe die Zeitspanne von zwei bis drei Jahren erwähnt. Man könnte nun spitzfindig sein und fragen, wievielmals eine Gemeindeversammlung einen Quartierplan ablehnen darf. Gemäss meinen Erkundigungen gibt es in der Schweiz kein Präjudiz, wievielmals ein Reglement durch die Gemeindeversammlung abgelehnt werden darf. Man geht davon aus, dass man mindestens zwei, normalerweise einen bis zwei, allenfalls drei Anläufe braucht. Doch noch einmal: es gibt dazu kein Präjudiz. Gemeinderat L. Lauper hat die Studie der PSP in Basel, also der Herren Plattner, Schulz und Hefti erwähnt. Diese Studie war die Ausgangsbasis für die Präsentation des so genannten Werkstattberichts am 18. September 2001. Bereits an diesem Abend wurde suggeriert, dass, wenn man nichts macht und das Heiligholz in eine Zone W2A fällt, eine rasche Erschliessung und Überbauung wie im angrenzenden Reinacherhof droht. Diese Unterstellung respektive Behauptung wurde auch in der Kurzfassung zum Mitwirkungsverfahren noch einmal explizit wiederholt und ist auf diese Art nicht richtig. Wie ich bereits sagte: mit einer Planungspflicht können sie zustimmen oder ablehnen. Meine Damen und Herren, ich bin zweimal auf die Welt gekommen, einmal Ende 1949, das zweite Mal anfangs Januar dieses Jahres, als mich ein Satz von Gemeindepräsident Walti Banga irritierte, der meinte, hier in dieser Gemeinde gäbe es nur noch eine Person, die über das Heiligholz Bescheid wisse, und das sei der Bauverwalter. Ich versuchte darauf, mich „schlau“ zu machen, setzte mich intensiv mit der Materie auseinander und musste feststellen, dass man Mühe hat, alle Details zu erhalten. Heute muss ich klar festhalten, dass das Mitwirkungsverfahren unvollständig war. Die Wohnzone mit Quartierplanpflicht wurde nicht erwähnt und auch die mangelhafte Umsetzung des bundesgerichtlichen Vergleichs von 1996. Meine Damen und Herren, ich frage mich, wofür haben wir einen Gemeinderat gewählt, wenn er die strategische Arbeit nicht macht, sondern sie dem einfachen Bürger überlässt? Gemeinderat L. Lauper hat mitgeteilt, dass Gespräche mit den Grundeigentümern stattgefunden haben. Dieser Aussage muss ich widersprechen. Gemäss meinen Informationen hat seit 1996 genau eine Besprechung stattgefunden. Danach keine mehr. Ob das eine gewissenhafte Umsetzung des bundesgerichtlichen Entscheids ist, meine Damen und Herren, müssen Sie entscheiden. Aufgrund all dieser Unterlagen finden wir, dass es tatsächlich einen besseren Weg gibt. Wer sich die Mühe macht, alles noch einmal zu überdenken, wer den Wink mit dem Zaunpfahl des Amts für Raumplanung ernst und die Grundeigentümer, die versichern, sie wollen keinen Reinacherhof, beim Wort nimmt, kommt fast zwangsläufig zum Schluss, dass es einen besseren Weg gibt, als bisher angenommen. Ich zitiere eine Stelle aus dem Bericht des Amts für Raumplanung - Gemeinderat L. Lauper behauptet ja, das Amt wolle das gleiche, wie der Gemeinderat -, datiert vom 25. Januar, Seite 4, Punkt 4, Variante C, Verlängerung der Etappierung: *„... aufgrund der rechtlichen Abklärung sind beim Erlass einer Zone nach § 19, also die so genannte „weisse Zone“, Probleme und mögliche Einsparungen vorprogrammiert ...“*. Weiter unten heisst es als Quintessenz des Amts für Raumplanung: *„... wir raten deshalb nachdrücklich vom Erlass einer Zone nach § 19 ab und empfehlen, wie oben erwähnt, zielgerichtete Planungsmassnahmen zu ergreifen und beispielsweise den Erlass einer Zone mit Quartierplanpflicht zu prüfen.“* Dies steht im Schreiben an den Gemeinderat vom 25. Januar 2001. Ich finde keine Deckungsgleichheit zu dem, was Gemeinderat L. Lauper erzählt hat. Wir meinen, dass die Lösung nicht „weisse Zone“ heisst, sondern Einweisung des ganzen Areals in die vom Amt für Raumplanung vorgeschlagene Zone mit Quartierplanpflicht. Demzufolge sind unsere Anträge logischerweise anders, als die des Gemeinderates. Die CVP beantragt:

1. Der Antrag des Gemeinderats gemäss Ratschlag (Traktandum 4), Punkt 11.1, Zuweisung in eine „weisse Zone“ (§ 19 Abs. 1 lit. f RBG), ist abzulehnen.
2. Das ganze Areal Heiligholz ist einer Wohnzone W2A mit Quartierplanpflicht zuzuweisen.
3. Der Antrag des Gemeinderats gemäss Ratschlag (Traktandum 4), Punkt 11.2, Kredit von Fr. 50'000.-- zur Beobachtung der räumlichen Entwicklung, ist abzulehnen.
4. Wir unterstützen die Einsetzung einer Fachkommission: ein Gemeinderat (Vorsitz), ein Vertreter der Bauverwaltung, ein Vertreter des Amts für Raumplanung, zwei Fachexperten, je ein Vertreter der im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien.

Gemeindepräsident W. Banga gibt eine Berichtigung zur Aussage von Giorgio Lüthi bezüglich der Stellung des Bauverwalters in der Angelegenheit Heiligholz ab: Der Quartierplan wurde in den Jahren 1966/67 beschlossen. Bauverwalter R. Zulauf ist seit 1971 in der Gemeinde Münchenstein tätig, der amtsälteste Gemeinderat seit 1992. R. Zulauf ist somit der einzige, der die ganze Zeit dabei war und die Geschichte des Heiligholzes lückenlos kennt. Derartige Aussagen können natürlich beliebig und nach Gutdünken gedreht werden.

Dr. Lienhard Meyer: Werter Herr Gemeindepräsident, liebe Münchensteinerinnen und Münchensteiner: selbstverständlich hat auch die FDP über das Heiligholz beraten. Es ist kein Ge-

heimnis mehr, schliesslich stand es in der Zeitung, dass wir unseren Entscheid nach einer intensiven Diskussion äusserst knapp gefällt haben. Man kann sogar sagen, mit dem knappsten aller möglichen Ergebnisse. Das kommt natürlich nicht von Ungefähr: in der Angelegenheit Heiligholz prallen auf geradezu exemplarische Weise die beiden Interessen, die es in jeder Gemeinschaft gibt, sei dies beim Bund, beim Kanton oder bei der Gemeinde, aufeinander. Wenn man von den Partikularinteressen der direkten Anstösser und der Bewirtschafter des Landes - die durchaus ihre Berechtigung haben - absieht, muss man sich fragen, was noch übrig bleibt. Auf der einen Seite steht das öffentliche Interesse der Gemeinde, eine Baulandreserve zu erhalten respektive möglichst viele Optionen offen zu halten. Auf der anderen Seite stehen die privaten Interessen der Grundeigentümer, ihr Land zu bebauen, das heisst, wirtschaftlich nutzbar zu machen. Es ist müssig, darüber zu diskutieren, welches dieser beiden Interessen wichtiger ist. Beide scheinen mir für unsere Gesellschaft von fundamentaler Bedeutung zu sein. Einerseits ist die Gewährung von privatem Eigentum seit Jahrzehnten ein absolut unbestrittenes, verfassungsmässiges Grundrecht. Die Eigentumsgarantie in der Bundesverfassung schützt nicht nur den Wert, sondern auch den Bestand des privaten Eigentums. Andererseits ist es ebenso unbestritten, dass auch das verfassungsmässige Grundrecht, das heisst, also auch die Eigentumsgarantie, eingeschränkt werden kann, wenn - unter anderem - ein öffentliches Interesse gegeben ist. Es ist müssig, jetzt darüber zu diskutieren, ob im Fall Heiligholz das private oder das öffentliche Interesse wichtiger ist, denn schliesslich sind wir nicht, oder noch nicht, in einem Gerichtsverfahren. Wir sind vielmehr an einer Gemeindeversammlung. Im Gegensatz zu einem Gericht, das letztlich - wenn es nicht zu einem Vergleich kommt - einer Partei Recht geben muss, haben wir hier die Chance, eine Lösung, die beiden Interessen gerecht wird, zu suchen und zu finden. Das ist die Aufgabe der Politik. Als der Gemeinderat letzten Herbst das Mitwirkungsverfahren in Gang setzte, schien mir, die Angelegenheit sei auf dem besten Weg, eine solche Lösung zu finden. Mit der Zuweisung des Areals in eine „weisse Zone“ und der gleichzeitigen Sprechung von zwei Krediten über insgesamt 750'000 Franken für die Planung und für einen Ideenwettbewerb, hätte man einerseits die Interessen der Öffentlichkeit wahren und die verlorene Zeit wiedergewinnen können und die Zügel nicht aus der Hand gegeben. Die Gemeinde hätte es weiterhin in der Hand gehabt, über die Zukunft des Areals Heiligholz zu bestimmen. Andererseits hätte man auch das private Interesse der Grundeigentümer, innert vernünftiger Frist ihr Land bebauen zu können, gewahrt. Diese Kredite hätten Gewähr geboten, sofort mit der Planung anfangen zu können. Vor diesem Hintergrund muss ich Gemeinderat L. Lauper mitteilen, dass nicht alle Parteien der „weissen Zone“ zugestimmt haben, sondern sie haben der „weissen Zone“ *mit diesen zwei Krediten* zugestimmt. Vor diesem Hintergrund hat auch die FDP seinerzeit im Mitwirkungsverfahren mit sehr grossem Mehr dem ursprünglichen Vorschlag des Gemeinderats zustimmen können. Ich möchte darauf hinweisen, dass im Ratschlag zur heutigen Gemeindeversammlung steht, es handle sich um einen Beschluss des Vorstands der FDP, unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Parteiversammlung. Diese Zustimmung ist denn auch erfolgt. Heute schlägt der Gemeinderat nur noch die „weisse Zone“ mit einem „Mini-Kredit“ vor. Damit verschiebt er einseitig das Interesse zugunsten der Gemeinde. Eine Überbauung innert nützlicher Frist ist für mich ausgeschlossen. Auf das private Interesse der Grundeigentümer auf das Eigentum wird überhaupt keine Rücksicht mehr genommen. Es geht jetzt nicht darum, dem Gemeinderat Vorwürfe zu machen. Wir haben ihn schliesslich gewählt, damit er die Interessen der Gemeinde vertritt. Und um eine Diskussion über das Wie und Warum zu führen, ist hier auch nicht der richtige Ort. Ich glaube, die Polemik hatten wir nun und können sie gerne anderen überlassen. Vielmehr ist die Aufgabe unserer politischen Partei, dort korrigierend einzugreifen, wo wir der Ansicht sind, dass Interessen zu einseitig gewichtet werden. Nachdem jetzt aber die Idee der „weissen Zone“ *mit* den beiden Krediten von 750'000 Franken offensichtlich begraben wurde, müssen wir eine andere Lösung finden. Die Grundeigentümer haben vorgeschlagen, die Etappierung auslaufen zu lassen und das Areal mit einer Quartierplanpflicht zu belegen. Dieser Vorschlag wird vom kantonalen Amt für Raumplanung und auch von der FDP unterstützt. Ich sagte es einleitend bereits, der Entscheid war knapp, doch die FDP unterstützt den Vorschlag. Die Vorteile einer Wohnzone mit Quartierplanpflicht gegenüber einer „weissen Zone“ ohne Planungskredit liegen auf der Hand: Die Interessen der Grundeigentümer werden ebenso gewahrt, wie die Interessen der Gemeinde. Die Gemeinde - und zwar sowohl die Behörden als auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger - können wesentlich am Quartierplan mitwirken. Es wird auch dort wieder Mitwirkungsverfahren geben, und sollte am Ende doch nichts Vernünftiges herauskommen, können wir den Quartierplan immer noch abweisen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch auf einen Paragraphen aus dem Baugesetz, der noch nicht zur Sprache gekommen ist, hinweisen, nämlich § 40. Dort steht, dass Quartierpläne auch Bestimmungen enthalten dürfen, die an sich den Zonenvorschriften und dem Erschliessungsplan dieses Gebiets nicht entsprechen. Ich

verstehe das so, dass man mit einem Quartierplan - auch wenn man eine Wohnzone 2A hat - eine reine Monokultur, also reines Wohnen, verhindern könnte. Die Grundeigentümer wiederum hätten kaum eine Chance, wenn sie eine Forderung auf Enteignung oder aus Vertrauensschutz geltend machen würden. Die sehr absolute Folgerung „keine Entschädigungspflicht“ im Rechtsgutachten verursacht mir, als Anwalt, eine Gänsehaut. Hinzu kommt, dass die Grundeigentümer zugesagt haben, dass sie die Kosten für die Erarbeitung eines Leitbildes, die Kosten für den Entwurf der Quartierplanvorschriften sowie die Kosten für die Überarbeitung des Entwurfs nach der Planaufgabe und nach dem Mitwirkungsverfahren übernehmen bzw. vorfinanzieren. Da nehme ich sie natürlich auch beim Wort. Zusammenfassend halte ich fest, dass die FDP der Ansicht ist, mit dem von den Grundeigentümern gewünschten Vorschlag seien sowohl die öffentlichen Interessen der Gemeinde als auch die privaten Interessen der Grundeigentümer bestmöglich gewahrt, nachdem der ursprüngliche Vorschlag des Gemeinderates leider völlig „vom Tisch“ ist. Aus diesem Grund beantrage ich Ihnen, die Anträge des Gemeinderates abzuweisen und zu beschliessen, das Areal Heiligholz sei per 6. Mai 2003 der Wohnzone W2A mit Quartierplanpflicht zuzuweisen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Hanni Huggel: Verehrte Damen und Herren, *endlich*, möchte ich fast sagen, hat der Gemeinderat seine Aufgabe als Führungsgremium wahrgenommen und im Zusammenhang mit der Entwicklung von Münchenstein positive Signale gesetzt. Die SP Münchenstein hat sich über diesen Ansatz wirklich sehr gefreut. Das Mitwirkungsverfahren - an dem einige von Ihnen sich sicher auch beteiligt haben - haben wir sehr positiv aufgenommen und gut gefunden. Dadurch konnte der Gemeinderat die Meinungen der Parteien und Privaten ausloten. Wir haben vernommen, dass erfreulich viele Antworten eingegangen sind, und wir haben gehört, wie die Antworten ausgefallen sind. Darauf muss ich daher nicht näher eingehen. Die SP hat einen ganzen Abend über das Thema Heiligholz gesprochen. Es wurde zuerst einmal diskutiert, was Münchenstein lebens- und wohnenswert macht und weshalb man nach Münchenstein zieht. Es kamen Aussagen, wie Stadtnähe und doch nicht Stadt, gute verschiedene Schulen, gute Quartiere, viele Vereine, Erholungszonen, wie die Grün 80 (eine unentgeltliche Zentrumsleistung von Münchenstein), aber auch das Gebiet Berg, also Asp, Gruth, die Wege entlang der Birs, das Heiligholz und das Bruderholz. Wir haben einen grossen Anteil an Grün- und Erholungszonen, wir haben überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze und ein sehr gutes ÖV-Netz, also grossartige Dienstleistungen. Das sehen wir zwar in der Rechnung, doch wir haben auch etwas davon: schöne Einfamilienhäuser mit Grünflächen, Industriezonen wie das Gstad und andere sehr gut erschlossene Gebiete, die vielleicht nicht auf immer und ewig Industriezonen bleiben müssen. Was wir ganz sicher nicht möchten - auch das wurde klar diskutiert -, ist eine Überbauung à la Reinacherhof. Wir möchten kein neues Einfamilienhausquartier, wir wollen keine 08/15-Überbauung, wir wollen nicht sofort eine Überbauung. Allerdings möchten wir auch nicht, dass das Land ewig grün bleibt, das sehen wir auch ein. Was uns fehlt, sind Eigentumswohnungen, mittelklassige Alterswohnungen, mittelklassige Familienwohnungen und eine Tagesschule. Der SP war klar, dass eine Überbauung - wenn sie einmal nötig sein wird - städtebaulich ansprechend sein soll, so etwas wie ein grosser Wurf. In der Planung soll eine etappenweise Überbauung in klaren Schritten erkennbar sein. Die SP hat auch erkannt, dass - wenn die Bevölkerungszahl der Gemeinde erhalten bleiben soll und weil die Ansprüche von allen gestiegen sind - mehr Wohnraum geschaffen werden muss. Wenn jedoch die Struktur und das „Gesicht“ der Gemeinde erhalten bleiben sollen, dann muss eine sorgfältige Planung vorgenommen werden. Das hat der Gemeinderat uns mit dem Mitwirkungsverfahren, dem Vorschlag einer weissen Zone und der Fachkommission zur Raumbesichtigung vorgezeigt. Dafür braucht es jedoch Zeit und nicht ein Schnellschussverfahren. Sie alle haben vor kurzem ein schönes, farbiges Hochglanzheft, einen Mönch spezial, erhalten. Die CVP respektive die Finanzierer dieses Hefts haben etwas erreicht: sie haben sehr viele Einwohnerinnen und Einwohner verwirrt und verunsichert. Die Eigentümer des Heiligholzareals haben im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens der Gemeinde bekanntlich einen Plan eingereicht; den gleichen, den sie im Heft abgebildet haben. Das ist ihr Recht und in ihrem Interesse. In der Gemeindekommission war dann zu erfahren, dass die Eigentümer bei den Parteien - übrigens nicht bei der SP - veränderte Pläne vorgelegt haben. Auch das ist ihr Recht, doch es spricht nicht gerade für eine sehr konstruktive Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und der Gemeindekommission. Man kann nichts dagegen sagen, dass die Grundeigentümer versuchen, eine Partei für ihre Interessen einzuspannen. Aber aus welchem Grund lässt sich eine CVP für Privatinteressen einspannen? Sind etwa auch Eigeninteressen vorhanden? Die Partei hat es geschafft, dass ihr eigener amtierender Gemeinderat gegen das Kollegialitätsprinzip verstossen hat, indem er im Wochenblatt eine Art Spagat vollführte - aus welchen Gründen auch immer: um der Partei zu gefallen, den Mönch-Journalisten oder den CVP/Citinvest-Interessenten. Ich weiss es nicht, doch ich frage Sie, liebe Stimmbürgerinnen

und Stimmbürger: wem möchten Sie mehr Glauben schenken? Mit dem Antrag der CVP auf Einweisung in eine Zone W2A plus Quartierplan erhalten wir sicher umgehend einen Teil solcher Häuschen, wie sie im Reinacherhof zu sehen sind. Wenn wir nach den vorliegenden Plänen bauen - einen Teil Zone W2A mit Quartierplanpflicht -, ziehen dann so viele Leute nach Münchenstein, dass ihre Steuerabgaben das, was wir für sie leisten müssen, aufwiegen? Ich denke hier an Infrastrukturkosten für Kindergärten, vielleicht ein Primarschulhaus, Kinder-, Jugend- und Quartiertreffpunkte, alles Leistungen, die die Gemeinde erbringen muss. Ob die Steuereinnahmen dieser Neuzuzüger dafür ausreichen, bezweifle ich. Bei der Quartierplanpflicht bestimmen dann die Grundeigentümer die Planung. Das haben wir nun gehört. Die Gemeindeversammlung wird dann - das hat auch Herr Lüthi so gesagt - die Überbauung beschliessen, das heisst, wir können dann ja oder nein sagen. Wenn jedoch ein Quartierplan vorliegt, den wir dann ablehnen, sind wir wieder an der gleichen Stelle wie 1984. Dann werden natürlich auch die Entschädigungsforderungen massiver sein, und auf so etwas möchten wir uns nicht einlassen. Stimmen wir hingegen für eine weisse Zone, so hat der Gemeinderat die Planungshoheit und vertritt die Interessen von uns allen. Ausserdem können auch die Vorschläge, die von Ihnen im Mitwirkungsverfahren eingegangen sind, in die Planung einbezogen werden. Liebe Anwesende, ich bitte Sie im Namen der SP, den Antrag der CVP und auch der FDP abzulehnen und den Anträgen des Gemeinderats zuzustimmen. Die Grundeigentümer haben das Areal Heiligholz als unerschlossenes Land sozusagen als Spekulationsobjekt gekauft. Wenn eine Partei - wie jetzt vor allem die CVP das gemacht hat - die Interessen, die einem Privaten zugute kommen, unterstützt und nicht das gesamte Interesse der Gemeinde berücksichtigt, kann sie das zwar machen, doch unterstützenswert ist eine solche Haltung nicht. Gewähren Sie dem Gemeinderat - zusammen mit der Fachkommission - die nötige planerische Zeit zum Wohl unserer Gemeinde und stimmen Sie seinen Anträgen zu. Danke schön.

Daniel Mürger: Liebe Stimmbürgerinnen, liebe Stimmbürger. Ich versuche, mein Votum relativ kurz zu halten, denn ich nehme an, dass es anschliessend noch grössere Diskussionen geben wird. Der Gemeinderat hat ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt, das deutliche Resultate zeigt. Alle waren sich über eine Zuweisung in eine weisse Zone mehr oder weniger einig. Die Kehrtwende der CVP, unterstützt von einem Zufallsmehr der FDP, stellt dies nun in Frage. Es zeigt sich, dass nach der Kehrtwende dieser beiden Parteien eines unbestritten ist: die eigenen Interessen sind vor denjenigen der Gemeinde anzusiedeln. Das wurde von meinem Vordner auch bestätigt. Die Konsequenz heisst, dass eine Zonenzuweisung mit einer Quartierplanung ein Bauversprechen ist. Wenn man ein Versprechen bricht, dann besteht eine Schuld, und dass man die begleichen muss, ist wohl unbestritten. Klar ist auch, dass bei einer solchen Überbauung die Infrastruktur unserer Gemeinde gesprengt würde. Ich denke dabei an die Schulen, aber - in einem zweiten Schritt - auch an das Altersheim oder die Gemeindeverwaltung, die mehr Personal benötigen, um die Leute dann auch zu betreuen. Auch - wir haben es vorhin gehört - ein neues Reservoir müsste gebaut werden. Das könnte man allenfalls mit einer Etappierung auffangen. Eine solche Etappierung müsste sehr lange dauern, damit die Infrastruktur nicht gesprengt wird. Wir hätten also in diesem Gebiet eine ewige Baustelle. Auch das Steuersubstrat würde nicht verbessert, das heisst, die Gemeinde Münchenstein kann nicht mit mehr Steuereinnahmen rechnen. Im Gegenteil: es werden uns vielleicht zwar mehr Steuereinnahmen beschert, doch die Ausgaben werden - wie vorhin schon ausgeführt - überproportional ansteigen. Die Landreserven der Gemeinde Münchenstein sind aufgebraucht. Wir hätten unser Tafelsilber - um das Wort, das heute Abend schon einmal verwendet wurde, noch einmal zu benützen - dann verscherbelt. Das heisst, wir hätten kein grösseres zusammenhängendes Feld mehr, das für eine Quartierplanung verwendet werden könnte. Die Besiedelung soll nach den Bestrebungen des Kantons eher in Stadtnähe erfolgen. Es ist richtig und wünschenswert, dass sich eine intensivere Besiedelung im Gürtel um Basel befindet. Bis jetzt hat der Kanton jedoch noch keine Anstalten getroffen, irgend etwas anderes im Laufental oder im Oberbaselbiet aus der Bauzone zu nehmen. Ein solcher Vorschlag kam auch nie vom Kanton. Ergo glaube ich auch nicht, dass bei einer Überbauung des Heiligholzareals irgendwo ein anderes grünes Feld offen bliebe. Wir haben weitere Quartiere, bei denen dringender Handlungsbedarf besteht und die wir intensiver nutzen könnten. Ich erinnere an das Quartier Gstad, das an einer Aufwertung sicher interessiert wäre. Allenfalls könnte dort guter und toller Wohnraum zur Verfügung gestellt werden oder man könnte Gewerbe- oder sogar Industrieraum anbieten. Ich bitte Sie, das Feld für die Zukunft offen zu halten, damit wir - oder vielleicht einmal unsere Kinder - die Planung an die Hand nehmen können und Münchenstein eine gute Zukunft mit guten Steuereinnahmen und einem guten Zweck bieten können. Giorgio Lüthi möchte ich danken, dass er meine Ausführungen im Wochenblatt nicht widerlegen konnte. Mit den zusätzlichen Ausführungen von heute Abend möchte ich Sie bitten, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Bauverwalter R. Zulauf: Sehr geehrte Damen und Herren, vorhin wurde gesagt, ich solle der einzige sein, der sich mit dem Heiligholz noch einigermaßen auskennt. Das trifft sicher nicht zu. Es hat auch noch andere in Münchenstein, die die Geschichte sehr intensiv mitverfolgt haben. Ich erinnere zum Beispiel an alt Gemeindepäsident Dr. Zweifel. Es ist richtig, dass sich der Gemeinderat natürlich vorwiegend aus jüngeren Leuten, die die Geschichte nicht miterlebt haben, zusammensetzt. Dass ich in dieser Beziehung mehr weiss, liegt nicht nur daran, dass ich schon länger hier bin, sondern das liegt hauptsächlich daran, dass es eine meiner wichtigsten Aufgaben ist, die Gemeinde Münchenstein in raumplanerischer Hinsicht zu betreuen. Im Raumplanungsgesetz spricht man von Prüfzeiten von 15 bis 20 Jahren, danach müsse man wieder überprüfen. Dies ergibt ein falsches Bild, meine Damen und Herren. In der Schweiz bauen wir so gut, dass das Durchschnittsalter eines Wohnhauses problemlos bei 150 bis 200 Jahren liegt. Eine Strasse, die am falschen Ort gebaut wurde, bringen Sie nicht mehr weg. Deshalb müssen wir in der Raumplanung nicht in 10-, 15- oder 20-Jahresschritten denken, sondern in Generationen. Ich habe Ihnen die Bevölkerungsentwicklung von Münchenstein in Generationen zusammengestellt. Sie sehen, dass es im Jahre 1800 lediglich 100 Wohnungen gab. Wenn Sie die neuere Zeit betrachten, stellen Sie fest, dass man in zwei bis drei Generationen ungefähr 80 bis 85 % des möglichen Baugebiets in Münchenstein konsumiert hat. Die Frage lautet nun einfach, soll jetzt noch in dieser oder in der Nachfolgegeneration alles überbaut werden und dadurch keine Reserve mehr bestehen, oder wollen wir noch ein wenig über die Generationen hinaus in die Zukunft schauen? Heute Abend wurden viele verschiedene Begriffe genannt, deren Hierarchie ich Ihnen kurz darstellen möchte. Der Oberbegriff ist die weisse Zone. Sie können sich dabei eine Gemeinde vorstellen, die jetzt in irgendeiner entfernten Kolonie, in der noch kein Mensch gelebt hat, aus dem Boden gestampft werden soll. Innerhalb dieser Gemeinde ist zuerst alles weisse Zone. Die kann dann aufgeteilt werden in Grünzone, Bauzone, Landwirtschaftszone, Spezialzone, Wald, Gewässer etc. Einfach alles, das dann am Schluss bereits eine Verfeinerung darstellt. Eine einmal ausgeschiedene Bauzone kann dann wieder in Wohnzone, Gewerbezone oder eine Zone mit Quartierplanpflicht unterteilt werden. Mit einem Quartierplan kann man sämtliche übrigen Zonenbestimmungen aufheben bzw. ausser Kraft setzen. Der Unterschied zwischen einer weissen Zone und einer Bauzone besteht darin, dass die Gemeinde in einer weissen Zone jederzeit mit der Planung beginnen kann. Es ist völlig falsch, wenn gesagt wird, dann gehe nichts mehr, dann sei das Gebiet blockiert. Wenn die Gemeinde es will und als notwendig erachtet, kann in einer weissen Zone jederzeit mit der Planung begonnen werden. Die Bauzone befindet sich einen Schritt näher am Versprechen gegenüber dem Grundeigentümer, dass er sein Areal einmal nutzen können. Wenn eine Planung nicht zustande kommt, dann ist die Gemeinde verpflichtet - und zwar aufgrund des eidgenössischen Wohnbauförderungsgesetzes und auch aufgrund des kantonalen Raumplanungs- und Baugeetzes - das Areal zu erschliessen. Und damit man es erschliessen kann, muss man selbstverständlich planen. Wenn Sie also das Areal nicht einer weissen Zonen sondern einer Bauzone zuweisen, gehen Sie bereits heute die Verpflichtung ein, das Areal innert absehbarer Zeit zu erschliessen und vorher zu beplanen. Ob es sinnvoll ist, einer W2A-Zone eine Zone mit Quartierplanpflicht zu überlagern ist fraglich. Es handelt sich im Prinzip um einen Pleonasmus. Man kann es machen. Es hätte für die Grundeigentümer den grossen Vorteil, dass - sollte eine Quartierplanung von der Gemeindeversammlung abgelehnt werden - die Grundzone W2A erhalten bliebe und im Rahmen dieser Zone überbaut werden könnte. Ferner wurde die Stellungnahme des Amtes für Raumplanung mehrfach erwähnt. Bei den Gesprächen mit Vertretern des Amtes kam klar zum Ausdruck, dass man dort von der Voraussetzung ausging, dass das Areal in absehbarer Zeit überbaut werden soll, und zwar vollständig. Aus dieser Sicht ist es natürlich logisch, wenn vorgeschlagen wird, man solle eine Zone mit Quartierplanpflicht machen, weil man das Areal sowieso nur im Rahmen eines Quartierplans überbauen kann. Was das Amt für Raumplanung nicht beachtet hat, sind die Aussagen im Regionalplan Siedlung, der behördenverbindlich vom Landrat verabschiedet wurde. Darin ist enthalten, was „haushälterischer Umgang mit dem Boden“ heisst, nämlich die Verdichtung nach innen und eine Begrenzung der Baugebiete nach aussen. Das ist eine wichtige Definition. Weiter geht aus dem Regionalplan Siedlung hervor, dass - ich habe nur die Zahlen für das Birseck und das Leimental herausgezogen - die heutigen unüberbauten Wohnzonen insgesamt 250 Hektaren umfassen. Die Prognosen, wie viel davon benötigt wird, hat der Kanton in drei Szenarien durchgearbeitet. Beim Szenario „erhöhtes Wachstum“ werden ungefähr 190 Hektaren, bei einem „gedämpften Wachstum“ rund 120 Hektaren benötigt. Bref gesagt: im Moment haben wir 60 bis 130 Hektaren zu viel ausgeschiedene und unüberbaute (also noch bebaubare) Wohnzone im Birseck und im Leimental. Wie könnte die Planung ablaufen? Einer der Grundsätze in der Planung lautet, dass man zuerst ein Konzept und nachher das Detail macht. Es ist also aus meiner Sicht falsch, wenn man gleich mit einem Quartierplan beginnt. Zuerst müssen die konzeptionellen Vorstel-

lungen entwickelt und die sich daraus ergebenden Konsequenzen abgeleitet werden. Man muss also zum Beispiel festlegen, dass man in dem riesigen Heiligholzareal einige Grünflächen behalten will, hier ein paar Einfamilienhäuser und da ein paar Mehrfamilienhäuser platzieren möchte, und dass man eine gemischte Zone und allenfalls sogar noch einige Arbeitsplätze will. Das ist die Planungsstufe eines Teilzonenplans. Man überlegt gesamtheitlich, wie man das Areal erschliessen kann und ob es an die Kantonsstrasse oder an das übergeordnete Strassennetz angehängt wird. Durch das Strassennetz ergeben sich in einem Areal dann automatisch Teilflächen. Danach legt man die Teilflächen für die Nutzungsart - Wohnen, Wohnen/Geschäft oder was auch immer - fest. Der Teilzonenplan zusammen mit dem Strassennetzplan unterliegt dann der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung, die noch einmal die Richtigkeit bestätigt. Ich möchte Sie dringend warnen, heute, morgen oder in fünf Jahren Quartierplanbestimmungen für ein Gebiet, bei dem man weiss, dass eine Realisierung erst 25 Jahre später erfolgt, festzulegen. Alle Gemeinden, die derart alte Planungen besassen, machten die Erfahrung, dass sich nach rund zwanzig Jahren die Umstände veränderten, so dass man wieder von vorne beginnen musste, indem man Mutationen der Quartierpläne oder eine ganz neue Planung machen musste. Für alle Planungen sind selbstverständlich finanzielle Mittel erforderlich. Der Gemeinderat hat ursprünglich aufgezeigt, dass für eine solche Planung mit ungefähr 500'000 Franken zu rechnen ist. Wenn man einen Wettbewerb machen, also noch mehr Ideen zusammentragen will, müsste man von weiteren 250'000 Franken ausgehen. Es würde also in jedem Fall ein Planungskredit zwischen 500'000 und 800'000 Franken benötigt. Wenn Sie also heute beschliessen sollten, dass wir die Planung einleiten, empfehle ich Ihnen dringend, auch einen Planungskredit zu bewilligen. Denn es ist ganz klar: wer bezahlt, befiehlt! Persönlich betrachte ich es als nicht sehr geschickt, wenn die Grundeigentümer die Planung bezahlen. Die Planungshoheit muss bei der Gemeinde bleiben. Die Gemeinde bestimmt, welcher Planer beigezogen wird, und sie bestimmt, welche Rahmenbedingungen einzuhalten sind. Dass die CVP als einzige Partei den ursprünglichen Planungskredit verworfen hat, hat mich erstaunt. Im Moment hängen wir nämlich etwas im luftleeren Raum, denn ohne Geld keine Planung bzw. eigentlich eine recht hohe Auslieferung an die Grundeigentümer. Im Weiteren wird immer wieder mit hochoberem Drohfinger gesagt, es könne die Gemeinde etwas kosten, wenn nicht sofort mit der Planung begonnen wird. Meine Damen und Herren: Das Heiligholz kostet die Gemeinde auf jeden Fall etwas. Wir haben im Jahre 1984 alles genau durchgerechnet. Damals hätte die Gemeinde bei einer Realisierung Infrastrukturbauten in einer Grössenordnung von rund zehn Millionen Franken aufstellen müssen. Dies muss natürlich in einem recht frühen Stadium geschehen, damit schon für die ersten Bewohner Schulen oder eine Wasserversorgung vorhanden sind. Es handelt sich also sicher um eine namhafte Vorinvestition. Die Zahlen, die im Moment bezüglich der Entschädigung „herumgeistern“ - drei oder vier Millionen Franken - sind falsch. Die Gemeinde hätte insgesamt 1,4 Millionen Franken bezahlen müssen. Wenn noch die Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer abgezogen werden, dann hat die Gemeinde in etwa so viel bezahlt, wie die Planung gekostet hätte. Es gibt raumplanerische Entschiede, die sehr viel Geld kosten können, dann, wenn es um eine richtige materielle Enteignung geht. Eine materielle Enteignung liegt dann vor, wenn jemand ein baureifes, voll erschlossenes Grundstück besitzt, eventuell schon Pläne für eine Überbauung gemacht hat und dann die Gemeinde sagt, es könne nicht oder nicht so, wie gewünscht, gebaut werden. Das führt zu einer materiellen Enteignung, die entschädigungspflichtig ist. Hier hat der Gesetzgeber nun einen Fluchtweg offen gelassen. Im Raumplanungs- und Baugesetz steht klar: Wenn die Gemeinde in einem solchen Fall zu einer Zahlung „verknurrt“ wird, dann hat sie zwei Möglichkeiten: entweder zahlt sie, oder sie macht den Beschluss rückgängig. Wenn sie den Beschluss rückgängig macht, dann muss sie natürlich die bis zum Urteil entstandenen Verfahrenskosten übernehmen. Das Verfahren läuft via Enteignungsgericht, Kantonsgericht und - schlimmstenfalls - das Bundesgericht. Die Verfahrenskosten sind unterschiedlich hoch, je nachdem, ob es sich die Gemeinde bereits beim Enteignungsgericht oder erst beim Bundesgericht anders überlegt. Als letzten Punkt möchte ich Ihnen meine ganz persönliche Ansicht bekannt geben. Ich war schon bei relativ vielen Quartierplanungen dabei, auch bei solchen ausserhalb Münchensteins. Es gab Planungen, die total verunglückten. Ich behaupte jedoch, dass Münchenstein gute Planungen erhalten hat. Wenn ich zum Beispiel an die Zollweiden oder den Teichweg denke, muss ich sagen, dass es sich um attraktive Überbauungen handelt. Den Plan, den uns die Grundeigentümer im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens geschickt haben, habe ich - ich sagte es bereits in der Gemeindekommission - unter Verschluss behalten. Und zwar einfach aus dem Grund, weil ich nicht unbedingt jemanden „ins offene Messer“ laufen lassen möchte. Wenn Sie den Quartierplan in den Broschüren der CVP genau betrachten, dann sehen Sie, dass es sich um eine ganz typische postmoderne Reissbrettplanung handelt. Sämtliche Strassen sind rechtwinklig, sämtliche Häuser schön in einer Reihe gerade und stereotyp geord-



net. Es gibt auf dem ganzen riesigen Areal nicht mehr als etwa drei verschiedene Haustypen. Schmale Reiheneinfamilienhausparzellen ohne Intimbereich, wo jeder dem anderen in den Garten sieht. Wenn man beobachtet, wo heute die meisten nachbarrechtlichen Auseinandersetzungen stattfinden, dann sieht man, dass sie leider in diesen Reiheneinfamilienhaussiedlungen stattfinden. Es fängt immer gleich an: zuerst reklamiert jemand, weil ihm das Laub vom Baum des Nachbarn in den Garten fällt, dann fühlt sich eine Dame vom Nachbarn beim Sonnenbaden beobachtet, dann kommen die grossen zwei Meter hohen Hecken und Sichtblenden, die dem Nachbarn Schatten machen und schliesslich eskaliert der Lärm. Mit einer seriösen, sauberen Planung kann man herausfinden, wo Reiheneinfamilienhäuser in einer anderen Gestaltung möglich sind. Betrachten Sie zum Beispiel den Augarten in Rheinfelden: dort gibt es Reiheneinfamilienhäuser mit einem Atrium, wo mindestens auch im Garten die Intimsphäre gewährleistet ist. Bei den Plänen der Grundeigentümer findet ein Kind, das noch nicht zählen kann und daher nicht weiss, dass es nach der dritten Strasse nach rechts muss, nicht mehr nach Hause, weil alle Strassen gleich aussehen und gleich bebaut sind. In der vorliegenden Siedlung - ein ganzes Quartier mit 300 Wohnungen - befindet sich ein schöner See. Doch in der Schweiz gibt es Witterungsverhältnisse, wo man sich eigentlich nicht unbedingt an einem See treffen will. Solche Quartiere benötigen Kristallisationspunkte, wo man sich trockenen Fusses ein bisschen geschützt von der Witterung treffen kann. Auch das ist in dieser Planung nicht vorgesehen. Weiter sind die Verkehrsflächen - zu jedem Haus führt eine befahrbare Strasse - absolut überdimensioniert und stehen in einem unsinnigen Verhältnis. Das waren nur einige Details. Ich darf Ihnen versichern, dass ich mich, so lange ich hier Bauverwalter bin, mit Händen und Füssen gegen eine Planung mit einer derartigen Grundlage wehren werde, es sei denn, Sie beschliessen etwas anderes. Doch dann bin ich fein raus, dann kann ich sagen, die Münchensteinerinnen und Münchensteiner haben es schliesslich so gewollt, und dann sind sie selber schuld. Danke schön.

Paul Messmer: Ja, meine Damen und Herren, Sie tun mir fast ein wenig Leid, bei den vielen widersprüchlichen Dingen, die Sie hören und es letztlich darauf hinausläuft, wem Sie glauben wollen. Darauf kommt es nämlich für die meisten von Ihnen wahrscheinlich an. Ich möchte mich nicht auf das Niveau von Frau Huggel, die im Namen der SP gesprochen hat, begeben und deshalb das ganze Geschwätz zum Thema, weshalb die CVP eine andere Meinung hat, gar nicht erst kommentieren. Hingegen müssen Sie einfach wissen - und wenn man sich mit dem Geschäft intensiv befasst hat, weiss man es - dass heute Abend Wahrheiten und Unwahrheiten gesagt wurden und Verschiedenes gar nicht. Ich gehöre zu denen, die sich intensiv mit dem Heiligholz befasst haben, länger sogar, als Herr Zulauf, der von Anfang an dabei war. Ich kenne also das Geschäft. Es ist völlig unmöglich, ein so schwieriges Traktandum einer Gemeindeversammlung darzulegen. Es würde auch zu weit führen, Ihnen alle Unwahrheiten, die heute Abend erzählt wurden, zu widerlegen. Ich muss es letztlich Ihnen überlassen, ob Sie einer Bauverwaltung glauben, die seit 1990 - Sie haben es zu Beginn der heutigen Versammlung gehört - unfähig ist, ihre Rechnung abzuschliessen. Man muss sich natürlich fragen, wie jemand, der nicht einmal über den Rechnungsverlauf Bescheid weiss, eine Bauaufsicht wahrnehmen kann. Denn wenn man Bescheid weiss, kann man den Abschluss machen. Es wird Ihnen einfach vieles vorenthalten. Wenn Herr Zulauf - und auch Herr Lauper - von einem Bauprojekt, das die Grundeigentümer eingereicht haben, gesprochen hat, so ist das gelogen, ganz klar gelogen. Die Grundeigentümer haben dem Gemeinderat eine Bau- und Planungs idee mit einem Zusatzbrief, sie seien sich natürlich bewusst, dass man darüber noch sehr viel gemeinsam sprechen müsse, und dass es Änderungen gebe, eingereicht. Es kann also keine Rede von einer Planung oder einem Projekt, wie es hier dargestellt wird, sein. Das war weder die Idee, noch wurde es so bezeichnet. Es ist aber wiederum bezeichnend, wenn nachher der Bauverwalter geht und die Papiere offenbar unter Verschluss nimmt, so dass sie der Gemeinderat offenbar nicht einmal rechtzeitig zu Gesicht bekommen hat. Wenn wir von einem Quartierplan sprechen, dann ist völlig klar, dass er nur in Zusammenarbeit mit den Grundbesitzern zustande kommen kann. Wir sind hier in Münchenstein nicht alleine auf der Welt. Es gab in der ganzen Umgebung unzählige Quartierpläne. Ich habe an vielen mitgewirkt, meistens auf der Seite der Gemeinde. Ein Quartierplan ist immer ein Geben und ein Nehmen, das heisst, der Bauherr möchte die möglichst hohe Nutzung, das ist klar, und die Gemeinde bringt ihrerseits ihre Wünsche in die Planung ein. Am Schluss muss dann etwas entstanden sein, dem beide zustimmen können. Es gibt viele gute Quartierplanungen, die in Zusammenarbeit entstanden sind. Ich kenne keine einzige, bei der die Gemeinde sagte, auf diesem Areal, das dir gehört, plane ich jetzt und sage dir, was du darauf bauen kannst. Es wurde immer gemeinsam gemacht und auch die Kosten wurden geteilt. Nota bene hat also weder einseitig der Eigentümer noch hat einseitig die Gemeinde bezahlt. Ich möchte Sie nochmals daran erinnern, dass Sie, wenn Sie heute Abend den Anträgen

des Gemeinderats zustimmen, immense Folgekosten riskieren, die wir bezahlen müssen, ohne dass wir etwas dafür erhalten. Und auch hier wurde wieder nicht alles gesagt, vorgelesen oder geschrieben. Das kantonale Amt für Raumplanung schreibt zwei wesentliche Sätze: „Die Grundeigentümer können sich dadurch in ihrem Grundrecht auf Rechtssicherheit und Vertrauensschutz verletzt sehen und in berechtigter Weise Einsprache erheben“ und „Aufgrund der planerischen Vorgabe und der Intentionen der kantonalen Behörden ist es sehr fraglich, ob die Zuweisung des Heiligholzgebiets zur Zone nach § 19 und so weiter *zweck- und rechtmässig* ist.“ Die Aussage - basierend auf einem Rechtsgutachten des Rechtsvertreters, der die Gemeinde im letzten Streit vertreten hat -, die Ihnen der Gemeinderat suggeriert, es handle sich um ein völlig problemloses Verfahren, ist so nicht haltbar. Einer meiner Vorredner, der Jurist ist, hat seine Zweifel bereits geäußert. Es gibt auch andere, die ihre Zweifel äussern. Stimmen Sie daher bitte den Gemeinderatsanträgen nicht zu, lehnen Sie sie bitte ab. Stimmen Sie der Schaffung einer Zone mit Quartierplanpflicht zu. Über diesen zu erarbeitenden Quartierplan können *wir*, die Gemeindeversammlung, dann abstimmen. Wenn er so ist, wie er uns passt, stimmen wir zu, andernfalls lehnen wir ihn ohne Folgekosten ab. Danke schön.

Dr. Arnold Amacher: Liebe Münchensteinerinnen und Münchensteiner. Es ist genau so, wie Paul Messmer gesagt hat. Letztlich entscheidet, wem Sie was glauben. Also bewegen sich auch die Behauptungen, die Paul Messmer am Schluss aufgestellt hat, genau so im luftleeren Raum, wie das, was ich Ihnen präsentieren werde. Das müssen Sie mir mindestens zugestehen. Vieles wurde schon gesagt und es macht keinen Sinn, alles noch einmal zu wiederholen. Das wichtigste vorweg: Die Grünen Münchenstein sind der Meinung, dass das Land in die weisse Zone eingeteilt werden soll und möchten Sie bitten, den Anträgen des Gemeinderats zuzustimmen. Die vorhin angesprochene Information kann ich allerdings nicht auf mir sitzen lassen. Wenn im Wochenblatt steht, die Gemeindekommission habe sich nicht für die Grundeigentümer interessiert, muss ich Ihnen hier mitteilen, dass die Gemeindekommission eine Sondersitzung geplant hatte, weil man die Anregung von Paul Messmer aufnahm. Was passierte? Der Kommissionspräsident, ein namhaftes Mitglied dieser CVP, die sich jetzt hier so wacker schlägt, sagte die Sitzung kurzfristig ab. Nun müssen Sie mir erklären, wie man anschliessend in der Zeitung schreiben kann, man interessiere sich nicht für die Grundeigentümer. Das ist also einfach wirklich „der Hammer“. Der Gemeinderat hat mehrfach ausführlich informiert, Sie konnten die Unterlagen beziehen und die Protokolle der Einwohnergemeindeversammlung lesen. Was kam dabei heraus? Das ganze ist ein Ermessensentscheid und wird es auch bleiben. Einen Punkt muss ich dem Gemeinderat ankreiden: es wäre wünschenswert gewesen, wenn man die Grundeigentümer einmal hätte öffentlich anhören können. Allerdings hätten auch die Grundeigentümer selber aktiv werden können. Das Kuspo kann man mieten und füllen. Nicht nur die Gemeinde, auch die Grundeigentümer haben in den vergangenen 13 Jahren keine Planung gemacht. Also auch sie waren in dieser Frage gar nicht so wahnsinnig aktiv. Man kann sich fragen, ob sie an einer Planung überhaupt interessiert sind, oder ob nicht alles bloss Schaumschlägerei ist, damit man möglichst nochmals ein wenig vor Gericht gehen und ein paar Leute beschäftigen kann. Es ist natürlich klar, die Grundeigentümer möchten bauen. Vielleicht möchten sie es - wie ich erwähnt habe - aber auch nicht so sehr. Dass sie bauen möchten und die Bauten danach gewinnbringend umsetzen, ist logisch, das ist ihr Geschäft. Sie haben das Land gekauft, sie haben dort mit dem Ziel, eine gewinnbringende Anlage zu erarbeiten, investiert. Das ist so in unserer Marktwirtschaft. Wenn aber eine Firma eine Investition tätigt und anschliessend mit ihrem Produkt am Markt aufgrund anderer Umgebungsfaktoren keinen Erfolg hat, ist das nicht die Aufgabe des Gemeinwesens. Man darf jetzt nicht so tun, als ob die Gemeinde den Grundeigentümern etwas schuldig wäre. Wir haben die Planungshoheit. Die Grundeigentümer sind uns lieb und recht, doch die Planungshoheit liegt bei der Gemeinde, wie auch immer wir uns heute Abend entscheiden. Vom Gemeindehaushalt wurde heute Abend bereits gesprochen, weiteres dazu erübrigt sich. Es wurde gesagt, es bestehe eine gute Verkehrserschliessung. Sind Sie schon einmal zu Stosszeiten mit dem 11er Tram gefahren? Falls ja, können Sie sich etwa ausrechnen, was passiert, wenn nochmals 500, 800 oder tausend Personen im Heiligholz wohnen und dort zusteigen. Oder sind Sie schon einmal mit dem Auto in die Stadt gefahren und im Kreislauf bei der Motorfahrzeugkontrolle oder an der Stadteinfahrt gestanden? Dann wissen Sie auch, was gute Verkehrserschliessung heisst. Ich denke, wir erreichen auch hier gewisse Limiten. Und sollten wir diese Limiten sprengen wollen, dann muss der 11er in irgendeiner Form ausgebaut und verdichtet werden. Das wiederum bedingt höhere Beiträge der Gemeinde an den Kanton. Ich denke daher, dass die Aussagen über den Verkehr und die gute Erschliessung schlussendlich ein Phantom sind. Wir haben - von denen, die sofort, oder auch nicht sofort, dafür in den nächsten Jahren, bauen möchten - gehört, dass das Amt für Raumplanung anderer Meinung sei. Man könnte ja auch hier - und jetzt,

meine Damen und Herren, werde ich etwas bösartig - von einem Parteigutachten sprechen. Immerhin ist das Amt für Raumplanung der Baudirektion angesiedelt und die Baudirektion wird von Regierungsrätin Elisabeth Schneider, CVP, geleitet. Also ich denke, es bringt nichts, wenn die einen sagen, das Rechtsgutachten, das immerhin von einem namhaften Büro erstellt wurde, sei ein Parteigutachten. Es ist ein Rechtsgutachten. Es entspricht Ihnen, Herr Messmer, oder Ihren Leuten nicht. Das ist in Ordnung. Und genauso gut entspricht es mir nicht, wenn das Amt für Raumplanung salopp sagt, man müsse hier überbauen. Das Amt für Raumplanung, das konnten Sie auch der Vorlage entnehmen, hat nicht einmal geprüft, ob das Land allenfalls für andere Zentrumsfunktionen in Frage kommen könnte, das ist noch zu weit weg, aber wir sollen es überbauen. So viel zum Thema Rechtsgutachten. Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, fällen Sie ruhig ihren Ermessensentscheid. Glauben Sie mir nicht, glauben Sie Herrn Messmer nicht, glauben Sie den anderen Vorrednern nicht. Füllen Sie den Entscheid, den Sie für die Zukunft richtig finden. Wir meinen, es sollen auch zukünftige - oder mindestens *eine* zukünftige - Generationen über ein grösseres Baugebiet Entscheide fällen können. Danke schön.

Herr Inäbnit: Guten Abend. Ich habe nur eine Frage für meine Entscheidungsfindung: Wir sprechen alle über die weisse Zone. Wie lange würde sie bestehen? Welcher Zeithorizont ist vorgesehen?

Gemeindepräsident W. Banga nimmt die Frage entgegen.

Urs Abt: Herr Präsident, geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Ich habe es einfach. Es ist alles gesagt worden, für die rechte, für die linke und für die mittlere Seite. Es geht mir auch persönlich so: ich weiss auch nicht so ganz, wem ich was glauben muss. Die SVP Münchenstein hat im Mitwirkungsverfahren ganz klar zur weissen Zone Stellung bezogen und dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt. Auch nachdem sie die Grundeigentümer anhörte, hat sie keinen anderen Entschluss gefasst und empfiehlt Ihnen, für die weisse Zone, so wie sie der Gemeinderat vorschlägt, zu stimmen. Danke schön.

Hans Seiler: Humor ist, wenn man trotzdem lacht. In Anlehnung an die Fussball WM: wem wollen wir die gelbe, wem die rote Karte zuteilen? Doch Spass beiseite. Es wurde erwähnt, eine Strasse, die schon gebaut wurde, kann man nicht mehr wegbekommen. Das ist sehr richtig. Man hätte eigentlich die Strassen immer vor den Häusern bauen sollen, oder? Dann wäre es vielleicht vernünftiger herausgekommen. Wir wohnen peripher im Heiligholzquartier, das wohl demnächst in „Hollywood-Distrikt“ umgetauft wird. In Anlehnung an die internationale Schule muss man ja das Gebiet umbenennen, oder? Doch das ist nicht das Wesentliche. Ich habe ursprünglich der Auszonung zugestimmt. Sie werden das in Anbetracht der heutigen Situation ein bisschen vermessen finden. Ich habe mich drei Jahrzehnte mit diesen Fragen befasst, aus beruflicher Sicht. Als Geografielehrer, der für die eidgenössische Matur vorbereitet hat und sich mit Raumplanungsfragen, Besiedlungsgeographie usw. neben Astronomie, Geomorphologie, Geologie, Mineralogie, Klimatologie usw. befasst, muss man sich damit beschäftigen. Folgendes Faktum ist sehr wichtig und soll meine Stellungnahme erhärten: ich habe in einer vorzüglich redigierten Fachzeitschrift über den Naturschutz, gelesen, dass in der Schweiz jede Sekunde ein Quadratmeter überbaut wird. Das macht pro Stunde immerhin 3'600 Quadratmeter oder 36 Aren. Das macht pro Tag 24 x 36 gibt 864 Aren oder 8,64 Hektaren. Das entspricht genau der Hälfte dieses Areals, das überbaut werden soll. In einem Jahr nimmt das erschreckende Dimensionen an. 365 - in einem Schaltjahr gar 366 - mal die rund 9 Hektaren ergibt approximativ 30 Quadratkilometer. Sie finden, das sei nicht so viel? Es ist immerhin nicht ganz die Fläche des Kantons Basel-Stadt. Und wenn ich jetzt schon vom Kanton Basel-Stadt spreche und von den engen Planungen im engen Raum: ich muss dem Souverän von Basel-Stadt attestieren, er hat den Mut gehabt, das Bäumlhofareal, eine ertragslose Wiese, wie es geheissen hat, zugestimmt, dass es nicht überbaut werden soll. Ich habe Beispiele aus anderen Gemeinden. In Bottmingen aufgewachsen, habe ich heute meine Kontakte in Bottmingen, wo die Regierung Pläne zur Ortsplanung, das heisst, den kommunalen Beschluss, über den Haufen geworfen hat. Die regionale Planung hat das ganze Gebiet, obwohl es von der Gemeinde als Bauzone erklärt wurde, wieder zurückbuchstabiert. Es war ein Hickhack und Zickzack von Planungen, das man gar nicht glauben kann. Weiter wurde heute Abend erwähnt, dass die demographische Situation nicht richtig oder nicht ganz klar erfasst worden sei, weil viele privatrechtliche Aspekte reinspielen, das heisst, was das Eigentum betrifft. Es ist klar, dass jemand, der Land besitzt, alles Interesse hat, einen Gewinn zu erzielen. Das ist aus der Sicht der Eigentümer verständlich. Wenn man allerdings die ökologische Situation betrachtet und im gleichen Tempo wie bisher weitergebaut wird, dann haben unsere Nachkommen keine Chance mehr.

Gemeindepräsident W. Banga gibt dem Departementschef, Lukas Lauper, Gelegenheit für ein Schlusswort vor der Abstimmung.

Gemeinderat L. Lauper: Eine konkrete Frage ist noch hängig, nämlich, wie lange die weisse Zone gelten wird. Sie dauert zum einen klar so lange, bis die Gemeindeversammlung etwas anderes beschliesst. Andererseits beträgt der Planungshorizont 50, Entschuldigung, 15 Jahre. Spätestens dann müsste man eigentlich wieder alle Zonen beurteilen, was nicht viele Gemeinden machen. Weiter kam noch die Unterstellung, dass in unserer Gemeinde die Bauverwaltung alle Entscheide fällt. Ich kann Herrn Messmer dazu nur mitteilen, dass das vielleicht in seiner Zeit so gewesen ist. Heute jedoch entscheidet der Gemeinderat. Man sieht, es bestehen verschiedene Ansichten über die Gewichtung des öffentlichen und des privaten Interesses. Es bestehen genau gleich verschiedene Ansichten über den Zeitpunkt, wann man mit einer Planung und Überbauung anfangen soll. Aber ich glaube, dass es sehr wohl möglich ist, dass diejenigen, die an eine Gemeindeversammlung kommen, entscheiden können. Der Gemeinderat kam in dieser ganzen Frage zum Schluss, zuerst die erschlossenen Bauzonen aufzufüllen und zu optimieren, wie es im Übrigen auch der haushälterische Umgang mit dem Boden fordert. Dieses Vorgehen lässt die Gemeinde gesund weiterleben und es verbleibt ihr ein grosses, unüberbautes Gebiet, das man später auch noch als Tafelsilber nutzen kann. Auch zum Nutzen der Grundeigentümer. Der Ausdruck „Tafelsilber“ stammt übrigens von den Grundeigentümern, aus einer Sitzung, die der Gemeinderat mit ihnen hatte. Ich bitte Sie nochmals, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen. Danke schön.

Gemeindepräsident W. Banga: Wir kommen nun zu den Anträgen und zur Abstimmung über dieses Geschäft. Der Gemeinderat beantragt Ihnen die Zuweisung in eine weisse Zone. Den genauen Antrag lese ich Ihnen bei der Abstimmung vor. Die CVP beantragt, die weisse Zone abzulehnen und das Areal Heiligholz einer Wohnzone W2A mit Quartierplanpflicht zuzuweisen. Die FDP beantragt das selbe. Wir können die beiden Anträge weisse Zone und Areal Heiligholz W2A mit Quartierplanpflicht einander gegenüberstellen. Wenn Sie dem Antrag des Gemeinderats *„Zuweisung des Areals in eine Zone, deren Nutzung noch nicht bestimmt ist bzw. erst später zugelassen wird (§ 19 Abs. 1 lit. f des Raumplanungs- und Baugesetzes) gemäss Mutationsplan Nr. 4.151 vom 6. November 2001 der Bauverwaltung (der Plan wird nicht publiziert, er kann bei der Bauverwaltung eingesehen werden)“* zustimmen können, so bezeugen Sie dies bitte durch Handerheben. Ich bitte die Stimmzähler, in Aktion zu treten. Wenn Sie dem Antrag der CVP und der FDP, *das Areal Heiligholz einer Wohnzone W2A mit Quartierplanpflicht zuzuweisen*, zustimmen möchten, bezeugen Sie das bitte durch Handerheben. Sie haben dem Antrag des Gemeinderats, *das Areal einer weissen Zone zuzuweisen*, mit 202 gegen 98 Stimmen zugestimmt. Mit dem Antrag Nr. 2 beantragt Ihnen der Gemeinderat *einen Kredit in der Höhe von Fr. 50'000.-- zur Beobachtung der räumlichen Entwicklung* zu bewilligen. Die CVP beantragt, *diesen Betrag abzulehnen*. Wenn Sie dem Antrag des Gemeinderats zustimmen möchten, bezeugen Sie dies bitte durch Handerheben. Gegenmehr? Mit grossem Mehr gegen einzelne Stimmen haben Sie den Kredit von Fr. 50'000.-- bewilligt. Beim Antrag um Einsetzung einer Fachkommission besteht - mit Ausnahme der Zusammensetzung - Übereinstimmung. Ich lasse so abstimmen, dass wir über eine Fachkommission im Sinne des Gemeinderats und eine Fachkommission im Sinne der CVP beschliessen. Da Sie den Antrag der CVP nicht schriftlich vor sich haben, werde ich beide Anträge vorlesen. Antrag Gemeinderat: *„Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat zur Raumbesichtigung bezüglich der ganzen Gemeinde und für die Belange des Heiligholzes eine Fachkommission einsetzen wird.“* Wenn Sie dem Antrag des Gemeinderats zustimmen können, bezeugen Sie das durch Handerheben. Der Antrag der CVP lautet: *„Wir unterstützen die Einsetzung einer Fachkommission; ein Gemeinderat (Vorsitz), eine Person der Bauverwaltung, ein Vertreter des Amtes für Raumplanung, zwei Fachexperten, je ein Vertreter der politischen Gemeindeparteien.“* Wenn Sie dem Antrag der CVP zustimmen möchten, bezeugen Sie das bitte mit Handerheben. Sie haben dem Antrag des Gemeinderats mit 169 gegen 84 Stimmen zugestimmt. Die Beschlüsse Nr. 1 und Nr. 2 unterstehen getrennt dem fakultativen Referendum. Der Antrag Nr. 5 entfällt.

(Anm.: Ende Votenprotokoll)

- ://: 1. Mit 202 gegen 98 Stimmen wird die Zuweisung des Areals in eine Zone, deren Nutzung noch nicht bestimmt ist bzw. erst später zugelassen wird (§ 19 Abs. 1 lit. f RGB), gemäss Mutationsplan Nr. 4.151 vom 6. November 2001 der Bauverwaltung beschlossen. Der Plan wird nicht publiziert, er kann bei der Bauverwaltung eingesehen werden.

2. Mit grossem Mehr gegen wenige Gegenstimmen wird zur Beobachtung der räumlichen Entwicklung der ganzen Gemeinde ein Kredit von Fr. 50'000.-- bewilligt.
3. Mit 169 gegen 84 Stimmen wird davon Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat zur Raumbesichtigung bezüglich der ganzen Gemeinde und für die Belange des Heiligolzes eine Fachkommission einsetzen wird.

Die Beschlüsse der Ziffern 1 und 2 unterstehen getrennt dem fakultativen Referendum.

## **Traktandum 5**

### **Änderung des Gemeindesteuerreglements**

Gemeinderätin U. Lanz bittet, den Anpassungen zuzustimmen.

Jeanne Locher: Das Steuergesetz aus dem Jahre 1993 wurde im März 2001 revidiert. Dieses Jahr fielen die Grundstücksteuern weg. Die Änderungen sind sinnvoll, so dass ihnen zugestimmt werden kann.

://: Die Änderungen im Steuerreglement vom 16. September 1993 (Ingress; § 1 lit. c und e; § 2 Abs. 1; § 2 Abs. 2; § 3; § 5 Abs. 3; § 6 Abs. 5; § 7) werden einstimmig genehmigt, und das Steuerreglement vom 16. September 1993 wird durch dasjenige vom 17. Juni 2002 ersetzt.

Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

## **Traktandum 6**

### **Änderung des Personalreglements**

Gemeindepräsident W. Banga: Weil der Kanton in seinem Personalgesetz den Wegkauf der Rentenkürzungen neu geregelt hat, drängt sich beim Personalreglement der Gemeinde bereits eine Änderung auf. Es wird Folgendes vorgeschlagen:

- neue Regelung bei vorzeitiger Pensionierung (Wegkauf Rentenkürzung)
- Anpassung des Rentenalters an die Statuten der Basellandschaftlichen Pensionskasse (neu Alter 64 für beide Geschlechter, bisher AHV-Alter (65/62))
- Umsetzung der Vorbehalte des Kantons

Beim Wegkauf der Rentenkürzungen bezahlt der Kanton pro Fall jährlich 25'000 Franken, maximal 100'000 Franken. Gemeindepräsident W. Banga erläutert die Situation der Gemeinde am Beispiel von „ausgebrannten“ Lehrern. Bei der Anpassung des Rentenalters beantragt der Gemeinderat folgende Änderung: *„Das Arbeitsverhältnis endet grundsätzlich am letzten Tag des Monats, in dem die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter das vierundsechzigste Altersjahr vollendet hat.“* Es hat sich inzwischen noch eine Änderung ergeben. Bei der Drucklegung des Ratschlags war noch nicht bekannt, dass die Mitarbeitenden der JMS nicht bei der Pensionskasse versichert sind. § 7<sup>bis</sup> wird mit einem 4. Absatz wie folgt ergänzt: *„Diese Regelung gilt auch sinngemäss für Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter, die bei einer der Basellandschaftlichen Pensionskasse gleichwertigen Vorsorgeeinrichtung, wie Verband Musikschulen Schweiz, versichert sind. Die Maximalsumme von Fr. 100'000.-- pro Mitarbeiterin oder Mitarbeiter darf nicht überschritten werden.“*

Bei der Genehmigung des Personalreglements hat der Kanton einige Vorbehalte angebracht, die bei einer Änderung zwingend wie folgt berücksichtigt werden müssen:

#### § 58<sup>bis</sup> Disziplinarrecht

<sup>1</sup>Disziplinarartatbestände sind:

- a. grobe Verletzung der Dienstpflichten;
- b. schuldhaftes, mit den Dienstpflichten nicht zu vereinbarendes Verhalten ausser Dienst.

<sup>2</sup>Disziplinar massnahmen sind:

- a. Ermahnung
- b. Verweis
- c. Geldbusse bis zu einem Monatslohn
- d. Versetzung mit gleicher oder geringerer Besoldung
- e. Herabsetzung der Besoldung

f. Versetzung ins Provisorium

g. Entlassung

Die einzelnen Massnahmen können verbunden werden.

<sup>3</sup>Besteht gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verdacht auf Vorliegen eines Disziplinarverhältnisses, so hat der Gemeinderat ein Disziplinarverfahren zu eröffnen.

<sup>4</sup>Hat der Gemeinderat von einem Vorfall seit drei Monaten Kenntnis, ohne ein Disziplinarverfahren eröffnet zu haben, oder sind seit einem Vorfall zwei Jahre verflossen, so kann kein Disziplinarverfahren mehr eingeleitet werden.

<sup>5</sup>Im Übrigen gilt das kantonale Personalrecht in Bezug auf das Disziplinarverfahren sinngemäss.“

Peter Zwick weist darauf hin, dass es weitere Änderungen geben wird; morgen wird über Reformen bei der Pensionskasse beschlossen. Peter Zwick beantragt, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

://: Die Änderungen im Personalreglement vom 9. Dezember 1999 (§ 5, § 7<sup>bis</sup>, § 58<sup>bis</sup> und § 73) werden einstimmig genehmigt. Die Änderungen treten vorbehaltlich der kantonalen Genehmigung auf den 1. Juli 2002 in Kraft.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

## Traktandum 7

### **Kreditbegehren Fr. 145'000.-- als Gemeindebeitrag an die Erstellung eines Skateparks**

Gemeinderat Th. Imboden wird das Traktandum mittels Folien erläutern. Er weist darauf hin, dass danach der Präsident der Jugendkommission, Daniel Altermatt, das eigentliche Projekt vorstellen wird. Auf der ersten Folie ist auf einer Karte der Standort „Welschmatt“ ersichtlich. Die zweite Folie zeigt, dass der Skatepark über eine ideale Grösse verfügt, in die bestehenden Anlagen eingebunden, für Skater und Inliner nutzbar und öffentlich zugänglich ist und sowohl feste als auch mobile Geräte besitzt.

Daniel Altermatt dankt dem Gemeinderat, dass das Projekt mit so viel Wohlwollen aufgenommen wurde. Diese Sportart ist, seitdem sie aufgekommen ist, nie wieder ganz verschwunden. Im Moment ist es so, dass die Inline-Skates wieder vermehrt von den „Brettli“ abgelöst werden. Weil die Skate-Boards mehr Lärm verursachen, werden die Anwohner immer wieder gestört. D. Altermatt erklärt kurz die Situation in den Gemeinden Aesch, Arlesheim und Reinach. Reinach hat an sich eine gute Anlage. Leider befindet sie sich auf dem Parkplatz des Schwimmbads, der im Sommer für die Skater gesperrt wird. Die grosse Halfpipe wird in aller Regel kaum benützt, gefragt sind vielmehr die kleinen Geräte. Da die Gemeinde Münchenstein keine Möglichkeiten zum Fahren besitzt, hat sich die AGFF bereit erklärt, das Projekt aufzunehmen und im Namen der Jugendlichen einzureichen. D. Altermatt zeigt auf einer Folie das Modell, das auch im Foyer des Kuspos betrachtet werden konnte und erklärt den Sinn und Zweck der Geräte. Es soll auch Platz geschaffen werden, dass die Jugendlichen eigene Geräte mitbringen können. Der Gemeinderat hat bereits zugesichert, das Land, das noch ausgeebnet und geteert werden muss, zur Verfügung zu stellen, die AGFF hat bereits Geld zugesprochen erhalten.

Gemeinderat Th. Imboden: D. Altermatt hat die Kosten und die Finanzierung bereits angetönt. Im Moment besteht ein ungedeckter Betrag von Fr. 145'000.--. Der Bedarf an einem Skatepark ist unbestritten. Das Projekt wurde von den Jugendlichen initialisiert - ihre Anliegen werden ernst genommen. Es wird vielerorts gefahren und das führt oft zu Lärm, so dass sie verjagt werden. Ein Skatepark würde Raum bieten, das soziale Lernen ermöglichen und die Gemeinde erhalte dadurch eine moderne Sport- und Freizeitanlage. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Finanzlage der Gemeinde nicht rosig aussieht und das Projekt aus dieser Sicht quer in der Landschaft steht. Trotzdem bittet Gemeinderat Th. Imboden, den Anträgen des Gemeinderates Folge zu leisten.

Hanni Hugge: Die Gemeindegemeinschaft hat dieses Traktandum genau geprüft. Viele Fragen, die zum Teil beantwortet, zum Teil weitergeleitet wurden, sind gestellt worden:

- kein Sponsoring - kein Skatepark? Diese Frage wurde beantwortet, das Geld ist vorhanden
- wer unterhält den Skatepark? Der Unterhalt wird von der Gemeinde vorgenommen

- ist ein Bedarf vorhanden, hat es genug Jugendliche? Ja, es sind genug (Anm.: Die Antwort auf diese Frage wird mit Klatschen, Johlen und Pfeifen der grossen Anzahl anwesender Jugendlicher untermauert)
  - Was beinhaltet der Pachtvertrag? Diese Frage müsste noch beantwortet werden
- Die FDP beantragte an der Sitzung der Gemeindekommission, auf die Anträge des Gemeinderates nicht einzutreten, die CVP hat sich der Stimme enthalten. In der Folge hat die Gemeindekommission mit 9 gegen 3 Stimmen und 2 Enthaltungen den Anträgen des Gemeinderates zugestimmt.

Herr Grossglauser: Die CVP möchte das Geschäft zurückweisen. Die beantragte Ausgabe in der Höhe von Fr. 145'000.-- hat in den Gemeindefinanzen keinen Platz. Das bedeutet nicht, dass der Skatepark den Jugendlichen nicht zu gönnen wäre. Man muss auch sehen, dass es in der Anlage zu Unfällen kommen kann. Bisher wurde von den Haftungsfragen nicht gesprochen. Ausserdem werden auch immer mehr Gemeindeanlagen von Vandalen verwüstet. Daher hat die CVP beschlossen, das Kreditbegehren abzulehnen.

Daniel Altermatt äussert sich in eigener Sache, als Präsident der AGFF zur Finanzierung. Es wurden sämtliche Schwesternvereinigungen angeschrieben und Anfragen bei sieben Institutionen getätigt. Folgende Beiträge wurden zugesichert: Lotteriefonds: Fr. 30'000.--, Mc Donalds: Fr. 15'000.--, AGFF: Fr. 15'000.--, Pro Juventute: max. Fr. 10'000.--, Römisch-katholische Kirche: max. Fr. 7'000.--. Das ergibt einen Totalbetrag von Fr. 77'000.--, nötig gewesen wären 65'000 Franken.

Wenn die Geräte ersetzt werden müssten, würde die AGFF wiederum als Gotte auftreten. Zu den Unfällen: D. Altermatt besuchte letztes Wochenende einen Skate-Event. Während des ganzen Anlasses kam es nur zu insgesamt sieben Hautabschürfungen. Ausserdem wird im Skatepark ein grosses Schild montiert, mit dem darauf hingewiesen wird, dass die Benützung auf eigene Gefahr erfolgt und bei Unfällen jegliche Haftung abgelehnt wird. Die Projektgruppe hat festgestellt, dass auf die 10'000 Franken für die Veloständer verzichtet werden kann. Der beantragte Kreditbetrag beträgt somit nur noch 135'000.-- Franken.

Urs Gerber: Die FDP empfiehlt, den Kreditantrag von Fr. 135'000.-- abzulehnen. Eine Bewilligung wäre bei der derzeitigen finanziellen Situation der Gemeinde unverantwortlich. Die Rechnung weist ein Defizit von 1,3 Millionen Franken auf, das Budget 2003 sieht einen Fehlbetrag von 3 Millionen Franken vor. Diese Zusatzausgaben kann sich die Gemeinde daher jetzt nicht leisten.

Susanne Haas: Die Veloständer sind in der Tat nicht nötig, weil die Skater ohnehin auf Rollen kommen. Die SP empfiehlt, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Der Trend zu den individuellen Sportarten ist nicht zu übersehen. Der Skatepark ist offen einsehbar und für alle nutzbar. Es ist auch positiv zu werten, dass sich einige Jugendliche seit ein paar Jahren für den Skatepark engagieren. Ebenfalls positiv ist das Engagement der AGFF. Investitionen für die Jugend sind nie in den Sand gesetzt! Allerdings scheinen die Kosten für den Bodenbelag hoch. Wären hier noch Einsparungen möglich?

Markus Eggmann: Ich habe die Pflicht und Ehre, die Halfpipe im Loog Schulhaus zu betreuen, die allerdings wegen der Lärmimmissionen am Sonntag geschlossen ist. Es ist schon vorgekommen, dass im Verlaufe eines Sonntags viermal Jugendliche weggewiesen werden mussten, die dann enttäuscht davonzogen. Hin und wieder kommen einzelne, um auf dem Pausenplatz ein Bier zu trinken. Diese machen wesentlich mehr Arbeit als die Skater. Markus Eggmann beantragt, den Bodenbelag so vorzubereiten, dass ein Viertel der Anlage irgendwann einmal überdacht werden kann.

Paula Pakery beantragt, bei einer Bewilligung des Skateparks den Robinson-Spielplatz aufzulösen.

Bauverwalter R. Zulauf: Der Betrag ist in der Tat relativ hoch. Das hängt mit dem Untergrund zusammen. Wenn man von Anfang an eine saubere Arbeit macht, dann ist künftig der Unterhalt viel geringer. Ein Dach kann später ohne weiteres gemacht werden. Allerdings befindet sich der Platz im Abstandsbereich der Hochspannungsleitung, so dass die Baulinie beachtet werden muss.

Markus Pugin: Sehr viele Jugendliche wünschen sich den Skatepark. Leider handelt es sich nicht um etwas, mit dem Profit für die Gemeinde erwirtschaftet werden kann, doch der Skatepark wäre eine tolle Freizeitgestaltung für die Jugendlichen. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Corey Tschudin: Ich erlebe es seit Jahren, dass die Jugendlichen immer wieder weggeschickt werden. Die Gemeinde leistet Beiträge an viele Sportarten, nicht jedoch an die Skater. Eine gute Anlage würde sich auch herumsprechen und es kämen Leute aus der ganzen Umgebung.

Gemeindepräsident W. Banga zum Antrag von Paula Pakery, im Gegenzug den Robi-Spielplatz aufzulösen: Es handelt sich um einen übereilten Antrag, der der Gemeindeversammlung nicht um 23.10 Uhr gestellt werden sollte. W. Banga erkundigt sich, ob es Paula Pakery mit ihrem Antrag ernst ist.

Paula Pakery: Man kann durchaus dazu stehen, dass etwas, das nicht mehr läuft, abgeschafft wird.

Hanni Huggel: Die Geschäftsprüfungs- und die Rechnungsprüfungskommission sind zurzeit an einer Ueberprüfung des Robinsonsspielplatzes. Es wird gemeinsam mit dem Gemeinderat versucht, Lösungen zu finden.

://: Paula Pakery zieht ihren Antrag zurück.

- ://: 1. Von der Absicht der AGFF einen Skatepark zu erstellen und vom vorstehend beschriebenen Projekt wird zustimmend Kenntnis genommen.  
2. Zur Finanzierung der ungedeckten Kosten wird mit grossem Mehr gegen einzelne Gegenstimmen ein Beitrag von Fr. 135'000.-- bewilligt.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Die im Saal anwesenden Jugendlichen bedanken sich beim Gemeinderat und der Gemeindeversammlung mit tosendem Applaus für „ihren“ Skatepark.

## Traktandum 7

### **Verschiedenes**

Gemeindepräsident W. Banga: Die Gemeindekommission hat die erste Halbzeit ihrer Amtsperiode beendet. Für die kommenden zwei Jahre amtiert Peter Graser als Präsident, Danuta Janiak als Vizepräsidentin der Gemeindekommission.

Die nächste Gemeindeversammlung findet am 17. September 2002 statt. Wie immer an dieser Stelle wird auf die Möglichkeit der heutigen Freinacht bis 01.00 Uhr hingewiesen, sofern die Wirtinnen und Wirte damit einverstanden sind. Gemeindepräsident W. Banga dankt allen für die Teilnahme an der heutigen Gemeindeversammlung und wünscht eine gute Heimkehr.

### Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier



## Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

2. Sitzung vom 17. September 2002 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Thomas Imboden, Hans Kunz, Ursina Lanz, Lukas Lauper, André Schenker, Helen Wegmüller  Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Rudolf Zulauf, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Lukas Lauper, Vizepräsident
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier
<u>Stimmzähler:</u>	Ruth Riedwyl, Franz Sutter
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 21.50 Uhr

---

### Traktanden

29. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2002
  30. Verkehrsberuhigung Hauptstrasse, Genehmigung Schlussabrechnung
  31. Tempo 30-Zonen Berg und Zollweiden/Wasserhaus, Genehmigung Schlussabrechnung
  32. Reglement über die Kinder- und Jugendzahnpflege
  33. Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Jürg Berger betreffend rasche Einführung von Blockzeiten in den Schulen Münchensteins
  34. Antrag von Peter Zwick betreffend Minimierung des Defizits, Erstellen einer Liste
  35. Anfrage gemäss § 69 des Gemeindegesetzes von Patrice Baumann betreffend Kosten EDV in Münchenstein (mündliche Beantwortung)
  36. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst die rund 71 Anwesenden und stellt fest, dass die Reihen heute etwas licht sind, dass es jedoch auch bei einer Gemeindeversammlung die Qualität ist, die zählt, und nicht die Quantität. Ein spezieller Gruss gilt wiederum der Vertreterin und den Vertretern der Medien, nämlich Ulrike Hool vom Wochenblatt für das Birseck und Dorneck und den Herren Villiger, BaZ, und Leuthardt, Bz. Die Einladung mit den Traktanden und Anträgen wurde rechtzeitig zugestellt und im amtlichen Anzeiger publiziert. Heute sind zugegebenermassen nur wenige Geschäfte zu behandeln. Die Versammlung musste jedoch durchgeführt werden, weil sonst die „Budgetmeini“ vom Dezember überladen wäre. Der Ratschlag zu den Gemeindeversammlungen und das Protokoll können im Abonnement bezogen werden. Bestellungen sind an die Gemeindeverwaltung zu richten.

://: Die Traktandenliste wird ohne Wortbegehren genehmigt.

Gemeindepräsident W. Banga bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen. Heute wurde die Abgrenzung zwischen Stimm- und Nichtstimmberechtigten zum ersten Mal mit Markierungsbändern vorgenommen. W. Banga weist darauf hin, dass bei Wortmeldungen das Mikrofon zu benützen und der Name zu nennen ist. Die Rednerliste wird durch den Vizepräsidenten des Gemeinderates, Lukas Lauper, geführt.

## Traktandum 1

### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2002**

Gemeindepräsident W. Banga weist darauf hin, dass sich auf Seite 71, *Sonderrechnung Abwasserbeseitigung 1993 bis 1996*, im Votum von Hans-Peter Stebler ein Tippfehler eingeschlichen hat. Im zweiten Absatz, Zeile 9, heisst es „... der Jahre 1997 bis 1999. ...“ anstatt 1998.

://: Mit dieser Änderung wird das Protokoll einstimmig genehmigt und der Verfasserin verdankt.

## Traktandum 2

### **Verkehrsberuhigung Hauptstrasse, Genehmigung Schlussabrechnung**

Gemeinderat A. Schenker: Im Jahre 1988 genehmigte die Gemeindeversammlung ein Projekt für verkehrsberuhigende Massnahmen an der Hauptstrasse und die Gestaltung der Strassenräume im Dorfkern. Gleichzeitig bewilligte sie einen Kredit von Fr. 100'000.--. Am 22. März 1994 stimmte die Gemeindeversammlung dem inzwischen ausgeführten Teilprojekt zu und sprach einen Baukredit von Fr. 150'000.-- sowie Fr. 50'000.-- für die Einrichtungen von Parkfeldern. Die 50'000 Franken für die Parkplätze wurden allerdings nicht verbraucht, sind also noch vorhanden. Gegenüber dem vorliegenden Ratschlag ändert sich somit das Ergebnis bei den effektiven Kosten (Kostenunterschreitung zum Kredit) auf Fr. 71'365.60. Die Rechnungsprüfungskommission hat die Schlussabrechnung geprüft. Gemeinderat A. Schenker bittet, auf das Geschäft einzutreten.

Dr. Arnold Amacher: Die Gemeindekommission hat der Schlussabrechnung mit 13 gegen 1 Stimme zugestimmt. In der Kommission wurden die von Gemeinderat A. Schenker bereits erwähnten, nicht benötigten 50'000 Franken für die Parkfelder ebenfalls diskutiert. Aus der Aufstellung geht nicht hervor, dass dieser Betrag nicht gebraucht wurde.

Am 3. September 2002 fand im Dorf eine Veranstaltung mit Gemeinderat L. Lauper, Gemeinderätin U. Lanz und der IG Dorf statt. Die IG Dorf macht seit längerem darauf aufmerksam, dass im Dorf keine Parkplätze vorhanden sind, insbesondere dann, wenn Anlässe stattfinden. Sie fordert auch bereits seit einiger Zeit Kurzparkplätze. An der Versammlung kam die Meinung auf, dass das Projekt Verkehrsberuhigung mitnichten abgeschlossen sei. Am Hauptproblem, der Geschwindigkeit, hat sich nämlich nichts geändert. Man stellte sich auch auf den Standpunkt, dass durchaus die Möglichkeit bestünde, fünf bis sechs Kurzparkplätze zu schaffen. Dr. A. Amacher bittet daher die Anwesenden, die Vorlage entweder zurückzuweisen, oder die Rechnung zu genehmigen, dann aber den Kredit von Fr. 50'000.-- für die Parkplätze stehen zu lassen.

Gemeindepräsident W. Banga erkundigt sich, ob die Bitte von Dr. A. Amacher als Antrag zu verstehen ist.

Dr. Arnold Amacher ist nicht sicher, ob es aus rechtlicher Sicht überhaupt möglich ist, die 50'000 Franken stehen zu lassen. Wenn dies nicht klar ist, so würde der Antrag auf Rückweisung des Geschäfts lauten.

Gemeinderat A. Schenker: Der Kanton hat die gewünschten, versetzten Parkplätze abgelehnt. Deshalb wurden die 50'000 Franken stehen gelassen. Seit gut einem Jahr besteht eine „Arbeitsgruppe Parkierung Dorfkern“. Sie hat unter anderem festgestellt, dass allenfalls beim neuen Dorfbrunnen einige Parkplätze eingerichtet werden könnten. A. Schenker bittet daher die Anwesenden, die Schlussabrechnung zu genehmigen und die Fragen zu den Parkplätzen und deren Realisierung von der Arbeitsgruppe abklären zu lassen.

Bauverwalter R. Zulauf fügt ergänzend zum Vorschlag von Gemeinderat A. Schenker hinzu, dass auch die Möglichkeit besteht, den Investitionskredit zu genehmigen, gleichzeitig aber die 50'000 Franken auf einen neu zu beschliessenden Kredit zu übertragen.

Gemeinderat L. Lauper scheint es sinnvoll, die vorliegende Schlussabrechnung abzuschliessen und gleichzeitig einen neuen Kredit zu eröffnen.

Dr. Lienhard Meyer: Die FDP hat der Schlussabrechnung zugestimmt, nicht zuletzt deshalb, weil der Kredit von Fr. 50'000.-- in ihr gar nicht enthalten ist. Mit der Genehmigung der Schlussabrechnung werden ja nicht gleichzeitig auch die 50'000 Franken abgeschlossen.

Dr. Arnold Amacher kann sich mit dem Vorschlag von Bauverwalter R. Zulauf durchaus einverstanden erklären. Einen Antrag auf Rückweisung wird er nur dann stellen, wenn eine Übertragung oder ein Stehenlassen des Kredites nicht möglich ist.

Daniel Mürger schliesst sich den Aussagen von Dr. Arnold Amacher an.

Gemeindepräsident W. Banga: Bei der Budgetberatung besteht die Möglichkeit, die 50'000 Franken in der Abrechnung zu lassen. Der Gemeinderat hält an seinen Anträgen fest.

Dr. Arnold Amacher weist darauf hin, dass er bereits an der Sitzung der Gemeindekommission gegen den Antrag des Gemeinderates gestimmt hat. Die Veranstaltung mit der IG Dorf hat erst danach stattgefunden. Die Gemeindeversammlung hat es nun in der Hand, was mit dem Kreditbetrag geschehen soll.

Bauverwalter R. Zulauf: Hätte es sich seinerzeit um einen doppelten Beschluss gehandelt, so wäre möglicherweise nur ein Kredit bewilligt worden. Es wurde nur im Text darauf hingewiesen, welche Beiträge wofür zu verwenden waren. R. Zulauf schlägt vor, die 250'000 Franken abzuschliessen und zulasten des abzuschliessenden Kredites 50'000 Franken in einen neuen Kredit zu übertragen.

Paul Messmer: Nun ist wenigstens klar, was unklar ist. De facto handelt es sich sogar um eine Kostenüberschreitung. P. Messmer beantragt, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und einen neuen Kredit zu beschliessen, wenn ein neues Projekt vorliegt.

://: Mit 42 gegen 15 Stimmen wird beschlossen, auf das Geschäft einzutreten.

Peter Tobler weist darauf hin, dass es sich im Grunde genommen um zwei Geschäfte handelt, ansonsten der vorliegende Antrag nicht stimmt.

Bauverwalter R. Zulauf widerspricht. Die Aufstellung hätte in der Vorlage einfach anders dargestellt werden müssen, indem für die Projektierung der Parkplätze 50'000 Franken und bei den effektiven Kosten 0 Franken eingesetzt worden wären.

Peter Tobler beantragt, die Fr. 50'000.-- stehen zu lassen.

Dr. Lienhard Meyer: Mit dem Antrag des Gemeinderates bleiben die 50'000 Franken stehen.

Peter Graser: Die Gemeindekommission, die von sich selber behauptet, sie sei mit engagierten Repräsentanten besetzt, hat mit 13 gegen 1 Stimme beschlossen, den Anträgen des Gemeinderates zu folgen. P. Graser beantragt daher im Namen der Gemeindekommission, dem Antrag des Gemeinderates Folge zu leisten.

Gemeindepräsident W. Banga lässt darüber abstimmen, ob die 50'000 Franken stehen gelassen werden.

://: Der Antrag von Peter Tobler, die 50'000 Franken stehen zu lassen, wird mit 31 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

://: Die Schlussabrechnung „Verkehrsberuhigung Hauptstrasse“ wird mit 47 gegen 15 Stimmen genehmigt.

### **Traktandum 3**

#### **Tempo 30-Zonen Berg und Zollweiden/Wasserhaus, Genehmigung Schlussabrechnung**

Gemeinderat A. Schenker teilt mit, dass die Gemeindeversammlungen vom 9. Dezember 1997 und 15. Juni 1999 Kredite für die Einrichtung von Tempo 30-Zonen in den Gebieten Berg und Zollweiden/Wasserhaus bewilligt haben. Die Rechnungsprüfungskommission hat die vorliegende Abrechnung vollumfänglich geprüft und genehmigt. A. Schenker bittet um Eintreten.

Urs Abt: Die Gemeindekommission hat ohne Diskussion von der Schlussabrechnung Kenntnis genommen und ihr ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

://: Eintreten ist unbestritten.

://: Die Schlussabrechnung „Tempo 30-Zonen Berg und Zollweiden/Wasserhaus“ wird einstimmig genehmigt.

## **Traktandum 4**

### **Reglement über die Kinder- und Jugendzahnpflege**

Gemeinderat Th. Imboden: Im Jahre 1997 ist das kantonale Kinder- und Jugendzahnpflegegesetz in Kraft getreten und die Gemeinden wurden aufgefordert, ein Reglement zu erstellen. Der heute vorliegende Reglementsentwurf wird in der Gemeinde schon seit Jahren so angewandt. Er wurde von der kantonalen Instanz am 16. April 2002 vorgeprüft. Gemeinderat Th. Imboden bittet, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Jeanne Locher: Die Gemeindekommission hat das vorliegende Reglement geprüft und empfiehlt, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen. Allerdings wurde ein Zusatzantrag gestellt, dass auch Kleinkinder ab zwei Jahren auf Antrag hin in den Genuss von Leistungen aus der Schulzahnpflege kommen sollten. Dies insbesondere zur Prophylaxe von kariösen Gebissen. Aufgrund der kantonalen Gesetzesgrundlagen würde der Kanton, der derartige Reglemente genehmigen muss, das Reglement der Gemeinde Münchenstein mit diesem Zusatz nicht genehmigen. Daher wird die Gemeindekommission an der heutigen Gemeindeversammlung zum diesem Geschäft unter „Verschiedenem“ einen Antrag nach § 68 des Gemeindegesetzes stellen.

Das Reglement wird paragraphenweise abgerufen.

Paul Messmer erkundigt sich zu § 8, welches Einkommen, dasjenige der letzten Veranlagung oder dasjenige des Behandlungsjahres, gilt.

Gemeindevorwarterin B. Grieder weist darauf hin, dass zur Bemessung die letzte rechtskräftige Veranlagung berücksichtigt wird.

://: Dem Reglement über die Kinder- und Jugendzahnpflege wird einstimmig zugestimmt.

## **Traktandum 5**

### **Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Jürg Berger betreffend rasche Einführung von Blockzeiten in den Schulen Münchensteins**

Gemeinderat Th. Imboden: Schon bald nach der Einreichung des Antrages hat sich eine Arbeitsgruppe der Schulpflege an die Arbeit gemacht. Zusammenfassend ist sie zu folgenden Ergebnissen gekommen:

1. *Für die Schulpflege kommen nur umfassende Blockzeiten in Münchenstein in Frage.*
2. *Der Bedarf an Schul-, Werk-, Textil- und Mehrzweckräumen ist gross. Sogar Turnhallen müssten neu erstellt werden. Die Kosten für die zusätzlichen Räume wurden nicht ermittelt.*
3. *Blockzeiten bedeuten mehr Lehrkräfte für die gleiche Anzahl Klassen. Bedingt durch den Abteilungsunterricht müssen die Klassen stundenweise durch zwei Lehrkräfte unterrichtet werden. Die Mehrkosten beim Personalaufwand würden sich auf ca. Fr. 200'000.-- pro Jahr belaufen. (Diese Berechnung basiert auf der Kantonsvorlage und ist eher knapp kalkuliert. Erfahrungswerte von Bottmingen zeigen auf, dass sich der Personalaufwand in Münchenstein um Fr. 600'000.-- pro Jahr erhöhen würde.)*

Es zeigte sich, dass die ganze Materie wesentlich komplexer ist, als man ursprünglich angenommen hat. Nächstes Wochenende werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über ein neues Bildungsgesetz abstimmen und es wahrscheinlich auch annehmen. Dieses Gesetz beinhaltet auch Blockzeiten, weshalb der Gemeinderat eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe einsetzen möchte, die den ganzen Fragenkomplex bearbeitet.

Urs Gerber: Die Gemeindekommission hat den Antrag des Gemeinderates eingehend behandelt und ihm bei einer Enthaltung mit 13 gegen 1 Stimme zugestimmt. Das Vorgehen, wie es der Gemeinderat beantragt, ist sinnvoll.

://: Eintreten ist unbestritten.

Jürg Berger dankt dem Gemeinderat für den Zwischenbericht. Wie nur unschwer zu erraten ist, hält sich seine Begeisterung in Grenzen. Am 3. Dezember 2001, also vor gut neun Monaten, beantragte er dem Gemeinderat, er solle zusammen mit der Schulpflege Varianten erarbeiten, wie ab 2002 möglichst viele Münchensteiner Schulklassen in den Genuss von Blockzeiten kommen. Nach nunmehr neun Monaten ist man kaum einen Schritt weiter. Wenigstens verlangt jetzt das neue Bildungsgesetz - sofern es nächstes Wochenende angenommen wird - die Einführung von Blockzeiten und gewährt den Gemeinden eine Übergangsfrist bis ins Jahr 2006. Der Antwort der Schulpflege kann entnommen werden, dass man einerseits froh um die Frist ist. Andererseits wird jedoch bereits wieder mit massiven Neubauten gedroht. Offensichtlich soll hier bereits eine spätere Ablehnung vorbereitet werden, und dies, obwohl der Trend zu Blockzeiten gesamtschweizerisch unaufhaltsam ist und die Vorteile bereits mehrfach durch umfangreiche Studien belegt sind. Jürg Berger begrüsst es sehr, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, die das Thema gründlich untersucht, um dann dem Münchensteiner Stimmvolk die Vorteile und Auswirkungen fundiert zu erklären. Damit nun in dieser Arbeitsgruppe nicht nur die Kosten Seite beleuchtet wird, sondern die Vorteile einer Einführung von Blockzeiten in gleichem Masse berücksichtigt werden, ist Jürg Berger daran, ein Komitee von betroffenen und interessierten Personen zu gründen, das ab Ende Oktober 2002 seine Tätigkeit aufnehmen wird. Jürg Berger beantragt, dass dieses Komitee - als Vertreter der direkt Betroffenen, damit auch deren Argumente zu Wort kommen - zwei Personen in die Arbeitsgruppe delegieren kann.

Paul Messmer beantragt, Ziffer 1 des Gemeinderatsantrags zuzustimmen und Ziffer 2 abzulehnen. Es soll nicht eine gemeinderätliche Arbeitsgruppe eingesetzt werden, sondern die Schulpflege hat die Pflicht, die Sache zusammen mit anderen Fachpersonen zu bearbeiten. Der Gemeinderat müsste daher der Schulpflege einen Auftrag erteilen.

Susanne Haas: Die SP ist gegenüber den Blockzeiten grundsätzlich positiv eingestellt. Man kann davon ausgehen, dass das Bildungsgesetz angenommen wird, so dass sich die Gemeinde ohnehin mit den Blockzeiten befassen müssen. Die SP glaubt, dass es sinnvoll ist, eine Kommission mit verschiedenen Fachpersonen einzusetzen. Das müssen nicht unbedingt Externe sein, aber doch Fachleute, denn die Schulpflege kann die baulichen und personellen Fragen nicht beurteilen. Im Übrigen ist auch die Arbeit der Schulpflege nicht gratis und der beantragte Kredit von 20'000 Franken ist eher bescheiden bemessen.

Kathrin Frauchiger: Die FDP hat die Vorlage diskutiert und empfiehlt, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Eine Arbeitsgruppe ist nötig, weil Blockzeiten verschiedene Auswirkungen haben, die genau beleuchtet werden müssen. Blockzeiten können zum Beispiel mithelfen, dass mehr Eltern einer Erwerbstätigkeit nachgehen, was sich wiederum auf das Steuereinkommen auswirkt. Ferner haben sie auch einen Einfluss auf die Standortattraktivität der Gemeinde. Bevor jedoch nicht alle Faktoren abgeklärt sind, können sie nicht eingeführt werden, denn ohne Grundlagen ist ein Entscheid nicht möglich. Die FDP ist der Meinung, dass eine gründliche Abklärung Sinn macht.

Dr. Arnold Amacher: Die Grünen sind glücklich, dass die Blockzeiten mittlerweile so stark abgestützt sind. Es ist sinnvoll, wenn die Betroffenen in der Arbeitsgruppe Einsitz nehmen können. Weil für die Arbeitsgruppe ohnehin Geld ausgegeben werden muss - auch die Arbeit der internen, wie zum Beispiel die Schulpflege, ist nicht gratis - sollte der Kredit bewilligt werden. Es muss auch berücksichtigt werden, dass die Schulpflege ein sehr arbeitsintensives Gremium ist. Die Grünen sind eindeutig der Meinung, dass eine spezielle Kommission nötig ist.

Jürg Berger: Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass 20 % der Baselbieter Gemeinden bereits Blockzeiten eingeführt haben. Beat Wirz von der Erziehungs- und Kulturdirektion in Lieetal ist für die Einführung von Blockzeiten in Münchenstein verantwortlich. Er teilte mit, dass er jederzeit bereit ist, Hilfestellung zu leisten.

Martin Eichrodt ist über die ganze Motivation, die hinter den Blockzeiten steht, erstaunt. Er selber ist weder Vertreter einer Partei oder der Wirtschaft, noch direkt Betroffener. Als ehemaliges Mitglied der Schulpflege kennt er sich in deren Arbeit ein bisschen aus. Vieles konnte man heute hören, aber über die Kinder wurde nichts gesagt. Alte pädagogische Lehrsätze sagen,

dass die Ruhigstellung des Kindes sehr schwer ist. Die Mobilität der Kinder muss sich in der Balance halten. Erst- und Zweitklässler sind überfordert, wenn sie zum Beispiel vier Stunden am Stück ruhig gehalten werden müssen. Man darf nicht nur an die Eltern und die Wirtschaft denken, sondern auch die Kinder und deren Bildung muss im Auge behalten werden. Es ist nicht gut, einfach nur jedem allgemeinen Trend zu folgen, ohne dass das Kind etwas davon hat. Im Weiteren sind die Kosten im Bildungsgesetz nur sehr vage angegeben. Die Gemeinde Bottmingen rechnet zum Beispiel bei der Einführung von Blockzeiten mit Kosten von rund 600'000 Franken: es müssen nämlich auch die Löhne und Bauten berücksichtigt werden!

Gemeinderat Th. Imboden lädt das Komitee herzlich ein, in der Arbeitsgruppe mitzuwirken. Der Gemeinderat nimmt das Geschäft ernst, daher müssen Personen, die sich im Baubereich, in den Finanzen und in der Bildung auskennen, in der Arbeitsgruppe vertreten sein. Der ganze Fragenkomplex ist im Moment noch nicht abschätzbar. Man konnte vielleicht wirklich den Eindruck gewinnen, dass die Kinder erst irgendwo am Schluss stehen. Das ist jedoch nicht so. Die Arbeitsgruppe wird auch prüfen, welche zusätzlichen Massnahmen zur Verfügung stehen.

Susanne Haas macht darauf aufmerksam, dass Blockzeiten nicht bedeuten, dass die Kinder am Vormittag und am Nachmittag vier Stunden Schule haben.

Gemeindepräsident W. Banga stellt fest, dass Ziffer 1 des Antrags des Gemeinderates nicht bestritten ist und lässt über die übrigen Anträge abstimmen.

://: Mit 59 gegen 2 Stimmen wird für die Einsetzung einer gemeinderätlichen Arbeitsgruppe und den allfälligen Beizug einer externen Fachperson ein Kredit von Fr. 20'000.-- bewilligt.

://: Dem Antrag von Jürg Berger, zwei Personen eines noch zu gründenden Komitees von betroffenen und interessierten Personen in die Arbeitsgruppe zu delegieren, wird mit grossem Mehr ohne Gegenstimme zugestimmt.

## **Traktandum 6**

### **Antrag von Peter Zwick betreffend Minimierung des Defizits, Erstellen einer Liste**

Gemeindepräsident W. Banga: An der Gemeindeversammlung vom 3. Dezember 2002 hat Peter Zwick beantragt, der Gemeinderat und die Rechnungsprüfungskommission sollen eine Liste erstellen und aufzeigen, wie das Defizit vermindert werden kann. Der Antrag wurde vom Gemeinderat als ein Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes (GemG) entgegengenommen.

Nach dem runden Tisch vom 13. August 2002 teilte Peter Zwick mit, dass es sich nicht um einen Antrag gemäss § 68 GemG gehandelt habe, sondern um einen Einzelantrag während der Behandlung eines Geschäftes. Gemeindepräsident W. Banga teilte ihm in der Folge mit, dass er es versäumt habe, direkt an der Gemeindeversammlung über den Antrag abstimmen zu lassen.

Gemeinderätin U. Lanz: Bereits am runden Tisch wurde erwähnt, dass der Gemeinderat, zusammen mit Mitarbeitenden der Verwaltung, ein Strategiepapier ausarbeiten wird. Dieses Papier liegt mittlerweile als Entwurf vor. Es soll nun im Gemeinderat behandelt und dann im Rahmen der Budgetdebatte vorgelegt werden. Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen, das Defizit - auch ausserhalb der Budgetdebatten - zu minimieren.

Peter Zwick teilt mit, dass er bereits persönlich vom Gemeinderat in diesem Sinne orientiert wurde und auch die Gemeindekommission von diesen Ausführungen Kenntnis nehmen konnte. Er ist mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden.

://: Von den Ausführungen wird Kenntnis genommen.

## Traktandum 7

### **Anfrage gemäss § 69 des Gemeindegesetzes von Patrice Baumann betreffend Kosten EDV in Münchenstein**

An der Gemeindeversammlung vom 3. Dezember 2001 gelangte Patrice Baumann mit einer Anfrage gemäss § 69 des Gemeindegesetzes an den Gemeinderat:

„Jedes Jahr tauchen in der Budgetdiskussion Fragen zur EDV und Informatik auf. Da es nicht immer einfach ist, aus Budget und Rechnung Antworten darauf zu finden, bitte ich den Gemeinderat um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie hoch sind die jährlichen Informatikausgaben?
- Wie werden sich diese Ausgaben in den nächsten Jahren entwickeln?
- Wo sieht der Gemeinderat Einsparungsmöglichkeiten?
- Wie weit sind Kredite zu Anpassungen der EDV-Anlagen für vergangene Jahre in der Investitionsrechnung ausgeschöpft?“

Die Verwaltung hat Patrice Baumann die Fragen am 19. Juli 2002 schriftlich beantwortet und darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat an der Gemeindeversammlung vom 17. September 2002 noch mündlich Stellung nehmen wird.

Gemeinderätin U. Lanz legt Folien auf, aus denen die Antwort der Verwaltung an P. Baumann im Wesentlichen wie folgt hervorgeht:

1. Jährliche Informatikausgaben
  - Laufende Kosten (Verwaltung, Schule, Feuerwehr, Friedhof, Wasserversorgung etc.) = 0,6 % des Gesamtaufwandes von 50,5 Millionen Franken Fr. 313'323.50
  - Investitionskosten: Fr. 116'878.30
2. Entwicklung in den nächsten Jahren?
  - Steigende Ausgaben  
Die Bedürfnisse steigen und verschiedene Projekte sind in Vorbereitung (Datenverwaltung Geschäftskontrolle, GIS, e-Government etc.)
  - GR und GV entscheiden im Rahmen ihrer Kompetenzen (und mit Blick auf die Finanzlage!) über neue Ausgaben
3. Einsparmöglichkeiten
  - Ausser Streichungen beim Budget sieht der Gemeinderat keine generellen Einsparmöglichkeiten
  - Münchenstein hat bezüglich Informatik keine Vorreiterrolle. Andere Gemeinden haben schon länger hochentwickelte Verwaltungs- und Geschäftskontrollsysteme im Einsatz
  - Die Rechenzentrumslösung mit Schlieren/Binningen erweist sich als kostengünstig im Vergleich zu Gemeinden mit anderen Lösungen
4. Ausgeschöpfte Kredite in der Investitionsrechnung?
  - Die Kredite sind auf Seite 104 der Rechnung aufgelistet
  - Die Konti 020.506.03 und 020.506.10 wurden abgeschlossen
  - Abschluss der restlichen Kredite per Ende 2002
  - Einige Projekte (Software für Wahlbüro, Informatikdatenbank für Bauverwaltung etc.) wurden wegen der Migration auf GESOFT und der neuen Gebäudeverkabelung verschoben

Patrice Baumann geht davon aus, dass solche Anfragen nicht sehr oft gestellt werden. Die Folien haben genau das enthalten, was auch im Brief erwähnt war. Es wurden heute also keine zusätzlichen Informationen gegeben, und das ist nicht befriedigend. Der Landrat wird sich demnächst mit der kantonalen EDV befassen. P. Baumann schlägt vor, gelegentlich die entsprechende Landratsvorlage zu studieren.

## Traktandum 8

### **Verschiedenes**

#### **Nächste Gemeindeversammlung**

Gemeindepräsident W. Banga weist darauf hin, dass die nächste Gemeindeversammlung am 2. Dezember 2002 stattfindet.

### **Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes der Gemeindekommission betreffend Ausweitung der Leistungspflicht der Schulzahnpflege**

Jeanne Locher: Der Antrag wurde dem Gemeinderat bereits zugestellt. Er hat folgenden Wortlaut:

*„Der Gemeinderat soll Abklärungen treffen, welche Konsequenzen/Folgen eine zukünftige Ausweitung der Leistungspflicht der Schulzahnpflege auf Kleinkinder ab zwei Jahren haben wird. Der Gemeindeversammlung ist Bericht zu erstatten oder auf Grund der Erkenntnisse eine Vorlage zu Händen der Gemeindeversammlung zu erarbeiten. Die Abklärungen sollten insbesondere die zwei Elemente:*

- Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen, Kostenträger, administrative Abwicklung
- Nutzen dieser Präventionsmassnahme transparent darstellen.“

Gemeindepräsident W. Banga: Es sieht möglicherweise seltsam aus, wenn die Gemeindekommission diesen Antrag stellt. Aus rechtlicher Sicht ist dies jedoch der einzig gangbare Weg.

Paul Messmer bittet, den Passus *es werde seit Jahren so gemacht* auf Seite 4 des Ratschlags zu korrigieren.

Gemeindeverwalterin B. Grieder: Das Reglement sieht vor, Kinder ab dem Kindergartenalter in der Kinder- und Jugendzahnpflege zu erfassen. Die Gemeindekommission möchte bereits Kinder ab zwei Jahren aufnehmen.

### **Budget 2003**

Patrice Baumann erkundigt sich unter anderem, ob der Kredit für die Gestaltung der Parkplätze vor der Gemeindeverwaltung gestrichen werden kann.

Gemeinderätin U. Lanz entgegnet, dass dieses Projekt im Budget zwar noch enthalten ist, vom Gemeinderat jedoch noch einmal diskutiert wird.

### **Rücktritt von Gemeinderat Hans Kunz**

Gemeindepräsident W. Banga: An der gestrigen Sitzung hat der Gemeinderat die Departemente neu verteilt. Ein entsprechendes Mediencommuniqué wurde heute versandt. Gemeinderätin U. Lanz wird das Departement Finanzen/Wirtschaft an den neuen Gemeinderat Nicolas Hug abgeben. Er ist Ökonom, so dass ihm diese Materie also nicht fremd ist. Gemeinderätin U. Lanz wird den Hochbau übernehmen, dem neu auch die Bereiche Vermessung und Landwesen (Baurechte) unterstellt sind.

Gemeinderat Hans Kunz hat sich entschlossen, per 30. September 2002 aus dem Gemeinderat zurückzutreten. Seine Wahl erfolgte im Jahre 1992, sein Amt trat er - zusammen mit Uschi Dürrenberger und Claude Kaspar - am 1. Juli 1992 an.

Seit Beginn seiner Amtszeit stand Hans Kunz dem Departement Hochbau vor. Während der ersten acht Jahre gehörte dazu auch das umfangreiche Gebiet der Planung, bis der Gemeinderat im Jahr 2000 die Departemente neu strukturierte. In die Amtszeit von Hans Kunz fielen grosse Bauvorhaben, die ihn stark forderten. Beispiele sind die baulichen Erneuerungen von Schulhäusern, weitere Gemeindebauten und vor allem der Bau des Kultur- und Sportzentrums. All diesen Aufgaben gingen grosse Denkarbeiten, Abwägungen und Entscheidungen voraus, deren Ausmasse von Aussenstehenden kaum abzuschätzen sind.

Bei der Zusammenarbeit mit Hans Kunz fiel immer sein Bestreben nach sozialer Gerechtigkeit und nach gutem menschlichem Handeln auf. Daneben verfügt er über unternehmerische Fähigkeiten, die er schon seit langer Zeit als Bahnhofsvorstand von Münchenstein unter Beweis stellte. Menschlichkeit, Zuverlässigkeit, Fähigkeit zum Analysieren, Beurteilen und Entscheiden, bei Bedarf auch die notwendige Härte, sind Eigenschaften von Hans Kunz, von denen der Gemeinderat, von denen wir als Kameradinnen und Kameraden, profitiert haben.

Hans Kunz hat neue berufliche Herausforderungen angenommen und erst vor kurzer Zeit eine anspruchsvolle Weiterbildung erfolgreich abgeschlossen. Der Gemeinderat wünscht ihm und seiner Frau alles Gute und dankt für die grosse Arbeit, die er für die Gemeinde Münchenstein geleistet hat. Gemeinderätin H. Wegmüller überreicht Hans Kunz einen Blumenstrauss. Gemeindepräsident W. Banga weist darauf hin, dass der Gemeinderat Hans Kunz das Abschiedsgeschenk bei einem gemeinsamen Nachtessen überreichen wird.



Hanni Huggel bittet die Anwesenden, nicht zu erschrecken und zu glauben, sie wolle nun jedes abtretende Gemeinderatsmitglied persönlich verabschieden. Da Hans Kunz jedoch in der Zeit, in der sie die SP präsidierte, im Gemeinderat war, möchte sie nun doch einige Highlights erwähnen und ihm als Erinnerung die dazu passenden Präsente überreichen. Nicht so gut lief es seinerzeit mit den „Baracken.“ Im Moment ist das Friedhofgebäude noch nicht abgeschlossen (Hanni Huggel überreicht ein Schoggihüsli) und auch die Sanierung des Schlossfelsens war etwas problematisch (Hans Kunz darf einen Stein vom Schloss in Empfang nehmen). Als Erinnerung an die Feuerstelle Fohrlisrain, die die SP der Gemeinde geschenkt hat, erhält Gemeinderat H. Kunz einen zerbeulten Abfallkübel (gereinigt) und - zusammen mit den allerbesten Wünschen - einen Fisherman's Friend-Rosenstock in schönstem SP-rot.

Gemeinderat H. Kunz teilt mit, dass er offensichtlich nicht alle Pendenzen erledigen konnte, dafür aber eine tüchtige Nachfolgerin hat. Er dankt Gemeindepräsident W. Banga für seine Worte. Hans Kunz hat sehr gerne mit ihm und den übrigen Gemeinderatsmitgliedern zusammengearbeitet. Die Arbeit war zwar manchmal streng, doch stets gut, und es wurden immer Lösungen gefunden. Mit den „Baracken“ spielte Hanni Huggel auf einen Freudschen Versprecher von Hans Kunz an. Bei den Verhandlungen um die Erweiterung des Schulhauses Löffelmatt hat er nämlich plötzlich irgendwann nicht mehr von „Pavillons“, sondern von „Containern“ gesprochen, was natürlich zu entsprechenden Reaktionen führte. Gemeinderat H. Kunz dankt allen, auch den Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung, auf die der Gemeinderat bei seiner Arbeit ja angewiesen ist, ganz herzlich.

Gemeindepräsident W. Banga schliesst die heutige Gemeindeversammlung und lädt die Anwesenden im Namen des Gemeinderates zu einem Apéro im Foyer ein. Wenn die Wirtinnen und Wirte es wünschen, ist heute wiederum bis 1.00 Uhr Freinacht ausgerufen.

#### Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier

## **Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung**

3. Sitzung vom 2. Dezember 2002 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Nicolas Hug, Thomas Imboden, Ursina Lanz, Lukas Lauper, André Schenker, Helen Wegmüller  Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Rudolf Zulauf, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Lukas Lauper, Vizepräsident
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier
<u>Entschuldigt:</u>	Rösli Hof, Rolf Rindlisbacher
<u>Stimmenzähler:</u>	Andy Abbt, Ursula Berset, Felix Brodbeck, Marcel Erni
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 22.05 Uhr

---

### **Traktanden**

- 37. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. September 2002
  - 38. Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Juli 2001 bis 30. Juni 2002
  - 39. Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2003
  - 40. Finanzplan 2002 bis 2007 der Einwohnerkasse
  - 41. Finanzpläne 2002 bis 2007 der Spezialfinanzierungen
  - 42. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst die rund 460 Anwesenden sowie die Vertreterin und die Vertreter der Medien, Frau Thürlemann und die Herren Leuthardt und Brügger. Ein spezieller Gruss gilt Gemeinderat Nicolas Hug, dem neuen Finanzchef. Gemeinderätin Ursina Lanz hat auf den 1. Oktober 2002 den Hochbau übernommen. Der Gemeinderat hat einen alten Brauch wieder aufleben lassen und die Gemeindepolizei aufgeboden, um - wenn nötig - für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Die Einladung mit den Traktanden und Anträgen wurde rechtzeitig zugestellt und im amtlichen Anzeiger publiziert. W. Banga weist darauf hin, dass nichtstimmfähige Personen im speziell reservierten Bereich Platz nehmen müssen. Bei Wortmeldungen soll das Mikrofon benutzt und der Name genannt werden.

://: Die Traktandenliste wird genehmigt.

### **Traktandum 1**

#### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. September 2002**

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und der Verfasserin verdankt.

### **Traktandum 2**

#### **Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Juli 2001 bis 30. Juni 2002**

Hanni Huggel: Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist im Ratschlag enthalten. Es handelt sich dabei um eine schriftlich niedergelegte Kurzform ihrer im zweiten Amtsjahr geleisteten Arbeit. Auf Seite 5 des Ratschlags hat sich ein Fehler eingeschlichen: Anstelle von „Jahresbericht 2000“ sollte es „Jahresbericht 2001“ heissen.

Gemäss Gemeindegesetz hat die GPK folgende Aufgaben: *„Sie prüft die Tätigkeit der Gemeindebehörden und der Gemeindeangestellten. Sie prüft, ob die gesetzlichen Vorschriften und die Reglemente der Gemeinde richtig angewendet und die Gemeindebeschlüsse ordnungsgemäss vollzogen worden sind. ...“* Eine Teilrevision des Gemeindegesetzes ist in Bearbeitung, weil unter anderem auch das Wort „Beamte“ ersetzt werden muss. Ferner sollen die Befugnisse der Geschäftsprüfungskommissionen geändert werden, denn im Moment können sie keine Anträge stellen und Beschlüsse fassen.

Die GPK fand bei der Verwaltung und beim Gemeinderat stets ein offenes Ohr. Dafür möchte sie sich bedanken.

In der Gemeindekommission wurden Fragen zum Robinsonspielplatz gestellt. Die GPK hat den Robiplatz bereits vor einem Jahr einer eingehenden Prüfung unterzogen und im letzten Tätigkeitsbericht darüber orientiert. Der im diesjährigen Bericht enthaltene Passus bezieht sich also auf eine Nachfolgeprüfung und ist deshalb entsprechend kurz gehalten. Die GPK hat das Geschäft nochmals aufgenommen, weil, bedingt durch den Departementswechsel, gewisse Fragen noch nicht beantwortet waren. Dass Frau Abächerli ihre Anstellung verlieren soll, war keine Empfehlung der GPK. Auch zur Gemeindegärtnerei wurden in der Gemeindekommission Zusatzfragen gestellt. H. Huggel erläutert den im Ratschlag enthaltenen diesbezüglichen Abschnitt. Letztendlich hat die Gemeindekommission den Tätigkeitsbericht zustimmend zur Kenntnis genommen.

Hanni Huggel bittet die Anwesenden, vom Tätigkeitsbericht zustimmend Kenntnis zu nehmen und bedankt sich bei ihren Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsprüfungskommission für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Geschäftsjahr.

Dr. Andreas Frank: Dem Tätigkeitsbericht kann entnommen werden, dass die selbständig Erwerbenden und die juristischen Personen vom Kanton veranlagt werden. Dr. A. Frank kennt eine Reihe unselbständig Erwerbender, die ebenfalls vom Kanton veranlagt werden. Trifft die Aussage im Bericht zu?

Gemeindepräsident W. Banga: Die Aussage im Tätigkeitsbericht stimmt. Peter Vogt, Abteilungsleiter Finanzen/Steuern der Gemeindeverwaltung, teilte soeben mit, dass es sich um Ausnahmen handelt, wenn der Kanton unselbständig erwerbende Personen einschätzt.

://: Vom Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission für die Periode vom 1. Juli 2001 bis 30. Juni 2002 wird zustimmend Kenntnis genommen.

### **Traktandum 3**

#### **Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2003**

Gemeinderat N. Hug erläutert das Budget anhand von Folien. Folgende Umstände haben Auswirkungen auf die Einnahmen:

- das wirtschaftliche Umfeld hat sich verändert (auch andere Gemeinden verfügen über Defizite)
- der Wechsel der zweijährigen auf die einjährige Veranlagung macht das Budgetieren der Einnahmen schwierig
- neue Gesetze, deren Wirkungen noch unklar sind (Finanzausgleich, Bildungsgesetz)

Der Handlungsspielraum des Gemeinderates ist gering, indem die beeinflussbare Quote des Budgets mit 8 bis 12 % relativ bescheiden ist und die kantonalen Gesetze sich stark auf die Rechnung auswirken. Das strukturelle Defizit ist entstanden durch:

- die nicht getätigte Steuererhöhung im Jahr 2000
- verminderte Steuereinnahmen durch den Wegfall der Erbschafts-, Billett- und Grundstücksteuern
- die demographische Situation in Münchenstein

Die finanzielle Ist-Situation der Münchensteinerinnen und Münchensteiner präsentiert sich wie folgt:

- die Steuerfussbelastung befindet sich momentan unter dem kantonalen Durchschnitt
- die Gebührenbelastung der wichtigsten Gebühren ist klar unterdurchschnittlich

- es besteht ein gut ausgebauter Dienstleistungskatalog, der natürlich auch entsprechend kostet

In den letzten fünf Jahren war das Budget aufgrund vieler Unsicherheitsfaktoren immer „schlechter“ als die Rechnung. In die Zeit zwischen erster und dritter Budgetlesung hat der Gemeinderat sehr viele Arbeitsstunden investiert, grosse Anstrengungen unternommen und keinen Bereich verschont. Mit gegen 300 Streichungen wurde die Grenze des Möglichen erreicht. Der Gemeinderat hat - leider nicht zur Freude aller, die heute Abend anwesend sind - sein Bestes gegeben. Einem Aufwand von 51'523'600 Franken steht ein Ertrag von 49'541'600 Franken gegenüber. Daraus resultiert ein Aufwandüberschuss von 1'712'000 Franken.

Die beim Budget getroffenen Massnahmen sind eher kurzfristiger Natur, weshalb der Gemeinderat zusätzliche Grundlagen ausgearbeitet hat. Das Feedback aus dem runden Tisch liess man in dieses Massnahmepapier, das folgende Ziele beinhaltet, einfließen:

- das Budgetdefizit soll bis spätestens 2006 unter 1 Million Franken liegen
- der Selbstfinanzierungsgrad soll von 21 auf mindestens 100 % erhöht werden
- es sollen Schulden abgebaut werden oder mindestens die Schulden von heute 41,1 Millionen Franken stabil gehalten werden
- das kostenbewusste Denken und Handeln in der Verwaltung, den politischen Behörden und Kommissionen sowie in der Bevölkerung soll gefördert werden

Die meisten der folgenden Massnahmen müssen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Kommissionen noch überprüft oder abgeklärt werden. Es wurde eine Arbeitsgruppe Gemeindefinanzen initialisiert, die dem Gemeinderat bei der Umsetzung der beschlossenen Massnahmen mittels eines bereits geschaffenen Arbeitsinstruments hilft. Für die Umsetzung bzw. den Vollzug einzelner Punkte sind Reglementsänderungen und/oder Gemeindeversammlungsbeschlüsse notwendig. N. Hug legt dazu folgende Folien auf:

#### Budget und Finanzplan

- Finanzplan und Budgetrichtlinien als Führungsinstrument
- Budgetrichtlinien neu überdenken und strikt einhalten (u.a. detaillierte Angaben und Begründungen zu den Budgetposten)
- direkte Budgeteingaben und Triage
- Quartalsmässige Ausgabenüberwachung (Controlling)
- Bei notwendigen Budgetüberschreitungen müssen innerhalb desselben Kostenträgers Einsparungen erfolgen
- Erstellen von Leistungsaufträgen

#### Steuerfuss

- Steuerfusserhöhung von 57,5 % auf 60 %

#### Personalplanung

- Personalanalyse: Ersatzanstellung nur bei Bedarfsnachweis
- Personalabbau: Robinsonspielplatz, Jugendhaus, Bibliothek, Gärtnerei, Strassenwesen, Schulen, Therapeutische Dienste, Bauverwaltung, Soziale Dienste, Reinigungspersonal Gebäude

Der Personalabbau soll vor allem über natürliche Fluktuationen erfolgen oder aber, es wird angefragt, ob jemand bereit ist, sein Pensum abzubauen. Es ist zu berücksichtigen, dass die Massnahmen noch nicht beschlossen sind, sondern erst noch geprüft werden müssen.

#### Gemeinderat

- Geschäftsabläufe optimieren

#### Investitionen

- Neue nur mit Bedarfsnachweis
- Folgekosten müssen errechnet werden
- Aufhebung und Redimensionierung von bisherigen Krediten
- Neue Handhabung der Kredite im Bereich Tiefbau und Werke

#### Baulicher Unterhalt

- Baulicher Unterhalt bis 2006 auf das Nötigste beschränken

#### Dienstleistungskatalog überprüfen

- Werkhof, EDV, Wahlbüro, Wahlen/Abstimmungen, Gemeindeversammlung, Potenzial von Freiwilligen überprüfen

#### Projekte

- Neue nur, wenn die Gegenfinanzierung sicher und nachgewiesen ist
- Projektbezogene Aufträge nur mit grobem Aufwandbudget und Eckterminen bewilligen
- Prüfen von Verbundlösungen und Kooperationen (Feuerwehr, Zivilschutz, EDV, Kehricht, Gemeindepolizei, Feuerungskontrolle)

#### Landpolitik

- Landbewirtschaftungskonzept erarbeiten
- Verkauf von (Baurechts-) Land (max. Fr. 800'000.--)
- Baurechtszinsen anpassen
- ÖW-Zonen verkleinern, Umwandlung in Bauland
- Ertragsloses Land aktivieren

#### Weitere Einnahmen/Gebühren prüfen

- Neue Benutzungs-, Park-, Miet- und Bewilligungsgebühren

#### Benchmarking und beeinflussbare „freie“ Budgetquote überprüfen

All dies kann im Massnahmenpapier des Gemeinderates, das bei der Gemeindeverwaltung bezogen werden kann, nachgelesen werden. Auf die 8 bis 12 % der beeinflussbaren Bereiche des Budgets soll inskünftig mehr Einfluss genommen werden, indem zum Beispiel vermehrt die Münchensteiner Landratsmitglieder herangezogen werden.

Hans-Peter Stebler: Vermutlich muss die Rechnungsprüfungskommission (RPK) heute zum ersten Mal in der Münchensteiner Geschichte eine Rückweisung des Budgets beantragen. Unter anderem musste sie sich fragen, wie seriös der Budgetprozess abgelaufen ist. Wahrscheinlich hätte man auch die Budgetrichtlinien näher erläutern müssen, indem man als Richtlinie das Budget 2002 minus eine Reduktion um zum Beispiel 20 % vorgegeben hätte. Aber auch die Verschuldung der Gemeinde veranlasste die RPK, eine Rückweisung des Budgets 2003 zu beantragen. Basierend auf der Rechnung 2001 betragen die mittel- und langfristigen Schulden 37,7 Millionen Franken (300'000 Franken bei der Gemeinschaftsantenne, 3,1 Millionen bei der Wasserkasse, 13,5 Millionen bei der Kanalisationskasse, 1,3 Millionen bei der Vorfinanzierung Wasser und 3,5 Millionen bei der Vorfinanzierung Kanalisation). Wenn man alles hochrechnet, entsteht eine Gesamtschuld von nahezu 59,6 Millionen Franken. Es ist reines Glück, dass sich die Zinsen zurzeit auf einem absoluten Tiefpunkt befinden.

Ein weiterer Faktor für den Entscheid der RPK sind die Investitionskredite, die nicht die notwendige Transparenz aufweisen. Die bewilligten Kredite in einer Gesamthöhe von 11,8 Millionen tauchen jedes Jahr wieder auf. Die RPK hat als Kontrollorgan die Pflicht, darauf hinzuweisen, wenn sie sieht, dass etwas nicht den richtigen Weg nimmt. Jedes Jahr kommen neue Beträge hinzu und man muss auf Teilabrechnungen warten. Die Rechnungsprüfungskommission hat sich mit dem Gemeinderat insofern geeinigt, als dass ein anderer Weg gesucht werden muss. Gemäss Gemeindefinanzverordnung besteht ein Kredit ein Jahr und muss danach (nach einem halben Jahr) abgerechnet werden. Auf diesen Hinweis der RPK war der Gemeinderat der Meinung, sie habe kein Recht, sich einzumischen. In der Folge fand letzte Woche ein gemeinsames Gespräch mit dem zuständigen Juristen des Kantons, Daniel Schwörer, statt, der die verschiedenen Kreditarten erläuterte. Wohl hat die Gemeindeversammlung 1992 ein Sanierungsprogramm für die Kanalisationen beschlossen. Dieser Beschluss bezog sich jedoch auf die Tatsache, dass die Sanierung überhaupt durchgeführt wird und nicht auf die eigentlichen Kredite. Die Rechnungsprüfungskommission hat in diesem Zusammenhang auch die Nachbargemeinden kontaktiert und festgestellt, dass sich über 90 % von ihnen an die einjährige Laufzeit und anschliessende Abrechnung nach einem Jahr halten. Weil die RPK nachvollziehen kann, dass diese Fristen möglicherweise etwas kurz sind, bot sie dem Gemeinderat an, die Kredite zwei Jahre laufen zu lassen und nach einem halben Jahr abzurechnen. Doch auch dieser Vorschlag fand beim Gemeinderat kein Gehör.

Die RPK beantragt daher, den Voranschlag für das Jahr 2003 zurückzuweisen.

Urs Abt: Die Mitglieder der Gemeindekommission wurden an ihrer Sitzung vom 18. November von dieser Absicht der RPK etwas überrascht. Alle Kommissionsmitglieder waren sich einig, dass der Gemeinderat eine grosse Arbeit geleistet hat. Bei der Eintretensdebatte wurde darauf hingewiesen, dass einige Mitglieder sich der Stimme enthalten werden. Schlussendlich wurde mit 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen Eintreten beschlossen. Aus der Kommission wurden recht kritische Fragen gestellt. Es zeigte sich, dass der runde Tisch seinen Zweck erfüllt hat, denn die Kommissionsmitglieder verfügten über viel Hintergrundwissen. Über jeden Antrag wurde einzeln abgestimmt und es wurde allen - mit mehr oder weniger Enthaltungen - entsprochen. Schliesslich genehmigte die Gemeindekommission den Voranschlag 2003 mit 8 gegen 1 Stimme und 5 Enthaltungen. Urs Abt bittet die Anwesenden, auf das Budget einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zu folgen.

Gemeinderat A. Schenker: Nachdem offenbar die Spezialfinanzierungen den Stein des Anstosses bilden, sieht A. Schenker es als seine Aufgabe an, die Gemeindeversammlung ebenfalls zu informieren und legt dazu folgende Folien auf:

Spezialfinanzierungen (= Regiekassen)

Folie 1

- Wasser, Kanalisation, GAA (teilprivatisiert), Abfall (ab 2000)

- Finanzierung durch
  - jährliche Gebühren
  - einmalige Anschlussbeiträge (Wasser, Kanal, GAA)
- ➤ mittelfristig ausgeglichen
- Stellung in Voranschlag:
  - bis 1999 selbständig, ab 2000 integriert
  - aber: eigenständiger Rechnungskreis
  - belastet laufende Rechnung + Abschreibungen der Einwohnerkasse nicht
  - Eigenmittel (21 Mio CHF), werden an Einwohnerkasse ausgeliehen

#### Folie 2

- Bisheriges Vorgehen
  - Einleitung Sanierungsprogramme (Wasser 1983, Kanal 1991)
  - alljährliche Kredittranchen im Budget (mit fakultativem Referendum)
- Ziel
  - kostenbewusster Mitteleinsatz  
(nicht: separate Planungs-, Projektierungs- und Baukredite)
  - Flexibilität in der Umsetzung (Fremdbestimmung berücksichtigen)
  - praxisnah

#### Folie 3

- Zukünftig
  - Anpassung rechtliche Rahmenbedingungen an kommunale Praxis
  - ➤ Revision Gemeindegesetz und Gemeindefinanzverordnung (ab 1.1.2004)
- Beispiel Kanalisation
  - Kreditbewilligung wie bisher mit Budget
- Variante
  - Sondervorlage
  - z.B. 3 Mio CHF
  - Laufzeit 5 Jahre (orientierender Zwischenstand jährlich in Budget)
  - Schlussrechnung im 6. Jahr

Gemeinderat A. Schenker bittet die Anwesenden, nicht auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission einzutreten und das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

Giorgio Lüthi: Die CVP hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Finanzentwicklung der Gemeinde Münchenstein in den letzten zehn Jahren untersuchte. G. Lüthi dokumentiert seine Ausführungen mit Folien.

Folie 1 sind die Fakten von 1991 bis Ende 2001 zu entnehmen. So stieg die Teuerung um 21 %, die Steuereinnahmen der Einwohnerkasse (ohne Fürsorgekasse) betragen 31 %. Der Totalaufwand stieg um 60 %, die Personalkosten stiegen um 41 % und die Schulden der Einwohnerkasse um 229 %. Bei den Passivzinsen betrug die Erhöhung 76 % (der Anstieg des Zinses um 1 % kostet 550'000 Franken, was 1,6 Steuerprozenten entspricht) und die ordentlichen Abschreibungen erhöhten sich um 500 %. Seit 1995 wurde für 12,3 Millionen Franken Land aus dem Finanzvermögen verkauft (Buchwert 1995: 22,6 Millionen; Ende 2001: 16,2 Millionen).

Folie 2 zeigt eine Zusammenstellung der Schulden. Die mittel- und langfristigen Fremdschulden betragen 38,1 Millionen Franken und die Schulden der Einwohnerkasse bei den Sonderrechnungen (Antennen-, Wasser- und Abwasserkasse) belaufen sich auf 16,8 Millionen Franken. Per Ende 2001 betragen die zu verzinsenden Schulden der Einwohnerkasse Münchenstein 54,9 Millionen Franken. Von den bewilligten, sofort beanspruchbaren Krediten von 11,8 Millionen Franken gehen 5,4 Millionen zu Lasten der Sonderrechnung und 6,4 Millionen zu Lasten der Einwohnerkasse. Die Gesamtschulden der Gemeinde (inklusive bewilligte Investitionen) belaufen sich somit auf 61,3 Millionen Franken. Diese Gesamtschulden träten natürlich nur dann ein, wenn alle Investitionen auf ein Mal getätigt würden.

Folie 3, Unterschied Einwohnerkasse/Sonderrechnung: Die Einwohnerkasse wird durch Steuern, die Sonderrechnung (ehemals Regiekasse) durch Gebühren finanziert. Gemäss Gesetz ist diese Kasse selbsttragend zu führen. Folie 4 zeigt die Schuldenentwicklung der Gemeinde Münchenstein (Schulden Fremdkapital und Schulden bei der Sonderrechnung) von 1990 bis 2002.

Folie 5, Veränderungen der Steuersituation: Insgesamt gingen der Gemeinde Steuereinnahmen von 850'000 Franken pro Jahr verloren: 500'000 Franken Billettsteuern, 200'000 Franken

Grundstücksteuern und 150'000 Franken Erbschaftssteuern direkter Nachkommen. Demgegenüber werden folgende Mehreinnahmen generiert: Wegfall des AHV-Abzugs bei den Rentnern, Rentenversteuerung neu 100 % statt bisher 80 %, Senkung der Leibrenten von 60 % auf 40 %. Bedingt durch die schlechte Konjunktur kommt es zu weniger Vermögenssteuern.

Folie 6, was kommt auf die Gemeinde zu? 350'000 Franken für die Personenunterführung zum Bahnhof, 110'000 Franken für den Skatepark (Neuinvestition ohne Unterhalt), 600'000 Franken (Schätzung) für das neue Schulgesetz mit Blockzeiten. Ferner sind für das Altersheim und die Spitex steigende Beiträge in unbekannter Grössenordnung zu erwarten. Das neue Asylantenheim wird die Gemeinde nächstes Jahr 2,46 Millionen Franken kosten. Das Heim ist nur selbsttragend, wenn es immer voll besetzt ist, da der Kanton pro Asylant bezahlt.

Giorgio Lüthi untermauert mit Folie 7 die Anträge der CVP wie folgt:

Nichteintreten (Rückweisung mit Auflagen)

- Bis Ende Februar 2003 erarbeiten eines verbindlichen Sanierungskonzeptes mit Finanzplan und Schuldentilgung (*Heutige Schulden sind die Steuern unserer Jugend von morgen*)
- Ziel: Ausarbeitung eines Budget 2003 mit max. 1,5 Millionen Defizit
- Kein Landverkauf von ca. 800'000 Franken, um das Budget zu „schönen“
- Plafonieren der jährlichen Investitionen auf max. 4 Millionen
- Steuererhöhungen je nach Sanierungskonzept
- ✓ Bei Rückweisung des Budgets wird die Gemeinde weiter funktionieren
- ✓ Der neue Finanzchef (Ökonom) erhält Gelegenheit, sich einzuarbeiten

Giorgio Lüthi findet es richtig, wenn alle am gleichen Strick ziehen; allerdings müssten dies aber beide Seiten in die gleiche Richtung tun. Er schlägt vor, dass der Gemeinderat, falls er zur Überarbeitung des Budgets eine Taskforce einsetzt, sie diese Arbeit ehrenamtlich tun lassen sollte.

Daniel Münger: In den vergangenen Jahren wurden alle Warnungen der Linken und der Grünen in den Wind geschlagen und unter bürgerlicher Federführung gar Steuergeschenke gemacht. Das Resultat ist nun ein Budget mit tiefroten Zahlen. Münchenstein hat eine sprunghafte Entwicklung durchgemacht. Die Demographie zeigt, dass weniger Steuereinnahmen absehbar sind. Aufgrund der Ausgangslage hat der Gemeinderat zu einem runden Tisch eingeladen, Meinungen eingeholt und Anregungen entgegengenommen. Man war sich einig, dass gespart werden muss, dass ein Grundlagenpapier ausgearbeitet werden soll und so weiter. Rund 90 % der Ausgaben sind gebunden. Eine mögliche Alternative wäre daher, Einnahmen zu generieren (zum Beispiel Steuererhöhung, Landverkäufe, Baurechte etc.). Bei einem Vergleich mit anderen Baselbieter Gemeinden rangiert Münchenstein im unteren Drittel. D. Münger bittet, auf das Budget einzutreten.

Walter Hofer: Die SVP hat das Paket studiert und kam zum Schluss, dass sie es zurückweisen muss. Das Grundlagenpapier zur Sanierung der Finanzen ist erst in allerletzter Minute eingetroffen. Leider handelt es sich dabei um eine reine Absichtserklärung, die unverbindlich ist und es bleibt. Die SVP kann nicht akzeptieren, dass weiterhin eigenes Land verkauft wird, nur damit das Budget mit weniger Defizit dasteht. Daher stellt die SVP Münchenstein folgenden Zusatzantrag:

*„Innert drei Monaten soll der Gemeinderat ein verbindliches Sanierungskonzept erstellen, das einen kurz-, mittel- und langfristigen Sanierungsplan beinhaltet, der innert drei Jahren eine ausgeglichene Rechnung bringt, damit nachher mindestens jährlich eine Million Franken Schulden getilgt werden können.“*

Die SVP beantragt Rückweisung des Budgets.

René Ramel hat sich einige persönliche Gedanken zu den Rückweisungsanträgen gemacht. Es ist unverständlich, dass eine so grosse, über einige Monate hinweg dauernde, Arbeit zurückgewiesen werden soll. Es glaubt doch kein Mensch daran, dass ein neuer Gemeinderat innert drei Monaten ein neues Budget ausarbeiten kann! Abgesehen davon, waren auch die bisherigen Finanzchefs keine „Läugeli“. R. Ramel verliest einen Presstext aus dem hervorgeht, dass die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich keine Anzeichen für eine Besserung der Wirtschaft vorhersieht. Es wird wohl wieder die KMU's treffen und das bedeutet vermehrte Arbeitslosigkeit.

Dr. Arnold Amacher: Die Rückweisungsanträge müssen auf zwei Ebenen betrachtet werden. Auf der einen Seite steht die RPK, die sich an den Rechnungsabschlüssen stört. A. Amacher versteht nicht, warum dann nicht einfach das Budget der Wasser- und Abwasserkasse zurückgewiesen wird, oder zum Beispiel die CVP das Referendum gegen einen allfällig heute bewilligten Investitionskredit für die Wasserkasse ergreift. Auf der anderen Seite hat der Gemeinde-



rat sehr frühzeitig einen breiten Kreis einbezogen und sich in die Karten schauen lassen. Seit A. Amacher in dieser Gemeinde politisiert, war ein solches Vorgehen noch nie der Fall. Die heute gehörten Vorwürfe treffen den Gemeinderat am falschen Ort. Es ist immer einfach, zu sagen, man könne alles besser machen! Dr. A. Amacher geht davon aus, dass alle den Staat wollen und ihn auch mitgestalten wollen. Das bedingt allerdings Kompromisse, zum Beispiel auf Bundesebene: so mussten die einen seit Jahren zähneknirschend mitansehen, wie mit zu hohen Rüstungskrediten Waffen (beispielsweise Panzerhaubitzen) angeschafft wurden, die heute ungebraucht und zu einem Bruchteil des ursprünglichen Wertes wieder weiterverkauft werden, zum Beispiel an Länder, die eigentlich gar kein Geld dafür hätten. Auf der anderen Seite mussten AKW-Befürworter ebenso zähneknirschend mitansehen, wie ein Kredit für eine Entschädigungszahlung an die Firma, die das AKW Kaiseraugst bauen wollte, bewilligt wurde. Wie auf Bundesebene, so gibt es auch in der Gemeinde immer wieder solche Kompromisse. Sparen heisst auch, die eigenen Ausgaben etwas einzuschränken! Die Verantwortlichen haben sehr viel Arbeit in dieses Budget gesteckt und Tag und Nacht gearbeitet, und das in einer Zeit, in der man Mühe hat, jemanden zu finden, der sich engagiert und diese zusätzliche Arbeit in seiner Freizeit verrichtet. Dr. Arnold Amacher bittet die Anwesenden, auf das Budget einzutreten.

Jiri Oplatek: Die FDP ist erstens davon überzeugt, dass der Gemeinderat sein Möglichstes getan hat und zweitens ist sie der Meinung, dass eine Rückweisung nichts bringt. Er bittet die Anwesenden, auf das Budget einzutreten.

Peter Zwick: Wir alle stehen ein für den Staat, die Schweiz und die Gemeinde Münchenstein und stellen die Arbeit des Gemeinderates nicht in Frage. Man muss aber auch sehen, dass kein KMU-Betrieb mehr nach Münchenstein kommen wird, wenn die Gemeinde zu grossen Schulden hat.

Hans-Peter Stebler: Die Rechnungsprüfungskommission hat abgeklärt, ob es möglich ist, nur die Investitionsrechnung zurückzuweisen und festgestellt, dass dies nicht möglich ist, weil sie ein Teil des Budgets ist. Ausserdem hat die RPK den Gemeinderat schriftlich gebeten, ihr mitzuteilen, ob er bereit sei, vor der Eintretensdebatte zu informieren, dass die in den vergangenen Jahren angewandte Handhabung der Investitionskredite nicht der Verankerung im Gesetz entsprechen hat. Auf diese Bitte hat die Rechnungsprüfungskommission keine Antwort erhalten.

Dr. A. Amacher weist darauf hin, dass er nicht von den Investitionskrediten, sondern von der Wasser-/Abwasserkasse gesprochen hat.

Gemeinderat N. Hug: Bald ist Weihnachten - vermutlich stehen deshalb so viele fromme Wünsche im Raum. Wie man im Fall der Credit Suisse sieht, schaffen es auch die besten Ökonomen nicht, eine Firma in einem Jahr ins Lot zu bringen. Die verlangten drei Monate kann man also gleich mal vergessen. N. Hug hat Vertrauen in die Zukunft und kann gut mit dem vorliegenden Budget leben. Er ist überzeugt, dass das vom Gemeinderat ausgearbeitete Massnahmenpapier ein gutes Papier ist und fordert die Anwesenden auf, das vorliegende Budget anzunehmen.

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat und die Gemeindekommission beantragen, auf das Budget einzutreten. Demgegenüber bestehen Rückweisungsanträge der Rechnungsprüfungskommission, der CVP und der SVP.

://: Mit 177 gegen 129 Stimmen wird beschlossen, auf das vorliegende Budget nicht einzutreten.

## **Traktandum 4**

### **Finanzplan 2002 bis 2007 der Einwohnerkasse**

Gemeindepräsident W. Banga richtet sich an die rund 50 Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die im Moment den Saal verlassen. Es ist nicht sehr edel, wenn man sich nun einfach verabschiedet.

Gemeinderat N. Hug erläutert den Finanzplan, der als Führungsinstrument verwendet werden kann.

Giorgio Lüthi stellt bei den Schulden eine Diskrepanz zwischen den im Finanzplan aufgeführten 14,3 Millionen und den von ihm berechneten 54,9 Millionen Franken fest. Wurde hier das Finanzvermögen abgezogen?

Peter Vogt: Es handelt sich um die verzinsliche Nettoschuld, das heisst, die Erträge aus dem Finanzvermögen werden kapitalisiert und abgezogen. Man kann auch in der Rechnung feststellen, dass der Zinsaufwand relativ gering ist.

://: Vom Finanzplan 2002 bis 2007 der Einwohnerkasse wird zustimmend Kenntnis genommen.

## **Traktandum 5**

### **Finanzpläne 2002 bis 2007 der Spezialfinanzierungen**

Gemeinderat A. Schenker erläutert kurz die Finanzpläne der Spezialfinanzierungen. Es liegt eine gesunde Situation vor. Etwa im Jahr 2005 wird man sich überlegen müssen, ob man die Gebühren beim Wasser anheben will. Gemeinderat A. Schenker bittet, von den Finanzplänen der Spezialfinanzierungen zustimmend Kenntnis zu nehmen.

://: Von den Finanzplänen 2002 bis 2007 der Spezialfinanzierungen wird zustimmend Kenntnis genommen.

## **Traktandum 6**

### **Verschiedenes**

Gemeindepräsident W. Banga: Im letzten Wochenblatt wurden die Termine für die Gemeindeversammlungen 2003 veröffentlicht. Wegen des Champions League Spiels FC Basel gegen Juventus Turin, das am 18. März 2003 stattfindet, hat der Gemeinderat die ebenfalls auf diesen Abend angesetzte Gemeindeversammlung auf den 20. März 2003 verschoben. Die Gemeindeversammlungen werden somit wie folgt durchgeführt:

- Donnerstag, 20. März 2003
- Dienstag, 17. Juni 2003
- Donnerstag, 25. September 2003
- Montag, 8. Dezember 2003

Hinzu kommt das Datum der ausserordentlichen Budgetgemeindeversammlung, das rechtzeitig bekannt gegeben wird. W. Banga hofft, dass sich die Anwesenden, in den drei Monaten, die der Gemeinderat als Frist für die Ausarbeitung eines neuen Budgets erhalten hat, ebenfalls Gedanken machen. Der Gemeinderat ist gespannt, welche Anregungen er erhalten wird. W. Banga wünscht allen alles Gute für die bevorstehenden Weihnachtstage und schliesst die heutige Gemeindeversammlung.

### Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier

## Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

1. Sitzung vom 27. Februar 2003 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Nicolas Hug, Thomas Imboden, Ursina Lanz, Lukas Lauper, André Schenker, Helen Wegmüller  Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Gilbert Davet, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Lukas Lauper, Vizepräsident
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier
<u>Stimmzähler:</u>	Alfred Alder, Alain Ecker, Urs Gerber
<u>Entschuldigt:</u>	O. und G. Gersbach, Th. Hofer, A. Plattner, G. Sidler, H.-P. Stebler
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 23.35 Uhr

---

### Traktanden

- 43. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 2. Dezember 2002
  - 44. Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2003
  - 45. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst 250 Anwesende zur ausserordentlichen Gemeindeversammlung. Es handelt sich heute um einen zweiten Anlauf, um vielleicht doch noch zu einem Budget zu kommen. Ein spezieller Gruss gilt wiederum der Vertreterin und den Vertretern der Medien, nämlich Ulrike Hool vom Wochenblatt für das Birseck und Dorneck und den Herren Brobeck, BaZ, und Schwarz, Bz. Ganz herzlich begrüsst er auch Gilbert Davet, der zum ersten Mal als Münchensteiner Bauverwalter an einer Gemeindeversammlung teilnimmt. Er hat seine Stelle am 1. Februar 2003 angetreten. Gilbert Davet ist Bauingenieur ETH und hat sich in den vergangenen zwei Monaten bereits gut eingearbeitet. Der scheidende Bauverwalter, Rudolf Zulauf, der ebenfalls anwesend ist, hat morgen seinen letzten Arbeitstag. Ferner ist Peter Vogt für Auskünfte und die Beantwortung allfälliger Fragen anwesend.

Die Einladung mit den Traktanden und Anträgen wurde rechtzeitig zugestellt und im amtlichen Anzeiger publiziert. Der Ratschlag zu den Gemeindeversammlungen und das Protokoll können im Abonnement bezogen werden. Bestellungen sind an die Gemeindeverwaltung zu richten. Um möglichen Verwechslungen vorzubeugen, wurden alle Unterlagen zur heutigen Versammlung auf gelbem Papier gedruckt. Das gebundene Budget wurde aus Kostengründen nicht neu aufgelegt. Einzelne Restexemplare befinden sich auf den Tischen beim Eingang.

Gemeindepräsident W. Banga bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen. Er weist darauf hin, dass bei Wortmeldungen das Mikrofon zu benützen und der Name zu nennen ist. Die Rednerliste wird durch den Vizepräsidenten des Gemeinderates, Lukas Lauper, geführt.

### Traktandum 1

#### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 2. Dezember 2002**

://: Das Protokoll wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

## Traktandum 2

### Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2003

Gemeinderat N. Hug erläutert, was sich seit dem vergangenen Dezember ereignet hat. Heute präsentiert sich folgende Ausgangssituation: Am 2. Dezember 2002 beschloss die Gemeindeversammlung, ohne dem Gemeinderat einen Auftrag zu erteilen, nicht auf das Budget einzutreten. In der Folge wurde der Voranschlag noch einmal überarbeitet, denn die Gemeinde *muss* ein Budget haben. Sollte erneut Nichteintreten beschlossen werden, so würde der Kanton in Bezug auf seine Aufsichtspflicht aktiv. Am 16. Dezember 2002 wurde eine Feedbackrunde mit den Parteien durchgeführt. Im nun vorliegenden Budget sind die Landverkäufe nicht mehr enthalten.

Die Schuldensituation in Münchenstein (vgl. dazu auch den Artikel in der Basler Zeitung vom 15. Januar 2003) präsentiert sich wie folgt:

- a. 38,1 Millionen Franken: Verpflichtungen gegenüber Banken und Versicherungen (kostenrelevant, da hier Fremdkapitalzinsen bezahlt werden). *Offizielle Schuldenzahl*.
- b. 16,8 Millionen Franken: *Spezialfinanzierungen* Wasser und Abwasser (Eigenkapital, das keine Schuldzinsen generiert und für das Gesamtergebnis nicht kostenrelevant ist).
- c. 54,9 Millionen Franken: a. und b. zusammen. Wird oft als *Bruttoschuld* bezeichnet. Keine relevante Schuldenzahl!
- d. 14,3 Millionen Franken: *Nettoschuld*, mit Finanzvermögen (Einnahmen aus Grundstücken und Gebäuden) bereinigte Schuldenzahl.

Dabei darf man nicht vergessen, dass die Gemeinde auch Vermögen besitzt, zum Beispiel Liegenschaften und andere Werte, die zu einem Buchwert ausgewiesen werden.

Die weitere Überarbeitung des Budgets zeigte, dass keine weiteren Kürzungen mehr möglich waren. In drei Lesungen wurden im 2002 über 300 Streichungen und im Bauwesen eine generelle Kürzung von 20 % vorgenommen. Die neuen Abstriche erfolgten ausschliesslich bei den nicht gesetzlich vorgeschriebenen Dienstleistungen, wie Robinsonspielplatz, Feuerwerk, Festbeleuchtung Tannenbäume.

Das vom Gemeinderat ausgearbeitete Grundlagenpapier zur Sanierung der Gemeindefinanzen, das bereits an der Budgetgemeindeversammlung vom Dezember 2002 vorgestellt wurde, enthält folgende Ziele:

- Budgetdefizit bis spätestens 2006 unter 1 Million Franken
- Selbstfinanzierungsgrad von 21 % auf mindestens 100 %
- Schuldenabbau (mindestens Schulden von heute 41,1 Millionen Franken stabil halten)
- Fördern des *kostenbewussten Denkens/Handelns* in der Verwaltung, den politischen Behörden/Kommissionen *und* in der Bevölkerung (zum Beispiel Pausenplatz Loogschulhaus, der von Schülerinnen und Schülern selbst neu gestaltet werden soll, oder der Gemeinderat, der seine ganztägigen Sitzungen nur noch in gemeindeeigenen Liegenschaften, die keine Miete kosten, durchführt)

Aufbauend auf dem Grundlagenpapier hat der Gemeinderat einen Umsetzungsplan erarbeitet, der detailliertere Angaben zum Sanierungsschritt (mit Zielvorgaben) enthält. Der Umsetzungsplan ist noch nicht abgeschlossen. Weitere Anregungen nimmt die Arbeitsgruppe Finanzen gerne entgegen (e-mail: [gemeindeverwaltung@muenchenstein.bl.ch](mailto:gemeindeverwaltung@muenchenstein.bl.ch)). Der Plan enthält Angaben der Umsetzungszeithorizonte und deren Budgetrelevanz und ist gleichzeitig auch ein Controllinginstrument für den Gemeinderat.

Zwei Investitionskredite wurden neu definiert: Für den Ersatz des Rasenmähtraktors John Deere konnte eine billigere Lösung gefunden werden und auf den Ersatz des VW LT 35 mit Drehleiter wurde verzichtet. Mit der Rechnungsprüfungskommission konnte ein Konsens gefunden werden, indem die Laufzeiten von neuen Investitionskrediten bis zum Inkrafttreten der neuen Gesetzgebung (eventuell 2004) auf zwei Jahre festgelegt wurden. Ältere, bestehende Investitionskredite sollen nun gebündelt und hinterfragt und dann dem Souverän an der Rechnungsgemeindeversammlung zur eventuellen Streichung oder Kürzung vorgelegt werden.

Das Budget 2003 präsentiert sich nun wie folgt:

<b>Jahr</b>	<b>Aufwand</b>	<b>Ertrag</b>	<b>Aufwandüberschuss</b>
2003	51'916'800.--	49'541'600.--	2'375'200.--

Wie bereits erwähnt, sind die Landverkäufe in der Höhe von Fr. 800'000.-- nicht mehr im Budget enthalten. Die Überarbeitung des Budgets hat gegenüber dem Voranschlag vom Dezember 2002 zu weiteren „Verbesserungen“ von insgesamt 136'800 Franken geführt.

Es ist vorgesehen, den Steuerfuss von 57,5 % auf 60 % zu erhöhen. Gemeinderat N. Hug zeigt an einem Beispiel die frankenmässige Mehrbelastung für eine Familie mit Kindern, Doppelver-

diener, Singles etc. auf. In Zukunft ist vorgesehen, an den Gemeindeversammlungen alle neuen Begehrlichkeiten und Ausgaben in Steuerprozenten auszuweisen.

Jürg Berger: Am 2. Dezember 2002 hat die Rechnungsprüfungskommission Nichteintreten auf das Budget 2003 beantragt. Der Grund lag darin, dass sich die RPK mit dem Gemeinderat nicht über die Laufzeit und die Abrechnung der Investitionskredite im Wasser- und Abwasserwesen einigen konnte. Wie Gemeinderat N. Hug bereits mitgeteilt hat, hat man sich mittlerweile - bis der Kanton neue Abrechnungsvorschriften bekannt gibt - auf eine Abrechnungsdauer von zwei Jahren für Investitionskredite im Wasser- und Abwasserbereich geeinigt. Nachdem dieser Punkt nun bereinigt ist, hat die RPK keine weiteren Einwände zum vorliegenden Budget 2003 und beantragt der Gemeindeversammlung, auf das Budget einzutreten. Aufgrund der Zahlen ist auch die Steuererhöhung auf 60 % zu befürworten. Bei näherer Analyse der Zahlen müsste sie eigentlich viel höher ausfallen, damit eine ausgeglichene Rechnung präsentiert werden kann. Aus diesem Grund ist das Massnahmenpaket zu begrüssen, das der Gemeinderat vorschlägt. Die Rechnungsprüfungskommission wird ihn tatkräftig bei der Umsetzung unterstützen. Nur so werden wir zu einer einigermassen gesunden Finanzlage finden. Eine der ersten Massnahmen wird es sein, die gesamte Investitionsrechnung zu überprüfen und nicht mehr benötigte Kredite zu kürzen oder zu streichen. Erste Resultate werden an der Rechnungsgemeindeversammlung zu erfahren sein.

Peter Tobler: Die Gemeindekommission hat das Budget am 17. Februar 2003 intensiv besprochen. Ein grosser Teil der vorhin gehörten Argumente wurde bereits an der Kommissions-sitzung diskutiert. Die Gemeindekommission empfiehlt mit 11 Stimmen und 2 Enthaltungen auf das Budget einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Eine persönliche Bemerkung: Grundsätzlich sind wir alle Einwohnerinnen und Einwohner der selben Gemeinde. Das vorliegende Budget ist nur das Resultat unserer eigenen Wünsche und Abstimmungen der Vergangenheit, wie zum Beispiel das neue Bildungsgesetz. Bitte beachten Sie: es gibt weder linke noch rechte Kinder und weder linke noch rechte Christbäume. Es handelt sich einfach um Dinge, die wir in der Gemeinde benötigen.

Dr. Lienhard Meyer: Die FDP beantragt, auf das Budget einzutreten und es im Wesentlichen zu genehmigen. Einige der heute anwesenden Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer sind nicht gekommen, um weitere Streichungen zu beantragen, sondern um zu versuchen, die vorgenommenen Kürzungen wieder ins Budget aufzunehmen. Doch das können wir uns einfach nicht leisten. Den Gemeinderat trifft sicher keine Schuld an diesem desolaten Budget - wir alle sind schuld. Heute fehlt das Geld und es ist absolut verständlich, dass es sehr schmerzhaft ist, auf gewisse Investitionen verzichten zu müssen. Es braucht ein gemeinsames Engagement. Dr. L. Meyer erinnert sich noch gut an die Lacher, die der ehemalige Finanzchef Claude Kaspar geerntet hat, als er seinerzeit den Mahnfinger aufhob. Heute ist es nun soweit. Wir müssen Sparen. Nur die Steuern erhöhen, genügt nicht. Daher müssen wir uns entscheiden, welche Institutionen wir nicht mehr brauchen. Ein Beispiel dafür ist der Robinsonspielplatz, der heute Abend sicher noch zu einigen Diskussionen führen wird. Dr. L. Meyer erschrak auch, als er zum ersten Mal von der Schliessung hörte. Er hat seine halbe Kindheit auf dem Robi verbracht, zusammen mit vierzig bis fünfzig anderen Kindern. Heute trifft man an einem Mittwoch nur gerade noch drei bis vier Kinder an. Der Entscheid fällt zugegebenermassen nicht leicht. Der heutige Aufmarsch der vielen Kinder war beeindruckend, und es wäre schön, wenn alle diese Kinder auf den Robinsonspielplatz gingen ... Unterstützen Sie den Gemeinderat und genehmigen Sie das Budget, ohne weitere Ausgaben wieder aufzunehmen.

Giorgio Lüthi: Die CVP hat an ihrer Parteiversammlung hörbar unbefriedigt und zähneknirschend vom vorliegenden Budget Kenntnis genommen. Wir anerkennen zwar die sehr grosse Arbeit und den guten Willen des Gemeinderates, sind aber mit dem vorliegenden Resultat nicht ganz zufrieden. Wir erachten es als unverantwortbar, die Schulden weiter anwachsen zu lassen und der nachfolgenden Generation eine steuerlich unattraktive Gemeinde mit einem erdrückenden Schuldenberg zu hinterlassen. Ferner bedauern wir, dass das dem Budget beiliegende Sanierungskonzept mit zum Teil guten Ansätzen nicht traktandiert wurde und somit heute nicht verbindlich darüber abgestimmt werden kann. Unserer Ansicht nach fehlen darin die dringend notwendigen strukturellen Veränderungen in der Verwaltung und den Aussendienstern. Zudem vermissen wir - neben der Landpolitik - weitere konkrete Ideen, wie die bestehenden Schulden reduziert werden können. Unsere Parteiversammlung hat nach langer Diskussion nur mit knappem Mehr beschlossen, auf das Budget einzutreten und dem vorliegenden Budget mit der Steuererhöhung von 57,5 auf 60 % zuzustimmen.

Daniel Münger: Anlässlich der ersten Budgetgemeindeversammlung wurden - zusammen mit der Rückweisung respektive dem Nichteintreten - Empfehlungen an den Gemeinderat abgegeben (kein Landverkauf, weitere Sparmassnahmen, verbindlichere Finanzplanung). Diese Rückweisung läutete eine weitere Sparrunde ein. Unter dem Strich hat das Ganze nicht viel gebracht. Stattdessen kam es zu viel Aufregung und einigen roten Köpfen und zu viel negativer Werbung für Münchenstein. Die Finanzen müssen im Auge behalten werden. Dennoch ist die Situation nicht dramatisch. Man kann nicht die Einnahmen der Gemeinde kürzen - zum Beispiel die Abschaffung der Billettsteuern, was übrigens auf Antrag eines CVP-Politikers im Landrat erfolgte -, weitere Ausgabenposten auf die Gemeinde abwälzen und hoffen, dass die Gemeindefinanzen immer noch im Lot bleiben werden. Wer A sagt, muss auch B sagen - auch wenn es sich dabei um den Souverän, sprich den Stimmbürger, handelt - und sich bei Abstimmungen der Konsequenz von Steuergeschenken, Beispiel Erbschaftssteuer, bewusst sein. Die beantragte Steuererhöhung ist zwingend nötig. Wie Gemeinderat N. Hug aufgezeigt hat, reicht die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung nicht aus. Damit der negative Trend gebrochen werden kann, sind Mehreinnahmen nötig. Weitere Sparrunden sind angesichts der gebundenen Ausgabengrösse nämlich kaum mehr möglich, ausser man will auf sämtliche zusätzlichen Leistungen - neben den von Gesetzes wegen zu erbringenden - verzichten. Die Rückweisung respektive das Nichteintreten auf das Budget 2003 war sicher falsch. Alle heute zur Diskussion stehenden Punkte hätten schon damals angebracht werden können. Das Nichteintreten führte zu einem kaum korrigierbaren Imageverlust und finanziell stehen wir heute auch nicht besser da. D. Münger bittet im Namen der SP Münchenstein auf das Budget einzutreten

Dr. Arnold Amacher: Einige der Streichungen sind zustande gekommen, weil es nicht so war, wie es sein sollte. Folgende Streichungen halten die Grünen Münchenstein grundsätzlich für falsch:

- die Aufschiebung des Projekts Schulsozialarbeit
- die Kündigung der Mitgliedschaft beim Verein Familien- und Jugendberatung Birseck
- die Aufhebung des Robinsonspielplatzes

Beim Robinsonspielplatz handelt es sich um einen Freiraum, in dem die Kinder sich betätigen können. Im ganzen Gebiet der Birs gibt es etwas in der Art nicht mehr. Das Jugendhaus kann nämlich nicht mit dem Robispielplatz verglichen werden. Die Grünen erwarten vom Gemeinderat, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, und dass bis zum Budget 2004

- die Zukunft des Robinsonspielplatzes geklärt wird
- ein Konzept besteht, wie es mit der Familien- und Jugendberatung weitergehen soll (eventuell ein neuer Vertrag)
- eine Sondervorlage zum Thema Schulsozialarbeit unterbreitet wird

Trotzdem unterstützen die Grünen Münchenstein unter den gegebenen Umständen die Anträge des Gemeinderates, allerdings nur für das Budget 2003. Unter Verschiedenem werden nachher noch einige bindende Anträge gemäss § 68 des Gemeindegesetzes gestellt.

Gemeindepräsident W. Banga stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

://: Eintreten ist unbestritten.

Die Vorlage wird seitenweise abgerufen. Gemeindepräsident W. Banga gibt vorab die Änderungen bekannt.

### **Seite 28, 020.310.00, Büromaterial, Drucksachen (Münchensteiner Kalender)**

Paula Pakery: Viele der Einwohnerinnen und Einwohner hätten anstelle des Münchensteiner Kalenders gerne wieder den Flyer, wie er in früheren Jahren verteilt wurde, zurück. Er ist praktisch und kann in den Küchenkasten gehängt werden.

Gemeindepräsident W. Banga: Der Münchensteiner Kalender belastet die laufende Rechnung nicht. Einerseits hat man eine Reduktion vorgenommen, andererseits wird er neu der Abfallrechnung belastet.

Paula Pakery: In dem Fall könnte man den Flyer neu auflegen und den Münchensteiner Kalender nur noch denen abgeben, die ihn ausdrücklich wünschen.

Gemeinderat L. Lauper: Zusammen mit dem Kalender 2003 hat die Gemeinde einen Fragebogen verschickt und eine Bedarfsabklärung vorgenommen. Der Gemeinderat hat von deren Auswertung Kenntnis genommen. Im nächsten Jahr wird der Münchensteiner Kalender sicher

nicht mehr in seiner heutigen Form erscheinen. Wahrscheinlich wird es aber auch kein Flyer sein.

### **Seite 36, 230.317.00, Spesenentschädigungen und Lagerbeiträge**

Conrad Knauer: Nach welchen Kriterien wurden die Kürzungen vorgenommen? Bei den Primarschulen wurde auf Fr. 4'000.--, bei den Sekundarschulen auf Fr. 28'000.-- gekürzt und die Realschulen wurden auf dem letztjährigen Stand belassen.

Gemeinderat Th. Imboden: Die Kürzungen wurden anteilmässig vorgenommen. Die Gemeinde Münchenstein zahlt pro Kind eine Tagespauschale von 12 Franken. Das ist im Vergleich zu anderen Gemeinden sehr grosszügig. Ausserdem kann die Sekundarschule, weil sie im Moment durch das neue Bildungsgesetz stark beansprucht ist, nicht alle geplanten Lager durchführen.

Hansjörg Haas: In diesem Jahr finden nicht so viele Lager statt. Nächstes Jahr wird aber wieder ein entsprechender Budgetposten eingegeben.

### **Seite 41, 300.365.00, Beiträge an private Institutionen (Musikverein Münchenstein)**

Stefano Montanari: Der Vorstand des Musikvereins Münchenstein beantragt, die Kürzung von Fr. 5'000.-- rückgängig zu machen und den Beitrag wieder auf Fr. 15'000.-- festzusetzen (neu budgetiert: Fr. 10'000.--).

In den letzten Jahren hat die Gemeinde dem Musikverein in der dankenswerter Weise jährlich einen Beitrag von 15'000 Franken zugesprochen. Für das kommende Jahr soll diese Unterstützung im Rahmen eines Sparprogramms auf 10'000 Franken reduziert werden. Diese Kürzung um ein ganzes Drittel reiss ein grosses Loch in den Haushalt des Musikvereins. Die Dorfmusik hat leider eine recht teure Infrastruktur. Erwähnt seien hier: Musikinstrumente, Notenmaterial, musikalische Leitung und Uniformen. Der Musikverein weist für die Bevölkerung nicht nur einen kulturellen, sondern auch einen sozialen Nutzen auf. Wie auch die Sportvereine leistet er einen Beitrag an die Jugendförderung, bietet ihnen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung und Integration in eine grössere Gemeinschaft. Insbesondere ist er auch Aufnahmebecken für junge Musikantinnen und Musikanten, die unter bedeutenden Kosten in der Jugendmusikschule eine gute Ausbildung genossen haben und von denen sehr viele ohne weiterführendes Ensemble ihre musikalischen Aktivitäten einstellen und ihr Können an den Nagel hängen. Ich bitte Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, den Antrag mit einem kräftigen Ja zu unterstützen. Vielen Dank.

Gemeindepräsident W. Banga: Der Antrag des Gemeinderates lautet Fr. 10'000.--.

://: Mit grossem Mehr gegen einzelne Stimmen wird der Antrag des Musikvereins Münchenstein abgelehnt. Der Budgetbetrag wird auf Fr. 10'000.-- belassen.

### **Seite 41, 300.319.00, Übriger Sachaufwand (Beitrag an Bundesfeier)**

Heidi Schwaiger: Der Verkehrs- und Verschönerungsverein Münchenstein (VVM) beantragt, die Kürzung um Fr. 10'000.-- an die Bundesfeier rückgängig zu machen und den Betrag wie bisher beizubehalten (Fr. 14'000.--).

Der VVM organisiert den Nationalfeiertag für die Gemeinde seit Jahrzehnten. Der Vorstand beantragt, die Bundesfeier wie bisher beizubehalten, das heisst, Fr. 8'000.-- für den Festanlass, Fr. 4'000.-- für das Feuerwerk, Fr. 2'000.-- werden durch Sponsoren bezahlt. Der Vorstand wird die Bundesfeier nur in diesem Sinne weiterführen und wird das Vereinsvermögen nicht dafür einsetzen. Eine gut organisierte Feier dieser Grössenordnung wird vom VVM ein bis zwei Jahre im Voraus geplant. Es sind bis jetzt schon Kosten entstanden und es wurde bereits einiges an Arbeit geleistet. Falls der Beitrag an die Bundesfeier gestrichen wird, wird der VVM die aufgelaufenen Kosten von der Gemeinde zurückfordern.

Der 1. August ist der Nationalfeiertag und es ist himmeltraurig, wenn keine Feier mehr stattfindet. Es kommen jeweils über tausend Personen, um das Feuerwerk zu besichtigen. H. Schwaiger hat grosse Mühe, wenn die Feier einfach so gestrichen wird. Im Übrigen musste der Verkehrs- und Verschönerungsverein aus der Zeitung von der beabsichtigten Streichung erfahren.

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat beantragt, einen Betrag von Fr. 4'000.-- ins Budget aufzunehmen.

://: Mit 163 gegen 62 Stimmen wird der Antrag des Verkehrs- und Verschönerungsvereins Münchenstein abgelehnt. Der Budgetbetrag wird auf Fr. 4'000.-- belassen.

### Seite 43, 340.301.00, Löhne Schwimmlehrpersonen

Edi Grass hat seinerzeit im Schwimmkurs schwimmen gelernt. Einerseits ist es wichtig, dass die Kinder früh schwimmen lernen, andererseits ist Schwimmen gut für die Gesundheit. Die Gemeinde sollte mindestens als Katalysator für die Schwimmkurse zur Verfügung stehen. Die Schulen könnten die Anmeldungen organisieren und die Gemeinde schaut für die Schwimmlehrerinnen und Schwimmlehrer. E. Grass schlägt vor, eine Defizitgarantie von 1'500 Franken zu leisten. Letztes Jahr nahmen 30 Kinder an den Schwimmkursen teil. Herr und Frau Schwaiger würden sich auch dieses Jahr zur Verfügung stellen, die Schwimmkurse durchzuführen. Edi Grass beantragt, 1'500 Franken stehen zu lassen.

Patrice Baumann hat die Streichung im ersten Moment auch gestört. Dann dachte er, dass die Schwimmkurse eine gute Möglichkeit wären, selber Verantwortung wahrzunehmen. Er schlägt Edi Grass vor, zusammen mit ihm die Schwimmkurse selber auf die Beine zu stellen, sie privat zu organisieren und dem Antrag des Gemeinderates Folge zu leisten.

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat beantragt, den ganzen Betrag (Fr. 6'100.--) zu streichen, Edi Grass beantragt, Fr. 1'500.-- stehen zu lassen.

://: Mit deutlichem Mehr wird der Antrag von Edi Grass abgelehnt.

### Seite 44, 349.434.00, Andere Benützungsgebühren, Dienstleistungen (Kuspo)

Axel Scherrer stellt folgenden Antrag: „Die Betriebskommission wird beauftragt, mit allen Mitteln den Ertrag zu erhöhen, um das budgetierte Defizit für 2003 zu halbieren und für 2004 ein ausgeglichenes Budget und eine ausgeglichene Rechnung vorzuweisen.“

Gemeindepräsident W. Banga: Bei diesem Budgetposten ist der Gemeinderat bereits an die Grenzen gegangen. W. Banga glaubt nicht, dass es verantwortbar ist, diesem Antrag zuzustimmen.

Gemeinderat Th. Imboden: Bei der Projektierung des Kuspos wurde festgelegt, dass die Betriebskosten 300'000 Franken nicht übersteigen dürfen. Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass der Betriebsrat gut gewirtschaftet hat.

Gemeinderat N. Hug: Das gesetzte Ziel ist das richtige Ziel in die richtige Richtung. Irgendwann wird das Kuspo selbsttragend sein müssen. Doch zuerst müssen ein Benchmarking und weitere Abklärungen vorgenommen werden. Im Moment wäre es zu ambitiös, dem Antrag stattzugeben.

://: Mit grossem Mehr gegen eine Stimme wird der Antrag von Axel Scherrer abgelehnt.

### Seite 44, 359.301.00, Löhne Betriebspersonal (Schliessung Robinsonspielplatz)

Dr. Daniel Altermatt: Als Präsident der Jugendkommission stehe ich in Sachen Robinsonspielplatz vermutlich mit allen Vieren in den aufgestellten Fettnäpfen. Es ist mir deshalb wichtig, ein paar Punkte kritisch zu beleuchten.

Sie haben an der letzten Gemeindeversammlung mit der Rückweisung des Budgets dem Gemeinderat den Auftrag gegeben, ein deutliches Zeichen seines Sparwillens zu setzen. Und das bei der Ausgabenpolitik im Allgemeinen und bei der Eindämmung der „Staatsquote“ - ein fürchterliches Wort - im Besonderen. Und es wurde gleich klargemacht, wo unter anderem zu Sparen sei: nämlich bei der Jugend.

Logisch also, dass der Gemeinderat in diesem Bereich besonders nach Möglichkeiten mittelfristigen Sparens sondierte. Ein einfaches Streichen kleinerer Investitionskredite bringt bekanntlich keine nachhaltige Wirkung. Also ging es nur noch um Sein oder Nichtsein: Jugendhaus oder Robinsonspielplatz oder kein Sparerfolg. Aber Sparen ist ja angesagt, ein Bauernopfer somit zwingend.

Logisch weiter, dass ein solcher Entscheid nach dem Prinzip des kleinsten Widerstandes gefällt wird – wer setzt sich schon gerne in einen Ameisenhaufen. Man gehe also an einem x-beliebigen Tag während der Öffnungszeiten ins Jugendhaus und auf den Robi und notiere den Unterschied. Dann dividiert man das Ganze durch die Kosten und berücksichtigt noch etwas die Gerüchteküche.

Natürlich haben da noch andere Punkte mitgespielt. So hat es leider der Robispielplatz in den letzten Jahren verpasst, eine echte Bedarfsanalyse zu erarbeiten. Er liess sich immer eher von einem Angebots- als von einem Nachfragekonzept leiten. Damit wurde er zur Zielscheibe und jetzt im aggressiveren Umfeld zur leichten Beute.



Meine Damen und Herren - wie immer Sie heute entscheiden werden - auf einen Punkt muss ich Sie ganz klar hinweisen: Jugendarbeit – und in unserem Falle sogenannte „offene“ Jugendarbeit, also ausserhalb von Vereinen und Organisationen – ist nur in einem gesamtheitlichen Konzept wirklich sinnvoll. So halbbatzig es war, einen Robi ohne Angebote für die älteren Teenager zu betreiben, so halbbatzig würde es sein, ein Jugendhaus ohne Angebote für die ca. Acht- bis Zwölfjährigen zu haben.

Wenn Sie den Robinsonspielplatz schliessen, wird es in Münchenstein ausserhalb der Vereine und Organisationen keine regelmässigen Freizeitangebote für Primarschüler mehr geben. Und Sie spüren vermutlich an den Reaktionen seit dem Entscheid für die Schliessung, dass - Statistiken hin oder her - ganz offensichtlich ein Bedürfnis für solche Angebote vorhanden ist. Aus der Optik der Jugendarbeit wäre bei einer Schliessung eine Alternative also zwingend.

Drei Herzen schlagen, ach, in meiner Brust:

Als Präsident der Jugendkommission stehe ich da mit ziemlich kurzen Hosen. Ein Sparauftrag des Souveräns zwingt zum Handeln, die Würfel sind gefallen und es fehlen mir die materiell durchschlagend stichhaltigen Argumente, um den Kahlschlag zu verhindern. Ich kann Ihnen nur darlegen, dass offene Angebote für Jugendliche in dieser Altersgruppe notwendig sind und auch in Münchenstein vorhanden sein sollten. Wie immer Sie heute entscheiden, die Jugendkommission wird sich in diesem Bereich für bedarfsorientierte Angebote engagieren und diese in geeigneter Form zu realisieren suchen.

Als Präsident der Arbeitsgruppe für Freizeit - der AGFF - nehme ich ziemlich fassungslos zur Kenntnis, dass einer unserer langjährigen Zöglinge auf dem Altar des Sparens geopfert werden soll. Natürlich - wie das mit Zöglingen so ist - bei fast 30 Jahren des Zusammengehens waren die Beziehungen nicht immer gleich minniglich. Gerade in den letzten Jahren liefen die Ansichten nicht ganz parallel zueinander. Aber das ändert nichts an unserer Grundhaltung: Wir haben über die Jahre viel Zeit, Engagement und - nicht zuletzt - weit über fünfstellige Summen in den Robi und in den Spielbus gebuttert. Die AGFF appelliert also an Sie, dass Sie den Robinsonspielplatz nicht einfach ersatzlos dicht machen. Das wäre Verrat an unserem bisherigen - eben ganzheitlichen - Engagement für die Jugend in Münchenstein. Und - ganz wichtig für die AGFF - so gut Freiwilligenarbeit sein kann, nur ein professionell betriebenes Angebot hat eine mittelfristige Perspektive.

Als Vater dreier Kinder, die alle ihre Robiphase mehr oder minder intensiv hatten, habe ich die Höhen und Tiefen dieses offenen Spielplatzes als Betroffener erlebt. Aber es ist nicht nur der geschützte Rahmen des Spielplatzes an sich. Da prägten sich auch die Lager und Projekte auf und neben dem Robi unauslöschlich in die Erinnerung. Entschuldigung: Wie sollte ich auch nur im Traum der Argumentation folgen können, dass es so etwas für die nachfolgenden Kinder nicht braucht?!

Hanni Huggel: In der Tat wurde uns vom Gemeinderat ein rechter Brocken serviert. Auch die SP Münchenstein hat an ihm gekaut. Einfach so kann der Schliessung des Robiplatzes, der zum Sparopfer wurde, nicht zugestimmt werden. Heute liegt ein anderer Vorschlag des Gemeinderates vor, als an der letzten Gemeindeversammlung. Es ist unbestritten, dass das Preis-/Leistungsverhältnis beim Robinsonspielplatz nicht mehr gestimmt hat. Zwar hat der Gemeinderat - um nicht andere Institutionen zu gefährden - entschieden, keine linearen Kürzungen vorzunehmen, doch man muss sich nun schon fragen, was mit dem Robiareal passiert. Es ist eine Bedürfnisabklärung nötig, eine Untersuchung, ob die rückläufigen Kinderzahlen etwas mit der Überalterung des Quartiers zu tun haben und weiteres. Wohl weiss man, dass es bei der Kinder- und Jugendarbeit immer wieder zu Wellenbewegungen kommt, solche Abklärungen sind aber trotzdem gut. Die SP Münchenstein wird unter Verschiedenem einen Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes einreichen.

Albert Wyss wurde vor rund dreissig Jahren, zusammen mit anderen Eltern, in die Gemeindeverwaltung eingeladen und gebeten, einen Robinsonspielplatz zu gründen und wurde dessen erster Präsident. Unzählige Kinder gingen im Laufe der Jahre auf dem Robi ein und aus. Es tat weh, zu erfahren, dass der Robi nun urplötzlich geschlossen werden soll. A. Wyss fühlt sich all denen verpflichtet, die zum Robinsonspielplatz beigetragen haben. Kleine Kinder haben keine Lobby und der Robiplatz darf nicht aus Abschied und Traktanden fallen. Er gehört nach wie vor zur Jugendarbeit. Auch andere Institutionen, wie der Blauring oder die Pfadfinder, haben Rekrutierungsschwierigkeiten. A. Wyss ist ebenfalls der Meinung, dass sich die Verantwortlichen nicht mehr so stark engagiert haben oder aber, sie haben es nicht publik gemacht. „Tue Gutes und sprich darüber!“ Albert Wyss beantragt, der Schliessung des Robinsonspielplatzes nicht zuzustimmen.

Paula Pakery möchte Hanni Huggel entgegenhalten, dass sie, P. Pakery, schon seit langem gesagt hat, der Robinsonspielplatz müsse geschlossen werden. Sie hat sich sowohl über die Aussagen von Herrn Wyss als auch über den Auftritt der Kinder vor dem Kuspo gefreut. Die Kinder teilten mit, die Lehrer und Frau Huggel wollen, dass sie auf den Robinsonspielplatz gehen. Doch im Grunde genommen möchten sie das gar nicht. Was P. Pakery immer als störend empfand, waren die genagelten Bretter und der „Döggelikasten“, der aggressiv macht und nicht naturnah ist. P. Pakery beantragt, dass die Bürgergemeinde aktiv wird und mit den Kindern in den Wald geht und eine Waldputzete durchführt. Der Sinn einer Waldputzete liegt darin, dass die Kinder selber Waldhütten bauen können. Man darf nun, wo's ums Streichen geht, nicht einfach auf die Tränendrüsen drücken.

René Lienert ist in erster Linie befremdet, dass der Antrag der Arbeitsgruppe für den Robinsonspielplatz nicht verlesen wurde, und dass die Kommission nicht als erste das Wort erhalten hat. Es trifft zu, dass die Kinderzahlen in den letzten Jahren rückläufig waren. Mit der bevorstehenden Schliessung des Robiplatzes wird jedoch den Kindern ein Ort, an dem sie sich austoben können, weggenommen. Weiter wird vorgeworfen, dass der Robi zu wenig auf die Kinder eingehe, und dass zu wenig Holzbau gemacht werden. R. Lienert zählt die derzeitigen Aktionen auf. Das Areal wurde an einer Gemeindeversammlung vor dreissig Jahren dem Robinsonspielplatz zugeteilt. Letzten Herbst erhielt die Arbeitsgruppe vom Gemeinderat den Auftrag, das Reglement und den Stellenbeschrieb etc. auszuarbeiten. Deshalb sollte - bevor die Schliessung vorgenommen wird - die Arbeitsgruppe die Möglichkeiten erhalten, diesen Auftrag auch umzusetzen. Es gibt in der Gemeinde keine weiteren pädagogisch geführten Spielplätze. Abklärungen haben ergeben, dass Nachbargemeinden für ihre Robiplätze grössere Aufwendungen tätigen. Irren die sich alle? Ferner stellt sich die Frage, was mit dem Gelände passiert und wie es um die Freiwilligenarbeit steht. Unzählige Arbeitsstunden wurden bisher geleistet und es wurden viele Sponsorenbeiträge entrichtet. Letztes Jahr war das Jahr der Freiwilligenarbeit, doch offenbar waren die damaligen Äusserungen nur Lippenbekenntnisse. Zur Standortattraktivität muss festgehalten werden, dass eine Gemeinde, die solche Streichungen vornimmt und gleichzeitig die Steuern erhöht kaum noch attraktiv sein kann. Kann sich ein Familienvater eine solche Gemeinde überhaupt noch leisten? Können die Probleme der Gemeinde gelöst werden, indem der Robinsonspielplatz geschlossen wird? Der Entscheid des Gemeinderates wurde am 2. Februar 2003 mitgeteilt. In dieser kurzen Zeit war es der Arbeitsgruppe noch nicht möglich, Vorschläge zu unterbreiten. Bis zur nächsten Gemeindeversammlung kann jedoch ein Leistungsauftrag vorgelegt werden. René Lienert bittet die Anwesenden, dem Antrag des Gemeinderates nicht stattzugeben.

Jean-Pierre Doggé: Die Emotionen gehen hoch, weil es beim Robinsonspielplatz um etwas geht, dass alle berührt. Die Wirklichkeit zeigt jedoch etwas anderes auf. Heute geht es ums Budget und ums Sparen. Es ist nicht so, dass die Kinder nach einer Schliessung des Robiplatzes gar nichts mehr hätten um sich zu vergnügen und auszutoben. Es gibt auch noch den Fussballclub, die Pfadfinder und anderen Vereine. Hätte es nur den Robi gegeben, so wären viel mehr Kinder dorthin gegangen. Auch die anderen Vereine funktionieren, und sie werden nicht einmal durch die Gemeinde unterstützt. Der Aufwand für den Robinsonspielplatz ist im Hinblick auf das, was er erreicht, nicht mehr gerechtfertigt. Das Land und die Infrastruktur sollten weiterhin zur Verfügung stehen, doch der Robiplatz müsste privatisiert werden.

Herr Brechbühl spricht sich dafür aus, dass man den Kindern nicht alles wegnehmen darf. Sie sind unsere Zukunft und werden später einmal Steuerzahler. Es darf nicht alles bei ihnen eingespart werden.

Angelika Weber: Münchenstein hat einen wunderschönen Wald. Kinder sieht man dort jedoch nie. Man kann Wandern, Hütten bauen, Tiere beobachten und vieles mehr. A. Weber plädiert dafür, mit den Kindern in die Natur zu gehen.

Stefan Tschamber wundert sich, dass der Sparteufel immer bei den Kindern angesetzt wird. Es gibt nur einen Ort, wo die Kinder hin gehen können: Den Robi!

Rösli Hof: Alle reden vom Sparen. Man könnte zum Beispiel auch beim Apéro nach der Gemeindeversammlung sparen! Es ist beschämend, dass etwas so wichtiges, wie der Robinsonspielplatz, geschlossen werden soll. Wenn durch ihn nur ein einziges Kind vor Drogen oder Alkohol gerettet werden kann, dann hat er seinen Zweck bereits erfüllt. Herr und Frau Abächerli sind 365 Tage im Jahr auf dem Robi. Er ist nie geschlossen. Dreissig Jahre lang sind Abächerli's mit dem eigenen Auto herumgefahren und haben dafür nie eine Extraentschädigung er-

halten. Können die Anwesenden all das bei einer Schliessung verantworten? Rösli Hof wünscht, dass Herr und Frau Abächerli den Robinsonspielplatz weiterhin betreiben können.

Daniel Altermatt: Der Robi kann nicht - zum Beispiel mit einem Verein - privatisiert werden. Bei einem offenen Angebot geht das schon aus versicherungstechnischen Gründen (Haftung) nicht. Nur öffentlich-rechtliche Institutionen können einen solchen Betrieb führen.

Gemeinderat Th. Imboden: Im Dezember ist die Gemeindeversammlung auf den Voranschlag nicht eingetreten. In der Folge hat der Gemeinderat das Budget noch einmal überprüft. Das Ergebnis liegt heute Abend vor. Schon im ersten Entwurf gab es schmerzhaftes Kürzungen. Um nicht auch andere Institutionen zu gefährden, wurde entschieden, den Robinsonspielplatz zu schliessen. Auch dem Gemeinderat ist der Entscheid nicht leicht gefallen. Er wird sich den Vorwurf, man habe bei den Kleinen gespart, wohl gefallen lassen müssen. Seit der Gründung des Robinsonspielplatzes wurde das Freizeitangebot in Münchenstein kontinuierlich ausgebaut. Es gibt ein Jugendhaus, Sportplätze, private und kirchliche Angebote und bald kommt noch ein Skatepark dazu. All das, sowie ein verändertes Freizeitverhalten der Kinder, zeigt sich auch an den Besucherzahlen des Robis. Er ist in seiner heutigen Form nicht mehr zeitgemäss und zu teuer. Es trifft zu, dass im Segment Kinder und Jugendliche zwischen fünf und zwölf Jahren etwas fehlen wird. Je nach Entscheid, hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die abklären soll, was mit dem Gelände geschieht. Je nachdem ist ein Waldbrand auch eine Chance, dass neuer Wald entstehen kann ...

://: Mit 142 zu 108 Stimmen wird der Antrag des Gemeinderates und die Schliessung des Robinsonspielplatzes auf den 30. September 2003 abgelehnt.

#### **Seiten 46 und 47, Sammelposition 4, Gesundheitswesen**

Dölf Brodbeck beantragt, den Betrag von 2,244 Millionen Franken auf 2,1 Millionen Franken zu reduzieren. Bei diesen Budgetpositionen ist eine Zunahme um 13 %, also mehr als eine Viertelmillion Franken, zu verzeichnen. Wenn diesen Kostensteigerungen weiterhin tatenlos zugehört wird, befinden wir uns in sechs Jahren bei einer Verdoppelung der Gesundheitskosten. Der Antrag verlangt, dass die Mehrkosten von 13 % auf 6,8 % gekürzt werden. Wo die Einsparungen getätigt werden sollen, wird bewusst nicht explizit verlangt. Es geht einzig darum, das unerhörte Ausmass der Gesundheitskosten zu dämpfen. Die Antragsteller sind nicht mehr bereit, an allen Fronten im Gesundheitsbereich Kostenexplosionen zu schlucken. Es geht ums Fragen und Hinterfragen. Das Gesundheitswesen hat in den letzten Jahren ausschliesslich Steigerungen produziert. Der vorliegende Antrag setzt ein Zeichen und fordert zu Kostendisziplin auf.

Bruno Krähenbühl fühlt sich als Spitexpräsident angesprochen. Im Finanzwesen und im Budgetprozess gibt es keine Tabus. Daher ist es richtig, dass die Zahlen auf den Tisch kommen. B. Krähenbühl ist erstaunt, dass ausgerechnet Dölf Brodbeck, als Präsident der landrätlichen Personalkommission, diesen Antrag stellt. Die Löhne des Pflegepersonals wurden vom Landrat erhöht. Mit Ausnahme des Leiters sind bei der Spitex alles Damen beschäftigt. Die Spitex hat eine Leistungsvereinbarung mit der Gemeinde abgeschlossen. Münchenstein ist diejenige Gemeinde im ganzen Bezirk, die die höchsten Tarife anwendet. Wie wird die Spitex finanziert? Ein Teil der Einnahmen wird selber erwirtschaftet, es fliessen Beiträge von Bund, Kanton, Gemeinde und der Kirchgemeinde sowie Spenden und Sponsorenbeiträge. Auch die Bürgergemeinde Münchenstein leistet einen ansehnlichen Beitrag. Die Subventionen werden pro Einwohner/in ausgerichtet. 1998 waren dies Fr. 21.47, 2000 Fr. 22.67. B. Krähenbühl betont, dass er es richtig findet, dass die Löhne angehoben wurden. Es war eine Schande, wie in der Schweiz die Frauen weniger verdienen. Die Gemeindekommission und die Rechnungsprüfungskommission haben die Spitex schon zweimal besucht und ihr ein gutes Zeugnis ausgestellt. Es wird sorgfältig gewirtschaftet und gespart, wo es nur geht. Jeder Fall wird sauber abgeklärt und geprüft, ob die Spitex wirklich nötig ist. Der Verein führt auch jedes Jahr eine Generalversammlung durch, zu der jeweils die Parteien eingeladen werden. Leider kamen nicht alle. B. Krähenbühl bittet, den Antrag von Dölf Brodbeck abzulehnen.

Dr. Arnold Amacher: Der Budgetplanungsprozess ist wie folgt abgelaufen: Letztes Jahr wurde ein runder Tisch durchgeführt. An der Budgetgemeindeversammlung wurde dann die Diskussion verweigert. Dann gab es erneut einen runden Tisch mit den Parteienvertretern. An all diesen Versammlungen wurde der Antrag nicht gestellt. Dann gab es zwei Sitzungen der Gemeindekommission, an denen die FDP vertreten war. Auch dort wurde dieser Antrag nicht gestellt. Zu guter Letzt hat die FDP zwei Vertreter im Gemeinderat. Unter welchen Positionen sollen die

Kürzungen vorgenommen werden? Dölf Brodbeck sollte schon definieren, wo gespart werden muss!

Dölf Brodbeck: Man darf doch wohl noch an einer Parteiversammlung einen Antrag stellen und ihn vor die Gemeindeversammlung bringen! Bruno Krähenbühl weiss genau, dass der Vorsitzende einer Kommission eine Vorlage des Regierungsrates beraten lassen muss. Es handelte sich bei diesen Lohnanpassungen um einen klaren politischen Willen. D. Brodbeck teilte bereits mit, dass *ganz bewusst* offengelassen wird, wo die Einsparungen vorgenommen werden. Wenn man die Zahlen genau betrachtet, so sieht man, dass es bei der Position 440 zu einer Steigerung um 82 % und bei der Position 461 zu einer um 10 % gekommen ist.

Gemeinderat N. Hug: Man muss das ganze differenziert betrachten. Es ist nicht das erste Mal, dass der Gemeinderat eine Zahl ohne genauen Auftrag an den Kopf geworfen bekommt. Es dürfen nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden. Der Anteil der über 75-jährigen Einwohnerinnen und Einwohner ist in Münchenstein überproportional höher als in anderen Gemeinden. Das hat auch einen Einfluss auf die ambulante Krankenpflege.

://: Mit grossem Mehr gegen wenige Stimmen wird der Antrag von Dölf Brodbeck abgelehnt.

Paula Pakery gibt in Zusammenhang mit Seite 68 (Investitionsrechnung, Feuerwehr) einen Hinweis ab: Im Mai/Juni schwärmen wieder vermehrt Bienenstöcke aus. Bevor man die Feuerwehr avisiert, sollte man die Polizei anrufen.

Peter Vogt: Der neue Aufwandüberschuss beläuft sich auf Fr. 2'394'600.--.

://: 1. Der vorliegende Voranschlag der Laufenden Rechnung der Einwohnerkasse für das Jahr 2003 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'394'600 wird einstimmig gegen 1 Stimme genehmigt.

2.1 Zulasten der Investitionsrechnung werden folgende neue Kredite bewilligt:

020.506.06	EDV-Anlage, Erweiterung 2003	Fr.	52'000
100.581.02	Erneuerung Vermessungswerk Etappe 2003	Fr.	50'000
242.501.02	Kanalsanierungen 4. Etappe	Fr.	130'000
310.566.03	Beiträge an Renovationen im Dorfkern 2003	Fr.	20'000
320.501.05	GAA Netzausbau, Erweiterung 2003	Fr.	50'000
320.501.13	GAA, Verbesserungen 2003	Fr.	20'000
620.501.09	Strassenbeleuchtung, Versch. Arbeiten Etappe 2003	Fr.	80'000
620.501.24	Strassensanierungen Etappe 2003	Fr.	80'000
620.506.04	Ersatz Rasenmätraktor John Deere	Fr.	35'000
651.561.00	Beiträge an BLT Linie 10, Ausbau Neuwelt	Fr.	114'700
651.561.01	Beiträge an BLT Linie 11, Ausbau Haltestelle	Fr.	56'700
700.501.05	Wasserleitungen, Sanierung Etappe 2003	Fr.	1'000'000
700.501.17	Grundwasserschutzzone Ehinger Schutzmassnahmen, 3. Etappe	Fr.	30'000
700.506.01	EDV-Anpassungen in der Zentrale	Fr.	110'000
710.501.50	Kanalisationsnetz Sanierung 13. Etappe	Fr.	1'000'000

2.2 Die Kreditbeschlüsse gemäss Ziffer 4.1 unterstehen einzeln dem fakultativen Referendum.

3.1 Für das Jahr 2003 werden die öffentlichen Abgaben wie folgt festgesetzt:

3.2 Gemeindesteuersätze (§ 2 Steuerreglement)

Natürliche Personen

- Einkommens- und Vermögenssteuer (§ 19 StFG):  
60 % des Staatssteuerbetrages (bisher 57,5 %)

Juristische Personen

- Ertragssteuer (§ 58 III StFG):  
5 % des steuerbaren Ertrages (wie bisher)
- Kapitalsteuer (§ 62 I StFG)  
5,5 % des steuerbaren Kapitals (wie bisher)

46. Feuerwehropflichtersatz (§ 6 III Feuerwehrrglement)

7 % des Gemeindesteuerbetrages, max. Fr. 1'000.-- (wie bisher)

### 3.4 Wassertarif (§ 13 II Wasserreglement)

- Grundtaxe:  
0,1 ‰ des Brandlagerschätzwertes gemäss  
Baukostenindex vom 01.01.2003 (wie bisher)
- Wasserzins:  
Fr. 1.15 pro m<sup>3</sup> Wasserverbrauch (wie bisher)
- Bauwasserzins:  
40 Rappen pro m<sup>3</sup> Rauminhalt der Bauten (wie bisher)  
alle Beträge zuzüglich MwSt

### 3.5 Abwassergebühr (§ 28 Kanalisationsreglement)

- Fr. 1.30 pro m<sup>3</sup> Wasserverbrauch (wie bisher)
- nach Basel kanalisiertes Dreispitz-Areal:  
Fr. 1.10 pro m<sup>3</sup> Wasserverbrauch (wie bisher)  
alle Beträge zuzüglich MwSt

### 3.6 GAA-Beiträge und Gebühren (§ 17 GAA-Reglement)

- Anschlussbeiträge (wie bisher):  
Fr. 1'500.-- Grundbeitrag pro Gebäude (Ein- oder Mehrfamilienhaus oder  
Gewerbegebäude)  
Fr. 300.-- zusätzlich pro Wohnung in Ein- oder Mehrfamilienhaus  
Fr. 250.-- im Minimum zusätzlich pro Gewerbebetrieb
- Benützungsgebühr (wie bisher):  
Fr. 13.-- pro Wohnung und Monat  
alle Beträge zuzüglich MwSt

## Traktandum 3

### **Verschiedenes**

#### **Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes der Arbeitsgruppe für den Robinsonspielplatz betreffend Schliessung des Robinsonspielplatzes per 30. September 2003**

René Lienert reicht folgenden Antrag ein:

*„Gemäss dem Ratschlag für die Einwohnergemeindeversammlung vom Donnerstag, 27. Februar 2003, hat der Gemeinderat beschlossen, den Robinsonspielplatz aus Kostengründen per 30. September 2003 zu schliessen. Das Angebot entspräche nicht mehr den Bedürfnissen der Münchensteiner Kinder.*

*Die Arbeitsgruppe kann dieser Argumentation nicht folgen und ist der Meinung, dass der Robinsonspielplatz den Münchensteiner Kindern erhalten bleiben soll, zumal in unserer Gemeinde Alternativen fehlen.*

*Bereits vor Monaten hat sich die Arbeitsgruppe im Zuge der Neustrukturierung die Frage gestellt, welches die Kernaufgaben eines Robinsonspielplatzes sind und welche Altersgruppe angesprochen werden soll. Verschiedene Fragen wurden an mehreren Sitzungen bereits ausführlich diskutiert und an den Themen gearbeitet.*

#### Antrag an die Gemeindeversammlung

- (1. Der Beschluss des Gemeinderates, den Robinsonspielplatz per 30. September 2003 zu schliessen, wird rückgängig gemacht.) (Anm.: Ziffer 1 hat sich erübrigt)
2. Bis 30. Juni 2003 werden folgende Unterlagen erstellt:
  - Organisations- bzw. Betriebsanalyse Robinsonspielplatz
  - Konzept Betreuung des Robinsonspielplatzes“

Gemeindepräsident W. Banga bittet die Arbeitsgruppe, sich nicht zu sehr auf den 30. Juni festzulegen und nimmt den Antrag im Namen des Gemeinderates entgegen.

://: Der Antrag wird entgegengenommen.

#### **Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Dr. Arnold Amacher, Grüne Münchenstein, betreffend weiteres Vorgehen beim Robispielplatz**

Dr. Arnold Amacher reicht folgenden Antrag ein:

„Der Gemeinderat bringt vor der Budget-Gmeini 2003 eine Vorlage zum Thema, wie es mit dem Robispielplatz weitergehen soll.“

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat nimmt den Antrag entgegen.

://: Der Antrag wird entgegengenommen.

### **Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes der SP Münchenstein betreffend Robinsonspielplatz**

Hanni Huggel: Die SP wünscht eine anders zusammengesetzte Arbeitsgruppe. Sie reicht folgenden Antrag ein:

„Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Bedürfnisabklärung über die weitere Nutzung des Robi-areals zu machen. Eine vom Gemeinderat eingesetzte Arbeitsgruppe, bestehend aus je einem Vertreter/in der Jugendkommission, der Arbeitsgruppe Robi, des Quartiers, des Neue Welt Schulhauses und des Gemeinderates soll die erweiterte Nutzung des Spielplatzareals unter die Lupe nehmen. Es sollen folgende Fragen geklärt werden:

- Wie ist der Bedarf nach einem konventionellen Robispielplatz mit Hüttenbauen und anderem naturnahem Spielen?
- Sind andere Bedürfnisse für einen offenen Treff für Kinder und Jugendliche da, die in diesen Räumlichkeiten abgedeckt werden könnten?
- Kann der Platz zu einem Quartiertreff erweitert werden?
- Können weitere Aktivitäten, wie Spiel-, Krabbelgruppe, Mittagstisch etc. stattfinden?
- Kann der Spielplatz von September bis Ende Jahr für Kinder teilzeitlich genutzt werden, bis eine definitive Abklärung zur weiteren Nutzung gemacht worden ist? Gibt es bei dem bestehenden Pool von Sozialarbeitern eine Möglichkeit, dass jemand an zwei bis drei Nachmittagen Betreuungsarbeit übernehmen kann? Können dies allenfalls Freiwillige übernehmen?
- Wäre es sinnvoll, wie das in anderen Gemeinden der Fall ist, einen Verein zu gründen, der das Areal zur Verfügung erhält und die Nutzung mit Freiwilligen und mit teilzeitlich Angestellten betreiben kann?
- Die Betreuungsangebote während der Schulferien sollen abgedeckt werden.
- Eine Vernetzung aller offenen Angebote in der Kinder- und Jugendbetreuung soll angestrebt werden.“

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat nimmt den Antrag entgegen.

://: Der Antrag wird entgegengenommen.

### **Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes der SP Münchenstein betreffend Beratung für Eltern und Kinder durch Fachstelle**

Jeanne Locher reicht im Namen der SP Münchenstein zu Konto 540.365.00, Budget 2003, Soziale Wohlfahrt (Angebot Familienberatung) folgenden Antrag ein:

„Der Gemeinderat wird beauftragt, abzuklären, ob für Eltern, Jugendliche und Kinder bei Bedarf eine Beratung mit einer Fachstelle oder einer ausgewiesenen Fachperson innert nützlicher Frist gewährleistet ist.“

Gemeindepräsident W. Banga nimmt den Antrag im Namen des Gemeinderates entgegen.

://: Der Antrag wird entgegengenommen.

### **Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Dr. Arnold Amacher, Grüne Münchenstein, betreffend Schulsozialarbeit**

Dr. Arnold Amacher reicht folgenden Antrag ein:

„Der Gemeinderat legt 2003 eine Sondervorlage zum Thema Schulsozialarbeit vor.“

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat nimmt den Antrag entgegen.

://: Der Antrag wird entgegengenommen.

### **Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Dr. Arnold Amacher, Grüne Münchenstein, betreffend weiteres Vorgehen bei der Familien- und Jugendberatung**

Dr. Arnold Amacher reicht folgenden Antrag ein:

*„Der Gemeinderat bringt vor der Budget-Gmeini 2003 eine Vorlage zum Thema, wie es mit der Familien- und Jugendberatung weitergehen soll (eventuell neuer Vertrag).“*

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat nimmt den Antrag entgegen.

*://*: Der Antrag wird entgegengenommen.

### **Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Dr. Arnold Amacher, Grüne Münchenstein, betreffend Revision des Bestattungsreglements**

Dr. Arnold Amacher: So oder so kommen Kosten auf die Gemeinde zu. Daher werden neue Einnahmen benötigt und es sollen keine Gemeindebeiträge nach dem Giesskannenprinzip ausgerichtet werden. Unter anderem muss das Bestattungsreglement neu überdacht werden, wobei es selbstverständlich ist, dass mittellose Einwohnerinnen und Einwohner weiterhin in den Genuss von Vergünstigungen kommen sollen. Dr. Arnold Amacher reicht folgenden Antrag ein:

*„Der Gemeinderat legt vor der Budget-Gmeini 2003 ein revidiertes Bestattungsreglement vor, das nur noch in begründeten, im Reglement festgelegten Ausnahmen, eine kostenlose Bestattung vorsieht. Die Würde der Verstorbenen ist zu wahren.“*

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat nimmt den Antrag entgegen.

*://*: Der Antrag wird entgegengenommen.

### **Mobilfunkanlagen**

Peter Zwick: In letzter Zeit ist es vermehrt zu Bauvorhaben für Mobilfunkanlagen gekommen. Die Anwohnerinnen und Anwohner des Heiligholzquartiers haben eine Einsprache gemacht, weil das Heiligholz eines der dichtbesiedeltesten Gebiete in Münchenstein ist. Hat die Gemeinde ebenfalls eine Einsprache verfasst? P. Zwick bittet die Anwesenden, das Amtsblatt und das Wochenblatt gut zu lesen und - wenn man nicht direkt angeschrieben worden ist - ebenfalls Einsprache zu erheben.

Gemeinderat L. Lauper: Nein, die Gemeinde hat keine Einsprache erhoben. Der Gemeinderat hat das Thema vor etwa vierzehn Tagen diskutiert und sich überlegt, wie die Problematik angegangen werden kann. Er wird die Sache ähnlich anpacken, wie es heute auch in der Basler Zeitung zu lesen war.

### **Parkplätze und Kehrrichtabfuhr**

Willy Müller ist nicht zufrieden, wie es in den letzten paar Jahren in der Gemeinde gelaufen ist. Wenn die Finanzlage schlecht ist, so sollte man sehen, dass Geld in die Kasse kommt. Münchenstein besitzt viele Parkplätze, die - im Gegensatz zum Rest der Schweiz - nicht bewirtschaftet werden. W. Müller hat kürzlich eruiert, wie viele Autos mit auswärtigen Nummernschildern beim Friedhof abgestellt waren und gibt kurz die Zahlen bekannt. So kann es nicht weitergehen.

Im Weiteren musste W. Müller letzte Woche feststellen, dass viele Abfallsäcke mit roten Marken herumstanden. (*Anm.: Die rote Marke wird durch die Entsorgungsfirma bei Abfallsäcken ohne Gebührenmarke als Kennzeichnung verwendet und - falls keine Gebührenmarke nachgeklebt wurde - in der Folgeweche durch sie oder den Werkhof entsorgt.*) Die Gemeinde müsste solche Säcke in jedem Fall einziehen, untersuchen und die Säumigen büssen. Was in den letzten zehn Jahren in der Gemeinde abgelaufen ist, passt Willy Müller nicht mehr.

Gemeindepräsident W. Banga: Auf Seite 15 des Umsetzungsplans ist in Position 11.19 eine „Prüfung Bewirtschaftung öffentliche Parkplätze und Reglement für öffentliche Bewirtschaftung im Raum“ enthalten.

Gemeinderat L. Lauper ist sehr froh, dass Willy Müller sich heute für eine Bewirtschaftung der Parkplätze ausspricht. Früher hat er sich mit aller Vehemenz dagegen gewehrt. Zu den Abfallsäcken ist festzuhalten, dass es schlicht und einfach nicht wahr ist, dass Abfallsünder keine Busse erhalten.

Willy Müller entgegnet, dass er in der Gemeindekommission unzählige Male dafür plädiert hat, Anwohner-Parkkarten einzuführen.

### **Verabschiedung von Bauverwalter Rudolf Zulauf**

Gemeindepräsident W. Banga: Ruedi Zulauf hat morgen seinen letzten Arbeitstag bei der Gemeinde Münchenstein. Nach seinem Studium zum Bauingenieur an der ETH Zürich und einigen Jahren Tätigkeit in der Privatwirtschaft trat er am 1. Januar 1971 seine Stelle als Bauverwalter in Münchenstein an. Nach über 32-jähriger Tätigkeit hat er sich nun entschlossen, in Pension zu gehen. Dass es sich um eine Lebensstelle handeln wird, hätte Ruedi Zulauf bei seinem Amtsantritt nicht gedacht. Seine Aufgaben und seine Arbeit waren äusserst vielseitig, so dass Ruedi Zulauf sein ohnehin schon grosses Wissen noch laufend erweitern konnte. Besonders herausragende Eigenschaften waren sein guter Arbeitsstil, seine speditive Arbeiterledigung, seine Sicherheit in der Argumentation, sein Verhandlungsgeschick und nicht zuletzt seine Unerschrockenheit. Während seiner Amtszeit hat Ruedi Zulauf über dreissig Gemeinderätinnen und Gemeinderäte kommen und gehen sehen. Gemeindepräsident W. Banga dankt Ruedi Zulauf im Namen des Gemeinderates und im Namen aller ganz herzlich für seinen Einsatz und seine Leistungen. Für ihn persönlich war es auch besonders beeindruckend, wie Ruedi Zulauf nach dem Eintritt des neuen Bauverwalters, Gilbert Davet, loslassen und ins zweite Glied zurücktreten konnte. W. Banga wünscht ihm und seiner Frau Rosmarie alles Gute und Wohlergehen für die Zukunft.

Gemeinderätin H. Wegmüller überreicht R. Zulauf einen Blumenstrauss und Gemeindepräsident W. Banga weist darauf hin, dass das Geschenk der Gemeinde Ruedi Zulauf bereits im Rahmen der Verabschiedung durch den Gemeinderat übergeben wurde.

Klaus Droz: Nachdem Ruedi Zulauf „von oben“ gerühmt wurde, soll er nun auch noch „von unten“ gelobt werden. Vor vierzig Jahren gehörte es fast zum guten Ton, dass man über die Bauverwalter schimpfte. Das zog sich quer durch alle Parteien. Klaus Droz hatte immer wieder mit Ruedi Zulauf zu tun und wurde von ihm in den allermeisten Fällen kompetent, anständig und innert nützlicher Frist bedient. In der Kommission Tramstrasse zum Beispiel, hat seit deren Bestehen mittlerweile bereits der siebte Gemeinderat Einsitz genommen. Ruedi Zulauf hat es jedes Mal in prägnanter Art und Weise fertig gebracht, alle auf den gleichen Wissensstand zu bringen. Durch seine Position als ETH-Ingenieur und als Chefbeamter genoss er natürlich eine gewisse Überlegenheit gegenüber den anderen Kommissionsmitgliedern. Doch er hat seine Position nie ausgenutzt. Es war eine sehr gute Zusammenarbeit, bei der man sich gegenseitig respektiert und jeder gewusst hat, was der andere kann und ist. Für diese gute Zusammenarbeit: DANKE!

Bauverwalter R. Zulauf hat gemischte Gefühle. Er freut sich, dass nun eine Zeit ohne Sitzungen, Termindruck und Ärger beginnt. Heute sind die Zeiten „strüber“ als 1971. Damals hatte R. Zulauf den Anstellungsvertrag schon nach dem zweiten Vordiplom in der Tasche. Damals wurden auch die Fremdarbeiter mit Luxuscars abgeholt, damit sie in die Schweiz arbeiten kommen und der Bund erliess gar Massnahmen zur Dämpfung der überhitzten Konjunktur. Eine Wohnung war in jener Zeit in Münchenstein nicht zu finden, so dass R. Zulauf seine Wurzeln in Füllinsdorf schlug, wo er bis heute geblieben ist. Allerdings war er immer ein bisschen neidisch auf die Münchenerinnen und Münchener, weil sie 10 % weniger Steuern bezahlen mussten, als die Füllinsdörfer. Heute Abend hat die Gemeindeversammlung Ausgaben im Rahmen von 0,5 Steuerprozenten beschlossen und es hat dabei getönt, als piffe Münchenstein „aus dem letzten Loch“ ... Bauverwalter R. Zulauf bedankt sich bei allen und wünscht ihnen alles Gute und gute Gesundheit.

Gemeindepräsident W. Banga dankt seinen Kameradinnen und Kameraden vom Gemeinderat. Es war beeindruckend, wie der Gemeinderat die Rückweisung des Budgets über sich ergehen liess und sachlich blieb. Es war rundum ein faires Verhalten und es gab tiefeschürfende Diskussionen. Heute ist Münchenstein in der Lage, Sachen anzupacken, die über lange Jahre tabu waren.

Rösli Hof teilte im Verlaufe der heutigen Gemeindeversammlung mit, der anschliessende Apéro sei auch nicht unbedingt nötig. Diese Überlegungen hat der Gemeinderat ebenfalls angestellt



und die Streichung des Apéros in Erwägung gezogen. Im Sinne einer guten Kooperation kam er dann jedoch zum Schluss, den Apéro weiterzuführen, aber pro Getränk zwei Franken zu verlangen. W. Banga bittet die Anwesenden, den Unkostenbeitrag in die dafür bereitgestellten Körbli zu legen - so ähnlich, wie man es bei den Blumenfeldern macht.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier

## Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

2. Sitzung vom 20. März 2003 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Nicolas Hug, Thomas Imboden, Ursina Lanz, Lukas Lauper, André Schenker, Helen Wegmüller  Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Gilbert Davet, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Lukas Lauper, Vizepräsident
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier
<u>Stimmzähler:</u>	Georges Goldiger, Sylvia Lüthi, Ruedi Hiltbrunner
<u>Entschuldigt:</u>	Giorgio Lüthi, Rolf Rindlisbacher, Victor Manicolo-Dinten, Doris Würsch, Martin Eichrodt, Danuta Janiak, Heidi Frei
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 21.25 Uhr

---

### Traktanden

47. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 27. Februar 2003
  48. Wohnheim für Asylsuchende: Baukreditbegehren Fr. 2'465'000.-- / Betreuungskonzept und Umzonung Parzelle 5794
  49. Antrag gemäss § 68 GemG der Gemeindekommission betreffend Ausweitung der Leistungspflicht der Schulzahnpflege
  50. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga heisst die 97 Anwesenden zur heutigen Gemeindeversammlung willkommen. Von der Sache her gesehen hätte er eigentlich ein grösseres Publikum erwartet. Die heute anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern tragen nun halt die ganze Verantwortung.

Gestern musste vom Kriegsbeginn im Irak Kenntnis genommen werden. Gemeindepräsident W. Banga fühlt sich nicht zuständig, dazu ein Urteil abzugeben. Er drückt jedoch sein Bedauern aus, dass es der Uno nicht möglich war, diesen Krieg mit der vielgepriesenen Kommunikation zu verhindern und eine Einigkeit zu erzielen und hofft, dass es nicht viele unschuldige Opfer geben wird.

Im Weiteren begrüsst W. Banga C. Thürlemann von der Basler Zeitung und Markus Brügger vom Wochenblatt für das Birseck und Dorneck. Er bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen. Weiter weist er darauf hin, dass bei Wortmeldungen das Mikrofon zu benutzen und der Name zu nennen ist. Die Rednerliste wird durch den Vizepräsidenten des Gemeinderates, Lukas Lauper, geführt. Die Einladung mit den Traktanden und Anträgen wurde rechtzeitig zugestellt und im amtlichen Anzeiger publiziert. Der Ratschlag zu den Gemeindeversammlungen und das Protokoll können im Abonnement bezogen werden. Bestellungen sind an Kathrin Cottier, Gemeindeverwaltung, zu richten.

### Traktandum 1

#### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 27. Februar 2003**

Willi Müller verweist auf Seite 118 des Protokolls und macht darauf aufmerksam, dass er sich - entgegen der Aussage von Lukas Lauper - immer wieder für eine Parkplatzbewirtschaftung

eingesetzt hat. Er verweist auf die Protokolle der Gemeindekommission vom 30. August 1993, 15. April 1996 und 23. November 1998 und bittet, dass Gemeinderat L. Lauper seine Äusserung zurücknimmt. Sie stimmt ganz einfach nicht.

Gemeindepräsident W. Banga weist darauf hin, dass es im Moment nur darum geht, falsch protokollierte Aussagen zu berichtigen. Er bittet W. Müller, auf bilateralem Weg eine Einigung mit Gemeinderat L. Lauper zu suchen.

Paula Pakery wünscht ihre Aussage auf Seite 113, oben, wie folgt zu präzisieren: „... dass die Bürgergemeinde aktiv wird und mit den Kindern in den Wald geht und eine Waldputzete durchführt. *Der Sinn einer Waldputzete liegt darin, dass die Kinder selber Waldhütten bauen können ...*“

://: Mit dieser Ergänzung wird das Protokoll mehrheitlich mit einer Gegenstimme genehmigt und der Verfasserin, Kathrin Cottier, verdankt.

## **Traktandum 2**

### **Wohnheim für Asylsuchende: Baukreditbegehren Fr. 2'465'000.-- / Betreuungskonzept und Umzonung Parzelle 5794**

Gemeinderätin H. Wegmüller weist darauf hin, dass die Vorlage von ihr (allgemeiner Teil) und Gemeinderätin U. Lanz (Bauliches) gemeinsam präsentiert wird. Allfällige Fragen werden gemeinsam mit Bauverwalter G. Davet beantwortet.

Die Gemeinderätinnen H. Wegmüller und U. Lanz gehen mittels Folien auf die Ausführungen im Ratschlag ein (Kopien der Folien finden sich im Anhang zu diesem Protokoll). Der im Ratschlag in der Modellrechnung enthaltene Hypothekarzinsatz ist von 3,5 % auf 3,25 % gesunken. Daher sind die auf der Folie aufgeführten Zahlen leicht tiefer.

Hanni Huggel: Die Gemeindekommission hat die Vorlage geprüft. Der Gemeinderat hatte eine Aufgabe, die er sich nicht selber aussuchen konnte, sondern die eine gesetzliche Pflicht ist. Es fand bereits eine Informationsveranstaltung statt, zu der auch die Gemeindekommission eingeladen wurde. Dort konnten auch bereits Fragen gestellt und beantwortet werden (Vergleich mit anderen Gemeinden, zum Betreuungskonzept, zur Zivilschutzanlage etc.). Die Gemeindekommission war mehrheitlich der Meinung, dass es sich um eine seriöse Vorlage handelt. Einzig die CVP wollte nicht auf das Geschäft eintreten, sodass die Kommission der Vorlage mit 12 gegen 2 Stimmen entsprochen hat.

Edi Grass: Die SP hat die Vorlage beraten und die Argumente dafür und dagegen abgewogen. Sie empfiehlt, darauf einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zu entsprechen. Persönlich empfiehlt Edi Grass, die Vorlage noch einmal zu lesen und das Wort „Asylsuchende“ durch „Menschen“ zu ersetzen. Menschen, die dem Lärm an der H 18 ausgesetzt sind. Gerade nachdem nun im Irak der Krieg ausgebrochen ist, ist es umso mehr wichtig, dass das Wohnheim rasch realisiert wird.

Dr. Lienhard Meyer: Für die FDP beinhaltet die Vorlage eine gute und tragbare Lösung. Sie bittet um Eintreten und den Anträgen des Gemeinderates zu entsprechen.

Walter Hofer: Die SVP hat sich aus bekannten Gründen mit der Vorlage etwas schwer getan. Dennoch kam sie mehrheitlich - wenn auch contre coeur - zum Schluss, es sei darauf einzutreten und den Anträgen zuzustimmen. Die vom Bund praktizierte Asylpolitik ist nicht optimal, da es sich bei den hier anwesenden Asylsuchenden mehrheitlich nicht um echte Flüchtlinge handelt. Hier etwas zu ändern ist jedoch nicht Sache der Gemeinde. W. Hofer hofft, dass bald eine Lösung gefunden wird.

Jean-Pierre Doggé: Auch die CVP hat der Vorlage zähneknirschend zugestimmt. Nicht alle waren begeistert. Vor dem Hintergrund des Krieges wird jedoch auch sie aus menschlichen Gründen zu den Anträgen des Gemeinderates nicht Nein zu sagen. J.-P. Doggé bittet, auf die Vorlage einzutreten.

Willi Müller, SD, hat eine Frage zu Ziffer 2 des Antrages (Rückerstattung durch Bund und Kanton): Diese Rückerstattung betrifft nur das Gebäude. Was geschieht mit dem Land, das auch einen Wert von einer Million Franken hat?

Gemeinderätin U. Lanz: Das Land bleibt im Eigentum der Gemeinde, der Baurechtszins wird vergütet.

Christian Brechbühl ist von der Vorlage nicht unbedingt begeistert. Er findet es jedoch gut, dass keine Luxusbaute erstellt wird und die Asylsuchenden angemessene Räumlichkeiten erhalten.

Eveline Meier äussert sich als Anwohnerin und im Namen des FC Münchenstein. In unmittelbarer Umgebung des geplanten Standorts befinden sich die Garderoben des Fussballclubs, die auch von Kindern frequentiert werden. Man muss aufpassen, dass dort nichts passiert.

://: Eintreten ist unbestritten.

Edward Gröflin: Das Land an der Pumpwerkstrasse verliert durch den Bau des Wohnheims an Wert. Wird dafür eine Entschädigung ausgerichtet?

Gemeinderätin U. Lanz: Rund um den geplanten Standort befindet sich Gewerbeland. Das Haus von E. Gröflin ist das einzige, das sich in dieser Gewerbezone befindet und ist eigentlich schon jetzt zonenfremd. Das Gewerbeland wird nicht an Wert verlieren.

Jean-Pierre Doggé: Die Finanzlage der Gemeinde ist alles andere als wunderbar. Wie soll also die Finanzierung vor sich gehen? Nimmt man einen Kredit oder eine Hypothek auf? Wird der Betrag in der Gemeindekasse erscheinen?

Gemeinderätin U. Lanz kann im Moment nicht genau sagen, wie der Betrag im Detail ausgewiesen wird. Es trifft zu, dass die Schulden der Gemeinde sich erhöhen und in irgendeinem Konto erscheinen werden.

Patrick Meier ist ebenfalls Anwohner an der Pumpwerkstrasse. Kann gesagt werden, wo sich die anderen möglichen Standorte befinden?

Gemeinderätin U. Lanz: Sie sind alle im Ratschlag (Seite 4) enthalten. Das Gstad (ehemals Glas und Spiegel) wurde verworfen, weil es sich um ein Wohngebiet handelt. Auch der Stöckacker ist ungeeignet. Natürlich handelt es sich um eine subjektive Wertung des Gemeinderates. Den optimalen Standort gibt es wahrscheinlich nicht.

Patrick Meier: Wäre es nicht einfacher, wenn die Asylsuchenden in einem Wohnquartier (zum Beispiel im Gstad) untergebracht wären? Dort gibt es andere Leute, öffentliche Verkehrsmittel etc.

Gemeinderätin U. Lanz: Diese Idee wurde - auch in Bezug auf die Kosten - nicht weiter geprüft. Ausserdem muss das Wohnheim bei Bedarf ausbaufähig sein.

Herr Ziegler: *Kostenneutral* tönt toll. Vor drei Wochen hat man mit Vehemenz über 5'000 Franken für das 1. August-Feuerwerk diskutiert ... Am Schluss werden wieder die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Kasse gebeten. Was passiert, wenn es wieder zu Zinsverhältnissen von 6 % wie 1991 kommt? Herr Ziegler macht auf die so genannte Libor-Hypothek aufmerksam. [Anm.: Vereinfacht: Zinssatz richtet sich nach dem Euro-Geldmarktsatz (London Interbank Offered Rate), Anpassungen erfolgen je nach Kreditgeber im Rhythmus von drei, sechs oder zwölf Monaten, Zinsgestaltung ist völlig transparent und marktgerecht, unterliegt aber grossen Schwankungen.] Langfristig betrachtet wäre dies die beste Lösung. Doch zehn Tage vor dem 1. April (Ablauf des Vertrags mit R. Probst) besteht nun leider keine Möglichkeit mehr, über etwas anderes abzustimmen.

Gemeinderätin U. Lanz: Die Kündigung kam für den Gemeinderat relativ überraschend. Es war sehr aufwändig, das Projekt in so kurzer Zeit auf die Beine zu stellen. Eine andere Lösung war einfach nicht möglich.

Gemeinderat N. Hug: Es mussten verschiedene Annahmen getroffen werden. Auch die Belegungszahl von 80 % ist eine Annahme. Es kann durchaus sein, dass sie höher ist und sogar ein Gewinn resultiert.

Claude Kaspar weist darauf hin, dass - wenn ihn nicht alles täuscht - die Parzelle im Finanzvermögen enthalten ist. Somit müssten 10 % (also 100'000 Franken) abgeschrieben werden. Diesen Hinweis hat C. Kaspar in der Vorlage nicht gefunden. Ferner waren die MUBA-Pavillons zum Verkauf ausgeschrieben. Hat man deren allfälligen Erwerb geprüft?

Gemeinderat N. Hug: Ja. Allein der Ab- und Wiederaufbau hätte 1,2 Millionen Franken gekostet. Der an sich gute Gedanke wurde geprüft, aber nicht weiterverfolgt. Bezüglich Finanzvermögen kann im Moment keine Auskunft gegeben werden.

Gemeinderätin U. Lanz: Die Zahlen wurden mit dem Finanzverwalter geprüft, doch im Moment kann der Gemeinderat dazu wirklich nicht schlüssig Stellung beziehen.

Marco Frei: Warum wird bei der Zinsberechnung (auf Seite 7) nur die Hälfte des Betrages verzinst?

Gemeinderätin U. Lanz: Es handelt sich um eine feste Formel, die Werte sind vorgegeben.

Marco Frei: Wenn die Gemeinde das Kapital aufnehmen muss, so muss sie es aber voll bezahlen.

Sandra Steiner, Projektleiterin: Der Hypothekarzins ist eine Annahme des Kantons, basierend auf der aktuellen Hypothekarzinsberechnung. Die Gemeinde erhält die Hypothek von der Kantonalbank um ein Prozent günstiger.

Stefano Montanari: Im Decker-Gebäude ist ein Treffpunkt für Lateinamerikanische Menschen untergebracht. Hat man geprüft, ob hier allenfalls Konfliktpotential vorhanden ist?

Gemeinderätin H. Wegmüller: Dieser Umstand war dem Gemeinderat nicht bekannt und wurde somit auch nicht geprüft.

Gemeinderätin U. Lanz: Dieser Treffpunkt wird kaum das einzige Problem sein. Auch das Alters- und Pflegeheim befindet sich an der Pumpwerkstrasse. Doch es besteht ein Betreuungsteam und ein Sicherheitskonzept. Es sind Leute im Einsatz, die Erfahrung haben und solche Konflikte auffangen müssen.

Gemeindepräsident W. Banga schliesst die Diskussion und schlägt vor, über alle vier Anträge gemeinsam abzustimmen.

://: Mit 55 gegen 31 Stimmen wird den Anträgen des Gemeinderates wie folgt zugestimmt:

1. Vom vorliegenden Bericht über das Bauvorhaben und das Betreuungskonzept wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Für die Realisierung des Wohnheims wird ein Baukredit von Fr. 2'465'000.-- bewilligt. Es wird davon Kenntnis genommen, dass diese Kosten der Gemeinde von Bund und Kanton zurückerstattet werden müssen.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, den Betreuungsauftrag an eine geeignete Firma zu vergeben.
4. Die Umzonung der Parzelle 5794 wird gemäss Plan Nr. 4.152 vom 7. November 2002 der Bauverwaltung beschlossen. Der Plan wird nicht publiziert, er kann bei der Bauverwaltung eingesehen werden.

### **Traktandum 3**

#### **Antrag gemäss § 68 GemG der Gemeindekommission betreffend Ausweitung der Leistungspflicht der Schulzahnpflege**

Gemeinderat Th. Imboden erläutert die Vorlage. Die Kinder- und Jugendzahnpflege ist durch kantonales Gesetz vorgegeben. Für nichtschulpflichtige Kinder steht das Angebot nicht zur Verfügung. Ihre Unterstellung unter das Gesetz wäre aus Sicht der Zahngesundheit ein Gewinn für die Kleinkinder.

Dr. Arnold Amacher: Die Gemeindekommission bittet, der - ausgezeichneten - Vorlage gemäss Anträgen zuzustimmen. Weil Dr. Amacher das Thema seinerzeit aufgegriffen hat, möchte er einige persönliche Bemerkungen anbringen. Er zeigt einige Folien von kariösen Gebissen. Schuld an diesen Schäden sind vor allem die Fertiggetränke in den „Schoppenflaschen“. Es ist traurig, dass die Eltern annehmen, diese Getränke seien gesund. Doch nicht nur in diesen Fertigtees, sondern auch in anderen - fälschlicherweise als gesund bezeichneten - Nahrungsmitteln, wie zum Beispiel Zwischenverpflegungen, ist viel Zucker enthalten, der für die Zähne schädlich ist. Bei der Revision des Gesetzes geht es nur darum, auch Kindern ab zwei Jahren - unter dem Dach der Kinder- und Jugendzahnpflege - regelmässige Kontrollen beim Zahnarzt

zu ermöglichen. Das Ziel wäre, die Grenze so herabzusetzen, dass alle Kinder von den Vergünstigungen profitieren können.

Jeanne Locher dankt im Namen der SP für die gründliche und gute Bearbeitung des Antrags. Die SP beabsichtigt, die weitere Entwicklung dieses Geschäfts im Auge zu behalten.

://: Den Anträgen des Gemeinderates wird einstimmig wie folgt entsprochen:

1. Die Gemeindeversammlung nimmt vom vorstehenden Bericht Kenntnis.
2. Die Testergebnisse des laufenden Pilotprojekts und die weiteren Schritte des Kantons werden abgewartet.

## **Traktandum 4**

### **Verschiedenes**

Kein Wortbegehren.

Gemeindepräsident W. Banga macht diejenigen, die an der letzten Gemeindeversammlung nicht teilnehmen konnten, noch einmal darauf aufmerksam, dass der Apéro im Foyer weiterhin ausgeschenkt wird, pro Getränk jedoch Fr. 2.-- kostet. Das System hat sich bereits bewährt, letztes Mal wurde eine ausgeglichene Rechnung erzielt.

W. Banga dankt den Anwesenden, dass sie ihre Verpflichtungen zur Mitbestimmung wahrgenommen haben und wünscht allen einen schönen Abend. Die nächste Gemeindeversammlung findet am Dienstag, 17. Juni 2003, statt.

### Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier













## **Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung**

3. Sitzung vom 17. Juni 2003 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Nicolas Hug, Thomas Imboden, Ursina Lanz, Lukas Lauper, André Schenker, Helen Wegmüller  Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Gilbert Davet, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Lukas Lauper, Vizepräsident
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier
<u>Stimmzähler:</u>	Harry Hartung und Walter Gross
<u>Entschuldigt:</u>	Peter Graser, Hanni Huggel und Peter Tobler, Gemeindegemission Jürg Gröbli, Elfriede Hiss, Giorgio Lüthi und R. Rindlisbacher
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 21.30 Uhr

---

### **Traktanden**

51. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 20. März 2003
  52. Jahresbericht 2002
  53. Jahresrechnung 2002
  54. Zonenplan Siedlung, Mutation Umzonung Parzelle 1903 für den Neubau der Heilpädagogischen Tagesschule
  55. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst die rund 70 Anwesenden, speziell die Herren Rudolf, Wochenblatt, und Leuthardt, Basellandschaftliche Zeitung, zur heutigen Gemeindeversammlung. Er bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen. Weiter weist er darauf hin, dass bei Wortmeldungen das Mikrophon zu benützen und der Name zu nennen ist. Die Rednerliste wird durch den Vizepräsidenten des Gemeinderates, Lukas Lauper, geführt. Die Einladung mit den Traktanden und Anträgen wurde rechtzeitig zugestellt und im amtlichen Anzeiger publiziert. Der Ratschlag zu den Gemeindeversammlungen und das Protokoll können im Abonnement bezogen werden. Bestellungen sind an Kathrin Cottier, Gemeindeverwaltung, zu richten.

### **Traktandum 1**

#### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 20. März 2003**

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

### **Traktandum 2**

#### **Jahresbericht 2002**

Gemeindepräsident W. Banga stellt den Jahresbericht kurz vor und erteilt das Wort der Sprecherin der Gemeindekommission.

Ursula Gallandre: Mit dem vorliegenden Jahresbericht liegt ein umfangreiches Werk vor. Die Gemeindekommission hat den Bericht geprüft und davon Kenntnis genommen. Dabei wurde festgestellt, dass sich auf Seite 47, Kommission für Jugendfragen, ein kleiner Fehler eingeschlichen hat. Der Hinweis, ein Sitz in der Kommission sei vakant, trifft nicht zu.

Jeanne Locher: Die Geschäftsprüfungskommission hat den Jahresbericht ebenfalls besprochen. Er ist gefällig gemacht, informativ und gut und ein wichtiges Arbeitsinstrument für die GPK. Sie wird insbesondere die Buslinie 60 (Seite 37), die Blockzeiten und die Zukunft der Familien- und Jugendberatung (Seite 39, Geschäfte Schulpflege) im Auge behalten. Die Legenden bei den Anhängen Personelles (insbesondere Wahlbüros/AUE) sind nicht auf den ersten Blick klar. J. Locher bittet die Verwaltung, verständlichere Abkürzungen zu verwenden. Jeanne Locher macht noch eine Bemerkung in eigener Sache: Immer wieder hört man, die Gemeinde Münchenstein sei zweigeteilt und vergisst dabei, wie gut man hier lebt. Man denke zum Beispiel nur an die vielen kulturellen Veranstaltungen, wie vor kurzem die Blockflötentage. Wohl könnte man hin und wieder annehmen, Münchenstein sei wegen der roten Zahlen wie ein Velo mit einer rostigen Kette - aber das Velo fährt! Man muss ja vielleicht nur ein bisschen mehr in die Pedale treten ...

Kurt Lauper: Der Jahresbericht ist - wie die Vertreterin der GPK bereits mitteilte - immer sehr informativ und gibt über vieles Aufschluss. So ist Seite 3 zu entnehmen, dass eine Vertretung des Gemeinderats und der Bauverwaltung die Anliegen der Gemeinde bei der Entwicklungsplanung Dreispitz eingebracht hätten. Worum hat es sich dabei konkret gehandelt? Auf Seite 36, Energiestadt<sup>®</sup> Münchenstein, wird darauf hingewiesen, dass die Energie- und Betriebsmittelanalysen der Wasserversorgung ein zentraler Schwerpunkt gewesen seien und der Bereich Energie ein grösseres Einsparpotenzial gezeigt habe. Wie sehen die Resultate aus? Wird in der Gemeinde Wasser verschwendet?

Gemeinderat L. Lauper: Der Gemeinderat ist daran, das Konzept zu studieren. Wenn die darin enthaltenen Aussagen zutreffen, kann im Bereich Wasser viel gespart werden.

Gemeinderat A. Schenker: In den letzten Jahren war der Wasserverbrauch tendenziell rückläufig. In Münchenstein wird das Trinkwasser aus dem Grundwasser gepumpt. Dabei entstehen gewisse Energiekosten, die eventuell reduziert werden können. Dies ist eine der Erkenntnisse aus dem Strategiebericht, der dem Gemeinderat im Entwurf vorliegt.

Gemeindepräsident W. Banga: Im Areal Dreispitz findet ein grosser Wandel von einem Lager in Richtung Dienstleistungsbetriebe statt. Dies nahmen die Christoph Merian-Stiftung, die Dreispitzverwaltung und der Kanton Basel-Stadt zum Anlass, die Architekten Herzog & de Meuron mit einer Studie zu beauftragen. Deren Resultate sind in der „Vision Dreispitz“ enthalten. Im Verlaufe der Arbeiten ist den Verantwortlichen eingefallen, dass sich 49 % des Dreispitzareals im Besitz der Gemeinde Münchenstein befinden, sodass sie schon bald an den Gemeinderat gelangten und ihn zur Mitarbeit einluden. An den Zusammenkünften vertritt die Delegation die Interessen der Gemeinde und achtet darauf, dass sie als Standort attraktiv wird. Herzog & de Meuron haben zum Beispiel die für den Norden vorgesehenen städtebaulichen Akzente auch für den Süden aufgenommen. Münchenstein wehrt sich gegen schroffe Grenzen zu den Wohngebieten, achtet darauf, dass die Verkehrsbelastung erträglich bleibt und vieles mehr.

Gemeindepräsident W. Banga bittet, den Jahresbericht 2002 zur Kenntnis zu nehmen und dankt allen, Verwaltung und Behörden, die beim Verfassen mitgewirkt haben. Für die paar kleinen Fehler, die sich eingeschlichen haben, bittet er um Entschuldigung.

://: Vom Jahresbericht des Gemeinderates für das Jahr 2002 wird Kenntnis genommen.

## **Traktandum 3**

### **Jahresrechnung 2002**

Gemeinderat N. Hug präsentiert die Jahresrechnung 2002 und legt dazu Folien auf (siehe Anhang dieses Protokolls). Leider stellt sich die Rechnung nicht ganz so dar, wie budgetiert. Wieso besteht nun ein so grosses Minus gegenüber dem Budget? Unter anderem waren wegen der Überführung der Lehrer und Kindergärtnerinnen ins neue Lohnsystem hohe Ausgaben im

Bildungswesen zu verzeichnen. Im Gesundheitswesen waren die Beiträge an die Bewohnerinnen und Bewohner des Altersheims höher. Diese Beiträge sind nur sehr schwer budgetierbar. Gemeinderat N. Hug weist ausdrücklich darauf hin, dass die Heimleitung des Alters- und Pflegeheims Hofmatt ihre Arbeit gut macht. Durch die Struktur der Pflegestufen ist allerdings eine exakte Budgetierung fast nicht möglich. Folie 5 kann der Zeitablauf zwischen Rechnung und Budget entnommen werden. Es ist immer eine relativ grosse Zeitverschiebung vorhanden. Das ist auch der Grund, weshalb der Umsetzungsplan erst etwa im 2004/2005 wirksam wird und nicht sofort greifen kann. Folgende Sparmassnahmen waren im 2002 bereits erfolgreich:

- der Sachaufwand konnte gegenüber dem Budget um Fr. 423'000.-- reduziert werden
- der bauliche Unterhalt wurde nur wo nötig vorgenommen, sodass Fr. 119'439.-- gespart werden konnten

Im Jahr 2003 sollen vermehrt Gebühren erhoben werden, beim Reinigungspersonal wurde eine 10-prozentige Reduktion vorgenommen und es wurden diverse Investitionskredite zurückgestellt. Die Spezialfinanzierungen zeigen folgendes Bild:

- die Gemeinschaftsantenne weist einen Ertragsüberschuss von Fr. 72'596.-- aus
- die Wasserrechnung weist einen Aufwandüberschuss von Fr. 18'123.-- aus
- bei der Abwasserrechnung ergab sich ein Aufwandüberschuss von Fr. 129'371.--
- beim Abfall kam es zu einem Ertragsüberschuss von Fr. 34'595.--

Es kann also festgestellt werden, dass die ersten Sparmassnahmen bereits wirksam sind. Beeinflussbare Posten haben eine mehrheitlich positive Entwicklung. Nicht beeinflussbare Posten haben primär die Rechnung negativ beeinflusst.

Gemeindepräsident W. Banga weist darauf hin, dass sich die Rechnungsprüfungskommission (RPK) ebenfalls intensiv mit der Rechnung befasst hat und erteilt das Wort deren Präsidenten, Hans-Peter Stebler.

Hans-Peter Stebler: Eine Rechnungs-Gemeindeversammlung ist nichts anderes als die Generalversammlung einer Unternehmung. Bis vor wenigen Jahren wurden wir immer positiv überrascht, weil die Rechnung besser ausgefallen ist, als budgetiert wurde. Dies insbesondere deshalb, weil Sonderfaktoren zum Tragen kamen, die heute nicht mehr vorhanden sind. Daher ist es auch zu Verschiebungen gekommen. Insgesamt ist eine Verschlechterung von 15 % eingetreten. Die RPK erstattet ihren Bericht nach bestem Wissen aufgrund der zur Verfügung gestellten Unterlagen. Sie hat die Rechnungskreise 0 bis 9 sowie die Investitions- und Bestandesrechnung überprüft. Nebst diesen gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen werden auch stichprobenweise Kontrollen einzelner Bereiche vorgenommen. Auf den Fehlbetrag von 3,46 Millionen Franken werden weitere negative Abschlüsse erfolgen. Aufgrund der erfolgten Prüfungen kann die RPK bestätigen, dass die Jahresrechnung vollumfänglich korrekt ist. Es sind sämtliche Rechnungsbelege vorhanden, und die Buchhaltung ist ordnungsgemäss und nach den Bestimmungen der Gemeindefinanzverordnung geführt.

Urs Gerber: Die Gemeindekommission hat die Jahresrechnung eingehend behandelt. Sie hat festgestellt, dass vor allem die vom Gemeinderat nicht beeinflussbaren Positionen zum Fehlbetrag geführt haben. Bei den beeinflussbaren Kosten wurden gegenüber dem Budget Einsparungen vorgenommen. Die kommende Budgetgemeindeversammlung vom Dezember wird zeigen, welchen Weg Münchenstein gehen wird. Die Gemeindekommission bittet, die Jahresrechnung 2002 zu genehmigen.

Daniel Münger: Es wurde eine Rechnung mit minimalen Abweichungen präsentiert, ja sogar Einsparungen von einer halben Million Franken gemacht und der Gemeinderat sucht nach weiteren Einnahmequellen. Zwei, drei Dinge geben jedoch für die Zukunft Anlass zur Besorgnis: Der Gemeinderat ist bereit, die Investitionen zurückzufahren, was jedoch gefährlich ist (Ausfall von Steuereinnahmen als letzte Konsequenz etc.). D. Münger bittet daher den Gemeinderat, sich gut zu überlegen, ob nicht besser auf der Einnahmenseite Vorkehrungen getroffen werden sollten. Die SP Münchenstein bittet, die Jahresrechnung 2002 zu genehmigen.

Friedrich Hiestand: CVP und Finanzen, das ist in etwa so, wie Wasser und Feuer. Die vorliegende Rechnung bestätigt, dass die Bedenken der CVP vollständig gerechtfertigt waren. Die Lage ist sogar schlimmer, als ursprünglich angenommen. So kann es nicht weitergehen. Zu denken geben vor allem die nichtbeeinflussbaren Positionen. Die CVP ist sehr besorgt und erwartet, dass der Gemeinderat sich mit dem Massnahmenpaket etwas einfallen lässt. Wir alle müssen den Gürtel enger schnallen. Eine mögliche Massnahme wäre zum Beispiel eine Steuererhöhung. Die CVP beantragt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

Die Rechnung wird seitenweise abgerufen.

://: Die Jahresrechnung 2002 wird einstimmig ohne Wortbegehren genehmigt.

## Traktandum 4

### **Zonenplan Siedlung, Mutation Umzonung Parzelle 1903 für den Neubau der Heilpädagogischen Tagesschule**

Gemeinderat L. Lauper erläutert die Vorlage. Die Heilpädagogische Schule (HPS) braucht neuen Schulraum. Bisher war sie in den Pavillons Loog untergebracht, die in den Jahren 1963/64 für das Gymnasium gebaut wurden. Der Teil, in dem die HPS untergebracht ist, befindet sich in einem derart schlechten Zustand, dass sich eine Renovation nicht mehr lohnt. Die Schule möchte wegen des guten Standorts in Münchenstein bleiben und hat daher bei der Gemeinde angefragt, ob irgendwo ein Stück Land zur Verfügung steht. Auch der Gemeinderat betrachtet die HPS als Bereicherung für die Gemeinde. Gemeinderat L. Lauper zeigt auf einer Folie einen Plan mit dem Standort. Im Moment befindet sich das Gebiet in einer für Kirchen vorgesehenen Zone. Seinerzeit ging man von einer Bevölkerungszahl von 24'000 aus, heute sieht das jedoch ganz anders aus. Bei der Zonenänderung geht es um eine raumplanerische Massnahme, für die immer ein Mitwirkungsverfahren nötig ist. Dieses wurde am 20. Februar 2003 mit einer öffentlichen Orientierungsversammlung eröffnet. Innert der Frist ging eine von acht Anwohnern unterzeichnete Stellungnahme ein. Sie ist - zusammen mit den Antworten des Gemeinderates - im Ratschlag enthalten. Das Amt für Raumplanung hat der vorgesehenen Umzonung im Rahmen eines Vorprüfungsverfahrens zugestimmt. Gemeinderat L. Lauper bittet, dem Antrag des Gemeinderates Folge zu leisten.

Susanne Haas: Der Standort der Schule ist in der Gemeindekommission unbestritten. Einzelne weitere Punkte, über die sich die Kommission informieren liess, wurden vorhin von Gemeinderat L. Lauper bereits ausgeführt. Zu Diskussionen führten auch die Parkplatz- und die Verkehrssituation. Letztlich hat die Gemeindekommission jedoch mit 12 Ja-Stimmen und einer Enthaltung beschlossen, der Gemeindeversammlung zu empfehlen, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Jeanne Locher: Die SP empfiehlt, dem Antrag des Gemeinderates zu entsprechen, obwohl auch einige ihrer Mitglieder vom „Anwohnerproblem“ (Parkplätze) betroffen sind. Die Heilpädagogische Schule möchte in Münchenstein bleiben, weil der Standort gut ist für die Kinder. Sie lernen hier viele Sachen, wie zum Beispiel das Ticketsystem bei der Post, der Besuch der Bibliothek etc., kennen.

Barbara Dürr: Weshalb kann man die Pavillons nicht ersetzen und zum Beispiel ein schönes Gebäude aus Holz hinstellen? Weshalb hat man nicht dort - als die Gemeinde noch Geld hatte - längerfristig ein Schulhaus geplant? Und wie steht es mit der Integration der Kinder?

Gemeinderat L. Lauper: Auch ich habe die Schulzeit zum Teil in den Pavillons verbracht. Schon damals hiess es, sie würden nicht mehr lange stehen. Der Hauptgrund, weshalb man nicht dort neu baut, liegt darin, dass man während des Baus ein Provisorium benötigen würde. Die Integration funktioniert nicht so, wie im Ehinger (Tagesschule für motorisch Behinderte). Schon damals wusste man zwar, dass es behinderte Kinder gibt, aber mehr nicht.

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass Herr Wellig von der Heilpädagogischen Schule heute Abend anwesend und sicher bereit ist, einige der Fragen zu beantworten.

Edmund Wellig: Einige von Ihnen kennen mich sicher. Ich war während 29 Jahren Posthalter im Gstad. Während ca. 18 Jahren war ich im Nebenamt Kommissionspräsident der Heilpädagogischen Schule. Ich habe die Nachfolge von Walter Ramseier, der Gründungsmitglied der HPS war, angetreten. Von jeher war ein Gemeinderat Mitglied der Kommission. Im Moment ist es Gemeinderat Thomas Imboden. In all der Zeit konnte ich nur gute Erfahrungen mit der Gemeinde Münchenstein sammeln. Auch mit alt Gemeindepräsident F. Zweifel und Gemeindepräsident W. Banga bestand stets eine gute Zusammenarbeit. Für behinderte Kinder braucht man einfach etwas Spezielles. Auf das neue Schuljahr werden 70 behinderte Kinder die Schule besuchen. Wo hätte man sie unterbringen sollen, wenn der Neubau am gleichen Ort erstellt worden wäre? Allenfalls hätte es in der Industriezone in Reinach noch eine Möglichkeit gegeben, aber man wollte sie doch nicht dort verstecken. Daher gelangte man an den Gemeinderat und erkundigte sich nach einem Stück Land. Dieser machte ein Angebot, von dem die HPS Gebrauch machte und einen Wettbewerb ausschrieb. E. Wellig hat Verständnis, dass die Anwohnerinnen und Anwohner sich Sorgen um die Parkplätze machen. Doch die Kinder kommen mit dem Tram oder mit einem Sammelbus zur Schule und beanspruchen die Parkplätze nicht. Auch bezüglich Lärm können keine Bedenken vorgebracht werden - die Schule wäre froh, wenn die



Kinder etwas mehr Lärm machen könnten. Die Schule wird also nicht so sehr stören und die Einwände können kaum ein Hinderungsgrund sein. Zu den nicht so rosigen Finanzen der Gemeinde: der Baurechtszins der HPS wird etwas höher sein, als der jetzige Pachtzins von Herrn Hofer. Mit ihm wurden Gespräche geführt, er hat ebenfalls keine Probleme mit der Schule. Die Heilpädagogische Schule leidet unter akuter Platznot. Neben den Pavillons bestehen zwei Container und eine Klasse befindet sich in einem Einfamilienhaus neben der katholischen Kirche. Das Schlimmste, was man Eltern sagen müsste, wäre, dass es für ihr Kind keinen Platz mehr hat. Zur Frage bezüglich Integration: Die Heilpädagogische Schule befindet sich seit 30 Jahren in Münchenstein. Integration ist ein schönes Wort, doch das Gegenteil ist der Fall ... Edmund Wellig bittet die Anwesenden, nicht gegen das Projekt zu stimmen.

Dr. Lienhard Meyer: Die FDP bittet um Zustimmung, obwohl auch sie Mitglieder besitzt, die sich Sorgen um die Parkplätze machen. Es kann brachliegendes Land genutzt werden und - auch wenn es etwas komisch tönt - ein Ertrag aus dem Baurechtszins erwirtschaftet werden. Dr. L. Meyer ist stolz auf die Heilpädagogische Schule.

Herr Dürr: Zur Diskussion steht die Art und Weise, wie der Neubau zustande kommen soll. Ich habe während meiner Schulzeit mehrmals erlebt, wie ein Schulhaus während des laufenden Unterrichts ausgebaut wurde. Ein weiteres Beispiel ist auch die Uni Basel mit ihren 7'000 Studierenden, bei der das Kollegienhaus umgebaut wird. Im vorliegenden Fall sind 70 Schüler betroffen, die jetzt schon zum Teil in Containern unterrichtet werden. Ist es wirklich nötig, das zur Verfügung stehende Land zu überbauen? Wenn andere Lösungen möglich sind, dann sollte man dies nicht tun. Herr Dürr verweist weiter auf die Agglomerationspolitik des Bundes und teilt mit, dass alle Aspekte betrachtet werden müssen.

Gemeinderat L. Lauper: Herr Dürr hat raumplanerische Ausführungen gemacht und auf die Agglomerationspolitik des Bundes verwiesen. L. Lauper interpretiert diese allerdings anders. Vor einem Jahr wurde über das Areal Heiligholz diskutiert. Dabei sagte man, es gäbe genug freies Land, das zu überbauen sinnvoll sei. Auf der fraglichen Parzelle wird so oder so früher oder später gebaut. Es ist sinnvoll, die bestehende Lücke aufzufüllen. Dies ist ein erklärtes Ziel des Gemeinderates. Wenn die HPS aus den Pavillons auszieht, heisst das nicht, dass danach „nichts“ drin sein wird. Der Gemeinderat wird sich zu gegebener Zeit darüber Gedanken machen. Und hinsichtlich Umbau bei laufendem Schulbetrieb kann man sich durchaus auch andere Überlegungen machen.

Herr Dürr: Seit einigen Jahren besitzen wir eine neue Bundesverfassung. Dort ist auch die Nachhaltigkeit verankert. Wenn die heutige Generation alles wegnimmt, was bleibt dann für spätere Generationen noch übrig?

Andreas Küng: Wer nicht einsieht, weshalb man an einem neuen Ort baut, der soll bei der Heilpädagogischen Schule vorbeigehen und schauen, wie es den Kindern dort geht!

://: Dem Antrag des Gemeinderates, die Umzonung der Parzelle 1903 „Untere Loog“ gemäss Plan Nr. 4.153 vom 30. Januar 2003 der Bauverwaltung zu beschliessen, wird grossmehrheitlich mit 4 Gegenstimmen entsprochen.

Gemeindepräsident W. Banga dankt den Anwesenden für das Erscheinen. Die nächste Gemeindeversammlung findet am 25. September 2003 statt. Sofern die Wirtinnen und Wirte damit einverstanden sind, dürfen die Restaurants heute bis 01.00 Uhr geöffnet sein. Auch heute steht wieder ein Apéro bereit. Die Getränke können zum Selbstkostenpreis bezogen werden.

#### Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier





## Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

4. Sitzung vom 25. September 2003 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Thomas Imboden, Lukas Lauper, André Schenker, Helen Wegmüller  Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Gilbert Davet, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	André Schenker
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier
<u>Stimmzähler:</u>	Verena Bielser, René Bättscher und Urs Abt
<u>Entschuldigt:</u>	Gemeinderätin U. Lanz und Gemeinderat N. Hug E. Hiss, D. Janiak, Dr. L. Meyer, R. Rindlisbacher, D. Würsch
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 22.15 Uhr

---

### Traktanden

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2003
  2. Robinsonspielplatz
    - 2.1 Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Dr. Arnold Amacher, Grüne, betreffend weiteres Vorgehen beim Robinsonspielplatz
    - 2.2 Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes der SP Münchenstein betreffend Bedürfnisabklärung über die weitere Nutzung des Robiareals
    - 2.3 Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes der Arbeitsgruppe für den Robinsonspielplatz betreffend Ausarbeitung einer Analyse und eines Konzeptes
  3. Familien- und Jugendberatung
    - 3.1 Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Dr. Arnold Amacher, Grüne, betreffend Familien- und Jugendberatung
    - 3.2 Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes der SP Münchenstein betreffend Beratung von Eltern, Jugendlichen und Kindern
  4. Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Dr. Arnold Amacher, Grüne, betreffend Sondervorlage zum Thema Schulsozialarbeit
  5. Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Jürg Berger betreffend Einführung von Blockzeiten in den Münchensteiner Schulen und Kindergärten
  6. Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Dr. Arnold Amacher, Grüne, betreffend Revision des Bestattungsreglements
  7. Reglement über die Familienexterne Tagesbetreuung für Kinder (Famex)
  8. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst rund 140 Anwesende zur heutigen Gemeindeversammlung. Die Medien sind durch die Herren Altermatt, Wochenblatt, Hürlimann, Basler Zeitung, und Leuthardt, Basellandschaftliche Zeitung, vertreten. Er bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen. Weiter weist er darauf hin, dass bei Wortmeldungen das Mikrofon zu benützen und der Name zu nennen ist. Die Rednerliste wird ausnahmsweise durch Gemeinderat A. Schenker geführt, da der Vizepräsident, L. Lauper, sich an einem Kurs befindet und möglicherweise etwas später eintreffen wird. Die Einladung mit den Traktanden und Anträgen wurde rechtzeitig zugestellt und im amtlichen Anzeiger publiziert. Der Ratschlag zu den Gemeindeversammlungen und

das Protokoll können im Abonnement bezogen (*Bestellungen sind an Kathrin Cottier, Gemeindeverwaltung, zu richten*) oder von der Homepage heruntergeladen werden.

## **Traktandum 1**

### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2003**

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

## **Traktandum 2**

### **Robinsonspielplatz**

- 2.1 Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Dr. Arnold Amacher, Grüne, betreffend weiteres Vorgehen beim Robinsonspielplatz**
- 2.2 Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes der SP Münchenstein betreffend Bedürfnisabklärung über die weitere Nutzung des Robiareals**
- 2.3 Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes der Arbeitsgruppe für den Robinsonspielplatz betreffend Ausarbeitung einer Analyse und eines Konzeptes**

Gemeinderat Th. Imboden: Der Gemeinderat wollte den Robinsonspielplatz an der Gemeindeversammlung vom Februar 2003 nicht mehr ins Budget aufnehmen. Die Gemeindeversammlung hat dann anders entschieden. In der Folge setzte der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe ein, deren Bericht allerdings den Vorstellungen des Gemeinderates nicht entsprach. Er löste die Arbeitsgruppe auf und setzte eine neue, verwaltungsinterne Projektgruppe ein. In zwei Workshops wurden bereits etliche Arbeiten gemacht. Ein erfreuliches Beispiel dafür ist, dass viele Kinder und Jugendliche am Robi-Fest teilgenommen haben. Im Weiteren hat Th. Abächerli in der Person von Remo Lutz einen direkten Vorgesetzten erhalten. Th. Imboden bittet, den Anträgen des Gemeinderates Folge zu leisten.

Dr. Arnold Amacher: Die Gemeindekommission hat mit 14 gegen 0 Stimmen den zwei Anträgen des Gemeinderates zugestimmt. Insbesondere wurde geschätzt, dass relativ rasch die Bremse gezogen und die grosse Kommission durch eine effiziente Gruppe ersetzt wurde. Die Grünen stimmen der Vorlage ebenfalls zu.

://: Eintreten ist unbestritten.

Hanni Huggel: Die SP hat einen detaillierten Antrag zum Robi-Spielplatz gestellt. Vermutlich war der Antrag *zu* detailliert, das heisst, die verlangte Kommission war zu gross. Umso mehr war man dann erfreut, dass der Gemeinderat reagiert und die Kommission aufgehoben hat. Ebenfalls gefreut hat man sich darüber, dass Th. Abächerli nun eine direkte Anlaufstelle besitzt. Die neue Arbeitsgruppe wurde geschickt und gut bestückt, denn in der Person von H. Kraus (Jugendhausleiter Allschwil) konnte man eine ausgewiesene Fachperson gewinnen. Er kann sicher viele gute Tipps und Anregungen geben. Andererseits ist die SP auf das Konzept, das die „kleine“ Arbeitsgruppe ausarbeiten wird, gespannt. Die SP stimmt der Vorlage zu.

://: Mit grossem Mehr gegen 6 Stimmen werden die Anträge der Arbeitsgruppe für den Robinsonspielplatz, der SP Münchenstein und von Dr. Arnold Amacher, Grüne, betreffend das weitere Vorgehen beim Robinsonspielplatz und die Bedürfnisabklärung über die weitere Nutzung des Robiareals erheblich erklärt.

://: Der Gemeinderat erarbeitet ein Konzept über die erheblich erklärten Anträge und unterbreitet dieses der Gemeindeversammlung zur Kenntnisnahme.

## Traktandum 3

### Familien- und Jugendberatung

#### **3.1 Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Dr. Arnold Amacher, Grüne, betreffend Familien- und Jugendberatung**

#### **3.2 Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes der SP Münchenstein betreffend Beratung von Eltern, Jugendlichen und Kindern**

Gemeinderätin H. Wegmüller rekapituliert die Vorlage.

Hanni Huggel: Die Gemeindekommission ist auf die Vorlage eingetreten. Es haben sich ihr einige Fragen gestellt, zum Beispiel, wer die Kinder zuweisen kann. Die betroffenen Stellen werden eine entsprechende Information erhalten. Hinsichtlich Kosten wurde klar festgehalten, dass für Kinder, die die Beratungsstelle ohne Wissen der Eltern aufsuchen, eine Lösung gefunden werden muss. Die Verträge mit den Psychologen wurden noch nicht erstellt, weil die Gemeindeversammlung zuerst beschliessen muss. Die Gemeindekommission war der Meinung, man hätte die Verträge auch mit einem Vorbehalt abschliessen können. Trotzdem hat sie mit 14 gegen 0 Stimmen den Anträgen des Gemeinderates zugestimmt.

Agnes Carroz: Die CVP stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu. Sie ist einverstanden, aber mit dem klaren Hinweis, dass die Lösung im Moment gut ist, das Ziel auf längere Sicht jedoch der Schulsozialdienst sein muss. Prävention ist immer besser als Heilen.

Jeanne Locher: Die SP hat am 27. Februar 2003 den Antrag gestellt, dass der Gemeinderat sich um die Weiterführung einer Familien- und Jugendberatung bemüht. Mit dem nun gewählten Vorgehen sieht man, dass Münchenstein in der Lage ist, ein solches Angebot zur Verfügung zu stellen. Die SP stimmt dem Antrag des Gemeinderates in beiden Punkten zu.

Urs Gerber: Die FDP ist mit der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Lösung ebenfalls einverstanden. Sie empfiehlt, ihnen zuzustimmen und die Anträge abzuschreiben.

://: Mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen werden die Anträge der SP Münchenstein und von Dr. Arnold Amacher, Grüne, betreffend Familien- und Jugendberatung erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben.

## Traktandum 4

### **Antrag gemäss § 68 GemG von Dr. Arnold Amacher, Grüne, betreffend Sondervorlage zum Thema Schulsozialarbeit**

Gemeinderätin H. Wegmüller erklärt den Bericht im Ratschlag. Die Regelung, wie es nun weitergehen soll, hat sich gemäss Bericht in der Basler Zeitung geändert. Die Gemeinden müssen nun abwarten, was der Kanton entscheidet.

Friedrich Hiestand: Die Gemeindekommission hat die Vorlage diskutiert. Es gab verschiedene Meinungen, die sich quer durch die Parteienlandschaft zogen. Schlussendlich wurde dem Antrag des Gemeinderates mit 8 zu 6 Stimmen entsprochen. Zu viele Komponenten spielen in dieses Projekt hinein, unter anderem auch die Kosten. Die finanzielle Lage der Gemeinde lässt die Schulsozialarbeit nicht zu. Die CVP ist der Meinung, dass unbedingt etwas unternommen werden muss. Eine solche Einrichtung ist zwar sinnvoll, doch es fehlen auch weitere Fakten. Die CVP stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Susanne Haas: Die SP kann und will sich mit dem Bericht des Gemeinderates nicht zufrieden geben. Die Schule hat Erziehungsaufgaben zu übernehmen, die an einem anderen Ort stattfinden sollten. Deshalb ist die Schulsozialarbeit, deren Kosten der Kanton übernimmt, im neuen Bildungsgesetz enthalten. Wann das sein wird, ist allerdings nicht klar. Münchenstein hätte ein fertiges Konzept, das aber aus finanziellen Gründen nicht durchführbar ist, parat. Im 2002 haben die Sozialbehörden 11 Kinder fremdplatziert, was Kosten von 1,1 Millionen Franken verursachte. Wenn nur *ein* Kind wegen des Schulsozialdienstes nicht platziert werden müsste, so wäre die Rechnung ausgeglichen. Übrigens muss an dieser Stelle auch gesagt werden, dass die Schulsozialarbeit die Familien- und Jugendberatung nicht ersetzen wird. Die SP wünscht sich einen mutigen Schritt vorwärts und möchte, dass der Gemeinderat das Projekt weiterver-

folgt und beim Kanton nachhakt. Sie empfiehlt, den Antrag von Dr. A. Amacher stehen zu lassen und den Anträgen des Gemeinderates nicht zu folgen.

Franco Faccioli sieht als Mitglied der Sozialhilfebehörde, welche hohen Kosten die Gemeinde pro Jahr ausgibt. Ein weiteres Aufschieben der Schulsozialarbeit kommt letztlich teurer als eine sofortige Einführung. Der Kanton hat die Notwendigkeit eingesehen. Münchenstein hat sie aus finanziellen Gründen nicht ins Budget 2003 aufgenommen und möchte sie auch nächstes Jahr nicht einführen. Die Schulsozialarbeit ist sinnvoll, denn Jugendliche in Problemsituationen können sich an diesen Dienst wenden und dadurch ihre Konflikte entschärfen. Die Sozialarbeiter werden auch für vormundschaftliche Massnahmen eingesetzt. Aus diesem Grunde könnten die Jugendlichen nicht so unbefangen auf sie zugehen, wie sie es bei einem Sozialarbeiter vor Ort in der Schule könnten. Münchenstein hat im 2002 für die Jugendhilfe und Heimaufenthalte insgesamt 1,35 Millionen Franken aufgewendet. Im laufenden Jahr sind es gemäss Buchhaltung 1,192 Millionen Franken. Wenn mit der Schulsozialarbeit nur *eine* Heimplatzierung verhindert wird, so hat die Stelle rentiert. Die Schulsozialarbeit kann auch als Investition, Geld zu sparen, betrachtet werden. F. Faccioli bittet, den Antrag von Dr. A. Amacher stehen zu lassen.

Peter Graser wehrt sich, dass man einfach Zahlen und ein „Was wäre Wenn“ in den Raum stellt. Bei der derzeitigen finanziellen Situation der Gemeinde steht es ihr nicht an, eine Vorreiterrolle einzunehmen. P. Graser bittet, dem Antrag des Gemeinderates Folge zu leisten.

Dr. Arnold Amacher: Viele Argumente wurden bereits dargelegt, unter anderem auch der Hinweis auf den Zeitungsartikel, dass der Kanton versucht, die Einführung der Schulsozialarbeit im Zuge der Sparmassnahmen zu verschieben.

Martin Eichrodt: Der Vorredner geht von der Annahme aus, dass mit der Schulsozialarbeit alles besser wird - und da ist sich M. Eichrodt nicht so sicher. Eventuell müsste man auch die Eltern anmahnen, dass sie ihre Pflichten vermehrt wahrnehmen. Hätte die Gemeinde eine gute Finanzlage, so wäre die Schulsozialarbeit einen Versuch wert. Man kann jedoch nicht auf der einen Seite sparen - indem man zum Beispiel auf den Gratisapéro nach der Gemeindeversammlung verzichtet - und auf der anderen Seite neue Geldausgaben generieren. Zu den Lehrern: Bildung ist umfassend und beschränkt sich nicht nur auf das Vermitteln von Französischwörtern. Sie beinhaltet auch soziale Aufgaben. Ist jemand nicht bereit, diese sozialen Aufgaben zu übernehmen, so muss er einen anderen Beruf wählen.

Hansjörg Haas fühlt sich als Lehrer angesprochen und möchte seine Kolleginnen und Kollegen in Schutz nehmen. Dass - wie M. Eichrodt es erwähnt hat - eine Familie Pflichten hat, trifft zu. Doch was tut man, wenn die Elternarbeit nicht gemacht wird? Hj. Haas weiss nicht, ob alle sich ein Bild davon machen können, unter welchem Druck die Lehrerschaft steht. Man wäre froh, wenn die betroffenen Jugendlichen sich an eine Fachstelle wenden könnten. Aus Gründen des Amtsgeheimnisses darf an dieser Stelle nicht gesagt werden, was alles läuft. Hj. Haas muss Dr. A. Amacher Recht geben: Sparen bei der Bildung und der sozialen Verantwortung kann kontraproduktiv sein.

Gemeinderätin H. Wegmüller ist erstaunt, welche Zahlen hier herumgeboten werden. Sie bittet, auf den Antrag des Gemeinderates einzutreten, insbesondere auch, weil sie selber ganz andere Zahlen hat.

://: Mit 81 gegen 35 Stimmen wird der Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Dr. Arnold Amacher, Grüne, betreffend Sondervorlage zum Thema Schulsozialarbeit erheblich erklärt.

## **Traktandum 5**

### **Antrag gemäss § 68 GemG von Jürg Berger betreffend Einführung von Blockzeiten in den Münchensteiner Schulen und Kindergärten**

Gemeinderat Th. Imboden legt eine Folie auf. Bevor er auf die Vorlage eingeht, möchte er darauf hinweisen, dass es heute nicht darum geht, ob Münchenstein Blockzeiten will oder nicht. Es soll nur der Antrag von Jürg Berger behandelt werden. Wird er erheblich erklärt, dann ist der Gemeinderat verpflichtet, auf die übernächste Gemeindeversammlung eine Vorlage auszuarbeiten. Wird der Antrag nicht erheblich erklärt, so geschieht *vorläufig* nichts. Gemäss Bildungsgesetz besteht nämlich die Verpflichtung, die Blockzeiten bis ins Jahr 2006 einzuführen. Es gibt

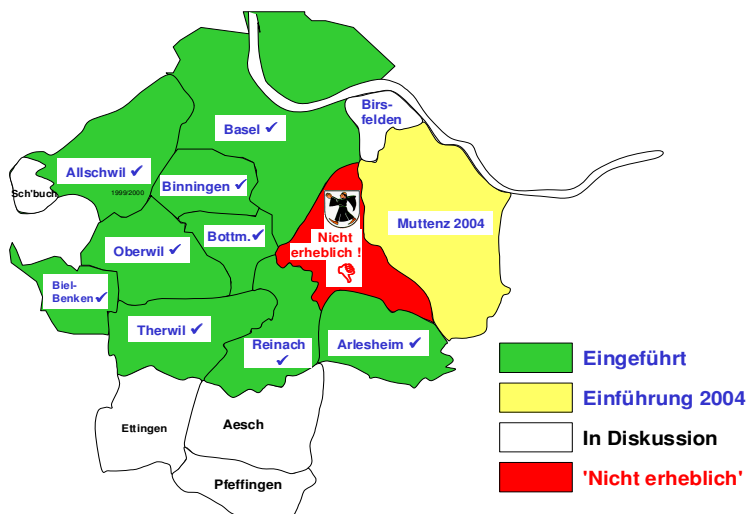
Gemeinden, die sie bereits haben, anderen machen sie wegen der Finanzen Bauchweh. Die Einführung der Blockzeiten würde zu Kosten von über acht Millionen Franken führen. Aber auch ohne Blockzeiten sind Investitionen von rund vier Millionen Franken notwendig, denn seit Jahren besteht in den Schulhäusern Platzmangel. Der Arbeitsgruppe war auch klar, dass die Blockzeiten kaum eine Chance haben werden. Daher hat sie eine Etappierung ins Auge gefasst. Sie hat dem Gemeinderat den Vorschlag unterbreitet, der auch dem Ratschlag entnommen werden kann. Der Gemeinderat hat den Vorschlag der Arbeitsgruppe diskutiert und beschlossen, den Antrag von Jürg Berger als nicht erheblich erklären zu lassen. Es ist nicht erfreulich, zukunftsgerichtete Investitionen ständig mit dem Hinweis auf die Finanzen abzulehnen, doch die Realität sieht leider anders aus. Nur mit einer Steuererhöhung wird es möglich sein, die Blockzeiten einzuführen. Th. Imboden bittet, den Anträgen des Gemeinderates zu folgen.

Urs Abt: In der Gemeindekommission wurde unter anderem auch die Frage gestellt, weshalb der Gemeinderat die Einführung der Blockzeiten nicht einfach aufschiebt oder gar versucht, herauszufinden, ob die Bevölkerung sie überhaupt will. Mit 9 gegen 4 Stimmen hat die Kommission dann dem Antrag des Gemeinderats entsprochen und einen Rückkommensantrag von Dr. Arnold Amacher mit 5 gegen 7 Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

://: Eintreten ist unbestritten.

Jürg Berger: Zuerst möchte ich der Arbeitsgruppe Blockzeiten für die professionelle Arbeit danken, die sie während des letzten halben Jahres geleistet hat. Die Mitglieder haben fundierte und nachprüfbar Grundlagen für die Einführung von Blockzeiten bis zum Jahr 2006 geschaffen, so wie es im Gesetz festgelegt ist. Wie schon in der Vorlage erwähnt, haben wir dabei festgestellt, dass - unabhängig von der Einführung von Blockzeiten in Münchenstein - ein grosser Nachholbedarf in Bezug auf Schulraum besteht, da in den letzten Jahren in diesem Umfeld sehr zurückhaltend investiert wurde. Ein Gesamtbedarf von 4,2 Millionen Franken wurde für dringend notwendige Ausbauten festgestellt. Die Einführung von Blockzeiten würde nochmals einen Investitionsumfang von 4,3 Millionen Franken mit sich bringen. Um der aktuellen Finanzlage der Gemeinde Rechnung zu tragen, wurde daher von der Arbeitsgruppe ein stufenweises Vorgehen gewählt, bei dem die Blockzeiten schulhausweise eingeführt werden sollen. Da im Lange Heid Schulhaus die Raumnot am grössten ist, beantragten wir dem Gemeinderat, den dringend nötigen Ausbau und die Einführung der Blockzeiten im Lange Heid Schulhaus zuerst anzugehen. Erstaunlicherweise hat sich nun der Gemeinderat entschieden, das Geschäft als nichterheblich zu erklären und damit die Ausarbeitung einer Vorlage auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben. Der Gemeinderat entschied also in Eigenregie, dass die Einführung der Blockzeiten nicht mit den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern diskutiert, sondern schubladiert werden soll. Ich frage mich, was in den Köpfen unseres Gemeinderates dabei vorgegangen sein mag. Wenn ich mich bei den Nachbargemeinden umsehe, dann stelle ich fest, dass alle unsere Nachbarn die Blockzeiten von 8.00 bis 12.00 Uhr bereits eingeführt haben oder dies nächstes Jahr tun werden. Münchenstein hingegen findet nicht einmal das Thema an sich erheblich.

[Umfassende Blockzeiten \(8-12\) im untern Kantonsteil von Baselland \(09.2003\)](#)



Das Geld kann wohl kaum der wahre Grund gewesen sein. Wenn es um das Geld geht, so war der Gemeinderat in den letzten Jahren nicht so zurückhaltend, vor allem, wenn es darum ging, die Gemeindeverwaltung für 1,6 Millionen Franken zu renovieren und dem Volk eine luxuriöse



EDV-Verkabelung für 900'000 Franken zu verkaufen. Wenn es hingegen um unsere Kinder geht, rücken die knappen Finanzen plötzlich ins Rampenlicht. Um die Attraktivität unserer Gemeinde zu steigern, müssen wir uns den Anforderungen der Gegenwart stellen und nicht die Köpfe in den Sand stecken, auch wenn der Gemeinderat dies offensichtlich so will. Meine Damen und Herren, wir stimmen hier nicht über die Vor- und Nachteile von Blockzeiten ab, sondern nur darüber, ob der Gemeinderat dazu eine entsprechende Vorlage ausarbeiten soll. Ich bitte Sie daher, den Antrag des Gemeinderates, das Geschäft als nicht erheblich zu erklären, abzulehnen. Lehnen sie ab, dass die Einführung der Blockzeiten auf unbestimmte Zeit vertagt wird.

Freddy Koch bittet als Sprecher der FDP, dem Antrag des Gemeinderates Folge zu leisten. Eine Mehrheit in der FDP fand, der Gemeinderat handle richtig, wenn die Geschichte drei Jahre aufgeschoben wird. Würden die Blockzeiten angenommen, so müssten rund zwei Millionen Franken Investitionskosten und dazu Personalkosten ins Budget 2004 aufgenommen werden. Wenn das akzeptiert wird, kommt der Rest dann automatisch im Folgejahr. Wenn man das Ganze realistisch betrachtet, so sieht man, dass die Gemeinde sich die Blockzeiten gar nicht leisten kann. F. Koch empfiehlt den Anwesenden, einmal die von der Kantonalbank herausgegebene Broschüre „Baselland in Zahlen“ zu studieren.

Edi Grass: Auch die SP hat die Vorlage studiert. Es gab viele Ja- und keine Gegenstimme. Die SP spricht sich klar für Blockzeiten aus. Es gab aber auch einige Enthaltungen, was zeigt, dass auch der SP die finanzielle Lage der Gemeinde klar ist. Die Ehefrau von E. Grass besitzt ebenfalls eine gute Ausbildung und es ist volkswirtschaftlich gesehen sinnvoll, wenn sie arbeitet. Zum Glück gab es am früheren Wohnort einen Kinderhort und später dann Blockzeiten, was zu einer grossen Erleichterung führte. Soll das nun in Münchenstein nicht möglich sein? Es muss ja keine Luxuslösung sein. Ohne die Blockzeiten hätte die Gemeinde eine negative Standortbedingung. Der bestehende Mittagstisch könnte durch die Blockzeiten abgerundet werden. Sie sind auch eine gesellschaftliche Notwendigkeit, denn heute ist es nicht mehr so, dass die Ehefrau zu Hause ist, kocht und wartet. Aber in vielen Familien müssen aus finanziellen Gründen auch beide Partner arbeiten. Edi Grass bittet - zusammen mit der SP - dem Antrag des Gemeinderates nicht zuzustimmen. Sollte dem Antrag jedoch entsprochen werden, so kündigt er schon jetzt einen Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes an, mit dem eine ganztägige Betreuung für Kinder verlangt wird.

Hans Schenker spricht für sich, aber auch im Namen der CVP. Es ist klar, dass viele Eltern sich Blockzeiten wünschen. Dabei geht es jedoch nicht um eine bessere Ausbildung für die Kinder, sondern um einen reinen Komfort für die Eltern. Die finanzielle Lage der Gemeinde ist derart miserabel, dass sie sich die Blockzeiten einfach nicht leisten kann. Man muss sich fragen, weshalb die Einführung acht Millionen Franken kosten soll. Muttens zum Beispiel konnte sie mit einer Million einführen. Die Gemeinde Münchenstein steht - zusammen mit sechs weiteren Gemeinden - auf der Beobachtungsliste des Kantons, weil kein Eigenkapital mehr vorhanden ist. Es bestehen Schulden in der Höhe von 41 Millionen Franken und gleichzeitig wurde das Finanzvermögen durch Landverkäufe reduziert. Wenn der Gemeinderat schon einmal Führungsverantwortung übernimmt, dann darf man ihm nicht auch noch in den Rücken fallen. H. Schenker bittet, auf die Blockzeiten zu verzichten.

Gemeindepräsident W. Banga bittet, daran zu denken, dass es im Moment nur um die Erheblicherklärung geht.

Jürg Berger stimmt W. Banga zu. Es geht heute nicht um die Finanzen. Heute ist in der Basler Zeitung eine ganze Seite lang darüber berichtet worden, was die CVP im Bundeshaus bewegen möchte. So wird unter anderem erwähnt, dass Eltern ihre Leistungen nur erbringen können, wenn die Rahmenbedingungen für die Familien optimal sind. Offenbar hat die CVP Münchenstein diesen Artikel noch nicht gelesen.

Dr. Arnold Amacher: Es geht nicht darum, das Budget 2004 zu erhöhen, sondern darum, ob die Frage der Blockzeiten seriös diskutiert werden soll. Man muss sich schon die Frage stellen, welche Ausgaben in den letzten zehn Jahren dazu geführt haben, dass die Gemeinde in einem so grossen Defizit steckt. Auch hat man, als es längst nötig war, den Antrag des Gemeinderates um eine Steuererhöhung bachab geschickt, wohl deshalb, damit man nun alle sozialen Belange ebenfalls bachab schicken kann?

Andreas Knörzer: Die aufgelegten Zahlen sehen so dramatisch aus, dass man die Blockzeiten eigentlich gar nicht haben will. Wurde schon erklärt, weshalb die Personalkosten so hoch sind? Hat man sich schon Gedanken gemacht, die Lehrer zu fragen, ob sie in schönen, renovierten

Schulhäusern zwei Stunden länger arbeiten möchten? Wurde bereits eine kreative Diskussion geführt, ob andere Lösungen möglich sind?

Daniel Münger: Vor zwei Wochen hat an dieser Stelle ein Podium stattgefunden, bei dem es um Wirtschaftsförderung und Neuansiedlung von Unternehmen und deren Mitarbeitenden ging. An erster Stelle der Wunschliste für einen guten Standort stand die verkehrstechnische Anbindung, an zweiter Stelle kam das Bildungspolitische, zu dem auch die Blockzeiten gehören. D. Münger schätzt den Gemeinderat als intelligent genug ein, die Kosten für die Blockzeiten in Münchenstein noch senken zu können.

Freddy Koch zitiert folgende Passagen aus dem Ratschlag: „Der Gemeinderat hat am 24. Juni 2003 den Bericht ausführlich beraten. Es stellte sich insbesondere die Frage, ob ins Budget 2004 bereits eine erste Tranche von ca. 2,5 Mio Franken für Investitionen ins Lange Heid-Schulhaus mit den entsprechenden Folgekosten für den Unterhalt sowie rund Fr. 200'000.-- für zusätzliche Personalkosten auf der Lehrerseite aufgenommen werden sollten. ... Ein entsprechender Budgetposten wird deshalb nicht ins Budget 2004 aufgenommen, ansonsten der Gemeinderat bereits wieder eine Steuererhöhung in Betracht ziehen müsste (Gegenfinanzierung).“ Handelt es sich nun um eine Grundsatzdiskussion? Sowohl A. Amacher als auch J. Berger teilten mit, es gehe nur um eine Grundsatzdiskussion. Im Ratschlag steht es aber anders.

Gemeinderat Th. Imboden: Es geht heute nur darum, ob der Antrag erheblich erklärt wird. Wenn ja, dann kommt eine Vorlage bei der dann die Diskussionen, wie sie heute geführt werden, nötig sind. Der Gemeinderat möchte mit der Vorlage noch zuwarten, weil vom Finanziellen her noch zu viele Unbekannte bestehen. Man weiss zum Beispiel auch noch nicht, welche Kosten die Übernahme der Sekundarschulbauten verursachen, und man weiss noch nicht, wie das Budget 2004 aussehen wird. Nähme man noch die Blockzeiten ins Budget 2004 auf, so würde es sicherlich abgewiesen. Und dem Gemeinderat sind die Blockzeiten zu wichtig, um sie einfach abschmettern zu lassen. Kurz gesagt geht es heute darum, ob die Vorlage in einem halben Jahr oder in anderthalb Jahren vorgelegt werden soll.

://: Mit 66 gegen 50 Stimmen wird der Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Jürg Berger betreffend Einführung von Blockzeiten in den Münchensteiner Schulen und Kindergärten erheblich erklärt.

## **Traktandum 6**

### **Antrag gemäss § 68 GemG von Dr. Arnold Amacher, Grüne, betreffend Revision des Bestattungsreglements**

Gemeinderat Th. Imboden rekapituliert den Bericht. Aufgrund der finanziellen Lage ist es angebracht, das Bestattungs- und Friedhofreglement zu revidieren. Th. Imboden bittet, den Antrag erheblich zu erklären.

Ursula Gallandre: In der Gemeindekommission war die Vorlage unbestritten. Sie bittet, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Daniel Münger: Es ist tatsächlich nichts mehr gratis - auch das Sterben nicht. Die Gemeinde muss schauen, wo noch Geld eingespart werden kann. So leider auch bei den Bestattungen. Die SP empfiehlt, den Anträgen des Gemeinderates zu entsprechen. Sie wird dafür besorgt sein, dass die Reglementsänderung sozial verträglich bleiben wird.

://: Mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen wird der Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Dr. Arnold Amacher, Grüne, betreffend Revision des Bestattungsreglements erheblich erklärt.

://: Der Gemeinderat erarbeitet eine Vorlage über den erheblich erklärten Antrag und unterbreitet diese an der Gemeindeversammlung vom 8. Dezember 2003 zur Beschlussfassung.

## Traktandum 7

### **Reglement über die Familienexterne Tagesbetreuung für Kinder (Famex)**

Gemeinderätin H. Wegmüller erläutert den Ratschlag und bittet, das vorliegende Reglement zu beschliessen.

Jeanne Locher: Münchenstein bietet seit längerer Zeit familienexterne Betreuungen an: das Tagesheim, die Tagesmütter und den Mittagstisch. Bis jetzt hat das funktioniert, neu soll alles zusammengefasst und eine Kommission eingesetzt werden. Die Famex steht Münchenstein gut an. Sie hilft bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei der sozialen Entwicklung der Kinder usw. Die Gemeindekommission hat den Anträgen des Gemeinderates mit 11 gegen 2 Stimmen entsprochen.

://: Eintreten ist unbestritten.

Gemeindepräsident W. Banga: Nach der Vorprüfung durch die Finanz- und Kirchendirektion haben sich noch zwei kleine Änderungen ergeben. Er bittet, sie zur Kenntnis zu nehmen, wenn das Reglement seitenweise abgerufen wird.

Gemeinderätin H. Wegmüller legt eine Folie mit den Änderungen auf:

#### Reglementsentwurf

##### §. 5. Ziffer 5. Aufgaben und Pflichten

Die Kommission stellt die vom Gemeinderat zu genehmigenden Betriebsordnungen, die Tarife und die Tarifordnung auf.

##### §. 12. Beschwerde

Gegen Verfügungen der Betriebe kann innert zehn Tagen nach Erhalt bei der Kommission schriftlich begründet um Vermittlung nachgesucht werden. Scheitert diese, kann die Verfügung innert zehn Tagen seit der Vermittlungsverhandlung schriftlich und begründet beim Gemeinderat angefochten werden.

#### Definitive Fassung

##### §. 5. Ziffer 5. Aufgaben und Pflichten

Die Kommission entwirft vom Gemeinderat zu erlassende Betriebsordnungen, Tarife und Tarifordnungen.

##### §. 12. Beschwerde

Gegen Verfügungen der Betriebe kann innert zehn Tagen seit Eröffnung schriftlich und begründet beim Gemeinderat Beschwerde erhoben werden.

Friedrich Hiestand: Jedes Geschäft hat Vor- und Nachteile. Hier sind die Vorteile eine bessere Vernetzung und nur noch eine Anlaufstelle. Der Nachteil sind die Kosten. Was kostet das Ganze? Auch findet hier wieder eine Beamtung statt, in dem Sinn, dass wiederum Kosten entstehen, die ausufern können. Trotz dieser Bedenken bittet die CVP, das Reglement zu genehmigen.

Hanni Huggel: Die SP begrüsst das Projekt. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung und nicht nur wünschbar, sondern auch betriebswirtschaftlich realistisch. Ausserdem ist es für das Standortmarketing der Gemeinde wichtig. Am Neuzuzügerapéro erkundigen sich jeweils viele Eltern nach dem Mittagstisch etc. Hanni Huggel konnte als Vertreterin des Mittagstischs am Projekt mitarbeiten. Am Schluss handelte es sich bei der Projektgruppe um eine Fachkommission, die wusste, worum es geht. Wenn heute den Anträgen des Gemeinderates zugestimmt wird, kann nach Ablauf der Referendumsfrist losgelegt werden.

Martin Eichrodt spricht sich unbedingt für die Famex aus. Es handelt sich jedoch um eine ähnliche Situation, wie bei der Spitex, die letztlich auch teurer kam, als vorgesehen. Er wäre froh, wenn er konkrete Zahlen hören könnte.

Gemeinderätin H. Wegmüller: Durch das Zusammenfassen der einzelnen Institutionen können Synergien genutzt werden. Die Mehrkosten betragen voraussichtlich Fr. 25'000.-- pro Jahr. H. Wegmüller orientiert kurz über die Geldflussrechnung der Familienexternen Tagesbetreuung.

Das Reglement wird seitenweise abgerufen.

#### § 4, Buchstaben b. und c.

Dr. Arnold Amacher: In der Gemeindekommission wurde ausführlich über das Reglement diskutiert. Beim Robi-Spielplatz musste die überdimensionierte Kommission durch eine kleine Fachkommission ersetzt werden. Dr. A. Amacher möchte zu bedenken geben, dass die Kommission durch die Parteienvertreter (Buchstabe b.) aufgeblasen wird. Die politische Kontrolle ist zwar wichtig, doch sie kann auch durch die Geschäftsprüfungskommission wahrgenommen werden. Es bestünde auch die Möglichkeit, dass jemand aus der Gemeindekommission in die

Famex-Kommission gewählt wird. Ausserdem *muss* zwingend eine Fachperson in die Kommission gewählt werden. Daher muss in Buchstabe c. „wenn möglich“ gestrichen werden.

Peter Graser teilt der guten Ordnung halber mit, dass die Gemeindekommission den Antrag zu Buchstabe b. abgelehnt hat.

://: In Buchstabe c. wird „wenn möglich“ gestrichen.

://: Mit grossem Mehr wird das Reglement über die Familienexterne Tagesbetreuung für Kinder (Famex) beschlossen.

Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

## **Traktandum 8**

### **Verschiedenes**

#### **Antrag gemäss § 68 GemG der Münchensteiner Elterngruppe für Schulgeldbeiträge betreffend Ausrichten von Beiträgen an die Kosten für den Besuch von öffentlichen Schulen mit privater Trägerschaft**

Walter Laubi reicht namens der Elterngruppe für Schulgeldbeiträge folgenden Antrag ein:

„Die Gemeinde Münchenstein entrichtet regelmässige Beiträge an die Kosten des Besuches von öffentlichen Schulen in privater Trägerschaft. Die allgemeinen Bedingungen, die Höhe der Beiträge und der Zahlungsmodus werden in einem Reglement bestimmt. Die Höhe der Beiträge möchten wir, wie im Reglement Reinach und Arlesheim, auf Fr. 1'000.-- pro Kind und Semester festlegen und die Ausrichtung für Kinder der 1. bis zur 5. Klasse sowie für ein Kindergartenjahr.“

://: Der Antrag wird entgegengenommen.

#### **Antrag gemäss § 68 GemG von Jürg Berger für die rasche Vorlage zur Einführung von Blockzeiten in den Schulen Münchensteins ohne Steuererhöhung**

Jürg Berger dankt, dass sein Antrag erheblich erklärt wurde und reicht gleichzeitig folgenden neuen Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes ein:

„Wie schon erwähnt, ist es wichtig, dass die Diskussion, ob und in welcher Weise wir in Münchenstein Blockzeiten einführen, von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern geführt werden kann und nicht in erster Linie vom Gemeinderat.“

Aus diesem Grund stelle ich im Rahmen des § 68 des Gemeindegesetzes den folgenden Antrag:

Der Gemeinderat hat die durch die Arbeitsgruppe Blockzeiten erarbeitete Vorlage sowie allfällige vom Gemeinderat zusätzlich ausgearbeitete Varianten zur Einführung der Blockzeiten in Münchenstein den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zur Diskussion und Abstimmung vorzulegen.

Allfällig durch den Gemeinderat in diesem Zusammenhang vorgeschlagene Steuererhöhungen dürfen nicht mit der Einführung der Blockzeiten gekoppelt werden, sondern sind den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern separat vorzulegen.“

://: Der Antrag wird entgegengenommen.

### **Familiengärten in Münchenstein**

Willy Müller: Diesen Sommer wurde in rund fünfzehn Häuser eingebrochen. An die grosse Eiche bei den Familiengärten hat man ein Fass gebunden und angezündet. Bauverwalter G. Davet hat es dann in der gleichen Nacht noch entfernt. W. Müller ist daran, Unterschriften zu sammeln, dass die Feuerstelle aufgehoben wird. Meistens kommen die Einbrecher nämlich von der Feuerstelle. Fünf bis zehn Prozent der Personen, die die Feuerstelle benutzen, sind Münchensteiner, der Rest kommt von auswärts. Wie hoch sind eigentlich die Kosten, die die Putzerei verursacht? Ausserdem hört W. Müller weder vom Gemeinderat L. Lauper noch von der Verkehrskommission, wie es um die Parkplätze im Lange Heid Quartier steht.

Gemeinderat A. Schenker: Die Probleme bei der Feuerstelle Fohrlisrain sind bekannt. Es handelt sich um eine leidige Geschichte, ein Phänomen, das kommt und geht. Das Thema muss - auch nach einer allfälligen Aufhebung der Feuerstelle - möglichst bald diskutiert werden. Sollte die Feuerstelle aufgehoben werden, besteht nämlich keine Garantie, dass nicht weiter gefeuert

oder eingebrochen wird. Die Kosten für das Putzen können im Moment nicht im Detail bekannt gegeben werden.

Gemeinderat L. Lauper: Im Protokoll der letzten Gemeindeversammlung sind die Antworten zu den Parkplätzen im Lange Heid Quartier enthalten, weil nämlich die Fragen bereits gestellt wurden.

### **Wegweiser in Münchenstein**

Hanni Huggel hat ein Anliegen, das ein bisschen etwas kostet. Sie hat festgestellt, dass viele Münchensteinerinnen und Münchensteiner ihre Gemeinde nicht kennen. Für Auswärtige ist es noch viel schwieriger: für sie sind Dorfkirche und Friedhof kaum zu finden. H. Huggel bittet, dass die Fragen der Beschilderung geklärt werden.

Gemeinderat L. Lauper: Das Wegweisungskonzept wurde vom Gemeinderat behandelt. Darin enthalten ist auch der „Wegweiser Friedhof“. Im Moment liegt die Sache beim Kanton.

### Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier

## Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

5. Sitzung vom 8. Dezember 2003 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Nicolas Hug, Thomas Imboden, Ursina Lanz, Lukas Lauper, André Schenker, Helen Wegmüller  Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Gilbert Davet, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Lukas Lauper, Vizepräsident
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier
<u>Stimmzähler:</u>	Esther Scholer und Alain Ecker
<u>Entschuldigt:</u>	Dr. Lienhard Meyer
<u>Dauer der Sitzung:</u>	19.30 Uhr bis 23.15 Uhr

---

### Traktanden

9. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 25. September 2003
  10. Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 15. September 1998 / Teilrevision
  11. Bestattungs- und Friedhofreglement vom 24. Mai 1982 / Teilrevision
  12. Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2004
  13. Finanzplan 2003 bis 2008 der Einwohnerkasse
  14. Finanzpläne 2003 bis 2008 der Spezialfinanzierungen
  15. Zonenplan Siedlung / Mutation Umzonung Parzellen 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2165, 3672, 3673, 5115, 5116, 5117, 5118 und 5363 Höhenweg/Im Kaspar
  16. Gründung Abfallzweckverband unteres Birstal
  17. Abfallreglement vom 23. Juni 1992 / Revision infolge Beitritts zum Abfallzweckverband
  18. Verschiedenes
- 

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst rund 326 Anwesende zur heutigen Gemeindeversammlung. Die Medien sind durch die Damen Hool, Wochenblatt, und Thürlemann, Basler Zeitung, sowie durch Herrn Leuthardt, Basellandschaftliche Zeitung und Regionaljournal, vertreten. W. Banga bittet die nichtstimmberechtigten Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer die speziell reservierten Plätze einzunehmen und macht darauf aufmerksam, dass unberechtigt stimmende Personen sich strafbar machen. Weiter weist er darauf hin, dass bei Wortmeldungen das Mikrofon zu benützen und der Name zu nennen ist. Die Einladung mit den Traktanden und Anträgen wurde rechtzeitig zugestellt und im amtlichen Anzeiger publiziert. Der Ratschlag zu den Gemeindeversammlungen ist an den üblichen Stellen aufzulegen. Die Traktanden 8 und 9, Gründung Abfallzweckverband unteres Birstal und Revision des Abfallreglements, werden von der Traktandenliste abgesetzt. Gemeinderat L. Lauper wird später noch Erläuterungen dazu abgeben.

://: Die Traktandenliste wird genehmigt.

## Traktandum 1

### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 25. September 2003**

://: Das Protokoll wird genehmigt und der Verfasserin, Kathrin Cottier, bestens verdankt.

## Traktandum 2

### **Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 15. September 1998/ Teilrevision**

Gemeinderätin H. Wegmüller erläutert die Vorlage und bittet, den Anträgen des Gemeinderats Folge zu leisten.

Urs Abt: Die Gemeindekommission wurde im gleichen Sinne orientiert. Vor allem eine Frage wurde von Seiten der Kommission noch gestellt, nämlich diejenige nach der Höhe des Jahresnettomietzins. Den Kommissionsmitgliedern wurde erklärt, dass gemäss Reglement der vertraglich vereinbarte Jahresmietzins ohne Nebenkosten als Jahresnettomiete gilt. Die Gemeindekommission bittet, den Anträgen des Gemeinderats zuzustimmen.

://: Eintreten wird nicht bestritten.

://: Die Änderung von § 9 Abs. 2 des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen wird einstimmig beschlossen; sie tritt nach der Genehmigung durch die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion am 1. Januar 2004 in Kraft.

## Traktandum 3

### **Bestattungs- und Friedhofreglement vom 24. Mai 1982 / Teilrevision**

Gemeinderat Th. Imboden teilt mit, dass die vorgesehene Revision die Paragraphen 7 und 8 betrifft. Er geht mittels Folien näher auf die Vorlage ein. Den Kernpunkt des Geschäftes bilden die Kosten. Bis dato waren die Bestattungen unentgeltlich, neu sollen sie etwas kosten. In den Kantonen Tessin und Wallis beispielsweise sind die Bestattungen Privatsache. In der Vorlage sind viele Zahlen enthalten, die zum Teil auch zu einer gewissen Verwirrung führten. Th. Imboden legt eine Folie auf, aus der die Unterschiede zwischen einer Erdbestattung und einer Kremation ersichtlich sind:

**Bestattungskosten** (Dritteleistungen und Eigenleistungen der Gemeinde)

Erdbestattung	ca. Fr. 5'100.-- exkl. Mwst
Kremation mit Grab	ca. Fr. 4'400.-- exkl. Mwst
Kremation mit Urnengrab	ca. Fr. 3'800.-- exkl. Mwst

**Kostenzusammenstellung Erdbestattung**

<u>Dritteleistungen</u>	
Sarg, Einsargen, Leichentransport	ca. Fr. 780.--
<u>Eigenleistungen der Gemeinde</u>	
Aufbewahrung	ca. Fr. 150.--
Grabfeldgebühren	ca. Fr. 2'500.--
Leistungen Friedhofpersonal	ca. Fr. 600.--
Grabtafel	ca. Fr. 100.--
Gemeindekosten/Verwaltung	ca. Fr. 250.--
Grabkreuz	ca. Fr. 70.--
Unterhalt Grabfeld (25 Jahre)	ca. Fr. 650.--
Total der Kosten	ca. Fr. 5'100.--

Mit der Revision des Reglements sind für die Gemeinde Einsparungen von rund 380'000 Franken möglich. Es handelt sich um eine markante aber nötige Änderung, mit deren Annahme ein Teil der Kosten inskünftig auf die Angehörigen überwält wird. Der Erlass der Ausführungsbestimmungen - in denen die Kosten und die Grabruhe etc. geregelt werden - ist Sache des Gemeinderates. Heute geht es, wie gesagt, nur um die Revision der Paragraphen 7 und 8. Gemeinderat Th. Imboden bittet, den Anträgen des Gemeinderates zu folgen.

Hanni Huggel: Die vorgesehene Reglementsänderung gab in der Gemeindekommission einiges zu reden. Die Gemeindeverwalterin hat darauf hingewiesen, dass es darum geht, ob die Bestattungen etwas kosten oder nicht. Es wurde auch darüber diskutiert, ob die Vorlage zurückgewiesen oder auf sie eingetreten werden soll. Alle Parteien waren zwar damit einverstanden, dass die Bestattungen nicht mehr gratis sind, doch es müssten andere Ansätze gewählt werden. Folgende Vorschläge wurden gemacht: keine Pauschale, Abstufungen, soziale Abfederung, keine Antragstellung durch die Angehörigen. Zum Teil war man in der Kommission nicht damit einverstanden, dass der Gemeinderat die Gebühren regelt. Der Präsident der Gemeindekommission, Peter Graser, hat darauf hingewiesen, dass dem Gemeinderat ein sozialverträgliches Handeln zuzutrauen ist. Schliesslich hat die Gemeindekommission dem Antrag des Gemeinderates mit 8 gegen 5 Stimmen entsprochen.

Herr Jäggi: Eine Bestattung gehört zu den Grundrechten jedes Menschen. Eine Gesellschaft, die glaubt, man müsse für ein Grundrecht eine Gebühr erheben, ist eine arme Gesellschaft. Man bezahlt sein Leben lang Steuern und am Schluss ist das Gemeinwesen nicht einmal in der Lage, einen unter die Erde zu bringen. Im Grunde genommen werden die Nachkommen, die Jungen, denen wir ohnehin schon einen grossen Schuldenberg hinterlassen, zur Kasse gebeten. Man hat das Gefühl, dass alles so richtig schön nach Methode abläuft: zuerst werden alle Gebühren angehoben und am Schluss womöglich gerade noch die Steuern erhöht. Es ist nicht logisch, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nach ihrem Ableben auch noch die Bestattungskosten abzuknöpfen. Herr Jäggi bittet, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Daniel Münger ist mit dem Vorgehen einverstanden, möchte aber einen Punkt zu bedenken geben. Der Kanton Basel-Landschaft hat die Erbschaftssteuer abgeschafft. Die Gebühren, die der Gemeinderat nun erheben will, sind genau der Ausgleich, um die weggefallenen Steuern wieder einzutreiben.

Dr. Arnold Amacher kann Herrn Jäggi sehr gut verstehen. Andererseits muss man aber auch berücksichtigen, dass jede Erbschaft ein Geschenk ist. Wenn man sich entscheiden muss, dann für die Lebenden. Dr. Amacher bittet, auf die Vorlage einzutreten. Wenn die Steuern ständig gesenkt werden, muss man sich auch gelegentlich überlegen, woher man das fehlende Geld nehmen will. Leider enthält die Vorlage keine Abstufung. Der Gemeinderat hat strategische Aufgaben, die wichtiger sind, als ständig zu prüfen, ob die Verstorbenen arm oder reich waren. Auch haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das Recht, zu erfahren, was läuft. Immer wieder hört man, dass das Giesskannenprinzip nicht erwünscht sei. Wenn jemand 100'000 Franken erbt, ist er auf die Pauschale von 600 Franken nicht angewiesen.

://: Grossmehrheitlich wird Eintreten auf die Vorlage beschlossen.

Susanne Haas: Die SP befürwortet ganz klar, dass die Bestattungen nicht mehr generell gratis sein sollen. In Basel-Stadt wurde kürzlich eine ähnliche Regelung beschlossen. Unter anderem handelt es sich um eine Konsequenz aus der Abschaffung der Erbschaftssteuer. Allerdings sollte das Reglement eine soziale Abstufung enthalten, die nicht auf einer Kann-Basis fusst. Die SP möchte nicht, dass die Hinterbliebenen nach dem Tod eines Angehörigen beim Gemeinderat um einen Beitrag bitten müssen. Es muss eine klare Regelung geben, wer eine Entlastung erhält. Man könnte ein ähnliches Vorgehen wählen, wie bei den Prämienvergünstigungen der Krankenkassen und es in der Gebührenordnung regeln.

Die SP stellt folgenden Antrag:

„Der Gemeinderat legt in einer Gebührenordnung fest, unter welchen Voraussetzungen den Angehörigen die Bestattungskosten ganz oder teilweise erlassen werden.“

Paula Pakery erkundigt sich, ob es im Betrag nochmals eine Abstufung gibt. Was passiert, wenn jemand die Urne mit nach Hause nimmt?

Alfred Peter: Es handelt sich um kein erfreuliches Geschäft, wenn man für die Nachkommen Kosten beschliessen muss. Im Prinzip sind alle bereit, etwas zu bezahlen. Nicht ganz verständlich ist allerdings, dass der Gemeinderat allen eine Pauschale von 600 Franken ausrichten möchte. Es ist vorstellbar, dass der Gemeinderat mit seinem Antrag eine Diskussion entfachen wollte, an der gescheiterte Vorschläge gemacht werden. Die Formulierung, die die SP vorhin empfohlen hat, könnte die CVP unterstützen.

Martin Eichrodt hat beruflich ziemlich viel Zeit bei Abdankungen auf Friedhöfen zugebracht. Er konnte spüren, was die Angehörigen, ob arm oder reich, bewegt hat. Wenn jemand einen Angehörigen verliert, ist es sehr oft nicht das Geld, das eine Rolle spielt, sondern vielmehr die seelische Lage. Natürlich gab es Abdankungen, bei denen niemand traurig war. Sie waren aber



eher die Ausnahme. Der Gemeinderat muss eine dickere Haut bekommen. Er darf nicht von einem Extrem ins andere fallen. Münchenstein wäre wahrscheinlich die erste Gemeinde im Kanton Baselland, die eine solche Regelung anwendet. Man darf jetzt nicht einfach eine Radikalkur machen, sondern man muss die Kosten abfedern und eine Etappierung der Massnahmen ins Auge fassen. Solange man Autos gratis auf öffentlichem Grund parkieren darf, solange sollte man eigentlich auch Leichen auf öffentlichem Grund parkieren dürfen - doch so weit möchte M. Eichrodt nun doch nicht gehen ... Er ist nicht dafür, dass mit dem Reglement Eigenleistungen der Gemeinde finanziert werden. Es wäre besser, diese bei der Gemeinde zu belassen und dafür die Fremdkosten zu finanzieren. Wenn der Gemeinderat über jedes Beitragsgesuch entscheiden muss, benötigt das Zeit, und dass man die Kantone Wallis und Tessin als Vorbilder hinstellen will, ist nicht in Ordnung. Münchenstein befindet sich immerhin noch im Kanton Basel-Landschaft. M. Eichrodt wünscht sich eine anständige Pauschale in der Grössenordnung von 1'000 Franken und dazu eine soziale Abfederung.

Dr. Arnold Amacher: Es ist nicht gerechtfertigt, wenn man nach dem Ableben eines Angehörigen, noch einen Antrag an den Gemeinderat stellen muss. Es muss einen klaren Rechtsanspruch geben. A. Amacher möchte beliebt machen, dass die Gebührenordnung öffentlich gemacht wird. Er ist nach wie vor der Meinung, dass nicht nach dem Giesskannenprinzip verfahren werden darf und stellt den Antrag, den Pauschalbeitrag zu streichen.

Jérôme Vuille: In der FDP wurde die Vorlage eingehend diskutiert. Sie möchte eine stärkere soziale Abfederung. Eine Pauschale wäre denkbar, es sollte aber nicht definiert sein, wie hoch sie ist. Man muss sich auch überlegen, wie die Beträge zustande kommen. Wie wurden sie berechnet? Wie teuer ist die Aushebung eines Grabes?

Willy Müller: Den Antrag der SP sollte man ablehnen. Es gibt einige Münchensteiner, die Kinder haben und gut gestellt sind. Sie würden nie auf die Gemeinde gehen und um einen Beitrag betteln. Deshalb darf der Antrag der SP nicht angenommen werden.

Gemeinderat Th. Imboden verweist erneut auf seine Folie und erklärt die Zusammensetzung der Kosten. Die Aushebung des Grabes fällt unter die Leistungen des Friedhofpersonals (ca. Fr. 600.--).

Jérôme Vuille ist der Meinung, dass dieser Betrag nicht ausreicht.

Gemeinderat Th. Imboden zu Paula Pakery: Wenn man die Urne mit nach Hause nimmt, müssen die Gebühren nicht bezahlt werden. Im Übrigen ist es schön, wenn man sich Gedanken über die Arbeit des Gemeinderates macht. Es muss aber auch betont werden, dass es in seiner Kompetenz liegt, was er macht. Zu M. Eichrodt: Es handelt sich nicht um das erste Projekt, bei dem Sparmassnahmen eingeleitet werden. Die Neuregelung der Bestattungen muss von der Gemeindeversammlung genehmigt werden und ist nur ein Teil des Kuchens.

Gemeindepräsident W. Banga lässt über die Anträge abstimmen.

://: Mit 117 gegen 81 Stimmen wird dem Antrag von Dr. Arnold Amacher, die Pauschale zu streichen, zugestimmt.

://: Mit grossem Mehr gegen 17 Stimmen wird dem Antrag der SP, der Gemeinderat solle in einer Gebührenordnung festlegen, unter welchen Voraussetzungen den Angehörigen die Bestattungskosten ganz oder teilweise erlassen werden, zugestimmt.

Gemeindepräsident W. Banga: Ob der Text in dieser Form gültig sein wird, hängt vom Genehmigungsentscheid des Kantons ab.

Dr. Arnold Amacher erkundigt sich noch einmal nach der Öffentlichmachung der Gebührenordnung.

Gemeindepräsident W. Banga teilt mit, dass alle Gebühren öffentlich sind.

Dr. Arnold Amacher möchte, dass die Gebührenordnung *aktiv* öffentlich gemacht wird.

Gemeindepräsident W. Banga nimmt den Wunsch zur Kenntnis und als Auftrag entgegen.

://: Mit grossem Mehr gegen wenige Stimmen wird der Änderung der §§ 7 und 8 des Bestattungs- und Friedhofreglements gemäss den bereinigten Anträgen zugestimmt.

## **Traktandum 4** **Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2004**

Gemeinderat N. Hug erläutert die Vorlage mittels Folien (Anhang zu diesem Protokoll). Durch die Streichung der Pauschale beim Bestattungsreglement wird es sicherlich zu zusätzlichen Einsparungen kommen. In einigen Bereichen bietet Münchenstein Dienstleistungen an, die von umliegenden Gemeinden zwar genutzt, von den Kosten her gesehen aber nicht immer im Verhältnis mitgetragen werden. Dies betrifft zum Beispiel die Brüglinger Ebene, den öffentlichen Verkehr, die Schulen (Gymnasium, heilpädagogische Tagesschule etc.) und das Kuspo (vgl. dazu Folie 6). N. Hug hat die bereits erledigten Positionen im Massnahmenpapier, das an der letzten Budget-Gmeini präsentiert wurde, gelb markiert. Man kann feststellen, dass auf jeder Seite ein gutes Drittel gelb leuchtet!

N. Hug bittet, auf das Budget einzutreten und nicht wie letztes Jahr vorzugehen. Schon allein die Durchführung einer zusätzlichen Budgetgemeindeversammlung würde nämlich Kosten von nahezu 20'000 Franken verursachen.

Peter Graser: Die Gemeindekommission hat dem Budget 2004 mit 11 gegen 2 Stimmen entsprochen. Natürlich schwebte der Geist der Rückweisung auch in der Gemeindekommission umher. Allerdings stellte man dann fest, dass die Probleme mit einer Rückweisung auch nicht gelöst werden. Insbesondere die Beiträge an den öffentlichen Verkehr, die vom Kanton verordneten hohen Abschreibungssätze etc. gaben zu Reden. Unter dem Strich löst man jedoch - wie gesagt - nichts, wenn man die Übung abbricht und von vorne beginnt.

Hans-Peter Stebler: Die Rechnungsprüfungskommission hat das Budget eingehend geprüft. In Relation zum Budget 2003 könnte man den Eindruck erhalten, es sei ein erster Silberstreifen am Horizont sichtbar. Auf Seite 21 des gebundenen Budgets wurden die wichtigsten Positionen einander gegenübergestellt. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt im Moment 60 %, was nicht als zufriedenstellend betrachtet werden kann. Auch Faktoren aus der Investitionsrechnung der letzten zehn, zwanzig Jahre haben ihre Auswirkungen gehabt. Es darf also nicht nur der Laufenden Rechnung, sondern es muss auch der Investitionsrechnung Aufmerksamkeit zukommen. In Seite 22 des Budgets sind folgende Kernaussagen der Rechnungsprüfungskommission enthalten:

„Der Finanzhaushalt ist sparsam, wirtschaftlich und konjunkturgerecht zu führen. Er soll auf die Dauer ausgeglichen sein.

Die Finanzhaushaltführung begrenzt die Höhe der Schulden im Hinblick auf eine tragbare Zinsbelastung.

Alle Aufgaben und Ausgaben sind vor der Beschlussfassung und in der Folge periodisch auf ihre Notwendigkeit und Zweckmässigkeit sowie auf ihre finanziellen Auswirkungen und deren Tragbarkeit zu prüfen.“

Die RPK nimmt vom Budget 2004 Kenntnis und goutiert es, wenn auch mit erhobenem Mahnfinger.

Fredi Koch: Kurz und sec, die FDP hat wie folgt entschieden: Das Eintreten wurde grossmehrheitlich angenommen, eine Rückweisung gegen wenige Stimmen verworfen. Die FDP bittet, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen, wenn auch zähneknirschend. Auch bei ihr besteht hinsichtlich der Finanzen ein grosses Unbehagen. Sie ist jederzeit für eine konstruktive Sanierung der Gemeindefinanzen zu haben.

Daniel Münger: Das wirtschaftliche Umfeld ist aufgrund sinkender Einnahmen und steigender Sozialkosten zurzeit tatsächlich schwierig. Die neue Aufgabenverteilung entlastet die Gemeinden auch nicht unbedingt. Ferner wurden in der Vergangenheit grosse Steuergeschenke gemacht. Es fehlen weit über 1,5 Millionen Franken an Steuereinnahmen, Münchenstein hat einen sehr kleinen Leerwohnungsbestand und die geografische Lage ist so, dass die Verkehrsausgaben relativ hoch sind. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist relativ hoch, bei der Nettoverschuldung sieht es schon nicht mehr so schlimm aus. Heute muss über einen Voranschlag beraten werden, der - wenn auch rot - so doch ausgeglichen ist. Der Gemeinderat befindet sich auf einem guten Weg. Eine Rückweisung würde bedeuten, dass der Gemeinderat beauftragt wird, ein neues Budget mit schwarzen Zahlen zu präsentieren. Dessen Auswirkungen auf die sozialen Institutionen, aber auch auf die kleinen und mittleren Einkommen, wären dramatisch. Daniel Münger bittet im Namen der SP auf das Budget einzutreten.

Giorgio Lüthi: Es ist nicht so, dass eine Rückweisung des Budgets dazu führen würde, dass die Gemeinde nicht mehr funktioniert. Ganz im Gegenteil: Die letzte Rückweisung hat zu konstruktiven Lösungen geführt. Giorgio Lüthi legt einige Folien auf (siehe Anhang zu diesem Protokoll).

Gemäss § 13 der Gemeindefinanzordnung müssen die vorgeschriebenen 20 % von der Anfangssumme und nicht vom Endbetrag abgeschrieben werden. Diesen Umstand hat bis jetzt noch niemand bemerkt (Folie 5). Weshalb wurden im Budget 2004 für die Gaskonzessionen Fr. 240'000.-- eingesetzt? In Folie 9 sind die Personalkosten enthalten. Es ist erstaunlich, dass im Gemeindeführungsstab, der ein sehr wichtiges Gremium ist, nichts gemacht wird. Das Wohnheim für Asylsuchende (Folie 10) fehlt sowohl im Investitions- als auch im Finanzplan. Gemeinderat N. Hug wurde angefragt, weshalb es in der Investitionsrechnung fehlt. Eine Antwort ist bis heute nicht eingegangen. In Folie 11 sind die grössten Differenzen zwischen Rechnung 2000 und Budget 2004 aufgeführt. Über die blau gedruckten Prozentzahlen kann man sich unterhalten, bei den roten muss man dringend etwas ändern. Folie 12 schliesslich zeigt die Gründe auf, weshalb das vorliegende Budget zurückgewiesen werden sollte:

- Inhaltliche Fehler im Budget 2004
  - Abreibungen drin, aber nicht gemäss §13 Gemeindefinanzordnung vorgenommen („längstens innert fünf Jahren“)
- Bis 2008 weitere Bilanzdefizite (Schuldenfalle).
- Unsichere Zahlen:
  - Konzession Gas, Asylantenheim
- Verbindliche Schuldensanierung notwendig
- Antrag unter § 68
  - Grundsätze der Haushaltsführung
  - Schuldenbremse
  - Neue Ausgaben nur wenn Finanzierung gesichert

Giorgio Lüthi bittet, auf das Budget nicht einzutreten und es zurückzuweisen.

Bruno Krähenbühl möchte, bevor er mit seinem Votum anfängt, Folgendes festhalten: Weder spricht er für eine Partei, noch für eine besondere Gruppierung. Bei seinem Votum handelt es sich um eine rein persönliche Stellungnahme.

Landauf, landab ist momentan die Verschuldung der öffentlichen Hand ein Megathema und zwar auf Stufe Bund, Kantonen und auch der Gemeinde Münchenstein. Was ist davon zu halten? Der Begründer der modernen Finanzwissenschaft, Lorenz von Stein, hat in seinem Lehrbuch aus dem Jahre 1871 folgendes über das Phänomen der Staatsschulden geschrieben: „Ein Staat ohne Staatsschulden tut entweder zu wenig für seine Zukunft, oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart. Sie (die Staatsschulden) können schlecht verwaltet, sie können falsch verwendet werden, aber vorhanden sind sie immer; es hat nie einen zivilisierten Staat ohne Staatsschulden gegeben, und es wird, ja es soll nie einen solchen geben.“ Staatsschulden sind also nicht per se etwas Schlechtes. Leider hat es Lorenz von Stein unterlassen, die optimale Verschuldung zu definieren. Hingegen kennt die moderne Finanzwissenschaft Regeln, die bei der Budgetierung einzuhalten sind, nämlich:

Regel Nr. 1: „Das Defizit darf die Höhe der Investitionen nicht übersteigen“. Als Investitionen in die Zukunft gelten auch die Aufwendungen für die Bildung. Die Erträge aus diesen Auslagen kommen künftigen Generationen zugute. Das Total der Investitionen 2004 beträgt Fr. 15'484'000.-- (Fr. 4'318'400.-- plus Bildung Fr. 11'165'600.--), der Aufwandüberschuss Fr. 1'879'100.--. Regel Nr. 1 wird somit - sogar ohne Bildung - eingehalten. Regel Nr. 2: „Der Primärhaushalt muss ausgeglichen sein (Haushaltsaldo ohne Zinszahlungen)“. Die Zinszahlungen 2004 betragen 1'763'00 Franken, was einen Saldo von Fr. 116'100.-- ergibt. Regel Nr. 2 ist somit knapp nicht eingehalten. Regel Nr. 3 lautet: „Die Ausgaben dürfen nur im Gleichschritt mit dem Wirtschaftswachstum zunehmen“. Der Minderaufwand gegenüber 2003 beträgt Fr. 2'486'900.--. Die Wirtschaftswachstumsprognose 2004 beträgt 1,9 % (UBS) respektive 1,3 % (BAK). Regel Nr. 3 wird ebenfalls eingehalten. Im vorliegenden Budget werden also die wichtigsten Budgetregeln in etwa eingehalten. Die FDP hat folgendes Modell einer Schuldenbremse als Vorstoss beim Landrat deponiert: „Das Defizit der laufenden Rechnung im Budget darf drei Prozent der geschätzten Steuereinnahmen nicht übersteigen.“ Mit dieser Schuldenbremse müsste man das Defizit halbieren, also rund eine Million Franken einsparen. Das wäre nur mit der Holzhammer- oder Killermethode möglich. Der kluge CVP-Ständerat Eugen David hat kürzlich zu Recht gesagt: „Finanzpolitik ist mehr als nur Arithmetik und Buchhaltung.“ Es stimmt: Eine vernünftige Finanzpolitik ist mehr als nur ein ausgeglichenes Budget. Anders als der immer wieder zitierte sparsame Hausvater oder die sparsame Hausmutter, die ihre Ausgaben allein nach den Einnahmen richten, trägt die öffentliche Hand auch Verantwortung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Es wäre falsch, in der heutigen Konjunkturflaute die Ausgaben der öffentlichen Hand noch mehr zu kürzen und damit die Krise zu verschärfen. Unsere Kantonsverfassung verlangt zu Recht: „Der Finanzhaushalt von Staat und Gemeinden ist sparsam, wirtschaftlich aber auch konjunkturgerecht zu führen“. Konjunkturgerecht heisst, der Ge-

meinderat muss verpflichtet werden, mit dem Schuldenabbau ernst zu machen, sobald sich die Konjunktur erholt hat und die Steuereinnahmen wieder steigen. Bis dann gilt: Sparsames Haushalten und keine neuen Aufgaben ohne Gegenfinanzierung. Aus der Sicht von B. Krähenbühl ist das vorliegende Budget verantwortungsbewusst erstellt worden. Er empfiehlt daher, darauf einzutreten und die Anträge des Gemeinderates anzunehmen.

Andreas Knörzer ist froh um die Ausführungen von Gemeinderat N. Hug und dankt auch den beiden letzten Rednern. Er hat das Budget geprüft und relativ wenig Unschönes gefunden. Andererseits gibt es viele Positionen, bei denen man sagt: „Es ist halt einfach so.“ A. Knörzer möchte nun nicht über zwei- oder dreitausend Franken reden. Er möchte, dass man sich von der anderen Seite her einmal Gedanken macht. Die Brüglinger Ebene beispielsweise sollte man nicht à la longue so akzeptieren. Weshalb kann die Gemeinde nicht vermehrt an den Anlässen partizipieren? Irgendwie fehlt die Phantasie, wenn man immer alles gottergeben akzeptiert. Auch bei den Verwaltungslöhnen ist einfach nur ein fester Betrag angegeben. Auch die könnte man auf nächstes Mal detaillierter betrachten und das Budgetdefizit bewusst noch einmal um 10 % senken. Entweder man klamüsert an jedem einzelnen Betrag rum oder man hat den Mut, das Budget zurückzuweisen und man kürzt es linear um 10 %.

Alfred Peter: Wenn man sich jetzt bemüht und Vorgaben macht, die zu einer Verbesserung führen, kann man mehr erreichen. Seit 1998 schreibt man - mit einer Ausnahme - ein Defizit. Die Fremdschulden haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt, es besteht kein Eigenkapital mehr und das Defizit beträgt jährlich durchschnittlich zwei Millionen Franken. Die Lage ist ernst. Wenn so weitergewirtschaftet wird, kommt es zu drastischen Steuererhöhungen. Zur Schuldenbremse wird heute Abend noch ein Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes eingereicht.

Dr. Arnold Amacher beantragt, auf das Budget einzutreten. Jahr für Jahr gibt es die gleichen Diskussionen und die Forderung, das Budget zurückzuweisen. Doch wo sind die substantiellen Vorschläge?

Jürg Berger schätzt die Arbeit des Komitees „Schluss mit der Schuldenwirtschaft“. Offensichtlich greift der Leidensdruck im Volk so langsam. Eine Rückweisung des Budgets ist jedoch nicht zweckdienlich und bringt realistisch gesehen nichts. Es ist besser, klare Vorgaben zu machen, zum Beispiel einmal die Verwaltung zu durchkämmen und dem Gemeinderat Vorschläge zu unterbreiten.

Friedrich Hiestand: Wäre das Budget gut, so hätten die Zahlen das heute belegen müssen. Das Vorgehen des Gemeinderates ist zu langsam. Der Finanzplan zeigt, dass die Lage in den kommenden Jahren ebenso düster sein wird. Letztes Jahr gab es einen runden Tisch, an dem Vorschläge unterbreitet wurden. Dieses Jahr gab es keine solche Zusammenkunft mehr. Auch das gibt zu denken!

://: Mit grossem Mehr wird auf das Budget eingetreten.

Ein Teil der Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer verlässt den Saal. Das Budget wird seitenweise abgerufen.

#### 990 Abschreibung Bilanzfehlbetrag (Seite 64)

Hans Schenker weist darauf hin, dass rund 900'000 Franken fehlen.

Peter Vogt: In der Rechnung 2003 wurden bereits 20 % nicht berücksichtigt, weil die Situation nicht überblickbar war. 400'000 Franken sind bereits enthalten.

#### Kommissionen

Andreas Knörzer: Wenn man den Jahresbericht studiert, fällt auf, dass es relativ viele Kommissionen und dort relativ viele Überschneidungen gibt. A. Knörzer beantragt, die Vergütungen der Kommissionen durchwegs um 25 % zu reduzieren.

://: Mit 87 gegen 76 Stimmen werden die Kommissionslöhne um 25 % gekürzt.

Peter Graser spricht nicht nur als Präsident der Gemeindekommission sondern im Namen aller, die sich in irgendeiner Form in den Dienst der Öffentlichkeit stellen, und zwar überwiegend in ihrer Freizeit. Dieser Antrag ist ganz und gar kleingeistig.

Daniel Mürger fragt nach, worüber abgestimmt wurde. Über die Zusammensetzungen oder die Löhne?

Andreas Knörzer: Um den gesamten Betrag, das heisst, über die Menge der Kommissionen, die personelle Zusammensetzung. Es geht nicht darum, die Stundenansätze zu kürzen.

Daniel Münger stellt einen Rückkommensantrag und bittet, den Antrag noch einmal neu zu formulieren.

Gemeindepräsident W. Banga: Es gibt Kommissionen, die vom Gemeinderat eingesetzt werden und solche, die das Gemeindegesetz bestimmt. Kurzfristig sind keine Änderungen möglich, weil man die Reglemente ändern müsste.

Andreas Knörzer: Es geht nicht um Geringschätzung, aber irgendwo muss man beginnen, etwas zu tun, indem man eben zum Beispiel den Totalbetrag (Menge der Sitzungen und Anzahl der Personen) steuert und senkt. Der Gemeinderat soll auf nächstes Jahr einen Vorschlag unterbreiten.

Gemeinderat N. Hug: Offenbar wurde die Folie nicht recht zur Kenntnis genommen. In einer Position war enthalten, dass die Verwaltung mit einer entsprechenden Prüfung beauftragt wurde. N. Hug bittet um etwas Geduld und davon abzusehen, mit unkoordinierten Massnahmen überstürzt zu handeln.

Andreas Knörzer: Bis wann ist mit dem Resultat der Prüfung zu rechnen?

Konrad Knauer: Bei der Behandlung des Budgets gibt es jeweils eine Eintretensdebatte, danach ruft der Präsident die einzelnen Konten seitenweise ab. Man kann nun nicht auf Seite 64 einen Einwand über mehrere Seiten zurück bringen und sagen, der Gemeinderat solle einen neuen Vorschlag unterbreiten. So geht es nicht. Wenn ein konkreter Vorschlag aus den Reihen der Versammlung vorliegt, dann kann man ihn bringen.

Urs Abt verweist auf sein grosses Demokratieverständnis. Es wurde ein Antrag gestellt, die Kommissionsgelder zu kürzen. Der Antrag wurde nun halt in Gottes Namen angenommen. U. Abt bedauert dies zwar, aber es ist an dieser Tatsache nichts zu ändern.

Hanni Huggel bittet, den Rückkommensantrag zu unterstützen. Es gibt Kommissionen, die jährlich null bis zehn Sitzungstunden aufweisen. Vor etwa acht Jahren hat die Geschäftsprüfungskommission alle Kommissionen überprüft. Das kann man ruhig wieder einmal machen.

Gemeinderat Th. Imboden: All diese Argumente kommen einem etwas kleinkrämerisch vor. Man kann immer wieder lesen, dass der Gemeinderat schon lange daran ist, die Kommissionen zu überprüfen.

Rudolf Müller: Es wird von einem Budgetdefizit von ca. 2,4 Millionen Franken gesprochen. Wie sieht es per Ende Jahr genau aus? Konnten die Erkenntnisse der Jahresrechnung noch berücksichtigt werden?

Gemeinderat N. Hug: Es handelt sich, wie gesagt, um eine Hochschätzung. Eine genaue Zahl möchte der Gemeinderat noch nicht bekannt geben, doch es handelt sich um einen namhaften Betrag. Er wurde noch nicht berücksichtigt.

Philippe Peter: Die heutigen Voten sind erstaunlich: Jetzt hat jemand einen konkreten Vorschlag unterbreitet und gewisse Leute fühlen sich betupft und angegriffen. Es gibt immer zwei Ebenen, eine sachliche und eine emotionale. Hier geht es um die Sache und um Verfahrensfragen.

Gemeindepräsident W. Banga: Kann man allenfalls auf den Antrag von A. Knörzer zurückkommen und ihn auf das nächste Jahr beantworten?

Andreas Knörzer wird, wenn der Rückkommensantrag obsiegt, eventuell einen Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes einreichen.

://: Eine grosse Mehrheit spricht sich dafür aus, auf den Beschluss zurückzukommen.

Andreas Knörzer wird sein Anliegen mit einem Antrag gemäss § 68 unterbreiten. Die Angelegenheit ist für heute erledigt.

620.501.27, Ausdolung Gruthbach (Seite 75)

Dr. Arnold Amacher beantragt, die Ausdolung des Gruthbachs ersatzlos zu streichen.

Gemeinderat A. Schenker: Der Gemeinderat hat letzten Dienstag beschlossen, auf die Ausdolung zu verzichten. Der Antrag ist somit gegenstandslos.

- ://: Der vorliegende Voranschlag der Laufenden Rechnung der Einwohnerkasse für das Jahr 2004 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1'879'100.-- sowie der Voranschlag der Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen von Fr. 3'345'400.-- werden genehmigt.
- ://: Für das Jahr 2004 werden die öffentlichen Abgaben wie folgt festgesetzt:
- Gemeindesteuersätze (§ 2 Steuerreglement)
- Natürliche Personen:  
Einkommens- und Vermögenssteuer (§ 19 StG): 60 % des Staatssteuerbetrages (wie bisher)
- Juristische Personen  
Ertragssteuer (§ 58 III StG): 5 % des steuerbaren Ertrages (wie bisher)  
Kapitalsteuer (§ 62 I StG): 5,5 % des steuerbaren Kapitals (wie bisher)  
Feuerwehropflichtersatz (§ 6 III Feuerwehreglement): 7 % des Gemeindesteuerbetrages, max. Fr. 1'000.-- (wie bisher)
- Wassertarif (§ 13 II Wasserreglement)  
Grundtaxe: 0,1 % des Brandlagerschätzungswertes gemäss Baukostenindex vom 1.1.2004 (wie bisher)  
Wasserzins: Fr. 1.15 pro m<sup>3</sup> Wasserverbrauch (wie bisher)  
Bauwasserzins: 40 Rappen pro m<sup>3</sup> Rauminhalt der Bauten (wie bisher)  
alle Beträge zuzüglich Mwst
- Abwassergebühr (§ 28 Kanalisationsreglement)  
Fr. 1.30 pro m<sup>3</sup> Wasserverbrauch (wie bisher)  
nach Basel kanalisiertes Dreispitz-Areal: Fr. 1.10 pro m<sup>3</sup> Wasserverbrauch (wie bisher)  
alle Beträge zuzüglich Mwst
- GAA-Beiträge und Gebühren (§ 17 GAA-Reglement)  
Anschlussbeiträge (wie bisher): Fr. 1'500.-- Grundbeitrag pro Gebäude (Ein- oder Mehrfamilienhaus oder Gewerbegebäude)  
Fr. 300.-- zusätzlich pro Wohnung in Ein- oder Mehrfamilienhaus  
Fr. 250.-- im Minimum zusätzlich pro Gewerbebetrieb  
Benützungsg Gebühr (wie bisher): Fr. 13.-- pro Wohnung und Monat  
alle Beträge zuzüglich Mwst

## **Traktandum 5**

### **Finanzplan 2003 bis 2008 der Einwohnerkasse**

Gemeinderat N. Hug: Beim Finanzplan handelt es sich um ein Planungs- und Führungsinstrument. Er ist nicht verbindlich und kann nur zur Kenntnis genommen werden. N. Hug bedauert, dass heute keine konkreten Vorschläge gekommen sind, mit denen der Finanzplan hätte verbessert werden können.

Urs Abt: Die Gemeindekommission hat mit 10 gegen 2 Stimmen zustimmend vom Finanzplan Kenntnis genommen.

Jean-Marc Schraner kann einen konkreten Vorschlag zu den Finanzen unterbreiten. Die Gemeinde besitzt sehr viele Schulden, die sie den Banken zurückzahlen muss. Weshalb kann das benötigte Geld nicht bei der Bevölkerung aufgenommen werden, um damit die Schulden zu decken?

Gemeinderat N. Hug dankt für diesen Vorschlag. Im Moment konnte die Gemeinde aufgrund der sehr guten Zinssituation gute Kredite abschliessen. Der Vorschlag wird jedoch gerne entgegengenommen und geprüft.

Rudolf Müller: Es versteht sich von selbst, dass es mit den Finanzen nicht so weitergehen darf, wie es im Finanzplan aufgezeigt wird. Im Übrigen sollte die Gemeindeversammlung nicht *zustimmend* Kenntnis nehmen müssen, sondern einfach nur Kenntnis.

Alfred Peter: Gemeinderat N. Hug sollte mit seinen Aussagen etwas vorsichtiger sein, sonst werden nächstes Jahr detaillierte Fakten unterbreitet, zu denen er dann Stellung nehmen muss. Beim nächsten Budget hätte A. Peter gerne konkrete Angaben, wie man verhindern will, dass das Defizit jährlich um zwei Millionen Franken zunimmt.

://: Vom Finanzplan wird Kenntnis genommen.

## Traktandum 6

### **Finanzpläne 2003 bis 2008 der Spezialfinanzierungen**

Gemeinderat A. Schenker: Diese Finanzpläne betreffen die Gemeinschaftsantennenanlage, die Wasserversorgung, die Abwasser- und die Abfallbeseitigung. Die Kasse der Gemeinschaftsantennenanlage steht gut da, bei der Wasserversorgung muss man sich mittelfristig eine Gebührenerhöhung überlegen. Dazu wird der Gemeindeversammlung rechtzeitig eine Vorlage unterbreitet.

Gemeinderat L. Lauper: Dass die Gemeinde Arlesheim nicht auf den Abfallzweckverband eingetreten ist, hat leichte Auswirkungen auf den Finanzplan. Münchenstein bezahlt nun einfach ein bisschen mehr.

Urs Abt: Die Gemeindekommission hat von den Finanzplänen Kenntnis genommen.

://: Von den Finanzplänen wird Kenntnis genommen.

## Traktandum 7

### **Zonenplan Siedlung / Mutation Umzonung Parzellen 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2165, 3672, 3673, 5115, 5116, 5117, 5118 und 5363 Höhenweg/ Im Kaspar**

Gemeinderat L. Lauper legt eine Folie mit dem Plan auf und erläutert kurz die Vorlage.

Jeanne Locher: Es ist kein Geschäft, das beim schnellen Lesen verständlich ist. Gemeinderat L. Lauper konnte allerdings die Gemeindekommission so orientieren, dass sie der Vorlage zustimmte.

Jura Oplatek: Man wundert sich, dass ein später erlassenes Gesetz eine Baulandumlegung umstossen kann. Die FDP beantragt - auch im Sinne der Rechtsgleichheit - dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

://: Die Umzonung der Parzellen 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2165, 3672, 3673, 5115, 5116, 5117, 5118 und 5363 Höhenweg/Im Kaspar wird gemäss Plan Nr. 4.154 vom 9. Oktober 2003 der Bauverwaltung einstimmig beschlossen. Der Plan wird nicht publiziert, er kann bei der Bauverwaltung eingesehen werden.

## Traktanden 8 und 9

### **Gründung Abfallzweckverband unteres Birstal Abfallreglement vom 23. Juni 1992 / Revision infolge Beitritts zum Abfallzweckverband**

Gemeinderat L. Lauper: Zu Beginn der heutigen Versammlung wurde bereits mitgeteilt, dass der Gemeinderat diese beiden Vorlagen zurückgezogen hat, weil die Gemeindeversammlung Arlesheim einen Beitritt abgelehnt hat. Alle involvierten Gemeinden müssten dem Zweckverband beitreten, sonst macht er keinen Sinn. Am 13. Januar 2004 trifft sich der Lenkungsausschuss erneut zu einer Besprechung, an der dann das weitere Vorgehen diskutiert wird. Sicher ist, dass Münchenstein die Arbeiten aufgrund des kantonalen Beschaffungsgesetzes aus schreiben muss. Die Zukunft liegt in Zweckverbänden und ähnlichen Verbänden. Es ist schade, dass der Abfallzweckverband gescheitert ist.

## Traktandum 10

### Verschiedenes

#### **Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Andreas Knörzer betreffend Schwimmkurse / Übernahme einer Defizitgarantie**

Andreas Knörzer reicht folgenden Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes ein:

„Die Gemeinde organisiert in den Sommerferien jährlich einen Schwimmkurs unter qualifizierter Leitung. Sie bindet dabei die Schulen organisatorisch und wenn möglich personell ein.

Eine kostenneutrale Durchführung via Teilnehmergebühren und Sponsoring soll Ziel sein.

Die Gemeinde übernimmt für zwei Jahre eine Defizitgarantie. Zeigt sich, dass der Kurs in diesen zwei Jahren die Zielsetzung nicht erreicht, können entweder das Konzept überarbeitet oder der Kurs gestrichen werden.“

://: Der Antrag wird entgegengenommen.

#### **Antrag gemäss § 68 GemG des Komitees Schluss mit der Schuldenwirtschaft / Grundsätze der Haushaltführung**

Giorgio Lüthi reicht im Namen der Initianten des Komitees Schluss mit der Schuldenwirtschaft folgenden Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes ein:

„1. Der Gemeindehaushalt ist nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, der Wirksamkeit, des Haushaltgleichgewichts, der Wirtschaftlichkeit und der Dringlichkeit der Aufgaben zu führen. Zu berücksichtigen sind auch Sparsamkeit, Verursacherfinanzierung und Abgeltung von Sondervorteilen.

2. Der Gemeinderat hat bei der Budgetierung den Grundsatz zu beachten, wonach im Durchschnitt der letzten fünf Rechnungsjahre des laufenden Jahres gemäss Budget und des folgenden Budgetjahres eine durchschnittliche Selbstfinanzierung von 100 % (Total der Abschreibungen plus Überschuss, respektive minus bei Rechnungsdefizit) erreicht wird. Ein Budget, das eine Unterschreitung dieser durchschnittlichen Selbstfinanzierung von 100 % zur Folge hat, bedarf zu seiner rechtskräftigen Genehmigung einer Zweidrittelsmehrheit der an der Gemeindeversammlung anwesenden, stimmberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner.

3. Neue Ausgaben dürfen nur beschlossen werden, wenn gleichzeitig die dazu notwendige Finanzierung mitbeschlossen wird.“

://: Der Antrag wird entgegengenommen.

### **Überdeckung H 18**

Paula Pakery: Die Gemeinde Reinach besitzt kein Bauland mehr, möchte eine Umzonung machen und zu diesem Zweck die H 18 überdecken. Kann Münchenstein ebenfalls prüfen, ob eine Überdeckung möglich wäre?

Gemeinderat L. Lauper: Die Gemeinde Reinach kann auf dem überdeckten Gebiet Häuser bauen, Münchenstein nicht. Der Gemeinderat interveniert immer wieder beim Kanton, so zum Beispiel auch hinsichtlich einer Temporeduktion auf hundert Stundenkilometer. Im Moment muss man nun einfach abwarten, was passiert.

Gemeindepräsident W. Banga dankt allen Anwesenden für ihre Teilnahme an der heutigen Versammlung und lädt zum obligaten kostenpflichtigen Apéro ein. Die nächste Gemeindeversammlung findet am 18. März 2004 statt. W. Banga wünscht allen und ihren Familien eine schöne Adventszeit und fröhliche Weihnachten.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

W. Banga

K. Cottier



Abfallreglement vom 23. Juni 1992 / Revision infolge Beitritts zum Abfallzweckverband .....	159
Abfallzweckverband / Gründung .....	159
Abwasserbeseitigung 1993 bis 1996 / Sonderrechnung .....	71
Albatros / Information .....	56
Amtsbericht des Gemeinderates für das Jahr 1999 .....	14
Anfrage gemäss § 69 GemG von Patrice Baumann, Kosten EDV in Münchenstein.....	64, 95
Antrag gemäss § 68 GemG betreffend Liberalisierung der Feuerungskontrolle .....	14
Antrag gemäss § 68 GemG der Arbeitsgruppe für den Robinsonspielplatz, Ausarbeitung einer Analyse und eines Konzeptes .....	141
Antrag gemäss § 68 GemG der Arbeitsgruppe für den Robinsonspielplatz, Schliessung des Robinsonspielplatzes per 30. September 2003 .....	117
Antrag gemäss § 68 GemG der Gemeindegemeinschaft, Ausweitung der Leistungspflicht der Schulzahnpflege .....	96, 125
Antrag gemäss § 68 GemG der Münchensteiner Elterngruppe für Schulgeldbeiträge, Ausrichten von Beiträgen an die Kosten für den Besuch von öffentlichen Schulen mit privater Trägerschaft .....	148
Antrag gemäss § 68 GemG der SP Münchenstein betreffend Beleuchtung der Velowege .....	8
Antrag gemäss § 68 GemG der SP Münchenstein betreffend gedeckte Veloständer beim Einkaufszentrum Gartenstadt.....	8
Antrag gemäss § 68 GemG der SP Münchenstein betreffend Optimierung der Buslinien 63/6415	
Antrag gemäss § 68 GemG der SP Münchenstein betreffend Überdachung von zusätzlichen Veloständern beim Kuspo .....	8
Antrag gemäss § 68 GemG der SP Münchenstein betreffend, Beratung von Eltern, Jugendlichen und Kindern .....	142
Antrag gemäss § 68 GemG der SP Münchenstein, Bedürfnisabklärung über die weitere Nutzung des Robiareals .....	141
Antrag gemäss § 68 GemG der SP Münchenstein, Beleuchtung der Grossen Allee vom Gartenbad St. Jakob bis zum Dino.....	48
Antrag gemäss § 68 GemG der SP Münchenstein, Beratung für Eltern und Kinder durch Fachstelle .....	118
Antrag gemäss § 68 GemG der SP Münchenstein, Gedeckte Veloständer beim EKZ Gartenstadt.....	22
Antrag gemäss § 68 GemG der SP Münchenstein, Robinsonspielplatz .....	118
Antrag gemäss § 68 GemG der SP Münchenstein, Überdachung einer grösseren Anzahl Veloständer beim Kuspo .....	22
Antrag gemäss § 68 GemG des Komitees Schluss mit der Schuldenwirtschaft, Grundsätze der Haushaltführung .....	160
Antrag gemäss § 68 GemG von Alfred J. Albert, Einführung einer Nachtparkiergebühr für Dauerparkierer.....	23, 37
Antrag gemäss § 68 GemG von Andreas Knörzer, Schwimmkurse / Übernahme einer Defizitgarantie.....	160
Antrag gemäss § 68 GemG von Dr. Arnold Amacher, Grüne, betreffend Weiteres Vorgehen beim Robinsonspielplatz.....	141
Antrag gemäss § 68 GemG von Dr. Arnold Amacher, Grüne, Familien- und Jugendberatung	142
Antrag gemäss § 68 GemG von Dr. Arnold Amacher, Grüne, Revision des Bestattungsreglements.....	119, 146
Antrag gemäss § 68 GemG von Dr. Arnold Amacher, Grüne, Schulsozialarbeit .....	118
Antrag gemäss § 68 GemG von Dr. Arnold Amacher, Grüne, Sondervorlage zum Thema Schulsozialarbeit .....	142
Antrag gemäss § 68 GemG von Dr. Arnold Amacher, Grüne, Weiteres Vorgehen bei der Familien- und Jugendberatung.....	119
Antrag gemäss § 68 GemG von Dr. Arnold Amacher, Grüne, Weiteres Vorgehen beim Robispielplatz .....	117
Antrag gemäss § 68 GemG von Giorgio Lüthi, Durchführung der Feuerungskontrolle.....	33, 48
Antrag gemäss § 68 GemG von Jürg Berger, Rasche Einführung von Blockzeiten in den Schulen Münchensteins .....	65, 92, 143
Antrag gemäss § 68 GemG von Jürg Berger, Rasche Vorlage zur Einführung von Blockzeiten in den Schulen Münchensteins ohne Steuererhöhung .....	148
Antrag gemäss § 68 GemG von Paula Pakery Keller, Ausschöpfung/Prüfung neuer möglicher Steuereinnahmen .....	23, 36
Antrag gemäss § 68 GemG von Paula Pakery Keller, Skulptur Friedhof .....	20

Antrag von Peter Zwick betreffend Minimierung des Defizits, Erstellen einer Liste .....	94
Arbeitsgruppe Verkehrsberuhigung .....	17
Aufhebung des kommunalen Submissionsreglements und Ersatz durch die kantonalen Vorschriften .....	16
Bahnhof SBB, Neue Fussgängerunterführung / Kreditbegehren Fr. 350'000.-- für einen Aufgang auf der Westseite .....	45
Bauliche Erneuerung des Verwaltungsgebäudes .....	52
Bestattungs- und Friedhofreglement vom 24. Mai 1982 / Teilrevision .....	151
Billettsteuer .....	8, 24
Brüglinger Ebene, Gesamtkonzept .....	64
Budget 2001 .....	27
Budget 2002 .....	60
Budget 2003 .....	99, 108
Budget 2004 .....	154
Budgetantrag von Dölf Brodbeck betreffend Gesundheitswesen / Budget 2003 .....	115
Bundesfeier / Budget 2003 .....	111
Buser Rosmarie, Gemeinderätin / Verabschiedung .....	17
Dürrenberger Ursula, Gemeinderätin / Verabschiedung .....	66
EDV - Neue Softwarelösung 2001 .....	7
E-Mail Server für die Verwaltung / Budget 2001 .....	29
E-Mail Server für die Verwaltung / Budget 2002 .....	61
Erneuerung der Steuerungszentrale der Wasserversorgung / Schlussabrechnung .....	36
Fahrräder/Induktionsschlaufen .....	24
Famex-Reglement .....	147
Familien- und Jugendberatung .....	142
Familiengärten Münchenstein .....	148
Finanzplan 2000 bis 2005 der Einwohnerkasse .....	31
Finanzplan 2001 bis 2006 der Einwohnerkasse .....	62
Finanzplan 2002 bis 2007 der Einwohnerkasse .....	105
Finanzplan 2003 bis 2008 der Einwohnerkasse .....	158
Finanzpläne 2000 bis 2005 der Spezialfinanzierungen .....	32
Finanzpläne 2001 bis 2006 der Spezialfinanzierungen .....	63
Finanzpläne 2002 bis 2007 der Spezialfinanzierungen .....	106
Finanzpläne 2003 bis 2008 der Spezialfinanzierungen .....	159
Friedhof, Sanierung und Erweiterung Betriebsgebäude / Budget 2001 .....	29
Gemeindekommission / Wechsel im Präsidium .....	88
Gemeindepolizei / Zusammenarbeit mit Kantonspolizei Zürich .....	49
Gemeinschaftsantennenanlage / Teilprivatisierung .....	12
Gemeinschaftsantennenanlage, Ausbau auf 450 bzw. 600 MHz / Schlussabrechnung .....	16
Gross Eva, Rücktritt aus Rechnungsprüfungskommission .....	49
Gründung Abfallzweckverband unteres Birstal .....	159
Gysin Eduard, Gemeinderat / Verabschiedung .....	17
H 18 / Überdeckung .....	160
Heiligholz / Orientierung .....	54
Heiligholz, Festlegung des zukünftigen zonenrechtlichen Status .....	71
Heilpädagogische Tagesschule .....	136
Höhenweg/Im Kaspar / Mutation Umzonung Parzellen .....	159
Induktionsschlaufen/Fahrräder .....	24
Jahresbericht 2000 .....	43
Jahresbericht 2001 .....	69
Jahresbericht 2002 .....	132
Jahresrechnung 2000 .....	44
Jahresrechnung 2001 .....	69
Jahresrechnung 2002 .....	133
Jahresrechnungen 1999 der Einwohnergemeinde .....	10
Jugend- und Kulturhaus Tramstation, Betriebsreglement .....	47
Kaspar Claude, Gemeinderat / Verabschiedung .....	56
Kehrichtabfuhr .....	119
Kinder- und Jugendzahnpflege / Reglement .....	92
Kommission für Jugendfragen / Reglement .....	64
Kreditbegehren Fr. 145'000.-- als Gemeindebeitrag an die Erstellung eines Skateparks .....	86

Kreditbegehren Fr. 1'644'000.-- für die letzte Etappe der baulichen Erneuerung des Verwaltungsgebäudes .....	52
Kultur- und Sportzentrum Kuspo Bruckfeld / Gebührenordnung .....	5
Kultur- und Sportzentrum Kuspo Bruckfeld / Landverkäufe und Jugendhaus / Schlussabrechnungen und Betriebsreglement.....	1
Kunz Hans, Gemeinderat / Rücktritt .....	96
Landverkäufe / Bericht .....	6
Lange Heid-Quartier / Verkehrssituation.....	49
Liberalisierung der Feuerungskontrolle / Antrag gemäss § 68 .....	14
Lüthy Dominique, Rücktritt aus Gemeindegemeinschaft .....	49
Mietzinsbeiträge / Teilrevision Reglement .....	47, 151
Mobilfunkanlagen .....	119
Nähkurse für Erwachsene / Budget 2001 .....	28
Nichtformulierte Initiative für eine separate Trägerschaft für die Abwasser- und Abfallanlagen / Rückzug durch den Gemeinderat.....	65
Optimierung der Buslinien 63/64.....	15
Parkplatzbewirtschaftung .....	119
Parkplätze vor der Gemeindeverwaltung / Budget 2003 .....	96
Pavillons Loog, Auslagerung Abteilung Steuerwesen, Kreditbegehren .....	20
Personalreglement / Änderung .....	85
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 13. September 2000 .....	26
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2002 .....	90
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2003 .....	141
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. September 2002 .....	98
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2001 .....	42, 52
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 18. September 2001 .....	59
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2000 .....	19
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 2. Dezember 2002 .....	107
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 2. März 2000.....	10
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 20. März 2003.....	132
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 25. September 2003 .....	151
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 27. Februar 2003 .....	122
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 3. Dezember 2001 .....	69
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 5. Dezember 2000 .....	35
Protokoll der Gemeindeversammlung vom 9. Dezember 1999 .....	1
Reglement für die Kommission für Jugendfragen.....	64
Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 15. September 1998 / Teilrevision .....	47, 151
Reglement über die Familienexterne Tagesbetreuung für Kinder - Famex.....	147
Reglement über die Kinder- und Jugendzahnpflege .....	92
Resolution von Martin Eichrodt betreffend Billettsteuer .....	8
Robinsonspielplatz .....	141
Robinsonspielplatz / Budget 2003 .....	112
Schlussabrechnung Ausbau Sportanlagen Welschenmatt.....	7
Schlussabrechnung Erwerb Jugendhaus .....	6
Schlussabrechnung Gemeinschaftsantennenanlage .....	16
Schlussabrechnung Kuspo .....	6
Schlussabrechnung Steuerungszentrale Wasserversorgung.....	36
Schlussabrechnung Tempo 30-Zonen Berg und Zollweiden/Wasserhaus.....	91
Schlussabrechnung Verkehrsberuhigung Hauptstrasse.....	90
Schwimmkurse / Budget 2003 .....	112
Skatepark .....	86
Skulptur Friedhof.....	8
Sonderrechnung Abwasserbeseitigung 1993 bis 1996 .....	71
Sportanlagen Welschenmatt / Schlussabrechnung und Kreditbegehren Fr. 25'352.45 zur Erhöhung des Gemeindebeitrages.....	7
Standortmarketing / Orientierung.....	53
Steuerreglement / Änderung .....	36, 85
Submissionsreglement / Aufhebung und Ersatz .....	16
Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Juli 1999 bis 30. Juni 2000 .....	27
Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Juli 2000 bis 30. Juni 2001 .....	60
Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Juli 2001 bis 30. Juni 2002 .....	98

Tempo 30-Zonen Berg und Zollweiden/Wasserhaus, Genehmigung Schlussabrechnung .....	91
Überdeckung H 18.....	160
UMTS-Lizenzen .....	24
Verkehrsberuhigung Hauptstrasse, Genehmigung Schlussabrechnung .....	90
Verkehrsbeschilderung Wasserhaus.....	17
Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2001 .....	27
Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2002 .....	60
Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2003 .....	99, 108
Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2004 .....	154
Wegweiser in Münchenstein.....	149
Wohnheim für Asylsuchende / Baukreditbegehren Fr. 2'465'000.-- / Betreuungskonzept und Umzonung Parzelle 5794.....	123
Zonenplan Siedlung / Mutation Umzonung Parzellen 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2165, 3672, 3673, 5115, 5116, 5117, 5118 und 5363 Höhenweg/Im Kaspar .....	159
Zonenplan Siedlung, Mutation Umzonung Parzelle 1903 für den Neubau der Heilpädagogischen Tagesschule .....	136
Zonenvorschriften Landschaft, Teilgebiet Au-Welschenmatt und damit verbundene Mutationen des Zonenplans Siedlung .....	32
Zulauf Rudolf, Bauverwalter / Verabschiedung .....	120